

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

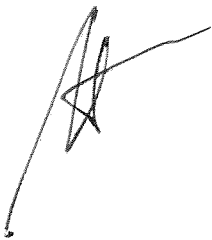
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Gesundheit und Soziales;

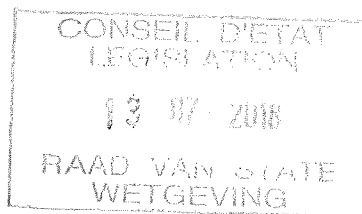
Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Gesundheit und Soziales zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretvorentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal line and a small loop.

**DEKRETVORENTWURF ÜBER DIE ANGEBOTE FÜR SENIOREN UND PERSONEN MIT
UNTERSTÜTZUNGSBEDARF SOWIE ÜBER DIE PALLIATIVPFLEGE**



INHALTSANGABE

Mit diesem Dekret sollen die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie die Palliativpflege strukturiert und die Programmierung, Genehmigung, Anerkennung und Finanzierung der Angebote definiert werden.

Zum einen sollen die bisherigen Gesetzgebungen sowohl der häuslichen Hilfe, der Schaffung eines Beirates für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie für die häusliche Hilfe als auch der Gesetzgebung der Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und Senioresidenzen weitestgehend übernommen werden. Zum anderen werden die Rechtsgründen für die im Rahmen der Sechsten Staatsreform übernommenen Zuständigkeiten Finanzierung der Alten- und Pflegewohnheime, der Preiskontrolle für den Sektor der Anheimeinrichtungen für Senioren, der Normen für die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen, der Standard-Mobilitätshilfen in den Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen und Palliativpflege im vorliegenden Dekretentwurf definiert.

A handwritten mark or signature in the bottom left corner of the page.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen.....	4
Vereinbarkeit mit der Dienstleistungsrichtlinie	6
Kommentar zu den Artikeln	12
Vorentwurf	37



BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Im Rahmen der Sechsten Staatsreform wurden der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter anderem die Zuständigkeiten der Finanzierung und der Normen der Alten- und Pflegewohnheime, der Preiskontrolle für den Sektor der Aufnahmeeinrichtungen für Senioren und der Palliativpflege übertragen.

Mit der Kompetenzübernahme kann die Deutschsprachige Gemeinschaft sämtliche Aufgabenbereiche für Senioren selbst gestalten, von der häuslichen Hilfe bis hin zur teilstationären und stationären Hilfe. Hieraus entsteht die Notwendigkeit, ein kohärentes Regelwerk in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu schaffen. Es gewährleistet den Senioren mit Unterstützungsbedarf ihren Bedürfnissen entsprechend eine qualitätsvolle Begleitung und Pflege. Es ist nun der ideale Zeitpunkt, die Seniorenpolitik auf die Herausforderungen des demografischen Wandels vorzubereiten. Auch wird dem Lebensende und dem Sterben in Würde eine besondere Bedeutung zuteil.

Zentraler Punkt des Dekretentwurfs ist der menschenrechtsbezogene Ansatz, der durch die Leistungsgrundsätze aller Angebote unterstrichen wird. Die Grundsätze basieren auf einer europäischen Charta der Rechte und Pflichten älterer hilfe- und pflegebedürftiger Menschen. Sie versteht sich als eine Erläuterung der allgemeinen Menschenrechte und soll für die Träger eine Diskussionsgrundlage zur Qualitätsentwicklung bilden sowie ein Maß für qualitätsvolle Pflege zur Verfügung stellen. Die Grundsätze beziehen sich in der ursprünglichen Version der Charta auf die pflegebedürftigen Senioren, die in dieser Lebenslage einer besonderen Fürsorge bedürfen. Sie können auf alle Altersgruppen in ähnlichen Lebenslagen erweitert werden. Ziel der Charta ist es, die Selbstbestimmung, die Wahlfreiheit und die Würde des Menschen zu unterstützen oder zu fördern.

Die in diesem Entwurf definierten Angebote für Senioren umfassen die bestehenden stationären, teilstationären und häuslichen Angebote und werden durch neue Angebote der alternativen Wohnformen, der häuslichen Unterstützung und der Entlastung der pflegenden Angehörigen ergänzt. Personen mit Unterstützungsbedarf, die das Pensionsalter noch nicht erreicht haben, können, insofern sie einen erhöhten Pflegebedarf aufweisen, die Angebote für Senioren auch wahrnehmen.

Der Palliativpflegeverband bietet Dienstleistungen im Rahmen des föderalen Gesetzes vom 14. Juni 2002 über die Palliativpflege an. Das Recht auf Palliativpflege eines jeden Bürgers (ungeachtet seines Alters) ist eine weiterhin gültige übergeordnete Gesetzgebung.

Das Angebot der Familien- und Seniorenhilfe, der Krankenwachen und der sozialen hauswirtschaftlichen Hilfe richtet sich an alle Personen mit Unterstützungsbedarf aller Altersgruppen, auch wenn hauptsächlich Senioren diese Angebote beanspruchen.

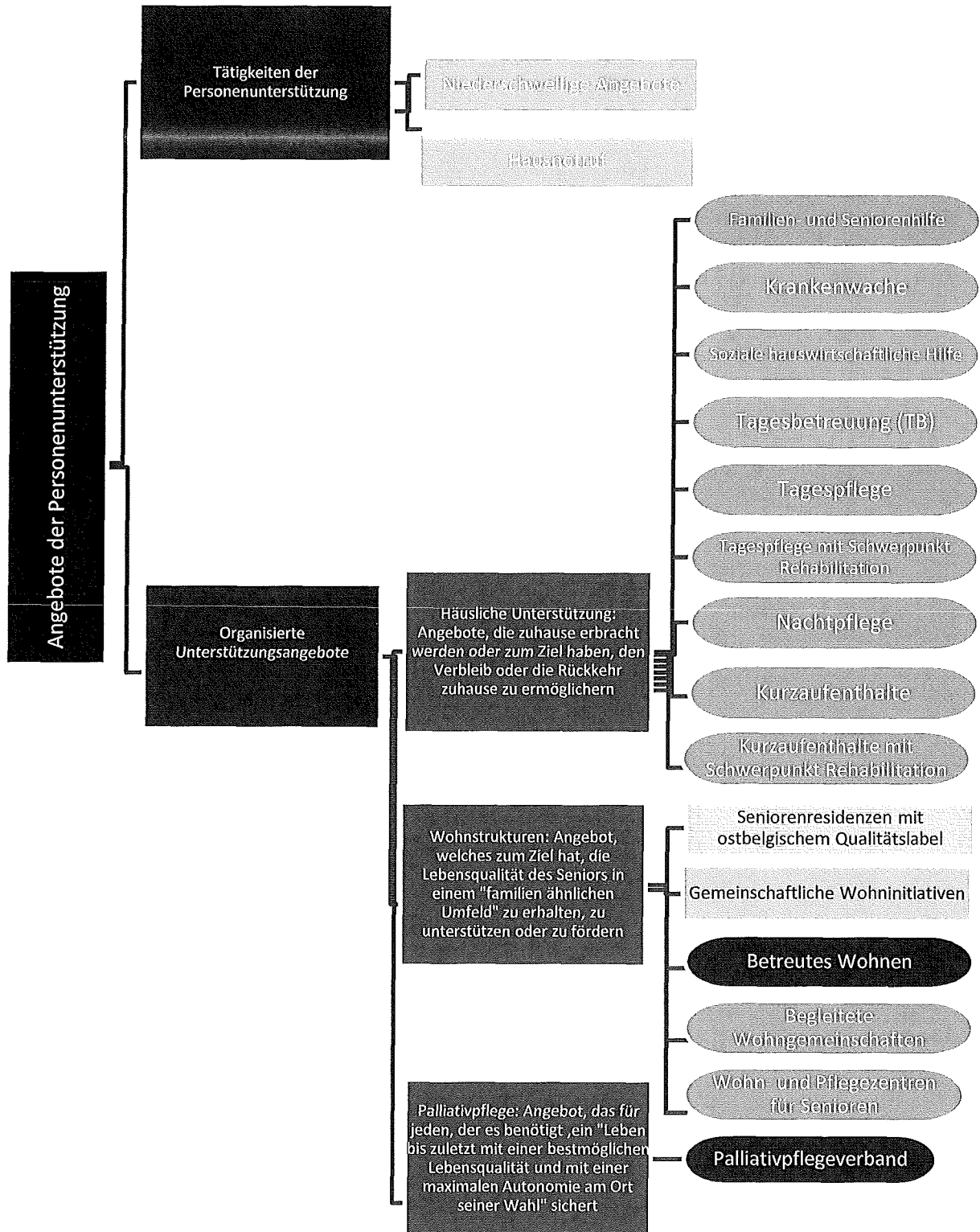
Ein neuer im vorliegenden Dekretvorentwurf beschriebener Begriff sind die Tätigkeiten der Personenunterstützung. Es handelt sich hierbei um niederschwellige Angebote. Durch die Aufnahme dieser Angebote im Dekret wird der Mehrwert dieser Leistungen im Rahmen des sozialen Zusammenhalts unterstrichen.

Folgende Tabelle gibt eine detaillierte Übersicht über die Strukturierung der Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege.

Zwei Bereiche der organisierten Unterstützungsangebote werden in der Tabelle hervorgehoben: einerseits die häusliche Unterstützung, die im häuslichen Umfeld erbracht wird oder zum Ziel hat, den Verbleib oder die Rückkehr zuhause zu ermöglichen, und andererseits die Wohnstrukturen, die dem Senior in einem dem häuslichen Umfeld ähnlichen Wohnraum die größtmögliche Lebensqualität bietet.

Vor dem Hintergrund des Rechtes auf Palliativpflege wird dieses Angebot in einem gesonderten Kapitel beschrieben. Die Palliativpflege im deutschen Sprachgebiet will jedem, der es benötigt, ein Leben bis zuletzt mit einer bestmöglichen Lebensqualität und mit einer maximalen Autonomie am Ort seiner Wahl bieten.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal stroke.



Blaue ovale Formen: freiwillige Anerkennung, wenn Bezuschussung gewünscht.

Rosa ovale Formen: nur mit Programmierung und Genehmigung= Ausnahme Dienstleistungsrichtlinie, weil pflegerische Tätigkeiten.

Dunkelrosa ovale Form: besondere Form der rosa ovalen Formen, Palliativpflegeverband nicht programmiert, betreutes Wohnen nicht bezuschusst.

Grüne rechteckige Formen: freier Wettbewerb, Bezuschussung mittels Vertrag.

Hellgrünes Rechteck: freier Wettbewerb, kein Zuschuss möglich.

Das Dekret beruht nicht mehr auf einer von Trägerschaften geprägten Sicht, sondern macht einen direkten Bezug zu den Bedarfen der Senioren und anderen Personen mit Unterstützungsbedarf. Im Vordergrund stehen demnach die Angebote, die von Trägern sowohl aus dem häuslichen als auch aus dem stationären Bereich gleichberechtigt erbracht werden können. Dies wird in den nächsten Jahren zu einer bedeutenden Veränderung der Angebotslandschaft führen. Die Träger werden ermutigt, in Netzwerken zu arbeiten, um Dienstleistungen in einer Form erbringen zu können, die am besten die Bedarfe der Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf abdeckt. Die mögliche Einführung von Wohnhilfezonen fördert die wohnortsnahe Unterstützung. Die Wohnhilfezonen werden nicht nur dazu beitragen, dass die Senioren solange wie möglich zuhause leben können, sondern auch, dass ausreichend Dienstleistungen - von den häuslichen über pflegerischen oder teilstationären bis hin zu stationären Wohnstrukturen - in einem bestimmten wohnortsnahen Umkreis zur Verfügung stehen.

Bestehende Vorgaben der Programmierung, der verpflichteten Genehmigung und der freiwilligen Anerkennung wurden auf die Vereinbarkeit mit der Dienstleistungsrichtlinie geprüft und entsprechend austariert, mit dem Ziel, einerseits den Senior, als mündigen Bürger und Verbraucher, die größtmögliche Wahlfreiheit und Selbstbestimmung zu garantieren, und andererseits die Träger im freien Wettbewerb arbeiten zu lassen.

Im neuen Finanzierungsmodell der Wohn- und Pflegezentren für Senioren, bisher Alten- und Pflegewohnheime, wird die Finanzierung an die Einhaltung von Mindestqualitätsnormen gekoppelt. Alle kleinteiligen Normen der vorherigen Gesetzgebung werden auf ein Minimum reduziert und den Trägern wird eine größere Verantwortung in der Gestaltung der Angebote in ihrer Einrichtung übergeben. Dem Träger wird Vertrauen entgegengebracht und er wird als kompetenter Partner wahrgenommen. Die Finanzierungsgrundlagen der Angebote der häuslichen Unterstützung bleiben unverändert.

Der Dekretvorentwurf führt eine neue Terminologie ein. Ausgehend von der Tatsache, dass Wörter auch Bilder vermitteln, sind nun Begriffe definiert, die Wertschätzung, Selbstbestimmung und positive (Alters-)bilder einführen und dennoch nicht eine Illusion nur vom Positiven schaffen will. Es wird nicht mehr von Entlastung, sondern von Unterstützung, nicht mehr von Altenwohn- und Pflegeheim, sondern von Wohn- und Pflegezentrum für Senioren gesprochen usw. Dies erfordert eine Auseinandersetzung mit den zurzeit vermittelten Altersbildern oder den Bildern, die die Menschen mit Unterstützungsbedarf betreffen. Es bedarf auch einer Haltung diesen Menschen gegenüber, die von aktivem Zuhören und empathischer Begleitung geprägt ist.

VEREINBARKEIT MIT DER DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE



Durch die Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (hiernach: „Dienstleistungsrichtlinie“) werden allgemeine Bestimmungen aufgestellt, die den Zweck verfolgen, die Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit von Dienstleistungserbringern in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des freien Dienstleistungsverkehrs zwischen Mitgliedstaaten zu beseitigen, um zur Schaffung eines freien und wettbewerbsfähigen Binnenmarkts beizutragen.¹ Durch die Anwendung der Richtlinie wird es den Mitgliedstaaten etwa erschwert, die Ausübung von Dienstleistungen einer Genehmigung zu unterwerfen. In der Tat wird in den Artikeln 9 und 10 der Dienstleistungsrichtlinie eine Vielzahl von Bedingungen festgehalten, die erfüllt werden müssen, um ein Dienstleistungsangebot genehmigungspflichtig zu machen.

¹ Artikel 1 und Erwägungsgründe 2 und 5 der Richtlinie.

Insbesondere ist es nötig, dass das Auferlegen einer vorherigen Genehmigung durch zwingende Gründe des Allgemeininteresses gerechtfertigt ist. Die Dienstleistungsrichtlinie gilt für jede selbständige wirtschaftliche Tätigkeit, die für gewöhnlich gegen Entgelt von einem in einem Mitgliedstaat niedergelassenen Dienstleistungserbringer angeboten wird, unabhängig davon, ob dieser in dem Empfängermitgliedstaat eine feste und ständige Geschäftsstelle hat, und vorbehaltlich ausdrücklich davon ausgeschlossener Tätigkeiten, zu denen insbesondere jene zählen, die die „Gesundheitsdienstleistungen“ nach Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe f der Richtlinie betreffen.²

Demnach ist zu prüfen, ob die durch den vorliegenden Dekretentwurf vorgesehenen Dienstleistungen in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen und, bejahendenfalls, ob dieser einen Ausnahmeregelung unterliegen.

Der Nachvollziehbarkeit halber greift die nachstehende Tabelle schematisch alle durch vorliegendes Dekret betroffenen Dienstleister auf und ordnet sie in verschiedene Kategorien ein, je nachdem, ob eine verpflichtete Genehmigung, eine freiwillige Anerkennung oder keine besonderen Formalitäten vorgesehen sind und ob eine Finanzierung an den Erhalt einer Genehmigung bzw. Anerkennung gebunden ist:



² EuGH, Entscheid Fermabel gegen COCOM, 11. Juli 2013, C-57/12, EU:C:2013:517, Punkt 32.

DL 1: Programmierung und Genehmigung verpflichtend

alle Angebote die Gesundheitspflege beinhalten, sind Ausnahme der Dienstleistungsrichtlinie

müssen Genehmigung beantragen

Wohn- und Pflegezentren für Senioren
Kurzaufenthalte
Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt Reha
Tagespflege
Tagespflege mit Schwerpunkt Reha
Nachtpflege
Familien- und Seniorenhilfe
Begleitete Wohngemeinschaft

DL1 bis
Betreutes Wohnen (keine Bezuschussung)
DL1 ter
Palliativpflege (keine Programmierung)

DL 2: Programmierung und freiwillige Anerkennung

alle Angebote, die auch im freien Wettbewerb möglich sind, unterliegen der Dienstleistungsrichtlinie

freiwillig wenn Bezuschussung gewünscht

Krankenwache
Tagesbetreuung
Soziale hauswirtschaftliche Hilfe

DL3: ohne Programmierung und ohne Genehmigung

unterliegen der Dienstleistungsrichtlinie - also freier Wettbewerb

werden mittels Vertrag bezuschusst

Tätigkeiten der Personenunterstützung
Gemeinschaftliche Wohninitiativen

DL4: freier Wettbewerb, keine Bezuschussung

freier Wettbewerb, unterliegt Dienstleistungsrichtlinie

aber keine Bezuschussung

Seniorenresidenz

Im Folgenden wird zudem pro Dienstleistungsangebot geprüft, ob eine vorherige Genehmigung auferlegt werden kann.

1. Niederschwellige Unterstützungsangebote

Die niederschweligen Unterstützungsangebote haben Eingang in das Dekret gefunden, damit ihnen ein ausdrücklicher Rechtsrahmen verliehen werden kann. Dieser erlaubt eine Überwachung und eine Bezuschussung der Leistungen. Sie fallen in den Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie, unterliegen jedoch weder einer Programmierungs- noch einer Genehmigungspflicht. Folglich sind diese Angebote vereinbar mit den Prinzipien dieser Richtlinie.

2. Hausnotrufdienst

Die hiervor formulierten Bemerkungen zu den niederschweligen Unterstützungsangeboten finden in gleicher Weise Anwendung auf den Hausnotrufdienst.

3. Familien- und Seniorenhilfe

Dienstleister, die die Familien- und Seniorenhilfe zu erbringen gedenken, bedürfen einer vorherigen Genehmigung. Zur Aufrechterhaltung der Genehmigung, sind diese Dienstleister zudem noch weiteren Bedingungen unterworfen. Die Erbringung dieser Dienstleistung unterliegt auf den ersten Blick der Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie. Insofern wäre eine Genehmigungspflicht nur unter gewissen Bedingungen gerechtfertigt.

Die Richtlinie schließt allerdings, kraft ihres Artikels 2, mehrere Tätigkeiten von ihrem Anwendungsbereich aus. Insbesondere die Gesundheitsdienstleistungen sind von dieser Ausnahme betroffen. In der vorerwähnten Rechtssache C-57/12 äußert sich der Europäische Gerichtshof wie folgt über die Auslegung dieses Begriffs:

„35. Was zunächst den Wortlaut dieses Art. 2 Abs. 2 Buchst. f betrifft, so erweist sich der vom Unionsgesetzgeber gewählte Begriff 'Gesundheitsdienstleistungen' in dem Sinn als sehr weit gefasst, als er die Dienstleistungen im Zusammenhang mit der menschlichen Gesundheit, unabhängig davon, ob sie durch Einrichtungen der Gesundheitsversorgung erbracht werden, und unabhängig davon, wie sie auf nationaler Ebene organisiert und finanziert sind, und ob es sich um öffentliche oder private Dienstleistungen handelt, einschließt.

36. Was sodann den Zweck und die Systematik des Art. 2 Abs. 2 Buchst. f der Richtlinie 2006/123 betrifft, so heißt es im 22. Erwägungsgrund der Richtlinie, dass der Ausschluss des Gesundheitswesens vom Anwendungsbereich dieser Richtlinie Gesundheits- und pharmazeutische Dienstleistungen umfassen sollte, die von Angehörigen eines Berufs im Gesundheitswesen gegenüber Patienten erbracht werden, 'um deren Gesundheitszustand zu beurteilen, zu erhalten oder wiederherzustellen, wenn diese Tätigkeiten in dem Mitgliedstaat, in dem die Dienstleistungen erbracht werden, einem reglementierten Gesundheitsberuf vorbehalten sind'.“

In seinem Entscheid Nr. 6/2014 vom 23. Januar 2014 fasst der Verfassungsgerichtshof die zu prüfenden Elemente wie folgt zusammen:

„B.12. Aus dem Urteil des Gerichtshofes geht hervor, dass die Gesundheitspflege im Sinne von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe f der Richtlinie sämtliche Gesundheits- und pharmazeutische Dienstleistungen umfasst, die von Angehörigen eines Berufs im Gesundheitswesen gegenüber Patienten erbracht werden, um deren Gesundheitszustand zu beurteilen, zu erhalten oder wiederherzustellen, wenn diese Tätigkeiten in dem Mitgliedstaat, in dem die Dienstleistungen erbracht werden, einem reglementierten Gesundheitsberuf vorbehalten sind. Die Pflegetätigkeiten müssen ebenfalls einen Hauptteil sämtlicher angebotener Dienstleistungen darstellen.“

Gemäß Artikel 10 wird im Rahmen der Familien- und Seniorenhilfe ein gewisses Maß an Pflege erbracht. Zudem wird im Vereinbarungsprotokoll vom 19. Dezember 2017 zwischen der Föderalbehörde und den in den Artikeln 128, 130, 135 und 138 der Verfassung erwähnten Behörden über die Zusammenarbeit zwischen den Personen aus dem Umfeld des Patienten/Kunden und den Fachkräften der Gesundheitspflege außerhalb einer Pflegeanstalt ebenfalls dargelegt, dass pflegerische Leistungen wichtiger Bestandteil der Familien- und Seniorenhilfe sind. Die Pflege und die anderen Leistungen, die durch die Familien- und Seniorenhilfe erbracht werden, zielen zumindest auf die Erhaltung des Gesundheitszustandes des Seniors ab. Reglementiert wird die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe durch das Gesetz vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe und seine Ausführungserlasse. In Belgien können Gesundheitsdienstleistungen derzeit nur durch anerkanntes Pflegepersonal erbracht werden, jedoch soll dies durch die Umsetzung des vorerwähnten Vereinbarungsprotokolls in gewissem Maße auf die Personen aus dem Umfeld des Patienten ausgeweitet werden. Die ersten beiden Bedingungen des europäischen Gerichts und des Verfassungsgerichtshofes sind somit erfüllt.

Es bleibt abschließend zu klären, ob die im Rahmen dieser Dienstleistung erbrachten Leistungen zu einem Hauptteil aus Pflegetätigkeiten bestehen. Aus dem Kommentar zum Artikel geht hervor, dass neben der Pflege noch andere Dienstleistungen erbracht werden, wie beispielsweise die Unterstützung in den Aktivitäten des alltäglichen Lebens, die die Selbstständigkeit des Seniors unterstützen sollen. Eine regelmäßige psycho-soziale Begleitung wird erbracht. Die Anwesenheit der Familienhelfer erstreckt sich oft über mehrere Stunden. Dies befähigt die Personalmitglieder Veränderungen im Gesundheitszustand frühzeitig zu beobachten.

Darüber hinaus ist es für diese Dienstleistung notwendig, ihre Erbringung an die Einhaltung von qualitativen Höchststandards zu knüpfen. In der Tat wird maßgeblich in das Leben der schutzbedürftigen Person eingegriffen. Zwar verfügt der Senior je nach Zustand über ein gewisses Maß an Selbstbestimmung, jedoch ist der Dienstleister dazu verpflichtet, im Sinne der verletzlichen Person zu handeln und gewisse Vorgaben einzuhalten. Unterstrichen wird dieser Ansatz durch die Tatsache, dass die Genehmigung, die der Dienstleister einzuholen hat, nur aufrechterhalten werden kann, wenn die qualitativen Höchstbedingungen erfüllt sind. Dies soll dazu führen, dass ein hohes Maß an qualitativer Dienstleistungserbringung erreicht wird und der Senior in seiner Eigenschaft als verletzliche Person ausreichend geschützt wird.

Betrachtet man schließlich die Konsequenzen des demografischen Wandels und die Tatsache, dass die Menschen immer länger zuhause leben möchten und werden, kann davon ausgegangen werden, dass in Zukunft die Pflegebedürftigkeit der Menschen zuhause steigen wird. Auch die Anzahl Menschen, die mit einer Demenz leben und länger in ihrem häuslichen Umfeld begleitet werden, wird laut statistischen Angaben in den nächsten Jahren zunehmen. Dies erfordert eindeutig ein hohes Maß an Professionalität in der häuslichen Unterstützung und der entsprechenden Qualitätskontrolle.



4. Krankenwachen

Wie im Kommentar zum Artikel erläutert wird, handelt es sich bei dieser Dienstleistung um ein niederschwelliges Angebot. Im Rahmen dieses Angebotes können zwar pflegerische Tätigkeiten erbracht werden, sie stellen jedoch nicht den Hauptteil des Angebotes dar. Angesichts des sonstigen Aufgabenbereichs der Krankenwache ist es auch nicht unbedingt erforderlich, sie qualitativen Mindest- oder Höchstvorgaben zu unterwerfen. Aus diesem Grund unterliegt dieses Angebot dem freien Wettbewerb. Sollte der Dienstleister sich jedoch dazu entscheiden, eine Finanzierung im Rahmen des vorliegenden Dekrets zu beanspruchen, kann er diese erhalten, indem er einen freiwilligen Antrag auf Anerkennung

stellt. In diesem Fall sind qualitative Höchstbedingungen einzuhalten. Da jedoch die Ausübung des Angebots nicht von der Einhaltung dieser Bedingungen abhängig gemacht wird, ist diese Maßnahme vereinbar mit der Dienstleistungsrichtlinie.

5. Soziale hauswirtschaftliche Hilfe

Die hiervor angestrebten Überlegungen zur Krankenwache lassen sich auf die soziale hauswirtschaftliche Hilfe übertragen. Der Antrag auf Anerkennung beruht auf freiwilliger Basis. Der Dienstleister, der eine besonders hochwertige Leistung erbringt, kann eine freiwillige Anerkennung samt einer entsprechenden Finanzierung beantragen. Ansonsten unterliegt dieses Angebot dem freien Wettbewerb.

6. Tagesbetreuung

Auch für die Tagesbetreuung gelten die für die Krankenwache dargelegten Grundsätze. Gesundheitsdienstleistungen sind ausdrücklich ausgeschlossen. Außerdem rechtfertigt das sonstige Tätigkeitsfeld keine Abweichung von der Dienstleistungsrichtlinie. Aus diesem Grund wurde vorgesehen, dass Dienstleister dieses Angebots dem freien Wettbewerb unterliegen, jedoch eine freiwillige Anerkennung beantragen können, wenn sie eine qualitativ hochwertige Leistung erbringen und eine Finanzierung erhalten möchten.

7. Tagespflege

Bei der Tagespflege stellt die Erbringung von unterschiedlichen Gesundheitsdienstleistungen den Schwerpunkt des Angebots dar. Dies geht sowohl aus dem Artikel als auch aus den Erklärungen zu diesem Artikel hervor. In der Tat gehören zum Zielpublikum Personen mit einer erhöhten Pflegebedürftigkeit. In Anlehnung an die Erläuterungen zur Familien- und Seniorenhilfe scheint es gerechtfertigt, dass dieses Angebot von der Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie ausgeschlossen ist. Somit wird für dieses Angebot der Erhalt einer Genehmigung vorgesehen, für dessen Aufrechterhaltung ebenfalls qualitative Höchstbedingungen zu erfüllen sind, die für diese besonders schützenswerte Kategorie von Nutzern eine geeignete Absicherung bilden soll.

8. Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation

Da bei diesem Angebot *a fortiori* Gesundheitsdienstleistungen im Vordergrund stehen, indem zusätzlich zu den in der Tagespflege angebotenen Dienstleistungen noch ärztlich zu verordnende und durch qualifiziertes Personal zu leistende Rehabilitationsmaßnahmen erbracht werden müssen, unterliegt dieses Angebot der in Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe f der Dienstleistungsrichtlinie vorgesehenen Ausnahmeregelung für Gesundheitsdienstleistungen und wird daher vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen. Eine Genehmigungspflicht ist somit gerechtfertigt.

9. Nachtpflege

Sowohl dem Artikel 16 als auch seinem Kommentar ist zu entnehmen, dass die Grundsätze der Tagespflege anwendbar sind. Im Rahmen der vorliegenden Analyse wird aus diesem Grund auf die Ausführungen zur Tagespflege verwiesen.

10. Kurzaufenthalt

Auch bei diesem Angebot wird eine Vielzahl von Gesundheitsdienstleistungen angeboten, sodass angenommen wird, dass die Gesundheitsdienstleistungen den Hauptteil dieses

Angebots darstellen und somit vom Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ausgeschlossen sind. Aus diesem Grund wird eine Genehmigungspflicht auferlegt.

11. Kurzaufenthalt mit Schwerpunkt auf Rehabilitation

Für dieses Angebot wird auf die Ausführung auf die Nummern 8 und 10 verwiesen.

12. Seniorenresidenzen

Für die Erbringung dieses Angebotes ist die Ausübung Gesundheitsdienstleistungen untersagt. Da der Nutzer dieses Angebots über weitreichende Freiheiten verfügt und nicht maßgeblich in sein Leben eingegriffen wird, besteht für diese Dienstleistung nicht die Notwendigkeit, eine Genehmigung einzuholen. Dieses Angebot unterliegt somit der Dienstleistungsrichtlinie und dem freien Wettbewerb. Hierbei ist anzumerken, dass Seniorenresidenzen ein Qualitätslabel erhalten können, wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind. Dies wirkt sich jedoch nicht auf die eigentliche Dienstleistungserbringung, sondern allein auf die Finanzierung des Angebots aus, sodass hier nicht gegen die Richtlinie verstoßen wird.

13. Gemeinschaftliche Wohninitiative

Ähnlich wie Seniorenresidenzen stellt die gemeinschaftliche Wohninitiative ein Angebot dar, das dem Senior ein Höchstmaß an Selbstbestimmung bietet. Die Erbringung von Gesundheitsdienstleistungen ist nicht Bestandteil dieses Angebots. Aufgrund der Struktur und des Inhalts dieser Dienstleistung, besteht keine Notwendigkeit, den entsprechenden Dienstleistern eine Genehmigungspflicht aufzuerlegen. Das Angebot unterliegt dem freien Wettbewerb.

14. Betreutes Wohnen

Das betreute Wohnen beinhaltet nur begrenzte und punktuelle pflegerische Tätigkeiten. Dies geht aus verschiedenen Elementen des Artikels und aus seinen Erläuterungen hervor. Nichtsdestotrotz zielt dieses Angebot auf einen längerfristigen Aufenthalt des Seniors ab und sieht über ein Notrufsystem eine direkte Verbindung zum Wohn- und Pflegezentrum vor. Bei den Senioren handelt es sich darüber hinaus um Personen mit festgestelltem Unterstützungsbedarf, sodass im Gegensatz zur Seniorenresidenz und der gemeinschaftlichen Wohninitiative ein Höchstmaß an qualitativen Standards gegeben sein muss. Es ist unerlässlich, dass diese verletzte Personengruppe ausreichend geschützt wird. Aus diesem Grund unterliegt dieses Angebot einer Genehmigungspflicht. Der Verfassungsgerichtshof hat in seinem vorerwähnten Entscheid 6/2014 vom 23. Januar 2014 festgestellt, dass ein solches Vorgehen nicht unvereinbar mit der Dienstleistungsrichtlinie ist.³

15. Begleitete Wohngemeinschaft für Senioren

Ähnlich wie das betreute Wohnen und im Gegensatz zur gemeinschaftlichen Wohninitiative, die ein ähnliches Angebot erbringt, richtet sich die begleitete Wohngemeinschaft an Senioren mit festgestelltem Unterstützungsbedarf. Aus diesem Grund ist es vonnöten, die Erbringung dieser Dienstleistung vom Erhalt einer Genehmigung abhängig zu machen, sodass ein Höchstmaß an qualitativer Dienstleistungserbringung gewährleistet wird. In der Tat handelt es sich beim Zielpublikum um eine besonders verletzte Personengruppe, die als besonders schützenswert erachtet wird. Die Genehmigungspflicht sowie die Verpflichtung

³ Randnummern B.31.2 bis 32.3. des vorerwähnten Entscheids.

tung, die Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Genehmigung einzuhalten, stellen das geeignetste Mittel dar, um die gewünschte Dienstleistungsqualität zu erreichen.

16. Wohn- und Pflegezentrum für Senioren

Es steht außer Frage, dass für diese Dienstleistung zahlreiche Gesundheitsdienstleistungen erbracht werden. Da Senioren mit geringem und erhöhtem Pflegebedarf den absoluten Großteil der Bewohner eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren bilden, und so eine ständige Pflege und Betreuung gewährleistet sein muss, ist anzunehmen, dass diese Tätigkeiten den Hauptteil der Dienstleistung darstellen. Das Wohn- und Pflegezentrum für Senioren ist demnach von der Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie ausgeschlossen. Zur Sicherung der Qualität dieser Dienstleistung ist ihre Erbringung an den Erhalt einer Genehmigung geknüpft und weiteren Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Genehmigung unterworfen.

17. Palliativpflege

Da die Palliativpflege im Kern aus Gesundheitsdienstleistungen besteht, ist auch diese Dienstleistung über die Ausnahmeregelung vom Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ausgeschlossen. Somit ist auch dieses Angebot genehmigungspflichtig.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES AUSSCHUSSES FÜR DEN SCHUTZ DES PRIVATLEBENS

Der Ausschuss für den Schutz des Privatlebens (hiernach „Ausschuss“) erteilte dem Dekretvorentwurf am 11. April 2018 sein Gutachten Nummer 32/2018.

Nachdem der Ausschuss festgestellt hat, dass die Zweckbestimmung der Datenverarbeitung ermittelt, explizit und rechtmäßig ist, weist der Ausschuss auf folgende Schwierigkeiten bei der angedachten Datenverarbeitung hin:

1. Rechtliche Grundlage

Bezüglich Artikel 80 des Dekretvorentwurfs macht der Ausschuss darauf aufmerksam, dass die Person, die Daten zur Gesundheit verarbeitet, dem Berufsgeheimnis gemäß Artikel 458 des Strafgesetzbuches unterworfen sein sollte. Der Artikel wurde entsprechend angepasst.

Nach Ansicht des Ausschusses besteht keine Rechtfertigung zur Verarbeitung besonders schützenswerter Daten. Da diese Daten für die Ausübung der Aufgaben der Dienstleister tatsächlich nicht unverzichtbar sind, wurde diese Datenkategorie aus Artikel 79 des Dekretvorentwurfs ausgelassen.

Der Ausschuss machte eine ähnliche Bemerkung in Bezug auf die gerichtlichen Daten, erlaubte dabei jedoch die Verarbeitung von Daten zur Rechtsfähigkeit der Person. Somit bestünde zu Daten über strafrechtliche Verurteilungen keine ausreichende Rechtfertigung. Aus Sicht der Textautoren scheint es jedoch unumgänglich, Senioren und andere verletzte Personen gegen Übergriffe von Personalmitgliedern der Dienstleister zu schützen. Das geeignetste Mittel, um dieser Zielsetzung gerecht zu werden, ist hierbei eine proaktive Kontrolle. Somit sollen sowohl die Dienstleister in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber als auch die Regierung in ihrer Eigenschaft als Kontroll- und Zuschussbehörde die Möglichkeit erhalten, vor und nach Arbeitsantritt über strafrechtliche Verurteilungen der Personalmitglieder aufgeklärt zu werden, um entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Senioren ergreifen zu können. Gleichzeitig sind jedoch nicht alle strafrechtlichen Verurtei-

lungen für die Begleitung der Senioren und schutzbedürftigen Personen von Relevanz. So sollen die Dienstleister und die Regierung nur Daten zu solchen Verurteilungen verarbeiten können, die für den Senior und die Person eine direkte Gefahr darstellen können (z.B. Körperverletzung, sexuelle Übergriffe, Freiheitsberaubung, etc.).

2. Verhältnismäßigkeit

Der Ausschuss begrüßt, dass die Datenkategorien eine dekretale Verankerung finden, wünscht sich jedoch, dass der Ausführungserlass der künftigen Datenschutzbehörde unterbreitet wird. Aufgrund der in Artikel 79 §3 enthaltenen Verpflichtung wird diesem Hinweis entsprochen.

3. Aufbewahrungsfrist

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die personenbezogenen Daten während 10 Jahren nach der letzten Inanspruchnahme eines Angebots aufbewahrt werden.

4. Verantwortlichkeit

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Dienstleister für die Verarbeitung der Daten verantwortlich sind. Hierzu ist jedoch zu bemerken, dass bezüglich der Daten, die die Regierung für die Ausübung ihrer Aufgaben benötigt, letztere auch verantwortlich ist und denselben Auflagen wie die Dienstleister unterliegen wird. Konkret wird das Ministerium mit dieser Aufgabe betraut werden.

5. Sicherheitsmaßnahmen

Der Ausschuss verweist auf Referenzmaßnahmen, die sich weitgehend mit der Sicherheitspolitik des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft decken (Informationssicherheitspolitik, ISB, Klärung der Zuständigkeiten, physische Sicherheit, Netzwerksicherheit, Zugangskontrollen, Logfiles (Sicherung der Zugriffe), Revisionen der Maßnahmen, Disaster recovery, Einhaltung der Normen und Gesetze, Dokumentation dieser Punkte). Der Ausschuss rät dazu, die Sicherheitsmaßnahmen im Ausführungserlass weiter zu präzisieren. Bei Ausarbeitung dieses Erlasses wird dieser der Datenschutzbehörde vorgelegt werden.

6. Zusätzliche Bemerkungen

Der Ausschuss empfiehlt, die im Dekretvorentwurf verwendete Terminologie an die des Gesetzes vom 3. Dezember 2017 zur Schaffung einer Datenschutzbehörde und die der Datenschutzgrundverordnung anzugleichen. Die nötigen Änderungen wurden vorgenommen.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES BEIRATES FÜR WOHN-, BEGLEIT- UND PFLEGESTRUKTUREN FÜR SENIOREN SOWIE FÜR DIE HÄUSLICHE HILFE

Der Beirat für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie für die häusliche Hilfe (hiernach „Beirat“) erteilte dem Dekretvorentwurf am 11. April 2018 sein positives Gutachten.

Neben Bemerkungen technisch-terminologischer Natur, die teilweise übernommen wurden, formulierte der Beirat folgende Bemerkungen zu folgenden Artikeln:

1. Artikel 4

Bezüglich Nummer 14: Der Beirat bittet darum, den Begriff „Stellvertreter“ juristisch zu prüfen, da es sowohl Stellvertreter des Vermögens als auch Stellvertreter der Person gibt.

Hierzu ist zu bemerken, dass mit Stellvertreter vorrangig der Verwalter der Person im Sinne von Artikel 499/1 des Zivilgesetzbuches gemeint ist. Da der Richter jedoch für die schutzbedürftige Person die Art und den Umfang der Befugnisse des Verwalters nach Maß festlegen kann, ist im Einzelfall durch den Dienstleister zu prüfen, ob der Verwalter, der sich als Stellvertreter ausgibt, auch tatsächlich über den nötigen Handlungsspielraum verfügt. Die entsprechende Überprüfbarkeit wird durch Artikel 1249 des Gerichtsgesetzbuches gewährleistet.

2. Artikel 8

- Bezüglich Nummer 4 empfiehlt der Beirat, den Wortlaut „Gesellschaft bieten“ durch „Angebote zur Pflege der Sozialkontakte“ zu ersetzen. Dieser Wortlaut entspricht aber nicht ganz dem „Gesellschaft leisten“.

Der Begriff „Gesellschaft leisten“ wurde beibehalten, da er auch eine „passive“ Begleitung der Personen mit sehr hohem Unterstützungsbedarf erlaubt.

- Der Beirat rät dazu, folgende Nummer 9 hinzuzufügen: „Anbieten eines Besuchsdienstes“.

Dieser Vorschlag wird übernommen.

3. Artikel 10 und 11

Der Beirat fragt sich, ob eine getrennte Beschreibung der Familien- und Seniorenhilfe und der Krankenwache sinnvoll ist. Die Krankenwache unterscheidet sich nur durch ein Nicht-Anbieten von hauswirtschaftlichen Hilfen von den Familien- und Seniorenhilfen.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Krankenwache der Dienstleistungsrichtlinie unterliegt, eine freiwillige Anerkennung erlangen kann und im Gegensatz dazu die Familien- und Seniorenhilfe einer Genehmigung bedarf, sollten beide Angebote getrennt beschrieben werden. Allerdings wird das Angebot der Familien- und Seniorenhilfe dahingehend abgeändert, dass auch die Leistungen der Krankenwache erbracht werden können.

4. Artikel 13

- Zu Nummer 5 stellt sich der Beirat die Frage der Notwendigkeit von Duschräumen.

Vor dem Hintergrund, dass Senioren mit Unterstützungsbedarf in diesem Angebot begleitet werden, scheint es der Regierung gerechtfertigt, Duschräume vorzusehen, um bei Bedarf die Bezugspersonen in der alltäglichen Pflege zu entlasten beziehungsweise in Notfällen Abhilfe leisten zu können. Die Vorgabe wird daher beibehalten.

5. Artikel 17

- Bezüglich des Zeitraums der Kurzaufenthalte schlägt der Beirat vor, diesen auf 92 Tage zu erhöhen, da ein Monat auch 31 Tage haben kann.

Der Zweckmäßigkeit halber wird der Zeitraum auf drei aufeinanderfolgende Monate festgelegt.

Der Beirat weist darauf hin, dass hier ein Problem des Missbrauchs der 3-Monatsregelung am Jahresende bestehen könnte: Personen, die 3 Monate im Haus waren, gehen einen Tag nach Hause, um dann wieder 3 Monate zurück in die Einrichtung zu kommen. Hier wäre es wünschenswert/sinnvoll, eine Kontrolle vorzusehen. Auch unter Beachtung der Tatsache, dass Personen von einer Einrichtung in die andere wechseln.

Diese Problematik kann nur bei Jahresende entstehen, da die Kurzaufenthalte auf drei Monate jährlich und auf 3 aufeinander folgende Monate begrenzt sind. Die Regierung vertraut darauf, dass die Träger des Angebotes die Regel nicht missbrauchen werden. Der Text wird nicht abgeändert.

- In Bezug auf Nummer 3 schlägt der Beirat vor, den Begriff „geriatrische Rehabilitationsmaßnahmen“ durch „Mobilitätsmaßnahmen“ zu ersetzen, um den Unterschied zu Artikel 18 hervorzuheben.

Die geriatrischen Rehabilitationsmaßnahmen sind Leistungen, die vorwiegend durch Kinesiotherapeuten erbracht werden und den Vorgaben des Artikel 43 des koordinierten Gesetzes vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe unterliegen; Der Begriff Mobilisierungsmaßnahme wird übernommen, denn diese Maßnahmen können auch von anderen Berufsgruppen ausgeführt werden.

Beide Begriffe werden übernommen in den Artikel 14, 17 und 24.

6. Artikel 24

Der Beirat bemerkt, dass hier ebenfalls die Nachtpflege erwähnt werden sollte.

Dieser Empfehlung wurde Folge geleistet.

Der Beirat bittet ebenfalls um eine Abänderung der Bezeichnung der Alten- und Pflegeheimen (APWH).

Da dieses Dekret den APWH ermöglicht ihre Angebotspalette für Senioren mit Unterstützungsbedarf zu erweitern, wurde der vorgeschlagene Begriff „Wohn- und Pflegezentrum für Senioren“ im Text übernommen.

7. Artikel 25

Der Beirat macht den Vorschlag, dass die 82%-Schwelle ein Minimum und die 13%-Schwelle ein Maximum sein sollen.

Die 5% Kurzaufenthalte sollten nicht pro Angebot bestimmt werden, sondern innerhalb einer Wohnhilfezone. Dies würde erlauben, dass gebündelt ganze Wohnbereiche für Kurzaufenthalte geschaffen werden könnten.

Durch die Tatsache, dass die neue Finanzierungsgrundlage einerseits die Abwesenheitstage der Bewohner (Krankenhausaufenthalte) berücksichtigt und eine 97%-Belegung einer

Vollbelegung gleichkommt und andererseits, diese Belegung auf jährlicher Basis erfasst wird, ist in dieser Aufteilung der Kapazitäten ausreichend Flexibilität vorgesehen. Sollte in einem Quartal eine Unterstützungskapazität etwas höher liegen, kann diese im nächsten Quartal wieder ausgeglichen werden, da die Belegung auf Jahresbasis kontrolliert wird. Sollte die Unterstützungskapazität für Senioren mit erhöhter Unterstützungskategorie erschöpft sein, bedeutet dies nicht, dass kein Senior mit erhöhter Unterstützungskategorie mehr einziehen kann, sondern die Finanzierung bleibt, wie im Vertrag festgelegt, unverändert. Die zusätzlichen Bewohner mit erhöhter Unterstützungskategorie würden, wie im Vertrag festgehalten, laut Tagespauschale für Plätze für Senioren mit geringer Unterstützungskategorie bezuschusst. Sollte allerdings die Unterstützungskapazität für Senioren mit geringer Unterstützungskategorie erschöpft sein, kann keine Person mit geringer Unterstützungskategorie mehr einziehen.

Die Kurzaufenthalte bleiben am Standort gebunden, um eine flächendeckende Verteilung im deutschen Sprachgebiet zu ermöglichen und gleichzeitig dem Senior ein wohnortnahes Angebot zur Verfügung zu stellen.

Der Dekretvorentwurf wurde nicht abgeändert.

8. Artikel 33 §2

Der Beirat bittet darum, den Paragraphen dahingehend abzuändern, dass die Kapazität des neuen Standortes für die Zeit der Umbaumaßnahme erhöht werden kann.

Der Dekretvorentwurf wurde entsprechend abgeändert. Nach Beendigung von Umbaumaßnahmen werden die betroffenen Einrichtungen ihre ursprüngliche Anzahl Plätze wieder erlangen.

9. Artikel 37

Der Beirat fragt sich, ob es realistisch ist, eine Schließung einer Einrichtung vorzusehen.

Die Regierung muss die Möglichkeit haben, in schwerwiegenden Fällen eine Schließung aussprechen zu können. Hier sei bemerkt, dass einer Schließung immer, außer in präzisen Dringlichkeitsfällen, eine Aussetzung und ein Entzug der Genehmigung vorausgehen. Die Aussetzung erlaubt dem Träger, sich in einer begrenzten Zeitspanne den Vorgaben der Genehmigung anzupassen. Sowohl während der Aussetzung als auch während des Entzugs können keine neuen Bewohner einziehen. Somit nimmt die Anzahl Bewohner bis zur Einhaltung der Normen stetig ab. Eine Schließung ist demnach nicht plötzlich oder kurzfristig. Außerdem sieht Artikel 38 des Dekretentwurfs vor, dass die Regierung eine Frist für die Unterbringung der verbleibenden Senioren festlegt. Während dieser Frist wird das Wohn- und Pflegezentrum für Senioren weitergeführt.

10. Artikel 49 §1 Absatz 3 Nummer 3

Der Beirat bittet darum, auch die „Senkung“ vorzusehen, nicht nur die Erhöhung.

Eine Senkung des finanziellen Beitrags des Seniors und der Person mit Unterstützungsbedarf ist zum Vorteil dieser Personen und bedarf keiner Kontrolle der Regierung. Die Leistungen und die Qualität müssen aber gewährleistet sein. Der Text bleibt daher unverändert.

11. Artikel 53 §1

Der Begriff „Anwesenheitstage“ soll zum besseren Verständnis durch „Miettage“ umformuliert werden.

Der Begriff Anwesenheitstage entspricht dem üblichen Wortlaut der vorherigen Finanzierung durch das LIKIV. Dieser wird einfach übernommen und ist mit dem Begriff, der für die Finanzierung mittels Begleitpauschale verwendet wird, identisch. Der Text wird daher nicht abgeändert.

12. Artikel 61

Der Beirat äußert seine Skepsis in Bezug auf die 10% Rückforderung bei Nicht-Einhaltung der Bestimmungen. Die Einrichtungen werden für eine Nicht-Einhaltung einer Bestimmung durch die Senioren bestraft. Sie tragen de facto keine Verantwortung für die Beratung und das Erstellen eines Unterstützungsplans, aber werden bei Nicht-Einhaltung bestraft.

Dieser Artikel übernimmt die Regelung, die in das Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben eingeführt wurde. Aus Kohärenzgründen bleibt der Text unverändert.

13. Artikel 65 §1 Absatz 1 Nummer 4

Der Beirat wünscht, den Wortlaut „angesiedelt“ zu nuancieren: Sind nur die Dienstleister, die ihren Sitz in der Gemeinde haben Mitglied? Sind die Dienstleister, die in allen Gemeinden tätig sind, in der Lage diesen zeitlichen Aufwand zu leisten, wenn sie überall vertreten sein sollten?

Hierzu wird bemerkt, dass als effektive Mitglieder, die Dienstleister vorgesehen sind, die in der Gemeinde angesiedelt sind. Dienstleister, die ihren Sitz in einer anderen Gemeinde haben, können mit beratender Stimme zu den Beratungen hinzugezogen werden. Es gibt auch keine Teilnahmepflicht, demzufolge kann der Dienstleister selber den Aufwand abschätzen.

Der Text wird nicht abgeändert.

14. Artikel 80 §1 Absatz 2 Nummer 7

Der Beirat äußert den Wunsch, dass die Inspektion in Begleitung durchgeführt wird. Dies setzt voraus, dass die Inspektion (kurzfristig) angekündigt stattfindet.

Die Inspektoren werden bei Abwesenheit eines leitenden Personalmitglieds selbst abwägen, was sie alleine prüfen können und was zu einem späteren Zeitpunkt in Begleitung dieses Personalmitglieds geprüft werden muss. Eine Begehung oder ein Gespräch mit den Senioren, den Personen mit Unterstützungsbedarf oder mit den Bezugspersonen können beispielsweise ohne Begleitung stattfinden.

Die Inspektion sollte immer im Rahmen der im Dekret vorgesehenen Einschränkungen für gewisse persönliche Räume unangekündigt stattfinden können.

Der Text wird daher nicht abgeändert.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DER DIENSTSTELLE FÜR SELBSTBESTIMMTES LEBEN

Der Verwaltungsrat der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben (hiernach „Dienststelle“) hat in seiner Verwaltungsratssitzung vom 6. April 2018 sein Gutachten verabschiedet. In einer allgemeinen Anmerkung begrüßt und unterstützt die Dienststelle die Grundzüge des Dekretvorentwurfs.

Neben dieser allgemeinen Bemerkung und Bemerkungen technisch-terminologischer Natur, die teilweise übernommen wurden, formulierte die Dienststelle folgende Bemerkungen zu folgenden Artikeln:

1. Artikel 4

- Zu Nummer 5 hebt die Dienststelle hervor, dass an dieser Stelle nicht nur die Lebensqualität der Senioren Berücksichtigung finden sollte, sondern auch die der anderen dort untergebrachten Personen.

Natürlich sollte die Lebensqualität aller Personen, die in einer Wohnstruktur leben, Berücksichtigung finden. Allerdings sind das Zielpublikum der im vorliegenden Dekretentwurf definierten Angebote im Wesentlichen die Senioren. Für die Personen mit Unterstützungsbedarf bestehen andere Angebote, die den Bedarfen einer jüngeren Zielgruppe besser entsprechen können. Dies sind beispielsweise die Wohngemeinschaften oder die Wohnressourcen für Personen mit Behinderung. Diese Personen mit Unterstützungsbedarf können mittels Ausnahmegenehmigung unter gewissen Bedingungen auch die im Dekret beschriebenen Angebote nutzen.

- Bezüglich der in Nummer 6 genutzten Definition der Palliativpflege, bemerkt die Dienststelle, dass diese nicht mit der föderalen Definition übereinstimmt.

Diese Definition der Palliativpflege wird angepasst..

- Bezüglich Nummer 9 bemerkt die Dienststelle, dass die verwendete Definition nicht mit der im Dekret vom 13. Dezember 2016 verwendeten Definition des Nutznießers übereinstimmt.

 Im vorliegenden Dekretentwurf wurde bewusst eine Unterscheidung zwischen den Senioren, den Senioren mit Unterstützungsbedarf und den Personen mit Unterstützungsbedarf gemacht. Der Inklusionsgedanke lässt Unterschiede zu, beziehungsweise trägt Sorge, dass Unterschiede wahrgenommen werden, nicht ignoriert aber auch nicht zur Ausgrenzung führen. Sie sollen als Bereicherung einer Gesellschaft gesehen werden. Senioren sind die Personen über dem Pensionsalter, die sich in den nächsten Jahren zu einer großen Bevölkerungsgruppe entwickeln werden. Gleichzeitig nimmt aber auch die Lebensdauer in guter Gesundheit zu. Eine Differenzierung der Zielgruppe dient nicht der Stigmatisierung, aber der Entwicklung von an den Bedarfen orientierten spezifischen Angeboten. Diese sollte wohnortsnah zur Verfügung stehen. Senior mit Unterstützungsbedarf ist ein „Oberbegriff“, der alle Senioren mit geringem und mit erhöhtem Unterstützungsbedarf umfasst. Die Regierung wird im Ausführungserlass das Instrument zur Bestimmung des Unterstützungsbedarfs bestimmen. Dieses Instrument kann von allen Dienstleistern der Personenunterstützung angewandt werden. Für die Finanzierung der Wohn- und Pflegezentren für Senioren, wie im Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Selbstbestimmtes Leben definiert, wird die Dienststelle die Unterstützungskategorie bestimmen.

- Die Dienststelle weist bezüglich der Nummer 9 Buchstabe c) darauf hin, dass die „Bezugspersonen“ inhaltlich den im Dekret vom 13. Dezember 2016 definierten „Pflegernden Angehörigen“ entsprechen.

Der vorliegende Text lehnt sich an den französischen Begriff des „aidant proche“ an. Dieser Begriff wird bevorzugt, da in der Realität nicht nur die Angehörigen einen wesentlichen Beitrag zur Begleitung, Unterstützung oder Pflege von Personen mit Unterstützungsbedarf oder Senioren mit Unterstützungsbedarf leisten. Diesem Umstand wird hier Rechnung getragen. Auch Freunde, Nachbarn oder andere nahstehende Personen werden berücksichtigt.

- Auch bezüglich Nummer 13 bemerkt die Dienststelle, dass der verwendete Begriff „Dienstleister“ nicht mit dem Dekret vom 13. Dezember 2016 übereinstimmt.

Die Träger der im Dekretentwurf definierten Angebote können breitgefächert sein. Dieser Dekretentwurf nimmt ausdrücklich auch niederschwellige Angebote auf, die zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Aus diesem Grunde weicht der Begriff des Dienstleisters hier von dem Begriff des Dekrets vom 13. Dezember 2016 ab, denn dieses hat den hier vollzogenen Paradigmenwechsel – von einem ausschließlichen Trägerblickwinkel zu einem personenzentrierten Blickwinkel der Angebote – nicht auf diese Weise vollzogen.

- Bezüglich Nummer 27 rät die Dienststelle dazu, die Mindestanzahl an Dienstleistungen im Kommentar zu erläutern.

Nicht der Kommentar wird Erläuterungen bereitstellen, sondern der Ausführungserlass.

2. Artikel 5

- Die Dienststelle bittet darum, den Unterschied zwischen der „partizipativen Organisation des Alltags“ und Aussagen wie der „Mitgestaltung der Freizeit des Seniors“ (Art. 24 des Dekretentwurfs) zu erläutern.

Es gibt in der Tat einen Unterschied zwischen der partizipativen Gestaltung des Alltags und der Mitgestaltung der Freizeit des Seniors. Die Angebote sollen den Bedarfen der Senioren mit Unterstützungsbedarf und der Personen mit Unterstützungsbedarf bestmöglich entsprechen. Daher gibt es eine Art Steigerung in der Intensität der Begleitung. Mit der Zunahme des Unterstützungsbedarfs nimmt auch die Intensität der Begleitung zu. Dies unter der Voraussetzung, dass alle Dienstleister den Leistungsgrundsätzen entsprechen. Es ist ein wesentliches Merkmal des Dekretes, die Leistungsgrundsätze mit Menschenrechtsbezug in den ersten Artikeln zu definieren. Diese Grundsätze sind somit übergeordnet und gelten in allen Angeboten und für alle Dienstleister.

- Bezüglich Absatz 2, Nummer 4 bemerkt die Dienststelle, dass die Netzwerkarbeit eigentlich Aufgabe der Dienststelle ist.

Auch hier ist die Unterscheidung zwischen der Netzwerkarbeit der Dienststelle vor dem Hintergrund des Case Managements und der hier angestrebten Netzwerkarbeit wichtig. In diesem Dekretentwurf wird die Netzwerkarbeit als Mittel zur „Qualitätssteigerung“ verstanden. Die Kontrolle der Qualität ist Aufgabe der Regierung und des Ministeriums. Die Offene Methode der Koordinierung (OMK) der EU dient als Inspiration des Finanzierungskonzeptes der Dienstleister und findet in diesem Artikel seinen Niederschlag. In dieser Methode wird unter anderem ein regelmäßiger Austausch über gute Praktiken vorgesehen. Auch wird die Umsetzung der festgelegten Normen in einem individuellen Prozess beglei-

tet, der dem Dienstleister ermöglicht, sein eigenes Profil zu definieren. Schlussendlich bedeutet die Netzwerkarbeit hier eine Umsetzung der Zielsetzung der EU- Charta (siehe Kommentare), nämlich einen regelmäßigen Austausch im Hinblick auf die Steigerung der Qualität zu fördern.

3. Artikel 10, 11 und 12

- Die Dienststelle wünscht, dass die Begriffe „begrenzte und ergänzende“ hauswirtschaftliche Hilfe (Artikel 10, 11) bzw. die „begrenzte“ soziale Begleitung (Artikel 12) zeitnah definiert werden.

Diese Begrifflichkeiten sind bekannt und sind aus den bisher geltenden Rechtstexten übernommen worden. Eine begrenzte und ergänzende hauswirtschaftliche Hilfe bedeutet im Falle der Familien- und Seniorenhilfe und der Krankenwachen, dass diese Personalmitglieder nicht reine hauswirtschaftliche Arbeiten leisten. Das Angebot der Familien- und Seniorenhilfe und der Krankenwache würde das Angebot des Artikels 12 soziale hauswirtschaftliche Hilfen in manchen Fällen ersetzen, wenn die hauswirtschaftliche Hilfe nicht begrenzt oder ergänzend wäre. Dies ist nicht erwünscht.. Umgekehrt wird im Angebot der sozialen hauswirtschaftlichen Hilfe im Wesentlichen das Haus unterhalten und es sollte die Familien- und Seniorenhilfe, die gewissen Qualitätskriterien unterliegt, nicht ersetzen.

- Darüber hinaus bemerkt die Dienststelle, dass viele betroffene Personen, insbesondere im ländlichen Raum, auf die Unterstützung beim Unterhalt der zum Haus gehörenden Grünanlagen angewiesen sind. Abhängig davon, für welche Dienstleister dieser Artikel die Bezuschussungsgrundlage bilden soll, wäre dies an dieser Stelle zu berücksichtigen.

Diese Angebote sind nicht in diesem Dekret berücksichtigt. Es gibt andere Bezuschussungsgrundlagen für diese Dienste, so beispielsweise die LBA-Schecks (Artikel 2 §1 Nummer 8 des Dekrets zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie die Artikel 79 und 79bis des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit).

4. Artikel 13

- Die Dienststelle kritisiert die grundsätzliche, dauerhafte und ausnahmslose Nichterbringung von Gesundheitsdienstleistungen. Eine ähnliche Bemerkung gilt für die Artikel 22 und 23.

 Gesundheitsleistungen werden im koordinierten Gesetz vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Berufe im Gesundheitswesen definiert. Eine Delegation der pflegerischen Tätigkeiten der Krankenpfleger im Sinne von Artikel 46 des koordinierten Gesetzes vom 15. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe wird im Vereinbarungsprotokoll vom 19. Dezember 2017 zwischen der Föderalbehörde und den in den Artikeln 128, 130, 135 und 138 der Verfassung erwähnten Behörden über die Zusammenarbeit zwischen den Personen aus dem Umfeld des Patienten/Kunden und den Fachkräften der Gesundheitspflege außerhalb einer Pflegeanstalt vorgesehen. Vorliegender Dekretentwurf ist im Licht dieser Grundlagen zu lesen. Mit den hier vorliegenden Bestimmungen soll vermieden werden, beispielsweise Pseudo-Wohn- und Pflegezentren für Senioren entstehen zu lassen. Wäre eine dauerhafte Pflege möglich, könnten einfach ohne Einhaltung der hier festgelegten Qualitätsnormen der Wohn- und Pflegezentren Senioren mit Unterstützungsbedarf gepflegt werden. Dies muss ausdrücklich vermieden werden. Der Gesetzgeber hat aus diesem Grunde auch die Pflege als Ausnahme zur EU Dienstleistungsrichtlinie definiert (s. hiervor „Vereinbarkeit mit der Dienstleistungsrichtlinie“). In den Angeboten mit dauerhafter Pflege muss die Qualität über Normen gewährleistet und kontrollierbar sein.

- Die Dienststelle würde es begrüßen, wenn für alle in Kapitel 2 aufgeführten Angebote die Möglichkeit bestehen würde, dass auch Personen unter dem gesetzlichen Pensionsalter und bei entsprechendem Unterstützungsbedarf weiterhin in Ausnahmefällen vorhandene Angebote nutzen können.

Die Tagesbetreuung, die gemeinschaftliche Wohninitiative und das betreute Wohnen sind den Senioren mit Unterstützungsbedarf vorbehalten, da es ähnliche oder andere Angebote für Personen mit Unterstützungsbedarf gibt. Diese Angebote können besser auf die Bedarfe dieser jüngeren Zielgruppe eingehen. Für die Tagespflege, die Nachtpflege und die Kurzaufenthalte sind entsprechende Ausnahmen bereits vorgesehen. Die Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation und die Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation stehen beiden Zielgruppen zur Verfügung.

5. Artikel 19 und 22

Die Dienststelle stellt sich die Frage, ob die freie Inanspruchnahme von Leistungen eine Kostenfreiheit und/oder eine Freiwilligkeit impliziert.

Der finanzielle Beitrag der Senioren mit Unterstützungsbedarf und der Personen mit Unterstützungsbedarf wird durch den Artikel 49 definiert.

Dienstleister der Angebote, die der Dienstleistungsrichtlinie unterliegen und keine freiwillige Anerkennung erhalten haben, können ihren finanziellen Beitrag selbst definieren, so auch die Miete.

Was den Wortlaut „anbieten“ anstelle von „erbringen“ betrifft, wird an dieser Stelle an die Selbstbestimmung des Seniors erinnert, der eine Dienstleistung aussuchen kann, aber nicht gezwungen werden kann, diese zu akzeptieren.

6. Artikel 23

Die Dienststelle wünscht, dass die begleiteten Wohngemeinschaften für Senioren in Kohärenz zur Gemeinschaftsküche auch weitere hauswirtschaftliche Leistungen anbieten.

Dies fällt unter dem Punkt partizipative Organisation des Alltags.

7. Artikel 25

Die Dienststelle warnt vor den Nebeneffekten der durch diesen Artikel festgelegten Schwellenwerte.

Für die Erläuterungen der Prozentsätze und die Flexibilität, die das System vorsieht, wird auf die entsprechende Erklärung zu den Bemerkungen des Beirates verwiesen.

8. Artikel 27

- Die Dienststelle stellt sich die Frage zur Realisierbarkeit und Notwendigkeit einer Programmierung des Palliativpflegeverbandes.

Artikel 27 §1 Absatz 2 sieht eine Ausnahme zum Grundsatz der Programmierung vor. Demzufolge gibt es keine Programmierung für den Palliativpflegeverband.

Auch sind die Dienstleister verpflichtet, die Philosophie der Palliativpflege in ihren Angeboten zu respektieren. Dies wird im Artikel 6 festgehalten. Dies ist auch der Fall, wenn der Palliativpflegeverband nicht zu Rate gezogen wird. Es besteht also kein Widerspruch.

- Die Dienststelle weist auf eine unerwünschte Wechselwirkung zwischen Artikel 27 §2 und Artikel 28 hin. Die Programmierung bedingt das Angebot, das Angebot die Programmierung.

Dieser Bezug zwischen den beiden Artikeln ist gewünscht und sorgt für Kohärenz. Genehmigt werden nur Angebote, die Teil der Programmierung sind, daher muss die Programmierung einen Bezug zu den Wohnhilfeszonen haben.

9. Artikel 30 und 32

Die Dienststelle stellt fest, dass der in Artikel 30 §3, Abs. 2 genannte Antragsmoment für eine Betriebsgenehmigung mit der in Artikel 32 §1 Abs. 4 genannten Bearbeitungsfrist der Regierung identisch ist.

Hierzu ist zu bemerken, dass der Dienstleister entweder eine Verlängerung der Planungsgenehmigung beantragt oder er eine Betriebsgenehmigung beantragen muss.

Die Dienststelle kann über ein Angebot ab dem Zeitpunkt, an dem die Betriebsgenehmigung vorliegt, informieren.

10. Artikel 31

Die Dienststelle bedauert, dass eine Planungsgenehmigung nur im Rahmen der bestehenden Programmierung erteilt werden darf.

Die Genehmigung beziehungsweise die Finanzierung eines Angebotes setzt voraus, dass das Angebot Teil der Programmierung ist. Somit ist die Programmierung ein Planungsinstrument für die Regierung und unter der Voraussetzung, dass alle Normen respektiert werden, auch eine Garantie, dass im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Finanzierung bei Inbetriebnahme möglich sein wird. Pilotprojekte können außerhalb der Programmierung entstehen.

11. Artikel 36, 37 und 46



Die Dienststelle erachtet es als notwendig, dass die Notifizierung der Dienststelle direkt durch die Regierung erfolgt um somit – unabhängig vom Dienstleister – die notwendigen Konsequenzen für ihre eigene Tätigkeit schnellstmöglich in die Wege zu leiten. Die Dienststelle stellt fest, dass im Falle der Schließung eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren gemäß Artikel 38 dieses – und nicht die Dienststelle – die Weiterorientierung vornimmt. Eine freiwillige Beendigung des Angebots (Artikel 39) stellt ebenso die Dienststelle vor einer Herausforderung. Die Dienststelle schlägt an dieser Stelle eine Weiterführung von mindestens 3 Monaten vor.

Hier sei nochmals auf die Vorgaben der EU-Dienstleistungsrichtlinie hingewiesen. Es obliegt nicht der Regierung, die Notifizierung zu verfassen, sondern dem Dienstleister.

Allerdings bestimmt die Regierung die Form, den Inhalt und das Verfahren gemäß dem die Information an die Dienststelle zur Kenntnis gebracht wird.

Bezüglich der Schließung oder Beendigung des Angebots wird auf die Bemerkungen zum Gutachten des Beirats verwiesen.

12. Artikel 57

Die Dienststelle befürchtet, dass der neue Artikel 57 Absatz 2 des Dekretentwurfs direkte Auswirkungen auf die Auslegung des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2017 über die Mobilitätshilfen hat.

Die diesbezügliche Sorge der Dienststelle ist unbegründet. Der vorerwähnte Erlass vom 20. Juni 2017 kann unverändert ausgeführt werden. Einzelne Bestimmungen dieses Erlasses erhalten lediglich eine neue Grundlage.

13. Artikel 62

Die Dienststelle stellt sich die Frage, ob es sich bei den Pilotprojekten um Angebote handeln muss, die grundsätzlich auch nach Ablauf der Pilotprojektphase förderfähig im Rahmen des vorliegenden Dekretes sein müssten.

Bei Pilotprojekten handelt es sich möglicherweise um neuartige Formen der Unterstützung, die dann, sollten sie dauerhaft bezuschusst werden, künftig im Dekret als Erweiterung der Angebote eingefügt werden müssten.

14. Artikel 85

Die Dienststelle sorgt sich, dass in Folge der vollständigen Aufhebung des Dekrets vom 4. Juni 2007 nicht auch die Rechtsgrundlage für die Anerkennung und Bezuschussung der psychiatrischen Wohnheime ohne entsprechenden Ersatz erfolgt.

Es wird dafür Sorge getragen, dass das psychiatrische Pflegewohnheim weiter funktionieren kann. Eine eigenständige Grundlage ist derzeit in Ausarbeitung.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel enthält die Europaklausel mit dem Verweis auf die Dienstleistungsrichtlinie.

Artikel 2

Dieser Artikel legt den Anwendungsbereich des Dekretentwurfs fest.

Artikel 3

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Artikel 4

Dieser Artikel definiert Begriffe des Dekretentwurfs, die an mehreren Stellen vorkommen und sorgt so für ein einheitliches Verständnis der entsprechenden Bestimmungen.

Artikel 5



Ausgehend von den Bedarfen der Personen werden im Dekretentwurf Angebote definiert, die eine Begleitung in unterschiedlichen Lebenslagen ermöglichen und zur Unterstützung der Lebensqualität der Personen beitragen können. Diese Angebote können sowohl in der eigenen Wohnung als auch zu diesem Zweck bestimmten Räumlichkeiten oder Einrichtungen angeboten werden.

Diese Angebote wurden seit mehreren Jahren von den Trägern der Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und den Diensten der häuslichen Hilfe angeboten und über diese Trägerschaft definiert. Ausgehend von dem Blickwinkel der Person und ihren Bedarfen, werden die Vorgaben für die einzelnen Angebote nun neu strukturiert, umformuliert und aktualisiert. Rechnung tragend mit den zu erwartenden Veränderungen, bedingt durch den demografischen Wandel, werden neue Angebote definiert. Im vorliegenden Dekretentwurf werden beispielsweise Angebote beschrieben, die einerseits die häusliche Unterstützung mit Gruppenangeboten erweitern, dadurch auch die Bezugspersonen unterstützen und die andererseits, alternative Wohnformen zu den Wohn- und Pflegezentren für Senioren ermöglichen.

Die Genehmigungs- und Anerkennungsbedingungen gewährleisten, dass einerseits definierte Normen erfüllt werden und zu einer Betriebsgenehmigung führen und andererseits, dass die Dienstleister bei Einhalten von Qualitätsnormen und Grundsätzen eine finanzielle Unterstützung erhalten können, unter Einhaltung der Vorgaben der europäischen Dienstleistungsrichtlinie.

Die Förderung der Lebensqualität setzt immer die Stärkung der Selbsthilfekompetenz der Person und ihre Selbstbestimmung voraus. Sie schließt die Stärkung und die Unterstützung der Bezugspersonen mit ein. Neben unterschiedlichen, differenzierten Angeboten, werden die Förderung der Gesundheit und die Vermeidung von Krankheiten als Zielsetzung definiert.

Letzter Schwerpunkt des Dekretentwurfs ist die Netzwerkarbeit in den Wohnhilfезonen, die eine bestmögliche Begleitung der Person gewährleistet und die Übergänge je nach Lebenslage zwischen den Angeboten vereinfacht. Die europäische Charta der Rechte und Pflichten der älteren pflegebedürftigen Menschen, die in den Leistungsgrundsätzen des vorliegenden Dekrets aufgenommen wurde, ist die Grundlage eines breit angelegten Praxisaustausches über die Ausgestaltung einer würdevollen Begleitung und Pflege. Sie gibt dem gesamten Bereich der Personenunterstützung Impulse. Der Austausch soll in den Wohnhilfезonen mit allen Partnern der Personenunterstützung stattfinden und damit ein Element der Qualitätssicherung sein.



Artikel 6

Dieser Artikel definiert die allgemeingültigen Grundsätze für alle Dienstleister der Personenunterstützung. In der Philosophie des Dekretentwurfs werden die Bedarfe und die Rechte der Personen im Mittelpunkt gestellt. Die Grundvoraussetzungen zur bestmöglichen Begleitung und Pflege der Personen und Senioren mit Unterstützungsbedarf während der Beanspruchung der Angebote werden sichergestellt.

Die vorliegenden Rechte und Grundsätze des Dekretentwurfs wurden der europäischen Charta der Rechte und Pflichten pflegebedürftiger älterer Personen entlehnt. Diese wurde im Rahmen des Daphne III Programms zur Gewalt gegen ältere Menschen entwickelt, und durch die EUSTACEA Partner vorgelegt. Sie sollte in den EU-Mitgliedsstaaten eine Diskussion darüber in Gang setzen, wie die Rechte der besonders gefährdeten älteren Menschen am besten anerkannt und geschützt werden. Die Charta hat keinen rechtskräftigen Cha-

rakter in Belgien. Es gibt aber zurzeit gesetzliche Bezugnahmen, unter anderem in mehreren Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Menschen mit Hilfe- und Pflegebedarf haben selbstverständlich die gleichen Rechte, wie alle anderen Menschen auch. Mit der Beschreibung der Rechte der älteren pflegebedürftigen Menschen, die ein größeres Risiko an Pflegebedürftigkeit aufweisen, wird ein direkter Bezug zu den besonderen Lebenslagen im Alter gezogen. Die Rechte sind aber auf alle Personen mit Unterstützungsbedarf anwendbar. Die Charta bietet den Personen, den Bezugspersonen, aber auch den Dienstleistern, ein Maß für die Beurteilung der Pflege und deren Qualität.

Das Recht auf Würde, körperliches und geistiges Wohlbefinden, Freiheit und Sicherheit beinhaltet unter anderem auch den Schutz vor körperlicher und seelischer Gewalt, Misshandlungen und Vernachlässigung, Schutz vor nicht-angezeigten freiheitseinschränkenden Maßnahmen, den Schutz vor medizinischen und pharmazeutischen Missbrauch, unterlassener Hilfeleistung, Schutz vor mangelnder Sorgfalt in der Begleitung und Pflege, Schutz vor und Hilfe gegen Gewalt.

Das Recht auf Selbstbestimmung und Selbsthilfe beinhaltet unter anderem die Willens- und Entscheidungsfreiheit, Fürsprache und Fürsorge, die Wahl des Lebensortes, der Pflege und der Behandlung, der Gestaltung des Tagesablaufes, die Berücksichtigung von Voraussetzungen, die Grenze der Selbstbestimmung dort, wo die Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten der anderen berührt wird oder dort, wo die Rahmenbedingungen die Wahlfreiheit möglicherweise einschränken, die Berücksichtigung von Voraussetzungen, vorbeugende und gesundheitsfördernde Maßnahmen, der Förderung der Selbsthilfe, um weitgehend unabhängig der Hilfe anderer zu sein, die angemessene räumliche Gestaltung.

Das Recht auf Privatsphäre beinhaltet unter anderem auch den achtsamen Umgang mit Schamgefühlen, das Briefgeheimnis, den Schutz der persönlichen Daten, den Respekt von Sexualität, das Recht Besuche zu empfangen, die Möglichkeit des Rückzugs.

Das Recht auf die an ihrem persönlichen Bedarf ausgerichtete Pflege und Begleitung, die den geltenden Qualitätsstandards entsprechen, beinhaltet unter anderem eine kompetente zugewandte Pflege, Begleitung und Behandlung, die Zusammenarbeit aller in der Pflege oder Begleitung involvierten Partner, die Zusammenarbeit mit den Angehörigen und ehrenamtlichen Helfern, individuelle geplante Pflege, Zuständigkeiten, die Beachtung der Lebenshintergründe und Gewohnheiten, Unterstützung der Bewegungsbedürfnisse, fachgerechte Behandlung und Linderung belastender Symptome, die Einhaltung von hygienischen Standards, bedarfsgerechte und bedürfnisgerechte Speisen- und Getränkeangebote, Umgang mit Beschwerden, die Erwartung, dass die Mitarbeiter entsprechend ausgebildet sind, um Anzeichen von Gewalt zu erkennen und Maßnahmen zum Schutze der Person ergreifen zu können, das Wissen wo und wie man Missbrauchsfälle und Beschwerden melden kann.

Das Recht auf individuelle Information und Beratung als Voraussetzung für eine ausgewogene Entscheidung beinhaltet unter anderem die Einbeziehung, die Unterstützung und Schulung der Bezugspersonen, wenn sie in die Begleitung und Pflege involviert sind, Information zu Vertragsinhalten, Kosten und Leistungen, medizinische und pflegerische Aufklärung, Einsicht in Dokumente. Mit dieser Bestimmung wird auch auf die wichtige Rolle der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben für die Senioren hingewiesen und eine Zusammenarbeit der Dienstleister mit dieser Beratungseinrichtung wird vorausgesetzt.

Das Recht auf Kommunikation, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an kulturellen Aktivitäten beinhaltet unter anderem auch die Beachtung der Bedürfnisse und Erforder-

nisse zur Verständigung, Austausch mit anderen Menschen und Wertschätzung, Mitwirkung und Mitgestaltungsmöglichkeiten in Wohnstrukturen, Ausübung der bürgerlichen Pflichten.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung, Gedanken- und Gewissensfreiheit: Weltanschauung, Kultur und Religion beinhaltet unter anderem die Berücksichtigung kultureller und religiöser Werte, die Ausübung religiöser Handlungen, Hilfe bei elementaren Lebensfragen, Respekt der eigenen Weltanschauungen.

Das Recht auf Palliativpflege und ein Sterben in Würde beinhaltet unter anderem auch die individuelle Sterbebegleitung, die Information zur Euthanasie, den Einbezug der Bezugspersonen und den Abschied.

Im Dekretentwurf wurden zwei weitere Grundsätze eingefügt, einerseits die Bezugspflege, die schon Bestandteil der bestehenden Dekrete zu den Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen und der häuslichen Hilfe waren. Für die Personen mit Unterstützungsbedarf ist die kleinstmögliche Anzahl Mitarbeiter, die in der Begleitung involviert sind, essentiell, um das notwendige Vertrauen, die konstante qualitätsvolle Pflege und Begleitung zu gewährleisten.

Auch möchte dieser Dekretentwurf den systemischen neben dem ganzheitlichen Ansatz in der Begleitung der Personen unterstreichen, indem ein besonderes Augenmerk auf die Einbeziehung und Unterstützung der Bezugspersonen gelegt wird.

Im Erlass präzisiert die Regierung die Rechte und definiert die Modalitäten, die die Dienstleister in der Ausführung ihres Vertrages einhalten müssen, in dem sie die bestehenden Normen und Anerkennungsvorgaben der existierenden Dekrete und Erlasse übernimmt und erweitert, aber aus Sicht der hier aufgeführten Rechte der Personen neu gliedert.

Um eine Umsetzung in die Praxis voranzutreiben und die Dienstleister zu verpflichten, sich mit diesen Themenfeldern auseinander zu setzen, werden diese Leistungsgrundsätze in die Genehmigungsbedingungen aufgenommen.

Der strukturierte Dialog und die Netzwerkarbeit in den Wohnhilfezonen tragen dazu bei, dass sich die Dienstleister schwerpunktmäßig mit den einzelnen Grundvoraussetzungen auseinandersetzen, von Erfahrungen einzelner profitieren und so ihre Organisationskonzepte überdenken.



Artikel 7

Dieser Artikel ermöglicht die Beteiligung eines Stellvertreters für den Fall, dass die Person rechtlich nicht handlungsfähig ist. Die Tragweite einer eingeschränkten Rechtsfähigkeit der Person wird durch föderale Gesetze definiert (siehe Begriffsbestimmung und Bemerkungen zum Gutachten des Beirats) und hier für anwendbar erklärt. Dies erfolgt im Respekt des obengenannten Rechts der Selbstbestimmung und dem Recht auf individuelle Information und Beratung als Voraussetzung für eine ausgewogene Entscheidung, auch für Personen deren Rechtsfähigkeit eingeschränkt wäre.

Artikel 8

In diesem Artikel werden Angebote beschrieben, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Nachbarschaftshilfe fördern. Diese Angebote haben in der Regel einen niederschweligen Zugang. Sie werden zurzeit von organisierten ehrenamtlichen Organisatio-

nen und Vereinigungen ohne Rechtspersönlichkeit oder von anderen juristischen Personen angeboten.

Artikel 9

In diesem Artikel werden Angebote beschrieben, die zurzeit durch die ÖSHZ und, in gewissen Situationen, durch die Krankenkassen angeboten werden. Es handelt sich um sehr niederschwellige Angebote mit großer Auswirkung auf das Sicherheitsgefühl der Person. Sie stellen eine wichtige Entlastung für die Bezugspersonen dar. Das Angebot ist flächendeckend.

Artikel 10

Die Beschreibung dieses Angebotes ist dem bestehenden Dekret vom 16. Februar 2009 über die häuslichen Dienste entlehnt. Im Rahmen der Familien- und Seniorenhilfe werden Gesundheitsdienstleistungen erbracht, die durch das koordinierte Gesetz vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe und das Vereinbarungsprotokoll vom 24. Februar 2014 über die Beziehungen zwischen den Pflege- und Beistandsdienstleistern von anerkannten Diensten der häuslichen Unterstützung und den im häuslichen Umfeld tätigen Gesundheitsdienstleistern geregelt sind. Letzteres sieht eine Delegation von pflegerischen Tätigkeiten an die Familien- und Seniorenhelferinnen. In Zukunft soll es gemäß dem Vereinbarungsprotokoll vom 19. Dezember 2017 zwischen der Föderalbehörde und den in den Artikeln 128, 130, 135 und 138 der Verfassung erwähnten Behörden über die Zusammenarbeit zwischen den Personen aus dem Umfeld des Patienten/Kunden und den Fachkräften der Gesundheitspflege außerhalb einer Pflegeanstalt möglich sein, dass ein Gesundheitsdienstleister im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Patienten und einer ihm nahestehenden Person Gesundheitsdienstleistungen delegiert. Vorliegendes Dekret soll den Familien- und Seniorenhelfern gemäß Kapitel 2 dieses Vereinbarungsprotokolls einen entsprechenden Rechtsrahmen liefern.

Darüber hinaus umfasst das Angebot unter anderem die Unterstützung für das Einkaufen, das Zubereiten von Mahlzeiten, das Erledigen von administrativen Aufgaben und die Unterstützung in den alltäglichen Aktivitäten, die Unterstützung bei Freizeitaktivitäten usw. Die Person, wenn sie über die notwendigen Ressourcen verfügt, nimmt an der Ausführung dieser Aufgaben teil. Dieses Angebot wird in der Wohnung und im direkten Umfeld der Person umgesetzt.



Das Angebot verfolgt zwei Ziele: einerseits den Verbleib der Person zuhause zu ermöglichen, solange wie gewünscht und machbar im Rahmen der zur Verfügung stehenden Angebote, und andererseits, die Unterstützung der Bezugspersonen.

Das Angebot richtet sich vorwiegend an Senioren mit Unterstützungsbedarf, kann aber auch von Personen mit Unterstützungsbedarf in Anspruch genommen werden.

Artikel 11

Die Krankenwache gehört zu den niederschwelligen Angeboten der häuslichen Hilfe. Sie wurde im Dekret vom 16. Februar 2009 als Teil der Familien- und Seniorenhilfe beschrieben. Sie kann auch die Bezugspersonen als Zielgruppe haben. Sie übernimmt spezifische Aufgaben, beispielsweise in der Begleitung kranker Kinder, sodass im vorliegenden Dekretentwurf eine spezifische Anerkennung für die angebotene Dienstleistung durch ein Beschreiben der Aufgaben gewährleistet wird.

Die Krankenwache kann punktuell eine Nachtbetreuung im häuslichen Umfeld der Person beinhalten.

Artikel 12

Die sozialen hauswirtschaftlichen Hilfen differenzieren sich von anderen kommerziellen Haushaltshilfen durch die zusätzliche Begleitung der Person. Die Person achtet beispielsweise auf eine ausreichende Flüssigkeitseinnahme. Sie unterhält sich mit der Person, informiert die Bezugspersonen oder andere Dienste über Veränderungen des Seniors mit Unterstützungsbedarf usw. Diese Tätigkeiten wurden auch im Dekret über die häuslichen Dienste vom 16. Februar 2009 als Putzhilfe beschrieben. Die neue Bezeichnung möchte der in der Vergangenheit schon geleisteten zusätzlichen Begleitung der Person Rechnung tragen und somit auch anerkennen.

Das Angebot richtet sich vorwiegend an Senioren mit Unterstützungsbedarf, da für andere Zielgruppen, die die zusätzliche soziale Unterstützung nicht benötigen, kommerzielle Anbieter zur Verfügung stehen. Sie kann jedoch auch von Personen mit Unterstützungsbedarf in Anspruch genommen werden.

Artikel 13

Tagesbetreuungsstätten wurden im Dekret vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen definiert und sind ein teilstationäres Angebot. Im vorliegenden Dekretentwurf, werden die Aufgaben beschrieben ausgehend von den Bedarfen der Person. Daher wird das Angebot als häusliches Unterstützungsangebot definiert. Dies unterstreicht, dass die Zielsetzung ein Verbleib in den eigenen 4 Wänden ist oder eine Rückkehr begünstigen soll. Die Tagesbetreuung ist nur in Ausnahmefällen der Einstieg in eine Wohnstruktur. Es ist gleichzeitig ein Unterstützungsangebot für die Bezugspersonen.

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Senioren, da für andere Zielgruppen mit anderen Bedarfen spezifische Angebote mit spezifischen Zielsetzungen bestehen, wie beispielsweise die Tagesstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen.

Die Gemeinschaftsräume können auch eine Küche beinhalten.

Artikel 14



Ähnlich wie die Tagesbetreuungsstätten wurden die Tagespflegestätten im Dekret vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen definiert und sind ein teilstationäres Angebot. Die Zielsetzung dieses Angebots ist auch hier der Verbleib in den eigenen 4 Wänden, die Rückkehr dorthin oder die Unterstützung der Bezugspersonen und somit wird im vorliegenden Dekretentwurf das Angebot als häusliche Unterstützung definiert.

Die Senioren, die dieses Angebot nutzen möchten, weisen eine erhöhte Pflegebedürftigkeit auf. Diesen Senioren wird durch die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben eine Pflegekategorie zugewiesen, wie es auch vor der 6. Staatsreform für die Finanzierung der Tagespflegeplätze notwendig war. Andere Personen, die das Pensionsalter noch nicht erreicht haben, dürfen mittels Genehmigung und Zuweisung einer erhöhten Pflegekategorie dieses Angebot wahrnehmen. Mangels Pflegefachkräften können die Bedarfe der Pflege aktuell in den Angeboten für Personen unter dem Pensionsalter in einzelnen Fällen nicht der Gesetzgebung über die pflegerischen Tätigkeiten entsprechend erfüllt.

Artikel 15

Dieser Artikel beschreibt ein neues Angebot. In der Praxis wurde festgestellt, dass die Personen immer schneller die Krankenhäuser verlassen müssen, oftmals aber eine weitere „Übergangszeit“ mit intensiven Rehabilitationsmaßnahmen brauchen, um eine Rückkehr nach Hause unter guten Voraussetzungen zu ermöglichen. Dieses neue Angebot soll diese Lücke schließen.

Zusätzlich zu den Aufgaben der „klassischen Tagespflege“ wird in diesem Angebot Wert auf intensive Rehabilitationsmaßnahmen laut Artikel 43 des koordinierten Gesetzes vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitspflegeberufe und weiteren Gesundheitsdienstleistungen gelegt, die zum Ziel haben, Fähigkeiten und Ressourcen wiederzuerlangen. Diese Rehabilitationsmaßnahmen unterliegen der ärztlichen Verordnung und das Angebot muss eine regelmäßige Zusammenarbeit mit den Fachärzten gewährleisten.

Artikel 16

Das Angebot der Nachtpflege entspricht den in Artikel 14 gemachten Bemerkungen zur Tagespflege, allerdings wird die Dienstleistung nur nachts angeboten. Tagsüber lebt der Senior in seinem häuslichen Umfeld.

Dieses Angebot existiert noch nicht und durch das vorliegende Dekret soll diesem Angebot ein geeigneter Rechtsrahmen verliehen werden.

Artikel 17

Dieser Artikel beschreibt das Angebot der Kurzaufenthalte, wie es schon im Dekret vom 4. Juni 2007 definiert wurde. Neu ist die Bestimmung der drei aufeinanderfolgenden Monate. Diese wurde eingeführt, um bei Jahreswechsel keine Möglichkeit zu bieten, zwei unmittelbar aufeinander folgende Kurzaufenthalte zu beanspruchen. Die Aufgabenbeschreibung entspricht der Beschreibung der Aufgaben, die ein Wohn- und Pflegezentrum für Senioren leistet. Dieses Angebot ist in erster Linie ein Angebot für Senioren mit Unterstützungsbedarf und ein Unterstützungsangebot für Bezugspersonen. Wenn eine Pflegebedürftigkeit vorliegt, kann eine Person unter dem Pensionsalter mittels Ausnahme genehmigung dieses Angebot beanspruchen.

Artikel 18



Dieser Artikel beschreibt ein neues Angebot. Die Aufgaben des hier definierten Angebotes werden zusätzlich zu den Leistungen der Kurzaufenthalte mit den Leistungen der Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation ergänzt.

Lediglich die Verweildauer ist anders definiert als für den klassischen Kurzzeitaufenthalt. Der Kurzaufenthalt mit Schwerpunkt auf Rehabilitation kann höchstens drei aufeinanderfolgende Monate in Folge, jedoch mehrmals in einem Jahr, beansprucht werden, wenn eine medizinische Verordnung vorliegt.

Artikel 19

Dieser Artikel beschreibt ein Angebot, welches schon im Dekret vom 4. Juni 2007 beschrieben wurde. Mit diesem Angebot sollen Anreize geschaffen werden, für Bauherren oder Besitzer von Immobilien, eine oder mehrere Wohnungen für Senioren barrierefrei zu gestalten.

Artikel 20

Zusätzlich zur Barrierefreiheit der Wohnungen, wird hier ein Gemeinschaftsraum definiert. Das Organisationskonzept soll das nachbarschaftliche Zusammenleben und die Öffnung zum sozialen Lebensraum oder zur Wohnhilfezone vorantreiben.

Mit dem Qualitätslabel kann geworben werden.

Artikel 21

Dieser Artikel beschreibt ein neues alternatives Wohnprojekt. Dieses durch die Senioren selbst organisierte Gruppenangebot kann beispielsweise eine Genossenschaft sein. Aber auch intergenerationelles Zusammenleben ist möglich. Gemeinsamer Nenner dieser unterschiedlichen Projekte ist die Nachbarschaftshilfe, das Vermeiden von Vereinsamung und ein Anspruch auf Selbstorganisation.

Artikel 22

Dieser Artikel beschreibt eine Wohnstruktur, die schon im Dekret vom 4. Juni 2007 beschrieben wurde. Senioren mit geringem Unterstützungsbedarf können in eine an einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren angegliederte Wohnung auf einzelne Dienstleistungen dieser Wohnstrukturen zurückgreifen. Auch ist das Sicherheitsgefühl, welches bei Bedarf durch direkten Notruf im Wohn- und Pflegezentrum gegeben wird, eines der wichtigsten Merkmale dieser Angebote.

Artikel 23

Die in diesem Artikel beschriebenen begleiteten Wohngemeinschaften sind ebenfalls eine alternative Wohnform. Die Gemeinschaftsräume und die gemeinsame Gestaltung des Alltags durch die Bewohner sind hier das wichtigste Merkmal. Es gibt unterschiedliche Modelle für Wohngemeinschaften. Zitieren könnte man insbesondere das Projekt „Andromède“ in Brüssel, aber auch in Deutschland werden Wohngemeinschaften mit unterschiedlichen Zielgruppen angeboten.

Das Zusammenleben und die Gemeinschaftsprojekte werden von entsprechendem Personal unterstützt.

Das Angebot richtet sich in erster Linie an Senioren mit Unterstützungsbedarf.

Artikel 24

Die in diesem Artikel beschriebenen Wohn- und Pflegezentren für Senioren entsprechen den im Dekret vom 4. Juni 2007 beschriebenen Alten- und Pflegeheimen. Diese neue Bezeichnung unterstreicht einen Wandel in der Begleitung der Senioren. Durch die Wortwahl Wohnzentrum werden neue Altersbilder geschaffen. In einem Wohnzentrum lebt man mit größtmöglicher Lebensqualität und Selbstbestimmung. Das Wort Pflege unterstreicht die besondere Lebenslage, die dazu führen kann, dass ein Einzug in ein Wohn- und Pflegezentrum notwendig wird.

Im Absatz 2 wird ein Umdenken, eine neue Entwicklung, in den Wohn- und Pflegezentren unterstrichen. Das „neue“ Wohnzentrum hat drei Aufgaben:

- Die Privatheit und die Teilhabe fördern;
- Das Zusammenleben in der Gemeinschaft fördern;

- Das Leben der Bewohner in und für die Wohnhilfezone, also die Orientierung zum Ort, die Verbindung von Innen im Wohn- und Pflegezentrum für Senioren und Außen in der Wohnhilfezone, „Teil-Sein“ eines sozialen Netzwerks.

Diese drei Aufgaben sollen dazu führen, dass die Wohn- und Pflegezentren für Senioren mehrere Standbeine entwickeln, in dem sie auch alternative Wohnformen anbieten. Die Wohn- und Pflegezentren für Senioren sind zentrale Dienstleistungen in den Wohnhilfezonen.

Artikel 25

Der erste Absatz dieses Artikels hebt die vorherige Unterscheidung der Altenwohnheime und der Alten- und Pflegewohnheime auf.

In Zukunft werden, gemäß diesem Artikel, alle Wohn- und Pflegezentren für Senioren den gleichen Proporz an geringpflegebedürftigen Senioren (13%) und Senioren mit erhöhtem Unterstützungsbedarf (82%) aufweisen. Es wird Wert darauf gelegt, dass eine Mischung in der Bewohnerschaft der Wohn- und Pflegezentren für Senioren bestehen bleibt, um:

- einerseits aus diesen Einrichtungen ein Abbild der Gesellschaft in seiner Vielseitigkeit zu machen und eine gewisse Dynamik, ein gewisses Leben zu begünstigen;
- andererseits dem Wunsch einiger geringpflegebedürftiger Senioren, mit einem hohem Sicherheitsbedürfnis, ein angepasstes Angebot zur Verfügung zu stellen.

Die Anzahl Plätze, die anhand der Prozentsätze pro Unterstützungskategorie in einer Einrichtung festgelegt werden, werden mathematisch gerundet.

Mit dieser Aufteilung der Unterstützungskapazität, die einen Schwerpunkt auf pflegebedürftige Senioren legt, werden den Konsequenzen der demografischen Entwicklung und der Zunahme der Anzahl pflegebedürftiger Senioren Rechnung getragen. Um diesen Proporz zu erreichen, werden Übergangszeiten in den Übergangsbestimmungen dieses Dekretentwurfs definiert.

Alle Wohn- und Pflegezentren für Senioren werden verpflichtet, dem Kurzaufenthalt 5 % ihrer Kapazität zu widmen. Dadurch wird die Anzahl der Kurzaufenthalte zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Dekretentwurfs verdoppelt. Diese 5 % entsprechen der durch den Artikel 1 Nummer 5 des Erlasses vom 7. Juni 2012 zur Programmierung der Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren gültigen Programmierung von 45 Plätzen. Die Bezugspersonen erhalten somit mehr Möglichkeiten der Unterstützung.

Weitere Erläuterungen zur Festlegung der Prozentschwellen sind den Bemerkungen zum Gutachten des Beirats zu entnehmen.

Artikel 26

Mit der 6. Staatsreform wurden den Gemeinschaften die Zuständigkeit zum Palliativpflegeverband und das sogenannte „externe Team“ übertragen. In der föderalen Zuständigkeit bleiben somit die Definition und die Ethik der Palliativpflege. Diese Definition und die dahinter stehenden ethischen Grundlagen werden durch das Gesetz vom 14. Juni 2002 über die Palliativpflege festgelegt. Durch das Gesetz vom 21. Juli 2016 wurde dieses im Hinblick auf eine Ausweitung der Begriffsbestimmung der Palliativpflege abgeändert. Diese belgische Gesetzgebung, die belgische Palliativphilosophie und Kultur haben einen Modellcharakter und werden international geschätzt.

In vorliegendem Artikel werden die Grundlagen der Palliativpflege im deutschen Sprachgebiet definiert. Die Formulierung des vorliegenden Artikels respektiert und unterstreicht die Spezifitäten der belgischen Palliativpflege.

Die Aufträge des ehemaligen externen Teams und die Aufträge, die vom Palliativpflegeverband wahrgenommen wurden, werden durch diesen Artikel in einem einzigen Angebot zusammengefasst, da die definierten Leistungen sich ergänzen. Ein interdisziplinäres und spezialisiertes Team führt die Leistungen aus.

Artikel 27

Dieser Artikel legt fest, welche Angebote einer Programmierung unterliegen und welche Angebote von einer Programmierungsmöglichkeit ausgeschlossen sind. Bei der ersten Kategorie handelt es sich um Angebote, die auch Teil einer verpflichteten Genehmigung sind, bei der zweiten Kategorie um Angebote, für die die Anerkennung freiwillig ist oder, die dem freien Wettbewerb unterliegen. Hier wird auf die entsprechenden Kommentare zu den Artikeln sowie auf die Ausführungen über die Vereinbarkeit mit der Dienstleistungsrichtlinie verwiesen.

Darüber hinaus definiert dieser Artikel die der Programmierung zugrunde liegenden Kriterien. Diese Kriterien sind sowohl von der Demographie bestimmt, als auch von den unterschiedlichen Gegebenheiten zwischen dem Norden und dem Süden des deutschen Sprachgebiets. Es wird auch ein Bezug zu der bürgernächsten politischen Ebene – den Gemeinden – gezogen, um dem Anspruch der Personen gerecht zu werden, wohnortnahe Unterstützungsangebote beanspruchen zu können.

Die Programmierung definiert im vorliegenden Dekretentwurf die maximale Unterstützungskapazität und die maximalen Stundenpakete, die im deutschen Sprachgebiet genehmigt und somit bezuschusst werden können.

Schließlich kann es nur einen einzigen Palliativpflegeverband im deutschen Sprachgebiet geben. Der Palliativpflegeverband wird nicht programmiert, da jeder Bürger ein Recht auf Palliativpflege hat.

Artikel 28



Dieser Artikel definiert die Wohnhilfezonen. Diese Zonen sind von der Regierung definierte Sozialräume, mit welchem sich die Bürger identifizieren, sodass auch ältere, pflegebedürftige Menschen und Menschen mit Unterstützungsbedarf in ihrem vertrauten Umfeld bleiben können. Drei Grundpfeiler können definiert werden: erstens Wohnen, zweitens Pflege und Unterstützung, und drittens soziale Kontakte, Teilhabe beziehungsweise ein Leben in und für die Wohnhilfezone.

Die Wohnhilfezonen entsprechen einem der Arbeitsschritte des REK-Projektes „Selbstbestimmtes Altern ermöglichen“: Festlegen eines Rahmens für die gebietskohärente Seniorenplanung.

Die Wohnhilfezonen können in Zukunft Bausteine der Masterpläne der Gesundheitsplanung werden.

Artikel 29

Dieser Artikel legt den Anwendungsbereich der Genehmigung fest. Betroffen sind organisierte Unterstützungsangebote, die eine Pflegeleistung erbringen oder von denen angesichts ihres Leistungsprofils und ihres Zielpublikums eine qualitativ hochwertige Leistungserbringung erwartet wird. Aus diesem Grunde unterliegen sie nicht der Dienstleistungsrichtlinie. Die Angebote dürfen nur erbracht werden, wenn sie über eine Genehmigung verfügen.

Für Einrichtungen, die pflegerische Tätigkeiten leisten, ist eine Genehmigungspflicht auferlegt. Die Einhaltung dieser Bedingungen ist in der Tat erforderlich, um eine Personenunterstützung unter den besten Voraussetzungen zu ermöglichen, da sie unmittelbar mit der Sicherheit, der Begleitung und Pflege der Personen in Verbindung stehen. Der Senior wird in seiner Eigenschaft als verletzbare Person somit ausreichend geschützt.

Artikel 30

Dieser Artikel legt fest, wofür eine Genehmigung eingeholt werden muss. Grundsatz ist, dass ein genehmigungspflichtiges Angebot erst dann erbracht werden kann, wenn eine entsprechende Genehmigung erteilt wurde. Die Auswirkungen der Genehmigung auf die Träger der jeweiligen Angebote und die Übereinstimmung mit der Dienstleistungsrichtlinie wurde in den allgemeinen Erläuterungen beschrieben.

Gemäß Paragraph 1 des Artikels muss der Dienstleister bei Schaffung oder Erweiterung der Kapazität einen Antrag auf Genehmigung einreichen.

Die in Paragraph 2 beschriebene Planungsgenehmigung wurde schon im Dekret vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime definiert. Sie dient der Planung des Angebotes. Die Planungsgenehmigung definiert die Unterstützungskapazität oder die Stundenpakete des Angebotes im Respekt der Programmierungskriterien.

In Paragraph 3 wird der Zweck der Betriebsgenehmigung beschrieben. Sie berechtigt den Dienstleister ein Angebot anzubieten.

Die Anträge der Planungsgenehmigungen und der Betriebsgenehmigung können gleichzeitig gestellt werden. Andernfalls definiert der Dekretentwurf, dass drei Monate vor Ablauf der Planungsgenehmigung die Betriebsgenehmigung beantragt wird.



Artikel 31

Dieser Artikel definiert die Bedingungen, die zum Erhalt der Genehmigung erfüllt sein müssen.

Für die Planungsgenehmigung muss den Kriterien der Programmierung entsprochen werden und für die stationären und teilstationären Angebote müssen die baulichen Normen und spezifischen Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden.

Für die Betriebsgenehmigung müssen weitere Bedingungen erfüllt werden, die durch die Regierung bestimmt werden. Die dort aufgelisteten Bedingungen entsprechen den Bedingungen, die schon in den Dekreten vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime und vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe definiert wurden.

Artikel 32

Dieser Artikel legt das Genehmigungsverfahren fest.

Laut Paragraph 1 reicht der Dienstleister mit seinem Antrag die notwendigen Dokumente und Belege ein. Der Dienstleister kann gleichzeitig die Planungsgenehmigung als auch die Betriebsgenehmigung beantragen.

Die Planungsgenehmigung ist zeitlich begrenzt, um nicht unnötigerweise Kapazitäten in der Planung über drei Jahre hinaus zu blockieren. Eine Verlängerung um höchstens ein Jahr ist anhand eines begründeten Antrags möglich.

Die Betriebsgenehmigung wird vor Inbetriebnahme des Angebotes erteilt. Sie ist in der Regel unbefristet. Sie setzt eine Planungsgenehmigung voraus.

Paragraph 2 legt fest, dass der Dienstleister einen neuen Antrag stellen muss, wenn die gegebenenfalls befristete Genehmigung abgelaufen ist und wenn festgestellt wird, dass die Angaben zur Genehmigung sich verändert haben und angepasst werden müssen. Wenn ein Dienstleister darüber hinaus bereits über eine Genehmigung verfügt, ist er nicht von der Pflicht entbunden, eine zusätzliche Genehmigung zu beantragen, wenn er ein zusätzliches Angebot erbringen will.

Paragraph 3 sieht schließlich einige Ermächtigungen an die Regierung zwecks Ausführung des Artikels vor.

Artikel 33

Dieser Artikel besagt, dass die Stundenpakete und die Unterstützungskapazität für einen Dienstleister und einem Standort erteilt werden und in der Regel nicht übertragen oder verkauft werden dürfen. Dies ist nötig, um einerseits den Vorgaben der Programmierung und der geografischen Verteilung der Angebote gerecht zu werden und andererseits, im Falle einer Übernahme am gleichen Standort, die Aufrechterhaltung der Genehmigungsbedingungen unter dem neuen Träger prüfen zu können.



Bei einem Umbau der Ursprungseinrichtung können Kapazitäten zeitweilig an einem anderen Standort übernommen werden. In diesem Fall braucht kein neuer Antrag auf Genehmigung gestellt zu werden, insofern die Unterstützungskapazität des neuen Standortes sich nicht verändert. Es soll auch möglich sein, dass eine höhere Unterstützungskapazität übernommen wird als genehmigt wurde, jedoch nur während der Dauer der Arbeiten. Nach Ende des Umbaus wird die ursprünglich übertragene Unterstützungskapazität der Ursprungseinrichtung zurückgeführt.

Artikel 34

Die Betriebsgenehmigung wird vor Inbetriebnahme des Angebotes erteilt. Zur Aufrechterhaltung der Betriebsgenehmigung müssen alle genehmigungspflichtigen Dienstleister folgende Kriterien erfüllen:

- die Unterstützungskapazität und die Stundenpakete einhalten;
- die Personalnormen erfüllen;
- die Einhaltung von hygienischen und pflegerischen Standards;
- Normen bezüglich der Mahlzeiten und einer ausgewogenen Ernährung;
- Die Pflegekontinuität („continuité de soins“)

- Die Einhaltung der Qualitätsnormen bezüglich der in Artikel 5 erwähnten Leistungsgrundsätze;
- Die tatsächliche Erbringung der gemäß Kapitel 2 jeweils festgelegten Aufträge.

Die Regierung kann die Verpflichtungen weiter präzisieren und weitere Verpflichtungen zur Aufrechthaltung der Genehmigung auferlegen.

Auch diese Bedingungen entsprechen den Bedingungen, die schon in den Dekreten vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime und vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe definiert wurden. Neu ist allerdings der Verweis auf die Leistungsgrundsätze und die tatsächliche Erbringung der festgelegten Aufträge. Hiermit wird der neuen Orientierung des vorliegenden Dekrets Rechnung getragen, sich an den Bedarfen und Rechten der Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf zu orientieren. Die Normen, die in den vorherigen Dekreten und Erlassen formuliert wurden, werden auf Basis der Leistungsgrundsätze neu gegliedert werden. Die Dienstleister werden ihre Arbeit neu reflektieren müssen.

Artikel 35

Dienstleister, die eine Genehmigung für ein Angebot erhalten haben, erhalten eine entsprechende Bezuschussung gemäß Kapitel 4.

Betreutes Wohnen wird hingegen nicht bezuschusst. Verglichen mit der bestehenden Gesetzgebung, handelt es sich hierbei um keine Neuerung.

Artikel 36

Dieser Artikel beschreibt das Verfahren der Aussetzung und des Entzugs der Genehmigung, welches angewandt wird, wenn eine oder mehrere Bedingungen, die der Genehmigung zugrunde liegen, nicht erfüllt werden.

Laut Paragraph 1 wird der Dienstleister durch die Regierung dazu aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Kommt der Dienstleister dieser Aufforderung nicht nach, hat die Regierung drei Handlungsoptionen:

1. sie setzt die Genehmigung aus und/oder entzieht sie;
2. sie setzt die Genehmigung teilweise aus und/oder entzieht sie dem Dienstleister teilweise;
3. sie entzieht dem Dienstleister die Finanzierung ganz oder teilweise.

Die Reduzierung der Finanzierung kann mit den beiden anderen Maßnahmen kombiniert werden.

Paragraph 1 Absatz 4 sieht vor, dass die Aussetzung oder der Entzug der Genehmigung im Falle der Nicht-Einhaltung der baulichen Normen und der Sicherheitsvorkehrungen auch nur für Teile der Unterstützungskapazität der Wohn- und Pflegezentren ausgesprochen werden kann. Dies hätte zur Folge, dass die Bewohner dieser Zimmer in andere Zimmer einziehen müssten und, dass in diese definierten Zimmer keine neuen Bewohner einziehen könnten.

Laut Paragraph 2 hat die teilweise Aussetzung, die Aussetzung oder das Entzugsverfahren einen Aufnahmestopp zur Folge. Mit dieser Maßnahme sollen weitere Senioren mit Unterstützungsbedarf oder Personen mit Unterstützungsbedarf vor den Folgen der

Nicht-Einhaltung der Genehmigungsverpflichtungen geschützt werden. Bei einer teilweisen Aussetzung bzw. bei einem teilweisen Entzug sind nur die entsprechenden Unterstützungskapazitäten bzw. die entsprechenden Zimmer betroffen. Der Dienstleister kann in diesem Fall sein Angebot weiter erbringen, jedoch nur noch im Rahmen seiner reduzierten Genehmigung.

Der Dienstleister wird angehalten, die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben und die Bewohner über die Gründe der Aussetzung oder des Entzugs zu informieren. Die Information an den Bewohner ist Teil des Leistungsgrundsatzes, welcher das Recht auf Information festlegt. Die Selbstbestimmung des Bewohners wird somit gestärkt. Der Senior kann in Kenntnis der Situation eine Entscheidung für sich treffen und möglicherweise sofort nach anderen Lösungen, ggf. mit der Unterstützung der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben, suchen. Die Regierung bestimmt die Form, den Inhalt und das Verfahren gemäß denen die Information an die Bewohner zur Kenntnis gebracht wird.

Sollte die genehmigte Kapazität eines Angebotes in den drei vorherigen Jahren nicht erreicht werden, sieht Paragraf 3 vor, dass die genehmigten Unterstützungskapazität oder Stundenpakete reduziert werden können. Dies hat zum Ziel, diese nicht genutzte Unterstützungskapazität oder die Stundenpakete wieder in die Programmierung zurückzuführen und gegebenenfalls einem anderen Dienstleister wieder zur Verfügung zu stellen.

Die Regierung bestimmt das Verfahren und die Modalitäten des prozentualen Entzugs der Unterstützungskapazität.

Artikel 37

Dieser Artikel bestimmt, dass der Entzug der Genehmigung die Schließung des Angebotes zur Folge hat. Die Regierung bestimmt das entsprechende Verfahren.

Artikel 38

Dieser Artikel weist für die Wohn- und Pflegezentren für Senioren auf die Verpflichtung des Dienstleisters hin, im Falle einer Schließung für die Bewohner in einer durch die Regierung bestimmten Frist, für eine neue Unterkunft zu sorgen. Der Dienstleister muss der Verpflichtung ab der Notifizierung Folge leisten.

Die dringliche Schließung aus volksgesundheitlichen Gründen kann bis zur Behebung der Mängel oder Gefahren übergangsweise ausgesprochen werden.

Die Regierung bestimmt das Verfahren zur Schließung bzw. Beendigung des Angebots.

Artikel 39

Dieser Artikel beschreibt, dass eine freiwillige Einstellung des Angebotes eine Schließung zur Folge hat.

Sollte ein genehmigungspflichtiges Angebot ohne entsprechende Genehmigung angeboten werden, schließt die Regierung diese Angebote.

Die Regierung bestimmt das entsprechende Verfahren.

Artikel 40

Dieser Artikel weist auf den Anwendungsbereich des freiwilligen Anerkennungsverfahrens hin. Er betrifft Angebote, die auch im freien Wettbewerb angeboten werden können. Wenn der Dienstleister eine Bezuschussung wünscht, kann er ein Anerkennungsverfahren einleiten.

Artikel 41

In diesem Artikel wird festgehalten, dass gewisse Dienstleister eine Anerkennung auf freiwilliger Basis beantragen können und sie, nach Erhalt der Anerkennung, eine Finanzierung gemäß Kapitel 4 erhalten.

Artikel 42

Dieser Artikel legt die Anerkennungsbedingungen fest. Sie entsprechen den Genehmigungsbedingungen des verpflichtenden Verfahrens. Der einzige Unterschied zur verpflichteten Genehmigung besteht darin, dass die Dienstleister keine gesonderte Planungs- und Betriebsgenehmigung erhalten, da diese Genehmigungen auf die eigentliche Ausübung der Dienstleistung abzielen. Die freiwillige Anerkennung soll hingegen nur sicherstellen, dass dasselbe Leistungsniveau wie im Rahmen der verpflichteten Genehmigung erbracht wird und, dass eine Finanzierung als Gegenleistung gewährt werden kann.

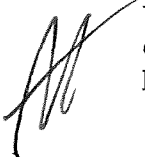
Artikel 43

Dieser Artikel legt das Verfahren fest. Hierbei handelt es sich *mutatis mutandis* um dasselbe Verfahren wie bei der verpflichteten Genehmigung.

Artikel 44

Laut diesem Artikel ist eine Übertragung der Anerkennung nicht möglich, es sei denn, die Regierung genehmigt dies ausdrücklich auf Antrag in besonders begründeten Ausnahmefällen.

Artikel 45



Dieser Artikel beschreibt die Verpflichtungen, die zur Aufrechterhaltung der Anerkennung eingehalten werden müssen. Sie beziehen sich auf die Anerkennungsbestimmungen des Artikels 42 und die Bestimmungen des Artikels 34 mit Ausnahme der in Absatz 1 Nummer 5 festgehaltenen Bestimmung.

Artikel 46

Dieser Artikel legt fest, dass bei nicht Einhaltung der Anerkennungsbestimmungen die Regierung die Aussetzung oder den Entzug der Anerkennung ausspricht. Die Regierung legt das diesbezügliche Verfahren fest.

Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens erhält der Dienstleister keine oder keine vollständige Finanzierung gemäß Kapitel 4.

Artikel 47

Dieser Artikel legt die Rechtsgrundlage für die Bezuschussung der Dienstleister der Tätigkeiten der Personenunterstützung und der gemeinschaftlichen Wohninitiativen fest.

Die Bezuschussung wird mittels eines Vertrages geregelt. Es bedarf keiner Genehmigung. Lediglich die im Vertrag definierten Aufgaben, Qualitätsnormen und Kriterien müssen erfüllt werden. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Artikel 48

Dieser Artikel verweist auf die notwendige Genehmigung oder Anerkennung, um eine Finanzierung zu erhalten. Bei der Festlegung der Höhe des Zuschusses wird den geschätzten Einnahmen des Dienstleisters Rechnung getragen. Die Bezuschussung ist nur ein Bestandteil der Finanzierung der Angebote. Ein weiteres Element der Finanzierung sind die finanziellen Beiträge, die die Personen mit Unterstützungsbedarf und die Senioren mit Unterstützungsbedarf unter den im Unterabschnitt 2 definierten Bedingungen zahlen.

Träger von betreuten Wohnungen können einen finanziellen Beitrag, in diesem Fall eine Miete, aber keine Bezuschussung, erhalten. Dies war schon eine Bestimmung im Dekret vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und die psychiatrischen Pflegewohnheime.

Artikel 49

Dieser Artikel bestimmt die unterschiedlichen Formen der finanziellen Beiträge der Person mit Unterstützungsbedarf oder des Seniors mit Unterstützungsbedarf. Für die hier definierten Angebote, die ohne Anerkennung angeboten werden können (freiwillige Anerkennung), können die Dienstleister, unabhängig dieser Rahmenbedingungen, Beiträge verlangen, insofern sie keine Anerkennung erhalten haben. Ist eine Genehmigung bzw. Anerkennung erteilt worden, sind hingegen die Vorgaben des vorliegenden Artikels einzuhalten.

Für die Familien- und Seniorenhilfe und die sozialen hauswirtschaftlichen Hilfen wird der finanzielle Beitrag unter Berücksichtigung des Haushaltseinkommens in Form von Stundensätzen festgelegt. Die Regierung hat diese Stundensätze in der Vergangenheit per Rundschreiben festgelegt. Mit diesem Artikel bestimmt die Regierung weiterhin sowohl die Rechnungsmodalitäten, die Beitragsätze und die Bedingungen als auch die Modalitäten der Erhöhung dieser Beitragsätze. Zum Schutze der Person legt die Regierung die Beiträge sowie die Bedingungen zur Erhöhung fest.

Für die Krankenwache werden, unabhängig vom Haushaltseinkommen, finanzielle Beiträge in Form von Stundensätzen festgelegt.



Eine zweite Form der finanziellen Beiträge sind die sogenannten Bewohnerpreise oder Tagespreise, die für die Inanspruchnahme der teilstationären und stationären Angebote berechnet werden.

Die Regierung bestimmt für die stationären Angebote die Regelung und Modalitäten zur Festlegung des Erstpreises und die Bedingungen und Modalitäten der Erhöhung der finanziellen Beiträge.

Im ministeriellen Erlass vom 12. August 2005 zur Festlegung von Sonderbestimmungen in Sachen Preise für den Sektor der Aufnahmeeinrichtungen für Senioren, werden diese Bestimmungen festgelegt. Diese Kompetenz wurde im Rahmen der 6. Staatsreform am 1. Januar 2016 übernommen. Im Erlass der Regierung vom 26. Februar 1997 über die Anerkennungsbedingungen für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, Anlage D, werden die Mindestleistungen, die mit diesem finanziellen Beitrag abgedeckt sind, festgelegt.

Die Regierung legt ebenfalls den Tagespreis der teilstationären Angebote fest.

Der Palliativpflegeverband kann keinen finanziellen Beitrag verlangen.

Artikel 50

Dieser Artikel beschreibt die Grundlagen der Finanzierung der Angebote der Familien- und Seniorenhilfe, der Krankenwachen, der sozialen hauswirtschaftlichen Hilfe und der begleiteten Wohngemeinschaften mittels Stundenpauschalen und oder Pauschalbeträgen. Die Grundlagen sind dem Dekret vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe entlehnt. Hinzu kommt das Angebot der begleiteten Wohngemeinschaft. Für dieses Angebot wird je nach Zielgruppe und je nach Unterstützungsbedarf eine gerechtfertigte Stundenzahl der Begleitung festgelegt. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Artikel 51

Dieser Artikel beschreibt die Bezuschussung der in Artikel 50 erwähnten Angebote.

Der Zuschuss wird durch die Multiplikation der jährlich genehmigten Stundenpakete mit der Stundenpauschale errechnet.

Der Pauschalbetrag kann sich auf die gesamten Kosten des Dienstleisters oder auf gewisse Personal- und/oder Funktionskosten beziehen. Die festgelegten Stunden für die Begleitung in den Wohngemeinschaften werden pauschal bezuschusst.

Der Zuschuss, der in Form von Stundenpaketen gewährt wird, kann nur gezahlt werden, insofern die entsprechenden Leistungen im deutschen Sprachgebiet erbracht wurden. Diese Regelung gilt nicht für stationäre und teilstationäre Angebote, da diese ihre Leistungen per Definition im deutschen Sprachgebiet erbringen. Den betroffenen Dienstleistern der häuslichen Unterstützung steht es somit frei, Leistungen außerhalb des deutschen Sprachgebiets zu erbringen, jedoch unterliegen sie in diesem Fall eventuellen Anerkennungs- oder anderen Ausübungsbedingungen des Staates oder Teilstaates, in dem die Leistungen erbracht werden, und sie erhalten keine Bezuschussung im Rahmen der Stundenpakete durch die deutschsprachige Gemeinschaft.



Decken die geleisteten Stunden nicht die genehmigten Stundenpakete ab oder können die Dienstleister die Pauschalbeträge nicht belegen, wird der Zuschuss im Folgejahr entsprechend der nicht belegten Beträge oder der Multiplikation der Stundenpauschale mit den nicht geleisteten Stunden verrechnet.

Die Regierung erhält eine Ermächtigung, um die Anwendungsmodalitäten zu präzisieren.

Artikel 52

Dieser Artikel beschreibt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die Finanzierung der teilstationären Angebote mittels einer Begleitpauschale.

Artikel 53

Dieser Artikel definiert die Bezuschussung der teilstationären Angebote. Zu diesem Zweck legt die Regierung Anwesenheitstage fest. Diese Anwesenheitstage entsprechen

der Kapazität multipliziert mit den jährlichen Öffnungstagen des Angebotes. Es werden unterschiedliche Unterstützungskapazitäten je nach Unterstützungskategorie festgelegt.

Die Regierung legt die Höhe der Begleitpauschale fest, diese ist abhängig von der Dienstleistung und der Pflegekategorie.

Die Bezuschussung erfolgt durch die Multiplikation der jährlichen Anwesenheitstage mit den Begleitpauschalen.

Erreicht ein Dienstleister die vereinbarten Anwesenheitstage nicht, wird der Zuschuss des darauffolgenden Kalenderjahres entsprechend des Betrages verrechnet, der durch die Multiplikation der nicht geleisteten Anwesenheitstage mit der Begleitpauschale errechnet wird.

Artikel 54

Dieser Artikel besagt, dass die Dienstleister der Kurzaufenthalte, der Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation und die Wohn- und Pflegezentren für Senioren im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Bezuschussung erhalten können. Sie besteht aus folgenden Elementen:

- einer bewohnerbezogenen Bezuschussung;
- einer personalbezogenen Bezuschussung;
- einer Pauschalbezuschussung für Mobilitätshilfen.

Der gesamte Zuschuss wird anhand folgender Formel errechnet:

$$((TP * P) + (TG * G) + (TKA * KA)) + Z + M$$

TP = Tageszuschuss für die Plätze, die Senioren mit erhöhtem Pflegebedarf zur Verfügung stehen

P = jährliche Anwesenheitstage errechnet durch die Multiplikation der Anzahl Plätze für Senioren mit erhöhtem Pflegebedarf mit den jährlichen Öffnungstagen der Einrichtung (Anzahl Plätze = 82% der Unterstützungskapazität eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren, mathematisch gerundet)

TG = Tageszuschuss für Plätze, die Senioren mit geringem Pflegebedarf zur Verfügung stehen

G = jährliche Anwesenheitstage errechnet durch die Multiplikation der Anzahl Plätze für Senioren mit geringem Pflegebedarf mit den jährlichen Öffnungstagen der Einrichtung (Anzahl Plätze = 13 % der Unterstützungskapazität eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren, mathematisch gerundet)

TKA = Tageszuschuss für die Kurzaufenthalte unabhängig der Pflegekategorie des Seniors

KA = jährliche Anwesenheitstage errechnet durch die Multiplikation der Anzahl Plätze für Kurzaufenthalte mit den jährlichen Öffnungstagen der Einrichtung (Anzahl Plätze = 5 % der Unterstützungskapazität eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren, mathematisch gerundet)

Z = personalbezogene Zuschüsse

M = Pauschalzuschuss für die Mobilitätshilfen, die pro Platz errechnet werden.

$((TP * P) + (TG * G) + (TKA * KA)) + Z$ = entspricht dem zum Zeitpunkt der Ausarbeitung des vorliegenden Dekretentwurfs durch das LIKIV ausbezahlten Zuschuss, der bis zur 6. Staatsreform laut der Finanzierungsgrundlage des LIKIV errechnet wurde.

Der Zuschuss für Standardmobilitätshilfe, definiert im Erlass der Regierung vom 20. Juni 2017 über die Mobilitätshilfen, wird zusätzlich zur zum Zeitpunkt des Verfassens des vor-

liegenden Dekretentwurfs gültigen LIKIV-Bezuschussung für die Wohn- und Pflegezentren für Senioren ausbezahlt werden.

Artikel 55

Dieser Artikel legt die Bestandteile der bewohnerbezogenen Zuschussung fest. Dabei handelt es sich um folgende:

1. einem Basiszuschuss; abhängig von der Einhaltung von Qualitätsnormen;
2. einem Zuschuss für spezialisierte und besondere Angebote; abhängig von genehmigten und umgesetzten Konzepten;
3. einer Funktionspauschale, die Vorgaben zur Verwaltung und Materialpauschalen beinhaltet.

Die bewohnerbezogene Zuschussung wird anhand dieser Formel errechnet:
$$((TP * P) + (TG * G) + (TKA * KA))$$

TP = Tageszuschuss für die Plätze, die Senioren mit erhöhtem Unterstützungskategorie zur Verfügung stehen

P = jährliche Anwesenheitstage errechnet durch die Multiplikation der Anzahl Plätze für Senioren mit erhöhtem Pflegebedarf mit den jährlichen Öffnungstagen der Einrichtung (Anzahl Plätze = 82% der Unterstützungskapazität eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren, mathematisch gerundet)

TG = Tageszuschuss für Plätze, die Senioren mit geringer Unterstützungskategorie zur Verfügung stehen

G = jährliche Anwesenheitstage errechnet durch die Multiplikation der Anzahl Plätze für Senioren mit geringem Pflegebedarf mit den jährlichen Öffnungstagen der Einrichtung (Anzahl Plätze = 13 % der Unterstützungskapazität eines Wohn- und Pflegezentren für Senioren mathematisch gerundet)

TKA = Tageszuschuss für die Kurzaufenthalte unabhängig der Unterstützungskategorie des Seniors

KA = jährliche Anwesenheitstage errechnet durch die Multiplikation der Anzahl Plätze für Kurzaufenthalte mit den jährlichen Öffnungstagen der Einrichtung (Anzahl Plätze = 5 % der Unterstützungskapazität eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren, mathematisch gerundet).

97% Auslastung der Anwesenheitstage entspricht einer Vollbelegung.

Erreicht ein Dienstleister diese Vollbelegung nicht, wird der Zuschuss im darauffolgenden Jahr entsprechend des Betrages verrechnet, der durch die Multiplikation der nicht geleisteten Anwesenheitstage (pro Unterstützungskategorie) mit der entsprechenden Tagespauschale errechnet wird.

Die Regierung bestimmt für die Anwendung des vorliegenden Artikels:

1. die Höhe der Tagespauschale pro Unterstützungskategorie und Tagespauschale für die Kurzaufenthalte;
2. die Form und den Inhalt der in §2 Absatz 3 erwähnten Konzepte zur Verbesserung der Qualität der Angebote und zur Schaffung besonderer Angebote;
3. die in §2 Absatz 4 erwähnten Vorgaben für das Verwaltungspersonal;
4. das Verfahren zur Beantragung und Auszahlung des Zuschusses;
5. ggf. weitere Berechnungskriterien;
6. ggf. weitere Zuschusskategorien.

Artikel 56

Dieser Artikel legt die Bestandteile der personalbezogenen Bezuschussung fest. Sie beinhalte folgende Elemente:

1. die im Königlichen Erlass vom 28. Dezember 2011 zur Ausführung des Attraktivitätsplans für den Krankenpflegeberuf in gewissen föderalen Gesundheitsbereichen, was die Prämien für Titel und besondere berufliche Qualifikationen und unbequeme Leistungen betrifft, enthaltenen Vorgaben in Bezug auf die besonderen beruflichen Qualifikationen;
2. die Maßnahmen anwendbar am Karriereende, definiert zum Zeitpunkt des Verfassens des Dekretentwurfs im Königlichen Erlass vom 15. September 2006.
3. die im Erlass der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich festgelegten Maßnahmen.

Die Bedingungen zur Finanzierung der besonderen Berufsqualifikation und des Karriereendes werden ohne Änderungen übernommen, sowohl als erworbene Rechte für das bestehende Personal als auch für Personalmitglieder, die zukünftig in den Genuss dieser zusätzlichen Finanzierung oder Reduzierung der Arbeitszeit im Rahmen der Personalnormen der Wohn- und Pflegezentren für Senioren kommen werden.

Artikel 57

Dieser Artikel besagt, dass die in Artikel 24 erwähnten Wohn- und Pflegezentren für Senioren im Rahmen der verfügbaren Hausmittel einen jährlichen Pauschalzuschuss pro genehmigten Platz für Standard-Mobilitätshilfen erhalten. Dieser Zuschuss wird im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel ausbezahlt.

Die Regierung hat die Modalitäten und die Höhe des Zuschusses im Erlass vom 20. Juni 2017 über die Mobilitätshilfen bestimmt.

Artikel 58

Dieser Artikel legt die Bezuschussung des Palliativpflegeverbandes fest. Sie wird mittels eines Pauschalbetrages ausbezahlt.

Artikel 59

Der jährlich durch die Regierung festgelegte Pauschalbetrag kann sich auf die gesamten Kosten des Dienstleisters oder auf gewisse Personal- und oder Funktionszuschüsse beziehen. Er ist abhängig von der Erfüllung der gemeinsam festgelegten Aufgaben und Leistungen.

Kann der Dienstleister die Kosten nicht belegen, wird der nicht belegte Betrag im darauffolgenden Jahr mit dem Pauschalzuschuss verrechnet.

Artikel 60

In diesem Artikel wird die Möglichkeit vorgesehen, eine Bezuschussung über einen durch die Regierung mit einem Dienstleister abgeschlossenen Geschäftsführungsvertrag zu regeln gemäß Artikel 205 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Der Geschäftsführungsvertrag beinhaltet ebenfalls eine Aufgabenbeschreibung.

Der Geschäftsführungsvertrag ist dem Parlament vor seiner Unterzeichnung zur Genehmigung vorzulegen.

Artikel 61

Dieser Artikel macht eine Verbindung zu der in Artikel 15 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben vorgesehenen Beratungsbescheinigung. In besagtem Artikel 15 wird festgehalten, dass der Senior mit Unterstützungsbedarf und die Person mit Unterstützungsbedarf eine Beratungsbescheinigung vorlegen müssen, wenn er/sie in ein Wohn- und Pflegezentrum für Senioren oder einen Kurzaufenthalt einziehen oder die Familienhilfe beanspruchen möchten. Es werden diesbezüglich auch Ausnahmen festgelegt. Im vorliegenden Dekretentwurf wird die Abänderungsbestimmung, die mit der Einführung der Beratungsbescheinigung im Dekret zur Schaffung der Dienststelle für selbstbestimmtes Leben, in den Dekreten der häuslichen Hilfen und der Wohnstrukturen vorgesehen wurde, übernommen. Vorliegender Artikel sieht eine Rückforderung der Bezuschussung bei Nicht-Vorhandensein der Beratungsbescheinigung vor.

Artikel 62

Dieser Artikel gibt der Regierung die Möglichkeit, ein Pilotprojekt in einem begrenzten Zeitraum von höchstens drei Jahren zu fördern.

Die Bedingungen des Projektes mit innovativem und experimentellem Charakter werden in einer Konvention festgehalten. Anhand einer durch den Projektträger eingereichten Auswertung und einem Bericht des zuständigen Fachbereiches, entscheidet die Regierung über die Weiterführung des Angebotes, die Bedingungen, unter denen das Angebot weitergeführt wird, und über eine mögliche rekurrente Finanzierung und deren Grundlagen. Weitere Erläuterungen über diese Form der Unterstützung sind den Bemerkungen zum Gutachten der Dienststelle zu entnehmen.

Artikel 63

Dieser Artikel beschreibt die Ziele der Netzwerkarbeit in den Wohnhilfezonen. Im Wesentlichen zielt diese auf die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Dienstleistern, den fließenden Übergang zwischen den Dienstleistungen und auf das Teilen von relevanten Informationen und/oder die Nutzung des BelRai ab. Ein weiteres Ziel ist die Ausarbeitung gemeinsamer Pilotprojekte. Das Wohl des Seniors mit Unterstützungsbedarf und der Person mit Unterstützungsbedarf steht dabei immer im Vordergrund. Nicht nur die in diesem Dekret erwähnten Dienstleister nehmen an dieser Netzwerkarbeit teil, andere in der Personenunterstützung aktive Akteure haben ebenfalls die Möglichkeit, mitzuarbeiten.

Artikel 64

Dieser Artikel besagt, dass jede Gemeinde einen kommunalen Beirat für die Senioreninteressen einsetzt und dessen Geschäftsordnung festlegt. Diese Bestimmung wurde dem Dekret vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime entlehnt. Lediglich der Name wurde angepasst, um eine genauere Zuordnung des Beirats vorzunehmen. Das Wort lokal wurde durch kommunal ersetzt und somit ist nun die Rede von einem kommunalen Beirat für Senioreninteressen (KBSI) und nicht mehr von einem lokalen Gremium für Senioreninteressen.

Artikel 65

Dieser Artikel übernimmt die Zusammensetzung des LBSI, die im Dekret vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime festgelegt wurde. Nur der Wortlaut wurde den Begriffsbestimmungen des vorliegenden Dekretentwurfs angepasst.

Artikel 66

Dieser Artikel legt fest, dass der Vorsitz durch einen Gemeindevertreter übernommen wird. Das Sekretariat wird von einem Personalmitglied der Gemeindeverwaltung wahrgenommen. Die Regierung kann weitere Funktionsweisen präzisieren. Auch diese Bestimmung wurde dem Dekret vom 4. Juni 2007 entlehnt.

Artikel 67

Dieser Artikel präzisiert den Aufgabenbereich des KBSI. Die in diesem Dekretentwurf vorgegebenen Aufgaben geben dem KBSI die Möglichkeit sowohl zu den demografischen Entwicklungen als auch zu der Erweiterung der Angebote Stellung zu beziehen.

Artikel 68

Der Beirat für die Personenunterstützung entspricht dem Beirat der mit dem Dekret vom 20. Oktober 1997 zur Schaffung eines Krankenhausbeirates und eines Beirates für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie die häusliche Hilfe geschaffen wurde.

Der Beirat ist ein beratendes Gremium der Regierung.

Artikel 69

Dieser Artikel entspricht den Aufgaben des vorherigen Beirates. Sie wurden um die Möglichkeit des Parlamentes ein Gutachten zu beantragen erweitert.

Artikel 70

Paragraf 1 definiert die Mitgliedsliste des Beirates für die Personenunterstützung. Die Bestimmungen übernehmen die Mitgliedsliste der vorherigen Gesetzgebung. Allerdings wird der Beirat um einige Mitglieder erweitert. Die Erweiterung entspricht der Zunahme und der in diesem Dekret beschriebenen Vielfalt der Unterstützungsangebote.

Auch wird die Anzahl der Senioren auf zwei erhöht. Den betroffenen Senioren wird somit ein größeres und direkteres Mitspracherecht zugestanden.

Die Paragraphen 2 bis 4 entsprechen den vorherigen Vorgaben des Dekrets vom 20. Oktober 1997 zur Schaffung eines Krankenhausbeirates und eines Beirates für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie die häusliche Hilfe.

Artikel 71

Dieser Artikel entspricht der vorherigen Gesetzgebung vom 20. Oktober 1997 zur Schaffung eines Krankenhausbeirates und eines Beirates für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie die häusliche Hilfe. Die Paragraphen wurden neu gegliedert.

Artikel 74

Dieser Artikel betrifft alle Dienstleister und deren Mitarbeiter, sowie alle anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets beteiligt sind. Das sind sowohl die einzelnen Mitglieder der KBSI, des Beirates, der Netzwerke, die Inspektoren, die externen Sachverständigen sowie die, die mit der Kontrolle der Vertragsbestimmungen der einzelnen Dienstleister beauftragt sind.

Durch die allgemeine Vertraulichkeitsbestimmung wird kein Berufsgeheimnis im rechtlichen Sinne auferlegt. In der Tat sieht der Dekretentwurf keine strafrechtlichen Sanktionen für eventuelle Verstöße gegen den vorliegenden Artikel vor.

„Unbeschadet besonderer Gesetzes-, Dekret- oder Ordnungsbestimmungen“ bedeutet dass, in Fällen, in denen die Weitergabe der Angaben gesetzlich vorgesehen ist oder wenn die Weitergabe zur Durchführung des vorliegenden Dekretentwurfs notwendig ist, diese Vertraulichkeitsklausel dem nicht entgegen gehalten werden darf. Wie auch in Artikel 80 vermerkt, werden eventuell anwendbare Bestimmungen zum Berufsgeheimnis nicht berührt.

Diese allgemeine Verpflichtung wird durch den Artikel 79 verstärkt.

Artikel 75

Unbeschadet des Artikels 76 sind die Dienstleister, die über eine Genehmigung bzw. eine Anerkennung verfügen, im Rahmen ihrer Aufträge verantwortlich für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten.

Auch sind die Angaben zu den Personalmitgliedern der Dienstleister für beispielsweise die Auszahlung der personalbezogenen Bezuschussung oder zur Einhaltung der Personalnormen, den Vorgaben vorliegenden Artikels unterworfen. Diese Daten wird die Regierung verarbeiten und gilt in diesem Rahmen als Verantwortlicher im Sinne der Datenschutzgrundverordnung.

Absatz 2 ermöglicht den Dienstleistern und der Regierung, persönliche Daten im Hinblick auf die Ausführung ihrer gesetzlichen und dekretalen Aufträge, insbesondere was die Durchführung der in Kapitel 2 festgelegten Leistungen der einzelnen Angebote bzw. was die in Kapitel 4 vorgesehene Bezuschussung und die in Kapitel 1.1 vorgesehene Kontrolle betrifft, zu verarbeiten. Sie dürfen diese nicht zu anderen Zwecken verarbeiten.

Laut Absatz 3 erfolgt die Verarbeitung der personenbezogenen Daten selbstverständlich unter Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung.

Artikel 76

Insbesondere für die Daten zur Gesundheit gilt, dass das Gesetz über die Rechte des Patienten sowie die ärztliche Schweigepflicht Anwendung finden. Grundsätzlich können medizinische Daten gemäß Artikel 7 §1 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten nicht verarbeitet werden. Artikel 7 §2 desselben Gesetzes sieht jedoch eine Reihe von Ausnahmen zu diesem Grundsatz vor. Im Rahmen dieses Dekretentwurfs scheint es wichtig, medizinische Daten verarbeiten zu können, da die Dienstleister ihre jeweiligen Aufträge ansonsten nicht ausführen könnten. Folglich entspricht dieser Artikel des Dekretentwurfs

der in Artikel 7§2 Buchstabe c) des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 vorgesehenen Ausnahme.

Artikel 77

Es obliegt dem Dekretgeber, wenn auch nicht die detaillierte Beschreibung der zu erhebenden und verarbeitenden Daten vorzunehmen, so zumindest die Datenkategorien zu erwähnen, die die Dienstleister und die Regierung in Zukunft verarbeiten werden. Dabei geht es darum, eine transparente und vorhersehbare Grundlage für diese Datenkategorien zu erstellen. Die genaue Aufgliederung soll durch die Regierung vorgenommen werden.

Artikel 78

Dieser Artikel regelt die Dauer der Verarbeitbarkeit der erhobenen Daten.

Artikel 79

Dieser Artikel erlaubt der Regierung, eine Beschwerdestelle zu bestimmen für den Fall, dass die Beschwerde nicht zwischen dem Dienstleister selbst und der Person oder dessen Vertreter geklärt werden konnte.

Die Regierung erhält die Möglichkeit, die Modalitäten zu präzisieren.

Artikel 80

Dieser Artikel enthält die Bestimmungen zur Kontrolle der in der Personenunterstützung tätigen Dienstleister. In der Tat ausgehend von der Tatsache, dass alte pflegebedürftige Menschen (siehe europäische Charta) eines besonderen Schutzes bedürfen, ist es einerseits notwendig eine a priori-Überprüfung der Dienstleister stattfinden zu lassen (durch die vorherige Genehmigung) und andererseits, auch eine a posteriori Kontrolle mit entsprechenden Handlungsmöglichkeiten zu ermöglichen.

Somit sieht dieser Artikel vor, wie schon in den Dekreten vom 4.Juni 2007 und vom 16. Februar 2009, dass die Regierung Inspektoren bestellt und sie mit den Handlungsmöglichkeiten ausstattet, um –die ihnen anvertrauten Aufgaben mit der größten Effizienz ausführen zu können. Sie können gegebenenfalls zur Unterstützung auch Vertreter der öffentlichen Gewalt hinzuziehen. Die Inspektoren dürfen alle Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen und Auskünfte einholen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Personenunterstützung unter den besten Voraussetzungen stattfindet und, dass den Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen entsprochen wird.

Besondere Beachtung wird zwei Situationen zuteil: einerseits das Einsehen der Wohnung, darin sind auch die persönlichen Räumlichkeiten (im Gegensatz zu den Gemeinschaftsräumlichkeiten) inbegriffen, die den Senioren in den Wohnstrukturen zur Verfügung gestellt werden und andererseits, die unangemeldet und ohne Vertreter des Dienstleisters vorgenommene Untersuchung der Räumlichkeiten. Im ersten Fall, der problematisch sein könnte, da er ein Eindringen in die Privatsphäre der Menschen bedeuten könnte, muss das Einverständnis der volljährigen Bewohner vorliegen und im zweiten muss dem Dienstleister unmittelbar nach Untersuchung eine Rückmeldung gegeben werden.

Gleichzeitig kann hier eine Verbindung zu Kapitel 9 Vertraulichkeit und Datenschutz gemacht werden. Die Inspektoren unterliegen den Vorgaben der Artikel 74 bis 78.

Externen Sachverständigen in Begleitung der Inspektoren können, falls angebracht, durch die Regierung dieselben Befugnisse erteilt werden.

Schließlich präzisiert Paragraf 3, unter welchen rechtlichen Vorgaben die Kontrolle der Verwendung der Zuschüsse stattfindet.

Durch die Tatsache, dass die Dienstleister eine Finanzierung erhalten, stimmen sie einer Kontrolle der Verwendung der Zuschüsse zu. Die Gemeinschaften haben eine Aufsichtspflicht.

Artikel 81

Aufgrund dieses Artikels sind die Dienstleister angehalten, einen jährlichen Tätigkeitsbericht in der Struktur und mit den von der Regierung vorgegebenen Inhalten für den 30. April einzureichen. Diese Form der Kontrolle entspricht einer administrativen Kontrolle und in der Regel erhält der Dienstleister im Rahmen der in den Verträgen vorgesehenen Begleitausschüsse die Möglichkeit, diesen Bericht vorzustellen beziehungsweise zu erläutern oder im Gespräch auf Fragen zu beantworten.

Paragraf 2 bestimmt, dass der Dienstleister alle relevanten Informationen und statistischen Angaben übermittelt. Hier kann auf Kapitel 9 verwiesen werden, das ausdrücklich auf den Datenschutz und die Verarbeitung personenbezogener Daten hinweist.

Artikel 82

Mit diesem Artikel wird eine Strafbestimmung für die Wohn- und Pflegezentren für Senioren beschrieben. Der kommissarische Vertreter wird durch die Regierung beim Feststellen von schwerwiegenden Mängeln bestellt. Mit Übernahme der Leitung des Angebotes hat er die Aufgabe, die Behebung der festgestellten schwerwiegenden Mängel in den aufgelegten Fristen in die Wege zu leiten und der Regierung über die Fortschritte und Hindernisse Bericht zu erstatten. Der kommissarische Vertreter geht zu Lasten der Einrichtung. Die Regierung legt die diesbezüglichen Modalitäten, Bedingungen sowie Befugnisse und Pflichten des kommissarischen Vertreters fest.

Artikel 83

Dieser Artikel besagt, dass die nicht Einhaltungen der Bestimmung des Dekrets bezüglich der Genehmigung inklusive des Entzugs der Genehmigung sowie die Behinderung der Inspektoren strafrechtlich verfolgt wird.



Für die Nicht-Einhaltung der Verwendung der Zuschüsse sind über die Anwendung von Artikel 80 §1 im Gesetz vom 16. Mai 2003 über die allgemeinen Bestimmungen bezüglich der Haushalte, der Kontrolle der Subventionen und der Buchhaltung der Gemeinschaften und der Regionen sowie der Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof andere Strafen vorgesehen.

Artikel 84

Durch die Aufhebung der Dekrete vom 4. Juni 2007 und vom 16. Februar 2009 ist eine formale Änderung am Dekret vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben nötig geworden. Durch diesen Artikel wird dem Rechnung getragen.

Artikel 85

Mit diesem Artikel werden die Bestimmungen aufgehoben, die derzeit die Grundlagen der Personenunterstützung und der Palliativpflege darstellen.

Artikel 86

Dieser Artikel sieht eine Übergangszeit vor. Sie soll erlauben, dass die Überleitung in das neue System so reibungslos wie möglich gestaltet wird. Ohne Übergangsbestimmungen wäre damit zu rechnen, dass alle Anerkennungen bzw. Genehmigungen verfallen und neue Anträge einzureichen wären. Eine solche Situation wäre für die Senioren und die Personen mit Unterstützungsbedarf unhaltbar und gefährlich, die Dienstleister und deren Personalmitglieder wären in ihrer Existenz gefährdet. Dies wäre ein unnötiger administrativer Aufwand für alle Betroffenen und mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht zu bewältigen.

Artikel 87

Dieser Artikel sieht eine Übergangsbestimmung für die Mitglieder des Beirates für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie die häusliche Hilfe vor.

Artikel 88

Dieser Artikel hat zur Folge, dass das Dekret vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime einzig für die psychiatrischen Pflegewohnheime weiterhin anwendbar bleibt.

Artikel 89

Dieser Dekretentwurf soll spätestens am 1. Januar 2019 in Kraft treten. Dies ist der Zeitpunkt, an dem die definierte Übergangsperiode der 6. Staatsreform für die Finanzierung und die Normen der Wohn- und Pflegezentren für Senioren endet.



Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretentwurf über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Europaklausel

Das vorliegende Dekret dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über die Dienstleistungen im Binnenmarkt.

Art. 2 – Anwendungsbereich

Vorliegendes Dekret findet Anwendung auf alle in der Personenunterstützung tätigen Dienstleister, die die in Kapitel 2 aufgeführten Tätigkeiten der Personenunterstützung und der organisierten Unterstützungsangebote im deutschen Sprachgebiet anbieten.

Art. 3 – Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 4 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Personenunterstützung: Tätigkeiten der Personenunterstützung und organisierte Unterstützungsangebote;
2. Tätigkeiten der Personenunterstützung: niederschwellige Angebote, die zum Ziel haben, das Wohlbefinden der Senioren und der Personen mit Unterstützungsbedarf in ihrem häuslichen Umfeld zu erhöhen und zum sozialen Zusammenhalt beizutragen;
3. organisierten Unterstützungsangeboten: Angebote der häuslichen Unterstützung, der Wohnstrukturen und der Palliativpflege, die von Dienstleistern erbracht werden;
4. häuslicher Unterstützung: organisierte Unterstützungsangebote, die dem Senior mit Unterstützungsbedarf oder der Person mit Unterstützungsbedarf hauptsächlich in seinem Zuhause oder, im Falle von Gruppenangeboten, in einer Einrichtung angeboten werden. Sie haben zum Ziel, dem Senior mit Unterstützungsbedarf und der Person mit Unterstützungsbedarf so lange wie möglich den Verbleib oder die Rückkehr in ihr Zuhause zu ermöglichen;
5. Wohnstrukturen: organisierte Unterstützungsangebote, die vorwiegend Senioren mit Unterstützungsbedarf eine langfristige Unterkunft bieten und die darauf ausgerichtet sind, die Lebensqualität des Seniors mit Unterstützungsbedarf in einem familienähnlichen Umfeld zu erhalten und/oder wiederherzustellen;
6. Palliativpflege: organisiertes Unterstützungsangebot, das die Gesamtheit der Pflegeleistungen für einen Patienten, der sich unabhängig von seiner Lebenserwartung in einem fortgeschrittenen Stadium oder im Endstadium einer schweren, fortschreitenden und lebensbedrohlichen Krankheit befindet, enthält. Die Begleitung dieser Patienten wird durch eine ganzheitliche multidisziplinäre Pflege auf physischer, psychischer, sozialer, moralischer, existenzieller und gegebenenfalls spiritueller Ebene gewährleistet. Palliativpflege bietet dem Kranken und seinen Angehörigen größtmögliche Lebensqualität und maximale Autonomie. Palliativpflege zielt darauf



ab, die Lebensqualität des Patienten und seiner Angehörigen und der ihm nahestehenden Hilfspersonen so lange wie möglich zu sichern und zu optimieren.

7. Angeboten: Leistungen der Personenunterstützung, die von einem Dienstleister erbracht werden;

8. Gruppenangeboten: Angebote, die mehreren Personen gleichzeitig an einem definierten Standort zur Verfügung stehen;

9. Person mit Unterstützungsbedarf: die nachfolgenden natürlichen Personen, die gemäß den von der Regierung festgelegten Kriterien einen Unterstützungsbedarf aufweisen:

- a) Kinder und Jugendliche zwischen 0 und 18 Jahren;
- b) Erwachsene zwischen 18 Jahren und dem gesetzlichen Pensionsalter;
- c) Bezugspersonen;

10. Senior: Person, die das gesetzliche Pensionsalter überschritten hat;

11. Senior mit Unterstützungsbedarf: Senior, der gemäß den von der Regierung festgelegten Kriterien einen Unterstützungsbedarf aufweist;

12. Bewohner: Senior, dem eine Unterstützungskategorie zugewiesen wurde und der die in Artikel 24 erwähnten Wohn- und Pflegezentren für Senioren und die in Artikel 17 erwähnten Kurzaufenthalte in Anspruch nimmt;

13. Dienstleister: natürliche oder juristische Person bzw. nicht rechtsfähige Vereinigung, die hauptamtlich, neben- oder ehrenamtlich ein Angebot der Personenunterstützung erbringt;

14. Stellvertreter: eine der nachfolgenden natürlichen Personen:

a) der gesetzliche oder der durch den Richter bezeichnete Vertreter des Seniors oder der Person mit Unterstützungsbedarf;

b) der durch den Senior oder der Person mit Unterstützungsbedarf notariell bezeichnete Bevollmächtigte, mit Ausnahme der Personen, die für einen Dienstleister tätig sind, den der Senior oder die Person mit Unterstützungsbedarf beansprucht;

15. Bezugsperson: Person, die einem Senior oder einer Person mit Unterstützungsbedarf nahesteht und sich in einem nicht-beruflichen Rahmen um diese kümmert, unabhängig davon, ob sie hierfür entschädigt wird. Die im Gesetz vom 12. Mai 2014 über die Anerkennung nahestehender Hilfspersonen erwähnten nahestehenden Hilfspersonen, die sich um sehr pflegebedürftige Menschen kümmern, gelten ebenfalls als Bezugspersonen;

16. teilstationären Angeboten: folgende Angebote, die in einem oder mehreren Gebäuden an einem Standort nur stundenweise beansprucht werden:

- a) die in Artikel 13 erwähnte Tagesbetreuung;
- b) die in Artikel 14 erwähnte Tagespflege;
- c) die in Artikel 15 erwähnte Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
- d) die in Artikel 16 erwähnte Nachtpflege;

17. stationärer Angebote folgende Angebote, die in einem oder mehreren Gebäuden an einem Standort eine längerfristige Unterbringung gewährleisten:

- a) die in Artikel 17 erwähnten Kurzaufenthalte;
- b) die in Artikel 18 erwähnten Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
- c) das in Artikel 22 erwähnte betreute Wohnen;
- d) die in Artikel 23 erwähnten begleiteten Wohngemeinschaften für Senioren;
- e) die in Artikel 24 erwähnten Wohn- und Pflegezentren für Senioren;

18. Bezugspflege: die Begleitung, Hilfe und Pflege, die zuverlässig in größtmöglicher persönlicher Kontinuität erbracht und nach dem Prinzip der ganzheitlichen Dienstleistungserbringung gestaltet werden;

19. Unterstützungskapazität: die Anzahl genehmigter Plätze einer teilstationären und/oder stationären Einrichtung;

20. Stundenpakete: von den Personalmitgliedern des Dienstleisters zu erbringende Dienstleistungsstunden. Sie können sich sowohl auf die zu erbringenden Dienstleistungsstunden bei der Person mit Unterstützungsbedarf und dem Senior mit Unterstützungsbedarf, als auch auf zu erbringende nicht produktive Stunden beziehen;

21. Pilotprojekt: besondere Initiative der Personenunterstützung, die sich durch einen zeitlich begrenzten, innovativen und experimentellen Charakter kennzeichnet;

22. Unterstützungskategorie: die gemäß Artikel 16 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben zugewiesene Pflegekategorie;

23. Tagespauschale: der durch die Regierung definierte tägliche pauschale Zuschuss pro Platz einer stationären Einrichtung;

24. Begleitpauschale: der durch die Regierung definierte tägliche pauschale Zuschuss pro Platz der teilstationären Einrichtungen;

25. Stundenpauschale: der durch die Regierung definierte pauschale Stundensatz für die Bezuschussung der Stundenpakete;

26. Programmierung: maximale Unterstützungskapazität und Stundenpakete für Angebote im deutschen Sprachgebiet, die genehmigt werden können;

27. Wohnhilfezone: das durch die Regierung definierte Teilgebiet, in dem den Bürgern eine Mindestanzahl an Angeboten der Personenunterstützung zur Verfügung steht, unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten;

28. Standort: alle in einem Umkreis von einem Kilometer angesiedelten Gebäude eines Dienstleisters, in denen ein Angebot erbracht wird;

29. Fachbereich: der für Gesundheit und Senioren zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

30. KBSI: die kommunalen Beiräte für Senioreninteressen;

31. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;

32. Gesundheitsdienstleistungen: Leistungen, die im Artikel 2 des koordinierten Gesetz vom 10. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitsberufe definiert werden;

33. Pflegerische Tätigkeiten: Tätigkeiten die im Artikel 46 der koordinierten Gesetzes vom 15. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitsberufe definiert werden. Diese Tätigkeiten werden von Krankenpfleger erbracht;

Geriatrische Rehabilitation: Tätigkeiten die im Artikel 43 des koordinierten Gesetzes vom 15. Mai 2015 über die Ausübung der Gesundheitsberufe definiert werden.

Art. 5 – Gegenstand und Zielsetzung

Vorliegendes Dekret:

1. beschreibt die Angebote der Personenunterstützung;
2. legt die Vorgaben der Genehmigung und Anerkennung der Dienstleister fest;
3. legt die Finanzierung der Dienstleister fest.

Es hat zum Ziel, die Lebensqualität der Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf zu erhalten und/oder zu verbessern durch:

1. das Stärken der Selbsthilfekompetenz und der Bezugspersonen;
2. die Schaffung von unterschiedlichen und besonderen Unterstützungsangeboten;
3. das Fördern der Gesundheit und die Vorbeugung von Krankheit;
4. das Fördern der Netzwerkarbeit und der Absprachen zwischen den einzelnen Akteuren innerhalb der Wohnhilfezone, mit dem Ziel, den Personen die bestmögliche Unterstützung zu bieten und die Übergänge von einem Angebot ins andere fließend zu gestalten.

Art. 6 – Leistungsgrundsätze

Die Dienstleister wahren bei der Ausübung ihres Auftrags folgende Rechte der Personen mit Unterstützungsbedarf und Senioren mit Unterstützungsbedarf und halten folgende Grundsätze zu ihren Gunsten ein:

1. das Recht auf Würde, körperliches und geistiges Wohlbefinden, Freiheit und Sicherheit;

2. das Recht auf Selbstbestimmung;
3. das Recht auf Privatsphäre;
4. das Recht auf an ihrem persönlichen Bedarf ausgerichtete Pflege und Begleitung, die den geltenden Qualitätsstandards entspricht;
5. das Recht auf individuelle Information und Beratung als Voraussetzung für ausgewogene Entscheidung;
6. das Recht auf Kommunikation, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und an kulturellen Aktivitäten;
7. das Recht auf freie Meinungsäußerung, Gedanken- und Gewissensfreiheit, Weltanschauung, Kultur und Religion;
8. das Recht auf Palliativpflege sowie auf ein Sterben in Würde.

Die Dienstleister gewährleisten bei der Ausübung ihrer Aufträge, dass das Personal:

1. die Bezugspflege anwendet;
2. die Bezugspersonen in der Begleitung der Senioren unterstützt und einbezieht.

Die Regierung präzisiert den weiteren Inhalt der in den Absätzen 1 und 2 angegebenen Rechte und Grundsätze und legt die Modalitäten fest, die die Dienstleister bei der Ausübung ihres Auftrags einhalten müssen.

Art. 7 – Stellvertreter

Der Stellvertreter des Seniors und der Person mit Unterstützungsbedarf kann im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben alle im vorliegenden Dekret und dessen Ausführungsbestimmungen aufgeführten Rechte und Pflichten des Seniors und der Person mit Unterstützungsbedarf in seinem Namen und für seine Rechnung wahrnehmen. Er handelt hierbei ausschließlich im Interesse des Seniors und der Person mit Unterstützungsbedarf.

KAPITEL 2 – ANGEBOTE DER PERSONENUNTERSTÜTZUNG

Abschnitt 1 – Tätigkeiten der Personenunterstützung

Art. 8 – Niederschwellige Unterstützungsangebote

Die niederschwelligen Unterstützungsangebote sind Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf, die mindestens eine der folgenden Leistungen beinhalten:

1. Anbieten von Fahrdiensten und ggf. ergänzender Begleitung;
2. Leisten von Gesellschaft;
3. Mitgestaltung der Freizeit;
4. Begleitung der Menschen mit Demenz und der Bezugspersonen;
5. Anbieten von Informations- und Sensibilisierungsveranstaltungen;
6. Anbieten von Weiterbildungen;
7. Angebote der Trauerbegleitung;
8. Anbieten eines Besuchsdienstes.

Die niederschwelligen Angebote können die Form von Gruppenangeboten annehmen.

Die Regierung kann weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der niederschwelligen Unterstützungsangebote erbracht werden.

Art. 9 – Hausnotrufdienst

Der Hausnotrufdienst ist ein Angebot für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf in ihrem häuslichen Umfeld, das folgende Leistungen beinhaltet:

1. Anbieten und Wartung einer Hausnotrufanlage bestehend aus mindestens einem Sendegerät verbunden mit einer Telefonlinie, einem Mobilfunknetz oder einer Internetlinie und einem mobilen Handsender;
2. Verbinden mit einer durchgehend durch spezialisiertes Personal besetzten Telefonzentrale;
3. im Falle eines Alarms, entweder das Kontaktieren vorher bestimmter Kontaktpersonen oder, bei medizinischem Notfall und/oder bei Abwesenheit der Kontaktpersonen, das Kontaktieren der Notdienste.

Abschnitt 2 – Organisierte Personenunterstützung

Unterabschnitt 1 – Angebote der häuslichen Unterstützung

Art. 10 – Familien- und Seniorenhilfe

Die Familien- und Seniorenhilfe ist ein Angebot der häuslichen Unterstützung für Senioren mit Unterstützungsbedarf und Personen mit Unterstützungsbedarf in ihrem häuslichen Umfeld, das folgende Leistungen beinhaltet:

1. direkte, personenbezogene Hilfe, Begleitung und Pflege;
2. ergänzende psychosoziale Unterstützung;
3. im Rahmen der in Nummer 1 erwähnten Aktivitäten begrenzte und ergänzende hauswirtschaftliche Hilfen.

Im Rahmen der Familien- und Seniorenhilfe kann die Krankenwache angeboten werden.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Familien- und Seniorenhilfe erbracht werden;
2. Interventionskriterien festlegen, die die Abgrenzung der Art und Intensität der benötigten Hilfen ermöglichen.

Art. 11 – Krankenwache

Die Krankenwache ist ein Angebot der häuslichen Unterstützung für Senioren mit Unterstützungsbedarf und Personen mit Unterstützungsbedarf in ihrem häuslichen Umfeld, das folgende Leistungen beinhaltet:

1. Leisten von Gesellschaft;
2. Gestaltung der Freizeit;
3. Unterstützung der Bezugspersonen;
4. ergänzende psychosoziale Unterstützung;
5. im Rahmen der in den Nummern 1 bis 3 erwähnten Aktivitäten begrenzte und ergänzende hauswirtschaftliche Hilfen.

Die Krankenwache kann eine Nachtbetreuung im häuslichen Umfeld der Person beinhalten. Die Krankenwache kann von ehrenamtlichen Dienstleistern erbracht werden.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Krankenwache erbracht werden;

2. Interventionskriterien festlegen, die die Abgrenzung der Art und Intensität der benötigten Hilfen ermöglichen.

Art. 12 – Soziale hauswirtschaftliche Hilfe

Die soziale hauswirtschaftliche Hilfe ist ein Angebot der häuslichen Unterstützung für Senioren mit Unterstützungsbedarf und Personen mit Unterstützungsbedarf, das folgende Leistungen beinhaltet:

1. Anbieten von Aktivitäten, die im Wesentlichen darin bestehen, die Wohnung der Person zu reinigen und dort die Hygiene zu begünstigen;
2. begrenzte soziale Begleitung;
3. Unterhalt der Wäsche.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der sozialen hauswirtschaftlichen Hilfe erbracht werden;
2. Interventionskriterien festlegen, die die Abgrenzung der Art und Intensität der benötigten Hilfen ermöglichen.

Art. 13 – Tagesbetreuung

Die Tagesbetreuung ist ein Gruppenangebot der häuslichen Unterstützung, das tagsüber zugunsten von Senioren mit Unterstützungsbedarf gewährleistet wird. Es beinhaltet folgende Leistungen:

1. psychosoziale Unterstützung;
2. Aktivierung und Unterstützung;
3. Erbringen von Leistungen der Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten;
4. Mitgestaltung der Freizeit ;
5. Anbieten von Gemeinschaftsräumen, Ruheräumen, Sanitäranlagen und Duschräumen;
6. Anbieten von hauswirtschaftlichen Diensten.

Die Tagesbetreuung beinhaltet keine Gesundheitsdienstleistungen, die vom Personal der Tagesbetreuung erbracht werden..

Unter Berücksichtigung von Absatz 2 kann die Regierung weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Tagesbetreuung erbracht werden.

Art. 14 – Tagespflege

Die Tagespflege ist ein Gruppenangebot der häuslichen Unterstützung, das tagsüber zugunsten von Senioren, denen eine erhöhte Unterstützungskategorie bescheinigt wird, gewährleistet wird. Es beinhaltet folgende Leistungen:

1. Erbringen von Gesundheitsdienstleistungen;
2. psychosoziale Unterstützung;
3. Aktivierung sowie Unterstützung und Mobilisierungsmaßnahmen;
4. geriatrische Rehabilitationsmaßnahmen;
5. Erbringen von Leistungen der Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten;
6. Mitgestaltung der Freizeit;
7. Anbieten von Gemeinschaftsräumen, Ruheräumen, Sanitäranlagen und Duschräumen;
8. Anbieten von hauswirtschaftlichen Diensten.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Tagespflege erbracht werden;
2. in begründeten Ausnahmefällen Personen mit Unterstützungsbedarf, denen eine erhöhte Unterkategorie bescheinigt wird, die Beanspruchung dieses Angebotes erlauben. Sie legt die Vorgaben für die entsprechenden Anträge fest.

Art. 15 – Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation

Die Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation ist ein Gruppenangebot der häuslichen Unterstützung, das tagsüber von Senioren mit Unterstützungsbedarf und Personen mit Unterstützungsbedarf auf Verordnung eines Arztes beansprucht werden kann. Es beinhaltet folgende Leistungen:

1. die in Artikel 14 Absatz 1 erwähnten Leistungen;
2. Gewährleisten von ärztlich verordneten intensiven Rehabilitationsmaßnahmen mit dem Ziel der Wiedererlangung der Fähigkeiten und Ressourcen;
3. Zusammenarbeit mit Fachärzten.

Die Regierung kann weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation erbracht werden.

Art. 16 – Nachtpflege

Die Nachtpflege ist ein Gruppenangebot der häuslichen Unterstützung, das nachts zugunsten von Senioren mit Unterstützungsbedarf, denen eine erhöhte Unterkategorie bescheinigt wird, gewährleistet wird. Es beinhaltet folgende Leistungen:

1. Anbieten eines Schlafraumes und weiterer Wohnräume;
2. Erbringen von Gesundheitsdienstleistungen;
3. psychosoziale Unterstützung;
4. Aktivierung sowie Unterstützungs- und Mobilisierungsmaßnahmen;
5. Erbringen von Leistungen der Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten;
6. Mitgestaltung der Freizeit;
7. Anbieten von hauswirtschaftlichen Diensten.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Nachtpflege erbracht werden;
2. in begründeten Ausnahmefällen Personen mit Unterstützungsbedarf, denen eine erhöhte Unterkategorie bescheinigt wird, die Beanspruchung dieses Angebotes erlauben. Die Regierung legt die Vorgaben für die entsprechenden Anträge fest.

Art. 17 – Kurzaufenthalte

Der Kurzaufenthalt ist ein Gruppenangebot der häuslichen Unterstützung, das über einen Zeitraum von höchstens drei Monaten pro Kalenderjahr und höchstens drei aufeinanderfolgende Monate von Senioren mit Unterstützungsbedarf, denen eine Unterkategorie bescheinigt wird, beansprucht werden kann. Es beinhaltet folgende Leistungen:

1. Erbringen von Gesundheitsdienstleistungen;
2. Gewährleisten einer medizinischen Betreuung;
3. psychosoziale Unterstützung;
4. Aktivierung sowie Unterstützung und Mobilisierungsmaßnahmen;
5. geriatrische Rehabilitationsmaßnahmen;
6. Erbringen von Leistung der Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten;

7. Mitgestaltung der Freizeit;
8. Anbieten von hauswirtschaftlichen Diensten;
9. Anbieten eines Wohnraumes.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen eines Kurzaufenthaltes erbracht werden.
2. in begründeten Ausnahmefällen Personen mit Unterstützungsbedarf, denen eine erhöhte Unterstützungskategorie bescheinigt wird, die Beanspruchung dieses Angebotes erlauben. Sie legt die Vorgaben für die entsprechenden Anträge fest.

Art. 18 – Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation

Der Kurzaufenthalt mit Schwerpunkt auf Rehabilitation ist ein Gruppenangebot der häuslichen Unterstützung, das über einen Zeitraum von höchstens drei aufeinanderfolgenden Monaten von Senioren mit Unterstützungsbedarf und Personen mit Unterstützungsbedarf auf Verordnung eines Arztes beansprucht werden kann. Es beinhaltet folgende Leistungen:

1. die in Artikel 17 Absatz 1 erwähnten Leistungen;
2. Gewährleisten von ärztlich verordneten intensiven Rehabilitationsmaßnahmen mit dem Ziel der Wiedererlangung der Fähigkeiten und Ressourcen;
3. Zusammenarbeit mit Fachärzten.

Die Regierung kann weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen eines Kurzaufenthaltes mit Schwerpunkt auf Rehabilitation erbracht werden.

Unterabschnitt 2 – Wohnstrukturen

Art. 19 – Seniorenresidenzen

Seniorenresidenzen sind Wohnstrukturen für Senioren, die in einem oder mehreren Gebäuden folgende Leistungen beinhalten:

1. Anbieten von barrierefreien Wohnungen;
2. Anbieten von durch die Senioren organisierten oder frei in Anspruch zu nehmenden hauswirtschaftlichen Diensten.

Seniorenresidenzen dürfen keine Pflegeleistungen erbringen.

Unter Berücksichtigung von Absatz 2 kann die Regierung weitere Leistungen festlegen, die in einer Seniorenresidenz erbracht werden.

Art. 20 – Seniorenresidenzen mit ostbelgischem Qualitätslabel

§1 – Seniorenresidenzen, die die von der Regierung festgelegten Bedingungen erfüllen, dürfen die Bezeichnung „Seniorenresidenz mit ostbelgischem Qualitätslabel“ nutzen. Diese Bedingungen beziehen sich mindestens auf:

1. die Beschaffenheit der Räumlichkeiten;
2. das Konzept zur Organisation der Seniorenresidenz.

Einzelne Wohnungen der Seniorenresidenz können ein Qualitätslabel erhalten.

§2 – Die Erlaubnis, diese Bezeichnung zu nutzen, wird bei der Regierung beantragt.

Die Regierung bestimmt:

1. das Antragsverfahren;
2. die Kriterien für die Beschlussfassung über den Antrag;
3. die Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Nutzung des Qualitätslabels und das anwendbare Verfahren bei Nichteinhaltung.

Art. 21 – Gemeinschaftliche Wohninitiativen

Gemeinschaftliche Wohninitiativen sind Wohnstrukturen für und/oder von Senioren, die in einem oder mehreren Gebäuden folgende Merkmale aufweisen:

1. Anbieten von mehreren barrierefreien Wohnungen;
2. partizipative Verwaltung der Wohnstruktur;
3. gegenseitige Unterstützung bei Alltagsaufgaben;
4. Organisation gemeinschaftlicher Aktivitäten.

Gemeinschaftliche Wohninitiativen können auch intergenerationelle Wohnstrukturen sein, die unterschiedlichen Altersgruppen Wohnungen anbieten.

Die Regierung kann weitere Leistungen festlegen, die in gemeinschaftlichen Wohninitiativen erbracht werden.

Art. 22 – Betreutes Wohnen

Das betreute Wohnen ist eine Wohnstruktur für Senioren mit Unterstützungsbedarf, die an ein Wohn- und Pflegezentrum für Senioren angegliedert ist und die in einem oder mehreren Gebäuden folgende Leistungen beinhaltet:

1. Anbieten von barrierefreiem Wohnraum;
2. Anbieten von frei in Anspruch zu nehmenden hauswirtschaftlichen Diensten;
3. Anbieten von frei in Anspruch zu nehmenden Freizeitangeboten im Wohn- und Pflegezentrum für Senioren;
4. Anbieten eines Interventionsdienstes bei Notruf durch das Pflegepersonal des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren.

Das betreute Wohnen beinhaltet keine Gesundheitsdienstleistungen, die durch das Personal des Wohn- und Pflegezentrums für Senioren erbracht werden.

Unter Berücksichtigung von Absatz 2 kann die Regierung weitere Leistungen festlegen, die in betreuten Wohnungen erbracht werden.

Art. 23 – Begleitete Wohngemeinschaften für Senioren

Begleitete Wohngemeinschaften für Senioren sind Wohnstrukturen für Senioren mit Unterstützungsbedarf, die folgende Leistungen beinhalten:

1. Anbieten von barrierefreiem Wohnraum;
2. Anbieten einer Gemeinschaftsküche und eines Gemeinschaftswohnzimmers;
3. partizipative Organisation des Alltags;
4. ressourcenorientierte Unterstützung durch entsprechendes Personal.

Begleitete Wohngemeinschaften beinhalten keine Gesundheitsdienstleistungen, die vom Personal der begleiteten Wohngemeinschaft erbracht werden. Die Regierung kann in begründeten Ausnahmefällen für gewisse Zielgruppen und bei entsprechendem Pflegepersonal Ausnahmen erlauben. Sie legt die diesbezüglichen Kriterien fest.

Unter Berücksichtigung von Absatz 2 kann die Regierung weitere Leistungen festlegen, die in begleiteten Wohngemeinschaften erbracht werden.

Art. 24 – Wohn- und Pflegezentren für Senioren

Wohn- und Pflegezentren für Senioren sind Wohnstrukturen für Senioren mit Unterstützungsbedarf, denen eine Unterkategorie bescheinigt wird, die in einem oder mehreren Gebäuden folgende Leistungen beinhalten:

1. Anbieten eines Wohnraumes;
2. Erbringen von Gesundheitsdienstleistungen;
3. Gewährleisten einer medizinischen Betreuung;
4. psychosoziale Unterstützung;
5. Aktivierung sowie Unterstützungs- und Mobilisationsmaßnahmen;
6. geriatrische Rehabilitationsmaßnahmen;
7. Erbringen von Leistungen der Gesundheitsförderung und Vorbeugung von Krankheiten;
8. Mitgestaltung der Freizeit;
9. Anbieten von hauswirtschaftlichen Diensten;
10. Anbieten von Kurzaufenthalten.

In einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren können ebenfalls folgende Angebote erbracht werden:

1. die Tagesbetreuung;
2. die Tagespflege;
3. die Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
4. die Nachtpflege;
5. die Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
6. das betreute Wohnen.

Die Regierung kann:

1. weitere Leistungen festlegen, die im Rahmen der Wohn- und Pflegezentren für Senioren erbracht werden;
2. in begründeten Ausnahmefällen Personen mit Unterstützungsbedarf, denen eine Unterkategorie bescheinigt wird, die Beanspruchung dieses Angebotes erlauben. Die Regierung legt die Vorgaben für die entsprechenden Anträge fest.

Art. 25 – Aufteilung der Unterstützungskapazität in Wohn- und Pflegezentren für Senioren

Die Unterstützungskapazität jedes Wohn- und Pflegezentrums für Senioren wird wie folgt festgelegt:

1. 82% der Unterstützungskapazität ist Senioren vorbehalten, denen eine erhöhte Unterkategorie bescheinigt wird;
2. 13% der Unterstützungskapazität ist Senioren vorbehalten, denen eine geringe Unterkategorie bescheinigt wird;
3. 5% der Unterstützungskapazität ist Senioren mit Unterstützungsbedarf vorbehalten, denen eine Unterkategorie bescheinigt wird und die einen Kurzaufenthalt in einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren wahrnehmen.

Die gesamte Unterstützungskapazität eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren ist auf 150 Plätze begrenzt.

Abschnitt 3 – Palliativpflege

Art. 26 – Palliativpflegeverband

In Abweichung von Artikel 27 kann die Regierung im deutschen Sprachgebiet nur einen Palliativpflegeverband genehmigen.

Der Palliativpflegeverband erbringt ein Angebot der Palliativpflege im häuslichen Umfeld oder in den Wohnstrukturen, das folgende Leistungen beinhaltet:

1. für die Bevölkerung:
 - a) Netzwerkarbeit;
 - b) Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung für die Palliativpflege;
2. für die Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf am Lebensende und deren Umfeld:
 - a) die Begleitung in der Palliativpflege im häuslichen Umfeld;
 - b) die Beratung und Konzertierung der vor Ort tätigen Erstversorger
 - c) das Erbringen direkter Unterstützungsleistungen.

Die in Absatz 2 Nummer 2 festgelegten Leistungen werden von einem multidisziplinären Team erbracht. Die Regierung legt die Zusammensetzung des Teams fest.

KAPITEL 3 – PROGRAMMIERUNG UND GENEHMIGUNG

Abschnitt 1 – Programmierung

Art. 27 – Grundsatz der Programmierung

§1 – Die in Kapitel 2 Abschnitte 2 und 3 aufgeführten Angebote der Personenunterstützung unterliegen einer Programmierung durch die Regierung.

In Abweichung von Absatz 1:

1. unterliegen folgende Angebote keiner Programmierung:
 - a) die Seniorenresidenzen;
 - b) die gemeinschaftlichen Wohninitiativen;
 - c) der Palliativpflegeverband;
2. unterliegen folgende Angebote nur dann einer Programmierung, wenn der Dienstleister eine Anerkennung aufgrund von Artikel 41 beantragt:
 - a) die Krankenwache;
 - b) die soziale hauswirtschaftliche Hilfe;
 - c) die Tagesbetreuung.

§2 – Die Programmierung erfolgt unter Berücksichtigung folgender Kriterien:

1. die demografische Lage und die demografischen Prognosen, insbesondere der Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung und der Anteil der Personen über 80 Jahre an der Bevölkerungsgruppe der Senioren;
2. die Struktur der Wohnhilfazonen;
3. die folgenden Elemente pro Gemeinde des deutschen Sprachgebietes:
 - a) die Anzahl Senioren;
 - b) die bestehenden und geplanten Unterstützungsangebote für Senioren.

Die Regierung kann zwecks Festlegung der Programmierung einen externen Sachverständigen beauftragen, eine Bedarfsanalyse der bestehenden und geplanten Unterstützungsangebote zu erstellen.

Art. 28 – Wohnhilfezonen

Die Regierung definiert für das deutsche Sprachgebiet verschiedene Wohnhilfezonen, in denen Dienstleister durch das Bestehen einer Angebotspalette fördern, dass Senioren in ihrem vertrauten Umfeld altern, ihren Bedürfnissen und ihrem Unterstützungsbedarf entsprechend Angebote wahrnehmen können. Hierzu wird ein sozialer Raum definiert, der folgende Merkmale umfasst:

1. ausreichende unterschiedliche Wohnstrukturen;
2. ausreichende Angebote der häuslichen Unterstützung und Pflege;
3. soziale Netzwerke, Nachbarschaftshilfe und Tätigkeiten der Personenunterstützung zur Förderung der Teilhabe an der Gesellschaft.

Abschnitt 2 – Genehmigung und Anerkennung

Unterabschnitt 1 – Genehmigungsverfahren

Art. 29 – Anwendungsbereich

Vorliegender Unterabschnitt ist anwendbar auf folgende organisierte Unterstützungsangebote:

1. die Familien- und Seniorenhilfe;
2. die Tagespflege;
3. die Tagespflege mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
4. die Nachtpflege;
5. die Kurzaufenthalte;
6. die Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
7. das betreute Wohnen;
8. die begleiteten Wohngemeinschaften für Senioren;
9. die Wohn- und Pflegezentren für Senioren;
10. die Palliativpflege.

Art. 30 – Grundsatz der Genehmigung

§1 – Für die in Artikel 29 erwähnten Unterstützungsangebote reichen die Dienstleister in folgenden Fällen einen Genehmigungsantrag bei der Regierung ein:

1. für die Schaffung bzw. das Anbieten eines Unterstützungsangebots;
2. für die Änderung der Unterstützungskapazität;
3. für die Änderung der Stundenpakete.

Bei ihrer Erteilung besteht die Genehmigung aus einer Planungsgenehmigung gefolgt von einer Betriebsgenehmigung bei Erbringung des Angebots.



§2 – Die in §1 Absatz 2 erwähnte Planungsgenehmigung berechtigt den Dienstleister dazu, die nötigen Planungs- und Ausführungsarbeiten vorzunehmen, um die in §1 Absatz 1 erwähnten Vorhaben umzusetzen.

§3 – Die in §1 Absatz 2 erwähnte Betriebsgenehmigung berechtigt den Dienstleister dazu, sein Angebot zu erbringen. Sie wird für eine unbestimmte Dauer erteilt. Sie setzt eine vorherige Planungsgenehmigung voraus.

Die Dienstleister beantragen die Betriebsgenehmigung drei Monate vor Erbringung der Dienstleistung und spätestens bei Ablauf der Planungsgenehmigung.

Art. 31 – Genehmigungsbedingungen

§1 – Die Regierung erteilt die Planungsgenehmigung, wenn:

1. das Angebot oder die Änderung der Unterstützungskapazität oder der Stundenpakete zum Zeitpunkt des Antrags den Kriterien der Programmierung gemäß Artikel 27 entspricht;
2. die durch die Regierung festgelegten baulichen Normen und spezifischen Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Bedingung gilt nur für stationäre und teilstationäre Angebote.

§2 – Die Regierung erteilt die Betriebsgenehmigung, wenn eine Planungsgenehmigung erteilt wurde.

Die Regierung legt die weiteren Bedingungen zum Erhalt der Betriebsgenehmigung fest. Diese beziehen sich insbesondere auf:

1. die juristische Form des Dienstleisters;
2. die Buchführung;
3. das Konzept zur Organisation des Unterstützungsangebots;
4. das Mitspracherecht der Senioren mit Unterstützungsbedarf, der Personen mit Unterstützungsbedarf und der Bezugspersonen, insbesondere was die Beteiligung an der Gestaltung der Lebensbedingungen in den teilstationären und stationären Angeboten betrifft;
5. die Rechte und Pflichten des Stellvertreters unbeschadet anders lautender Bestimmungen;
6. das Vorliegen einer Vereinbarung zwischen dem Dienstleister und dem Senior mit Unterstützungsbedarf oder der Person mit Unterstützungsbedarf in Form eines Dienstleistungsvertrages;
7. die Öffnungszeiten, Bereitschaftsdienste, die Zugänglichkeit und die Kündigungsmodalitäten des Dienstleistungsvertrages;
8. das Qualitätsmanagement, einschließlich des Beschwerdemanagements;
9. die Angabe der beabsichtigten Personalzusammensetzung.

Die Regierung kann in besonders begründeten Fällen Ausnahmen zur der Verpflichtung, die in Absatz 2 erwähnten Bedingungen zu erfüllen, festlegen.

Art. 32 – Genehmigungsverfahren

§1 – Für den Erhalt der Planungs- und Betriebsgenehmigung reichen die Dienstleister einen Antrag bei der Regierung ein.

Dem Antrag sind Unterlagen beigefügt, aus denen hervorgeht, dass die in Artikel 31 erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Die Planungsgenehmigung hat eine Gültigkeitsdauer von drei Jahren.

Die Dienstleister können spätestens drei Monate vor Ablauf der Planungsgenehmigung einen begründeten Antrag auf Verlängerung für eine Dauer von höchstens einem Jahr stellen. Die Regierung entscheidet über diesen Antrag auf Verlängerung binnen drei Monaten ab Erhalt des vollständigen Antrags.

Die Betriebsgenehmigung wird grundsätzlich für einen unbefristeten Zeitraum erteilt. Die Regierung legt die eventuellen Ausnahmefälle fest, in denen eine befristete Betriebsgenehmigung ausgesprochen wird. Sie kann gegebenenfalls zum gleichen Zeitpunkt wie die Planungsgenehmigung erteilt werden.

§2 – Die Dienstleister, die über eine Genehmigung verfügen, stellen einen neuen Antrag bzw. Teilantrag auf Genehmigung:

1. wenn die gegebenenfalls befristete Genehmigung abgelaufen ist;
2. wenn festgestellt wird, dass die in der Genehmigung erwähnten Angaben nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder aus anderen Gründen die Notwendigkeit besteht, die in der Genehmigung erwähnten Angaben abzuändern;
3. wenn der Dienstleister ein zusätzliches Unterstützungsangebot anzubieten wünscht, insofern es sich um ein in Artikel 29 erwähntes Angebot handelt.

§3 – Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Form und den Inhalt des Antrags auf Genehmigung bzw. auf Verlängerung der Planungsgenehmigung;
2. das Verfahren und die weiteren Modalitäten und Bedingungen zum Erhalt der Betriebs- und Planungsgenehmigung;
3. das Verfahren zur Verlängerung der Planungsgenehmigung;
4. die Verfahren zur gegebenenfalls befristeten und unbefristeten Betriebsgenehmigung;
5. die Verfahren zur Abänderung der Genehmigung;
6. die Einspruchsmöglichkeiten im Fall eines abgelehnten Antrags.

Art. 33 – Übertragung der Genehmigung

§1 – Die Genehmigung für ein Angebot wird für einen bestimmten Dienstleister und für die teilstationären und stationären Angebote für einen bestimmten Standort erteilt.

Der Verkauf oder Erwerb von Unterstützungskapazitäten oder der Stundenpakete ist untersagt, es sei denn, die Regierung genehmigt dies ausdrücklich auf Antrag in besonders begründeten Ausnahmefällen. Gestattet ist eine Übertragung von Unterstützungskapazitäten an einen anderen Dienstleister ohne Standortwechsel. Der neue Dienstleister stellt daraufhin einen neuen Antrag auf Genehmigung.

§2 – Unbeschadet der Anwendung von §1 ist die Übertragung von Unterstützungskapazitäten mit Standortwechsel an einen anderen Dienstleister oder an den denselben Dienstleister während eines begrenzten Zeitraums gestattet, wenn das genehmigte Unterstützungsangebot am ursprünglichen Standort umgebaut wird. Der Dienstleister, dem die Unterstützungskapazität während der Umbauphase übertragen wird, benötigt keine gesonderte Genehmigung. Die ursprünglich übertragene Unterstützungskapazität wird nach Beendigung der Umbauphase dem ursprünglichen Standort zurückgeführt.

Die Regierung bestimmt für die Anwendung von Absatz 1 die Zeitpunkte, an denen ein Umbau als angefangen und als beendet gilt.

Art. 34 – Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Betriebsgenehmigung

Zur Aufrechterhaltung der Betriebsgenehmigung halten die Dienstleister folgende Verpflichtungen ein:

1. Einhaltung der der Planungs- und der Betriebsgenehmigung gemäß Artikel 31 zugrunde liegenden Verpflichtungen;

2. Einhaltung der Personalsnormen in Bezug auf Anzahl und/oder Qualifikation des Personals;
3. Erbringung des jeweiligen Angebots unter Einhaltung der aktuellen hygienischen und pflegerischen Normen;
4. Einhaltung der Normen bezüglich der Mahlzeiten;
5. die Pflegekontinuität ;
6. Einhaltung der Qualitätsnormen bezüglich der in Artikel 6 erwähnten Leistungsgrundsätze;
7. tatsächliche Erbringung der gemäß Kapitel 2 jeweils festgelegten Aufträge.

Die in Absatz 1 Nummer 5 erwähnte Verpflichtung gilt nicht für folgende Angebote:

1. die Familien- und Seniorenhilfe;
2. das betreute Wohnen;
3. die begleiteten Wohngemeinschaften für Senioren.

Die Regierung kann:

1. die in Absatz 1 erwähnten Verpflichtungen weiter präzisieren;
2. weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Genehmigung festlegen.

Art. 35 – Genehmigung als Finanzierungsbedingung

Dienstleister, deren Unterstützungsangebot vor Erbringung in Anwendung des vorliegenden Unterabschnitts von der Regierung genehmigt wurde, erhalten eine Finanzierung gemäß Kapitel 4.

In Abweichung von Absatz 1 wird das betreute Wohnen nicht finanziert.

Art. 36 – Nicht-Einhaltung der Genehmigungsbedingungen

§1 – Hält der Dienstleister eine oder mehrere Bedingungen, die der Genehmigung zugrunde liegen oder die zur Aufrechterhaltung der Genehmigung dienen, nicht ein, fordert die Regierung ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Genehmigungsbedingungen nachzukommen.

Kommt der Dienstleister nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Genehmigungsbedingungen nach:

1. setzt die Regierung die Genehmigung aus und/oder entzieht sie dem Dienstleister;
2. setzt die Regierung die Genehmigung teilweise aus und/oder entzieht sie dem Dienstleister teilweise;
3. entzieht die Regierung dem Dienstleister die Finanzierung ganz oder teilweise.

Die in Absatz 2 Nummer 3 vorgesehene Sanktion kann mit den in Absatz 2 Nummer 1 und 2 vorgesehenen Sanktionen kombiniert werden.

Die teilweise Aussetzung oder der teilweise Entzug der Genehmigung bezieht sich auf die Stundenpakete, die Unterstützungskapazität oder, im Falle eines Verstoßes gegen Artikel 31 § 1 Absatz 1 Nummer 2, auf einzelne Zimmer.

Die Regierung:

1. bestimmt das Verfahren zur Aussetzung und zum Entzug der Genehmigung;
2. präzisiert die weiteren Modalitäten der teilweisen Aussetzung und des teilweisen Entzugs der Genehmigung bzw. der Finanzierung.

§2 – Während der teilweisen Aussetzung, der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens kann der Dienstleister sein Angebot nur zugunsten von Personen erbringen, die sein Angebot bereits vor Notifizierung der Entscheidung über die Aussetzung oder die Einleitung eines Entzugsverfahrens in Anspruch genommen haben. Eine Ausweitung des Angebots auf andere Personen ist nicht möglich. Der Dienstleister ist verpflichtet, die Dienststelle und die Personen, die das Angebot in Anspruch nehmen, über die Beschränkung der Ausweitung und deren Gründe zu informieren.

Die Regierung bestimmt die Form, den Inhalt und das Verfahren, gemäß denen die in Absatz 1 erwähnte Information zur Kenntnis gebracht wird.

§3 – Falls ein Dienstleister nicht über eine Auslastung von mindestens 93 % der genehmigten Unterstützungskapazität oder Stundenpakete, basierend auf der höchsten jährlichen Auslastung der drei abgelaufenen Jahre verfügt, kann die Regierung die Unterstützungskapazität oder die Stundenpakete nach vorheriger Stellungnahme des Dienstleisters entsprechend prozentual reduzieren.

Die Regierung bestimmt das Verfahren und die Modalitäten des prozentualen Entzugs der Unterstützungskapazität.

Art. 37 – Schließung

Der Entzug der Genehmigung hat die Schließung bzw. die Beendigung des Angebotes zur Folge.

Die Regierung bestimmt das Verfahren zur Schließung bzw. Beendigung des Angebotes.

Art. 38 – Schließung eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren

Dienstleister von Wohn- und Pflegezentren für Senioren sind ab der Notifizierung über den Entzug der Genehmigung verpflichtet, für die Unterbringung der betreffenden Personen in einer anderen Einrichtung in einer durch die Regierung festzulegenden Frist zu sorgen. Nach Ablauf dieser Frist wird das Wohn- und Pflegezentrum für Senioren geschlossen.

Unbeschadet Absatz 1 kann die Regierung übergangsweise die sofortige Schließung anordnen, wenn äußerst dringliche Gründe der Volksgesundheit oder der Sicherheit es rechtfertigen.

Die Regierung bestimmt das Verfahren zur Schließung bzw. Beendigung des Angebots.

Art. 39 – Beendigung des Unterstützungsangebots

Die freiwillige Einstellung des Angebots hat die Beendigung des Angebots zur Folge.

Die Regierung bestimmt das Verfahren zur Beendigung eines Unterstützungsangebots.

Unterabschnitt 2 – Anerkennungsverfahren

Art. 40 – Anwendungsbereich

Vorliegender Unterabschnitt ist anwendbar auf folgende organisierte Unterstützungsangebote:

1. die Krankenwache;
2. die soziale hauswirtschaftliche Hilfe;
3. die Tagesbetreuung.

Art. 41 – Grundsatz und Anerkennung als Finanzierungsbedingung

Dienstleister der in Artikel 40 erwähnten Unterstützungsangebote können bei der Regierung eine Anerkennung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Unterabschnitts beantragen.

Dienstleister, deren Unterstützungsangebot vor Erbringung in Anwendung des vorliegenden Unterabschnitts von der Regierung anerkannt wurde, erhalten eine Finanzierung gemäß Kapitel 4.

Art. 42 – Anerkennungsbedingungen

Die Regierung erteilt die Anerkennung, wenn:

1. das Angebot oder die Änderung der Unterstützungskapazität oder der Stundenpakete zum Zeitpunkt des Antrags den Kriterien der Programmierung gemäß Artikel 27 entspricht;
2. die durch die Regierung festgelegten baulichen Normen und spezifischen Sicherheitsvorkehrungen eingehalten werden;
3. die in Artikel 31 §2 Absatz 2 festgelegten Bedingungen erfüllt sind.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Bedingung gilt nur für die Tagesbetreuung.

Art. 43 – Anerkennungsverfahren

Für den Erhalt der Anerkennung reichen die Dienstleister einen Antrag bei der Regierung ein.

Dem Antrag sind Unterlagen beigefügt, aus denen hervorgeht, dass die in Artikel 42 erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Die Anerkennung wird grundsätzlich für einen unbestimmten Zeitraum erteilt. Die Regierung legt die eventuellen Ausnahmefälle fest, in denen eine befristete Genehmigung ausgesprochen wird.

Artikel 32 §§2 und 3 ist entsprechend anwendbar für das weitere Anerkennungsverfahren.

Art. 44 – Übertragung der Anerkennung

Die Anerkennung für ein Angebot wird für einen bestimmten Dienstleister erteilt.

Der Verkauf oder Erwerb von Unterstützungskapazitäten oder der Stundenpakete ist untersagt, es sei denn, die Regierung genehmigt dies ausdrücklich auf Antrag in besonders begründeten Ausnahmefällen.

Art. 45 – Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung

Zur Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die Dienstleister folgende Verpflichtungen ein:

1. Einhaltung der der Anerkennung gemäß Artikel 42 zugrunde liegenden Verpflichtungen;
2. Einhaltung der in Artikel 34 Absatz 1 Nummern 2 bis 4, 6 und 7 erwähnten Verpflichtungen.

Die Regierung kann:

1. die in Absatz 1 erwähnten Verpflichtungen weiter präzisieren;
2. weitere Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung festlegen.

Art. 46 – Nicht-Einhaltung der Anerkennungsbedingungen

§1 – Hält der Dienstleister, der über eine Anerkennung verfügt, eine oder mehrere Verpflichtungen nicht ein, fordert die Regierung ihn gemäß den von ihr festgelegten Modalitäten auf, diesen Verpflichtungen nachzukommen.

Kommt der Dienstleister nach der in Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, setzt die Regierung die Anerkennung aus und/oder entzieht sie dem Dienstleister.

Die Regierung bestimmt die Verfahren zur Aussetzung und zum Entzug der Anerkennung.

§2 – Während der Aussetzung oder des Entzugsverfahrens erhält der Dienstleister keine oder keine vollständige Finanzierung gemäß Kapitel 4.

KAPITEL 4 – FINANZIERUNG

Abschnitt 1 – Tätigkeiten der Personenunterstützung und gemeinschaftliche Wohninitiativen

Art. 47 – Finanzierung durch Vertrag

Unbeschadet der Abschnitte 2 und 3 kann die Bezuschussung folgender Angebote im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel mittels eines Vertrages zwischen der Regierung und dem Dienstleister erfolgen:

1. die in Kapitel 2 Abschnitt 1 erwähnten Unterstützungsangebote;
2. die gemeinschaftlichen Wohninitiativen.

Die Regierung bestimmt die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Die Dienstleister der in Kapitel 2 Abschnitt 1 erwähnten Unterstützungsangebote und der gemeinschaftlichen Wohninitiativen können von den Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf einen finanziellen Beitrag für die Inanspruchnahme ihres jeweiligen Unterstützungsangebots verlangen.



Abschnitt 2 – Organisierte Unterstützungsangebote

Unterabschnitt 1 – Gemeinsame Bestimmung

Art. 48 – Bedingung der Genehmigung bzw. der Anerkennung

Nur Dienstleister, die über eine Genehmigung bzw. Anerkennung verfügen, können eine Bezuschussung erhalten und einen finanziellen Beitrag verlangen.

Bei der Festlegung der Höhe des Zuschusses wird den geschätzten Einnahmen des Dienstleisters Rechnung getragen.

In Abweichung von Absatz 1 können Dienstleister von betreuten Wohnungen ausschließlich einen finanziellen Beitrag verlangen.

Unterabschnitt 2 – Finanzierung mittels finanziellem Beitrag

Art. 49 – Finanzieller Beitrag des Seniors mit Unterstützungsbedarf und der Person mit Unterstützungsbedarf

§1 – Dienstleister folgender Angebote können vom Senior mit Unterstützungsbedarf und von der Person mit Unterstützungsbedarf einen finanziellen Beitrag für die Inanspruchnahme ihres jeweiligen Unterstützungsangebots verlangen:

1. die Familien- und Seniorenhilfe;
2. die Krankenwache;
3. die soziale hauswirtschaftlichen Hilfe.

Für die in Absatz 1 Nummern 1 und 3 erwähnten Angebote wird die Höhe des zu entrichtenden Beitrags im Verhältnis zum Haushaltseinkommen des Seniors mit Unterstützungsbedarf und der Person mit Unterstützungsbedarf festgelegt.

Die Regierung bestimmt für die in Absatz 1 erwähnten Angebote:

1. die Berechnungsmodalitäten zur Festlegung des zu entrichtenden Beitrags;
2. die Beitragssätze für die Inanspruchnahme des Unterstützungsangebots;
3. die Bedingungen und die Modalitäten zur Erhöhung der Beitragssätze.

§2 – Dienstleister folgender Angebote können vom Senior mit Unterstützungsbedarf und der Person mit Unterstützungsbedarf einen finanziellen Beitrag für die Inanspruchnahme ihres Angebotes verlangen:

1. die teilstationären Angebote;
2. die Kurzaufenthalte;
3. die Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
4. das betreute Wohnen;
5. die begleiteten Wohngemeinschaften für Senioren;
6. die Wohn- und Pflegezentren für Senioren.

Die Regierung bestimmt:

1. für das in Absatz 1 Nummer 1 erwähnte Angebot den finanziellen Beitrag für die Inanspruchnahme;
2. für die in Absatz 1 Nummern 2 bis 6 erwähnten Angebote die Bedingungen und Modalitäten zur Festlegung des Erstpreises;
3. für alle in Absatz 1 erwähnten Angebote die Bedingungen und die Modalitäten zur Erhöhung des finanziellen Beitrags;

4. für alle in Absatz 1 erwähnten Angebote die Mindestleistungen, die durch den finanziellen Beitrag abgedeckt sind.

Unterabschnitt 3 – Finanzierung mittels Stundenpauschalen und Pauschalbeträgen

Art. 50 – Finanzierungsweise

Dienstleister folgender Angebote können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Bezuschussung in Form von jährlichen Stundenpaketen oder jährlichen Pauschalbeträgen gemäß Artikel 51 erhalten:

1. die Familien- und Seniorenhilfe;
2. die Krankenwache;
3. die soziale hauswirtschaftliche Hilfe;
4. die begleiteten Wohngemeinschaften für Senioren.

Art. 51 – Bezuschussung

§1 – Die Festlegung der Bezuschussung bezieht sich auf die genehmigten jährlichen Stundenpakete und/oder auf durch die Regierung festgelegte jährliche Pauschalbeträge.

Der Pauschalbetrag kann sich auf die gesamten Kosten des Dienstleisters oder auf gewisse seiner Personal- und/oder Funktionskosten beziehen.

Im Falle von Stundenpaketen erfolgt die Berechnung des Zuschusses für die betroffenen Unterstützungsangebote durch die Multiplikation der genehmigten Stundenpakete mit der von der Regierung festgelegten Stundenpauschale.

Mit Ausnahme der stationären und teilstationären Angebote wird der Zuschuss nur für Leistungen gewährt, die der Dienstleister im deutschen Sprachgebiet erbracht hat.

§2 – Erreicht der bezuschusste Dienstleister in einem Kalenderjahr das genehmigte Stundenpaket nicht oder kann er die Kosten für den festgelegten Pauschalbetrag nicht belegen, fordert die Regierung den Betrag von jeder nicht geleisteten Stunde bzw. von allen nicht belegten Kosten im darauffolgenden Jahr zurück oder verrechnet diesen Betrag mit dem Zuschuss für das darauffolgende Kalenderjahr.

§3 – Die Regierung bestimmt:

1. die Bedingungen zur Bezuschussung;
2. die Höhe der Bezuschussung;
3. das Verfahren zur Beantragung und Auszahlung der Bezuschussung;
4. die Stundenpakete;
5. die Stundenpauschale und die Pauschalbeträge.

Unterabschnitt 4 – Finanzierung mittels Begleitpauschale

Art. 52 – Finanzierungsweise

Dienstleister von teilstationären Angeboten können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Bezuschussung in Form einer Begleitpauschale gemäß Artikel 53 erhalten.

Art. 53 – Bezuschussung

§1 – Die Regierung legt zur Festlegung der Bezuschussung jährliche Anwesenheitstage fest.

Die Bezuschussung erfolgt durch die Multiplikation der genehmigten Unterstützungskapazität mit der durch die Regierung festgelegten Begleitpauschale und der Anwesenheitstage.

Die Begleitpauschale kann sich auf folgende Elemente beziehen:

1. die gesamten Kosten des Dienstleisters oder;
2. gewisse seiner Personal- und/oder Funktionskosten und/oder;
3. die Unterstützungskategorie der Senioren und der Personen mit Unterstützungsbedarf.

§2 – Erreicht ein Dienstleister die vereinbarten Anwesenheitstage nicht, fordert die Regierung die Begleitpauschale für jeden fehlenden Anwesenheitstag im darauffolgenden Jahr zurück oder verrechnet diesen Betrag mit dem Zuschuss für das darauffolgende Kalenderjahr.

§3 – Die Regierung bestimmt:

1. die Bedingungen zur Bezuschussung. Diese beziehen sich insbesondere auf:
 - a) die Unterstützungskapazität;
 - b) die Unterstützungskategorie;
 - c) die Anwesenheitstage und Auslastung des Unterstützungsangebots;
2. die Höhe der Bezuschussung;
3. das Verfahren zur Beantragung und Auszahlung der Bezuschussung;
4. die Begleitzuschüsse;
5. die jährlichen Anwesenheitstage.

Unterabschnitt 5 – Finanzierung mittels Tagespauschalen

Art. 54 – Finanzierungsweise

Dienstleister folgender Angebote können im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Bezuschussung in Form einer bewohnerbezogenen Bezuschussung gemäß Artikel 55, einer personalbezogenen Bezuschussung gemäß Artikel 56 und eines Pauschalzuschusses für Mobilitätshilfen gemäß Artikel 57 erhalten:

1. die Kurzaufenthalte;
2. die Kurzaufenthalte mit Schwerpunkt auf Rehabilitation;
3. die Wohn- und Pflegezentren für Senioren.

Art. 55 – Bewohnerbezogene Bezuschussung

§1 – Die Regierung legt zur Festlegung der bewohnerbezogenen Bezuschussung jährliche Anwesenheitstage fest.

Die Regierung legt die Bedingungen zur bewohnerbezogenen Bezuschussung der Dienstleister von Wohnstrukturen fest. Sie besteht aus folgenden Elementen:

1. einem Basiszuschuss;
2. einem Zuschuss für besondere Angebote;
3. einer Funktionspauschale.

Die Gewährung des in Absatz 2 Nummer 1 erwähnten Basiszuschusses ist an die Einhaltung der Genehmigungsbedingungen gebunden.

Die Gewährung des in Absatz 2 Nummer 2 erwähnten Zuschusses für besondere Angebote ist an das Einreichen von Konzepten zur Verbesserung der Qualität der Wohnstruktur und zur Schaffung besonderer Angebote durch den Dienstleister gebunden, die von der Regierung zu genehmigen sind.

Die Gewährung der in Absatz 2 Nummer 3 erwähnten Funktionspauschale ist an die Einhaltung der Vorgaben in Bezug auf das Verwaltungspersonal gebunden und kann Materialpauschalen beinhalten.

§2 – Unter Berücksichtigung der in §1 erwähnten Elemente wird die bewohnerbezogene Bezuschussung anhand der Multiplikation der Aufteilung der Unterstützungskapazität und einem von der Unterstützungskategorie der Bewohner abhängigen und einer für die Kurzaufenthalte durch die Regierung definierten Tagespauschale und den Anwesenheitstagen ermittelt.

§3 – Eine Inanspruchnahme in Höhe von 97 % der festgelegten Anwesenheitstage entspricht einer Vollbelegung.

§4 – Erreicht ein Dienstleister die Vollbelegung nicht, fordert die Regierung die Tagespauschale für jeden fehlenden Anwesenheitstag auf Grundlage der Aufteilung der Unterstützungskapazität im darauffolgenden Jahr zurück oder verrechnet diesen Betrag mit dem Zuschuss für das darauffolgende Kalenderjahr.

§5 – Die Regierung bestimmt:

1. die Höhe der Tagespauschale pro Unterstützungskategorie, die Tagespauschale der Kurzaufenthalte und ihrer Bestandteile;
2. die Form und den Inhalt der in §1 Absatz 4 erwähnten Konzepte zur Verbesserung der Qualität der Angebote und zur Schaffung besonderer Angebote;
3. die in §1 Absatz 5 erwähnten Vorgaben für das Verwaltungspersonal;
4. das Verfahren zur Beantragung und Auszahlung des Zuschusses;
5. ggf. weitere Berechnungskriterien;
6. ggf. weitere Zuschusskategorien.

Art. 56 – Personalbezogene Bezuschussung

Die personalbezogene Bezuschussung ergibt sich aus:

1. der Berufsqualifikation des Personals;
2. der Beanspruchung der anwendbaren Maßnahmen zum Karriereende;
3. den Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Die Regierung:

1. bestimmt die weiteren Bedingungen und Modalitäten sowie die Höhe der in Absatz 1 erwähnten Bezuschussung;
2. kann weitere Bezuschussungsgrundlagen bestimmen.

Art. 57 – Pauschalbezuschussung für Mobilitätshilfen

Für die Wohn- und Pflegezentren für Senioren umfasst die Pauschalbezuschussung der Mobilitätshilfen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel einen jährlichen Pauschalzuschuss für den Ankauf, die Ausleihe und den Unterhalt von Standard-Mobilitätshilfen.

Die Regierung bestimmt die Höhe und die Modalitäten der Bezuschussung.

Unterabschnitt 6 - Finanzierung mittels Pauschalbetrag

Art. 58 – Finanzierungsweise

Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel kann der Palliativpflegeverband eine Bezuschussung in Form eines Pauschalbetrages gemäß Artikel 59 erhalten.

Art. 59 – Bezuschussung

§1 – Die Regierung kann zur Festlegung der Bezuschussung jährliche Pauschalbeträge festlegen.

Der Pauschalbetrag kann sich auf die gesamten Kosten des Dienstleisters oder auf gewisse seiner Personal- und/oder Funktionskosten beziehen.

§2 – Kann der Dienstleister die Kosten für den festgelegten Pauschalbetrag nicht belegen, fordert die Regierung den Betrag von allen nicht belegten Kosten im darauffolgenden Jahr zurück oder verrechnet diesen Betrag mit dem Zuschuss für das darauffolgende Kalenderjahr.

§4 – Die Regierung bestimmt:

1. die Bedingungen zur Bezuschussung;
2. die Höhe der Bezuschussung;
3. das Verfahren zur Beantragung und Auszahlung der Bezuschussung;
4. die Pauschalbeträge.

Abschnitt 3 – Geschäftsführungsverträge

Art. 60 – Geschäftsführungsverträge

Die Bezuschussung und die weitere Aufgabenbeschreibung können im Rahmen eines Geschäftsführungsvertrages gemäß Artikel 105 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zwischen einem genehmigten Dienstleister und der Regierung festgelegt werden.

KAPITEL 5 – UNTERSTÜTZUNGSPLAN

Art. 61 – Unterstützungsplan

Liegt für den Senior mit Unterstützungsbedarf oder für die Personen mit Unterstützungsbedarf, die ein Wohn- und Pflegezentrum für Senioren, einen Kurzaufenthalt, eine Tagespflege, eine Nachtpflege, eine Familien- und Seniorenhilfe beanspruchen wollen, kein gemäß Artikel 7 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben erstellter Unterstützungsplan vor, lassen die Dienstleister der oben erwähnten Angebote vor Gewährung ihres Angebotes diesen Unterstützungsplan durch die Dienststelle erstellen.

Bei Nicht-Einhaltung der in Absatz 1 vorgesehenen Bestimmung und nachdem sie den betroffenen Dienst zu einer Stellungnahme aufgefordert hat, kann die Regierung:

1. im Falle von Dienstleistern, die die Familien- und Seniorenhilfe, die Tagespflege oder die Nachtpflege erbringen, 10% der für diesen Senior gemäß Artikel 51 ausgezahlten Stundenpauschale oder der gemäß Artikel 53 ausgezahlten Begleitpauschale zurückfordern oder im darauffolgendem Jahr verrechnen;

2. im Falle von Dienstleistern, die einen Kurzaufenthalt oder ein Wohn- und Pflegezentrum für Senioren anbieten, 10% der für diesen Senior mit Unterstützungsbedarf gemäß Artikel 55 §2 gewährten Tagespauschale zurückfordern oder im darauffolgendem Jahr verrechnen.

KAPITEL 6 – PROJEKTE UND NETZWERKARBEIT

Art. 62 – Förderung von Pilotprojekten

§1 – Die Regierung kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel und unter den im Rahmen einer Konvention mit einem Projektträger festgelegten Bedingungen Pilotprojekte für einen begrenzten Zeitraum von höchstens drei Jahren fördern.

Drei Monate vor Ablauf der Konvention reicht der Projektträger eine Auswertung bei der Regierung ein. Die Regierung entscheidet auf Grundlage der Auswertung und der Stellungnahme des Fachbereichs und nach Anhörung des Trägers über die weitere Förderung des Projektes.

Sollte ein Projekt für eine Dauer von weniger als drei Jahren genehmigt worden sein, kann die Regierung auf Anfrage des Projektträgers und auf Grundlage der Auswertung und einer Stellungnahme des zuständigen Fachbereichs über die weitere Förderung des Projektes bis zu einer Gesamtprojektdauer von drei Jahren entscheiden.

§2 – Die Regierung bestimmt:

1. die Bedingungen zur Förderung eines Pilotprojektes;
2. die Form und den Inhalt des Antrags auf ein Pilotprojekt;
3. das Verfahren zur Förderung eines Pilotprojektes;
4. die Auswertungsmodalitäten des Pilotprojektes.

Nach Abschluss und positiver Bewertung des Pilotprojektes bestimmt die Regierung:

1. die Bedingungen zur Weiterführung des Angebotes;
2. die weitere Förderung und Finanzierung des Angebotes.

Art. 63 – Netzwerkarbeit für die Personenunterstützung

In jeder Wohnhilfezone arbeiten alle Dienstleister der Personenunterstützung und der Palliativpflege in einem Netzwerk zusammen.

Dieses Netzwerk hat zum Ziel:

1. die Seniorenunterstützung durch Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den Mitgliedern des Netzwerks zu optimieren;
2. die Effizienz, Wirksamkeit und Kontinuität der Unterstützung im Sinne des Seniors zu fördern;
3. die Unterstützungspläne und/oder die Pflegeplanungen der einzelnen Dienstleister im Sinne eines fließenden Übergangs zwischen den Angeboten zu teilen und relevante Informationen auszutauschen mit dem Ziel, dem Senior eine bestmögliche Unterstützung zuteilwerden zu lassen;

4. die Nutzung des im Vereinbarungsprotokoll vom 27. Juni 2016 zwischen der Föderalregierung und den in den Artikeln 128, 130, 135 und 138 der Verfassung erwähnten Behörden zur Entwicklung und Implementierung des BelRai-Instruments im Jahr 2016 erwähnten BelRai-Instruments zu optimieren;

5. gemeinsame Pilotprojekte in die Wege zu leiten.

KAPITEL 7 – KOMMUNALER BEIRAT FÜR SENIORENINTERESSEN

Art. 64 – Einsetzung der KBSI

Der Gemeinderat jeder Gemeinde des deutschen Sprachgebiets setzt ein KBSI ein und legt seine Geschäftsordnung fest.

Art. 65 – Zusammensetzung

§1 – Das KBSI setzt sich zusammen aus:

1. einem Vertreter des Gemeindegremiums;
2. einem Vertreter des öffentlichen Sozialhilfezentrums der Gemeinde;
3. einem Vertreter des Seniorenbeirats der Gemeinde, insofern ein solcher besteht;
4. jeweils einem Vertreter pro auf dem Gemeindegebiet angesiedelten Dienstleister der Personenunterstützung.

Für jedes in Absatz 1 erwähnte effektive Mitglied wird ein Ersatzmitglied bestellt.

§2 – Dem KBSI gehören ebenfalls mit beratender Stimme an:

1. ein Vertreter des Fachbereichs;
2. ein Vertreter der Dienststelle;
3. andere für die Seniorenunterstützung wichtige lokale Partner, die vom KBSI zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Die Regierung kann weitere Dienstleister bestimmen, die dem KBSI mit beratender Stimme angehören.

Art. 66 – Vorsitz und Funktionsweise

Der Vertreter des Gemeindegremiums übernimmt den Vorsitz der Sitzungen des KBSI. Diese werden auf Initiative des Vorsitzenden oder nach schriftlicher Anfrage eines Interessenten und/oder eines potenziellen Dienstleisters durch den Vorsitzenden einberufen.

Ein Personalmitglied der Gemeindeverwaltung wohnt den Sitzungen des KBSI bei und führt unter der Verantwortung des Vorsitzenden das Protokoll.

Die Regierung kann die weitere Funktionsweise präzisieren.

Art. 67 – Auftrag

§1 – Das KBSI erstellt auf Anfrage der Regierung innerhalb einer von ihr vorgegebenen Frist oder aus eigener Initiative ein Gutachten zu den folgenden Punkten:

1. die demografische Entwicklung auf dem Gebiet der Gemeinde und den daraus entstehenden kurz- und mittelfristigen Bedarf an Unterstützungsangeboten;
2. die Unterstützungsangebote, die zu einer Verbesserung des Angebots der wohnortnahen Seniorenpolitik beitragen unter Beachtung der lokalen Gegebenheiten und der Ermittlung der hierfür notwendigen quantitativen und qualitativen Voraussetzungen.

§2 – Das KBSI bezieht Stellung zu allen neuen Unterstützungsangeboten oder Pilotprojekten auf dem Gebiet der Gemeinde und lässt der Regierung seine Stellungnahme zukommen. Zu diesem Zweck übermittelt der potenzielle Dienstleister dem KBSI vorab alle dazu notwendigen Unterlagen.

Die Stellungnahme beinhaltet zumindest eine Behandlung folgender Punkte:

1. der Bedarf für die neue Initiative der Seniorenunterstützung unter Berücksichtigung der geografischen, demografischen und sozioökonomischen Gegebenheiten;
2. das Unterstützungskonzept;
3. die Anzahl Personen, die mit dem Projekt angesprochen werden;
4. die mögliche Kostenbeteiligung der Senioren;
5. die Vernetzung der Unterstützungsangebote;
6. bei nicht einstimmiger Stellungnahme: die Darlegung der verschiedenen Positionen.

Das KBSI lässt der Regierung seine Stellungnahme innerhalb einer Frist von 90 Tagen nach Erhalt der Unterlagen des potenziellen Dienstleisters zukommen.

In Abweichung von Absatz 1 kann die Regierung Ausnahmefälle festlegen, in denen aufgrund der begrenzten Tragweite der betroffenen Initiative keine Stellungnahme des KBSI erforderlich ist.

§3 – Die Regierung kann dem KBSI weitere Aufgaben erteilen.

KAPITEL 8 – BEIRAT FÜR DIE SENIORENUNTERSTÜTZUNG

Art. 68 – Einsetzung des Beirats

Es wird ein Beirat für die Seniorenunterstützung geschaffen.

Art. 69 – Aufgaben

Die Aufgaben des Beirats umfassen:

1. das Erstellen von Gutachten in Bezug auf Angelegenheiten, die durch das vorliegende Dekret und die diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen geregelt werden, entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag der Regierung;
2. das Erstellen von Gutachten oder Empfehlungen über die künftige Gestaltung der Seniorenpolitik und des selbstbestimmten Lebens entweder aus eigener Initiative oder auf Antrag der Regierung.

Die Regierung holt über jeden Vorentwurf eines Dekretes oder eines Erlasses, die einen der nachfolgenden Zuständigkeitsbereiche betreffen, das Gutachten des Beirates ein:

- 
1. die Politik der Dienstleistungen im Bereich der Seniorenunterstützung
 2. die Politik der Dienstleistungen im Bereich der häuslichen Unterstützung;
 3. die Politik der Dienstleistungen im Bereich der Wohnstrukturen;
 4. die Politik der Dienstleistungen im Bereich der Palliativpflege
 5. die Politik der Dienstleistungen in einzelnen spezialisierten Rehabilitations- und Behandlungsdiensten;
 6. die Seniorenpolitik im Allgemeinen.

Der Beirat gibt das Gutachten innerhalb einer Frist von 60 Tagen nach Erhalt der Anfrage ab. Diese Frist wird von Rechtswegen um fünfzehn Tage verlängert, wenn sie zwischen dem 1. Juli und dem 31. August einsetzt oder abläuft. Nach Ablauf dieser Frist kann

die Regierung den Entwurf ohne das Gutachten verabschieden. Gibt der Beirat sein Gutachten innerhalb der Frist zu einem Dekretvorentwurf ab, hinterlegt die Regierung dieses zusammen mit dem Dekretentwurf im Parlament.

Die in Absatz 3 erwähnte Frist kann im Dringlichkeitsfall auf acht Tage begrenzt werden.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann durch seinen Präsidenten ein Gutachten des Beirats anfragen. Der Beirat übermittelt dem Antragsteller dieses Gutachten in einer vom Parlament festgelegten Frist.

Art. 70 – Zusammensetzung

§1 – Dem Beirat gehören folgende stimmberechtigte Mitglieder an:

1. ein im deutschen Sprachgebiet tätiger Allgemeinmediziner, der vorzugsweise in der Koordination der medizinischen Betreuung in einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren tätig ist und der aus den Vorschlagslisten der Verbände der Allgemeinmediziner bestellt wird;

2. zwei Mitglieder des leitenden Verwaltungspersonals der Angebote in Form von Wohnstrukturen, die aus den Vorschlagslisten der jeweiligen Verwaltungsräte bestellt werden und wovon einer die Wohn- und Pflegezentren für Senioren vertritt;

3. zwei Mitglieder des leitenden Verwaltungspersonals eines Dienstleisters der häuslichen Unterstützung, die aus den Vorschlagslisten der Verwaltungsräte bestellt werden und wovon einer die Angebote der Familien- und Seniorenhilfe vertritt;

4. ein Mitglied, das in einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren als Krankenpfleger tätig ist und das aus den Vorschlagslisten des Berufsverbands bestellt wird;

5. ein Krankenpfleger, der in der häuslichen Pflege tätig ist und der aus den Vorschlagslisten des Berufsverbandes bestellt wird;

6. ein Mitarbeiter eines Dienstleisters der Familien- und Seniorenhilfe oder der Krankenwache, der mit der Begleitung von Senioren mit Unterstützungsbedarf in der häuslichen Unterstützung befasst ist und der aus den Vorschlagslisten der Verwaltungsräte bestellt wird;

7. ein Paramediziner, der in der Seniorenunterstützung tätig ist;

8. ein Mitglied des leitenden Verwaltungspersonals des Palliativpflegeverbandes;

9. zwei im deutschen Sprachgebiet wohnhafte Senioren, die aus den Vorschlagslisten der kommunalen Seniorenbeiräte bestellt werden.

Die Regierung sorgt für die Protokollführung der Sitzungen und das Sekretariat des Beirats.

§2 – Der Beirat wählt unter seinen stimmberechtigten Mitgliedern einen Vorsitzenden für eine erneuerbare Mandatsdauer von zwei Jahren.

§3 – Die Regierung bestellt die Mitglieder des Beirats und ein Ersatzmitglied für jedes Mitglied.

Die Mandatsdauer der Mitglieder beträgt vier Jahre und ist erneuerbar.

§4 – Die Regierung und der Beirat können Beauftragte zu den Beratungen hinzuziehen. Diese Beauftragten sind nicht stimmberechtigt.

Art. 71 – Funktionsweise

§1 – Der Beirat tritt spätestens zwei Monate nach Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets zu einer ersten Sitzung zusammen.

Binnen zwei Monaten nach dieser ersten Sitzung gibt sich der Beirat eine von der Regierung zu genehmigende Geschäftsordnung. Diese Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten der Arbeitsweise des Rates.

Der Vorsitzende des Beirates teilt der Regierung die Termine der Zusammenkünfte mit.

§2 – Die Entscheidungen des Beirats werden mit der Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

Ist der Beirat nicht beschlussfähig, lädt der Vorsitzende zu einer zweiten Sitzung ein, bei der der Rat ungeachtet der in Absatz 1 erwähnten Bedingungen beschlussfähig ist.

§3 – Der Beirat kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Fachleute zu den Sitzungen einladen, die mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen. Darüber hinaus kann der Beirat Arbeitsgruppen einsetzen.

Art. 72 – Berichterstattung

Zum Ende eines jeden Kalenderjahres kann der Beirat einen Bericht über seine Tätigkeiten im abgelaufenen Jahr verfassen und diesen zeitgleich dem Parlament und der Regierung übermitteln.

Art. 73 – Entschädigungen

Die stimmberechtigten Mitglieder des Rates sowie die Fachleute, die in Anwendung von Artikel 71 §3 an den Sitzungen teilnehmen, haben Anrecht auf Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen gemäß den von der Regierung festgelegten Bestimmungen.

KAPITEL 9 – VERTRAULICHKEIT UND DATENSCHUTZ

Art. 74 – Vertraulichkeit

Unbeschadet anderslautender gesetzlicher oder dekretaler Bestimmungen sind die Dienstleister, die Regierung und anderen Personen, die an der Ausführung des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen beteiligt sind, dazu verpflichtet, die Angaben, die ihnen in Ausübung ihres Auftrags anvertraut werden, vertraulich zu behandeln.

Art. 75 – Verarbeitung personenbezogener Daten

Unbeschadet des Artikels 76 sind die genehmigten und anerkannten Dienstleister für die Verarbeitung der in Artikel 77 §1 erwähnten personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung verantwortlich. Die Regierung ist für die Verarbeitung der in Artikel 77 §2 erwähnten personenbezogenen Daten verantwortlich. Die Dienstleister und die Regierung gelten für ihre jeweilige Verarbeitung als Verantwortliche im Sinne von Artikel 4 Nummer 7 der Datenschutzgrundverordnung.



Die genehmigten und anerkannten Dienstleister sowie die Regierung verarbeiten personenbezogene Daten im Hinblick auf die Ausführung gesetzlicher oder dekretaler Aufträge, insbesondere was die in Kapitel 2 bzw. Kapitel 4 und 11 aufgeführten Aufgaben betrifft. Sie dürfen die erhobenen Daten nicht zu anderen Zwecken als zur Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge verwenden.

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt unter Einhaltung der Datenschutzgrundverordnung.

Art. 76 – Verarbeitung von Daten zur Gesundheit

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit der betroffenen Personen findet unter der Verantwortung einer Fachkraft der Gesundheitspflege statt, die bei dem Dienstleister beschäftigt ist und gemäß Artikel 458 des Strafgesetzbuches an das Berufsgeheimnis gebunden ist.

Die Verarbeitung von Daten zur Gesundheit erfolgt unter Einhaltung des Gesetzes vom 22. August 2002 über die Rechte des Patienten und der ärztlichen Schweigepflicht.

Art. 77 – Datenkategorien

§1 – Die genehmigten Dienstleister sowie die gemäß Artikel 80 bestellten Inspektoren können alle gemäß Artikel 75 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben der Person;
2. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Stellvertreters der Person;
3. Daten zur Familiensituation der Person;
4. Daten zur sozialen und finanziellen Situation der Person;
5. Daten zu Freizeitbeschäftigung und Interessen der Person;
6. Daten zur Gesundheit und Entwicklung der Person:
 - a) Daten zur körperlichen Gesundheit;
 - b) Daten zu Impfungen;
 - c) Daten zur psychischen Gesundheit;
 - d) Daten zum Verhalten;
 - e) Daten zu Risiken und Gefährdungsfaktoren;
 - f) Daten zu den Fähigkeiten und Fertigkeiten;
7. gerichtliche Daten in Bezug auf die Person, insofern sie ihre Rechtsfähigkeit betreffen, und gerichtliche Daten zu seinen Personalmitgliedern, insofern sie strafrechtliche Verurteilungen betreffen.

§2 – Die Regierung sowie die gemäß Artikel 80 bestellten Inspektoren können alle gemäß Artikel 77 angemessenen, sachdienlichen und verhältnismäßigen personenbezogenen Daten folgender Datenkategorien verarbeiten:

1. die in §1 Nummern 1-6 erwähnten Daten;
2. Daten zur Identität der Personalmitglieder des jeweiligen Dienstleisters;
3. Daten zur beruflichen Situation und zur beruflichen Qualifikation der Personalmitglieder des jeweiligen Dienstleisters;
4. gerichtliche Daten in Bezug auf die Personalmitglieder des jeweiligen Dienstleisters.

§3 – Die Regierung präzisiert nach vorherigem Gutachten der Datenschutzbehörde die in den Paragraphen 1-2 aufgeführten Datenkategorien.

Art. 78 – Dauer der Datenverarbeitung

Die Daten dürfen höchstens während 10 Jahren, nachdem der Senior mit Unterstützungsbedarf und die Person mit Unterstützungsbedarf das Unterstützungsangebot eines Dienstleisters zum letzten Mal in Anspruch genommen hat, in einer Form aufbewahrt werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht. Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.

KAPITEL 10 – BESCHWERDEN

Art. 79 – Beschwerdestelle

Die Regierung bestellt eine natürliche oder juristische Person mit der Bearbeitung von Beschwerden gegen Dienstleister für den Fall, dass die Beschwerde nicht zwischen dem Dienstleister selbst und der Person oder dessen Stellvertreter geklärt werden konnten.

Die Regierung bestimmt die näheren Modalitäten.

KAPITEL 11 – KONTROLL- UND STRAFBESTIMMUNGEN

Art. 80 – Inspektion und Kontrolle

§1 – Unbeschadet des Artikels 17 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben unterliegen die im vorliegenden Dekret erwähnten Dienstleister der Aufsicht der von der Regierung bestellten Inspektoren. Die Inspektoren können die Unterstützung von Vertretern der öffentlichen Gewalt für die Ausübung ihres Auftrags beantragen.

Die mit der Aufsicht beauftragten Inspektoren dürfen alle Untersuchungen, Kontrollen und Ermittlungen vornehmen und Auskünfte einholen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Bestimmungen des vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen eingehalten werden. Sie können:

1. alle Personen über Tatsachen befragen, deren Kenntnis für die Ausübung der Überwachung nützlich ist;
2. sich an Ort und Stelle alle durch das vorliegende Dekret und dessen Ausführungsbestimmungen vorgeschriebenen Bücher und Unterlagen vorlegen lassen und Abschriften oder Auszüge davon anfertigen;
3. in alle Bücher und Unterlagen, die für die Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig sind, Einsicht nehmen;
4. alle Räume der Dienstleister, die nicht als Wohnung dienen, jederzeit einsehen;
5. die Wohnungen mit dem Einverständnis aller volljährigen Bewohner einsehen;
6. in Ausübung ihres Amtes den Beistand der lokalen oder föderalen Polizei beantragen;
7. unter Einhaltung der in den Nummern 4 und 5 vorgesehenen Bedingungen die Untersuchungen und Kontrollen ohne vorherige Anmeldung und ohne Begleitung eines Vertreters des Dienstleisters vornehmen. In diesem Fall erhält der Vertreter des Dienstleisters anschließend eine unmittelbare Rückmeldung.

§2 – Die Regierung kann darüber hinaus externe Sachverständige unter der Aufsicht der Inspektoren mit der Untersuchung und Begutachtung eines Dienstleisters beauftragen. In diesem Fall unterstützen die beauftragten Sachverständigen die Inspektoren bei der Ausübung ihrer in §1 erwähnten Befugnisse.



§3 – Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Art. 81 – Berichtspflichten

§1 – Die genehmigten Dienstleister reichen bis spätestens zum 30. April eines jeden Jahres einen Tätigkeitsbericht zu den im Vorjahr durchgeführten Dienstleistungen bei der Regierung ein.

Die Regierung bestimmt die Struktur und die genauen Inhalte des einzureichenden Tätigkeitsberichtes.

§2 – Alle Dienstleister übermitteln der Regierung auf ihre Anfrage hin alle relevanten Informationen und statistischen Angaben.

Die Regierung bestimmt die Form und die Fristen.

Art. 82 – Kommissarischer Vertreter

Werden im Rahmen der Ausübung der Inspektion in einem Wohn- und Pflegezentrum für Senioren schwerwiegende Mängel in der Ausübung des Auftrages festgestellt und werden diese vom Dienstleister in der auferlegten Frist nicht behoben, kann die Regierung unbeschadet der Möglichkeit des Entzugs der Genehmigung einen kommissarischen Vertreter zu Lasten des Dienstleisters für die Leitung des Betreuungsangebotes bestellen.

Die Regierung legt die diesbezüglichen Modalitäten, Bedingungen sowie Rechte und Pflichten des kommissarischen Vertreters fest.

Art. 83 – Strafrechtliche Bestimmung

Wird zu einer Haftstrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten und/oder einer Geldstrafe von 1.000 bis zu 10.000 Euro verurteilt, wer:

1. ein gemäß Kapitel 3 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 genehmigungspflichtiges Unterstützungsangebot ohne die entsprechende Genehmigung erbringt bzw. nach deren Entzug ein solches anbietet oder betreibt;
2. rechtswidrig schriftlich oder mündlich behauptet, dass er über eine in diesem Dekret vorgesehene Genehmigung, Anerkennung oder Qualitätslabel gemäß Artikel 20 verfügt;
3. die Ausübung der in Artikel 80 vorgesehenen Inspektion verweigert oder behindert.

KAPITEL 12 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 84 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 17 §1 Absatz 1 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben wird die Wortfolge „Unbeschadet des Artikels 13 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime und des Artikels 19 des Dekrets vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe“ durch die Wortfolge „Unbeschadet des Artikels 80 des

Dekrets vom *** über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege“ ersetzt.

Art. 85 – Aufhebungsbestimmung

Sind aufgehoben:

1. Artikel 22 Nummer 6ter des koordinierten Gesetzes vom 14. Juli 1994 über die Gesundheitspflege- und Entschädigungspflichtversicherung, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 11. August 2017;
2. Artikel 23 §3bis desselben koordinierten Gesetzes zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 11. August 2017;
3. Artikel 37 §12 desselben koordinierten Gesetzes, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 19. Dezember 2008;
4. Kapitel III des Dekrets vom 20. Oktober 1997 zur Schaffung eines Krankenhausbeirats und eines Beirates für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie die häusliche Hilfe, abgeändert durch die Dekrete vom 15. März 2010 und vom 7. November 2016;
5. das Dekret vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017;
6. das Dekret vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017.

Art. 86 – Übergangsbestimmung

Unterstützungsangebote, die vor Inkrafttreten vorliegenden Dekrets in Anwendung der Dekrete vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime und dem Dekret vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe genehmigt und oder anerkannt waren, gelten in Anwendung vorliegenden Dekrets wie folgt als vorläufig genehmigt bzw. anerkannt und können innerhalb der nachfolgenden Fristen einen Antrag auf Genehmigung bzw. Anerkennung gemäß vorliegendem Dekret einreichen:

1. die Familien- und Seniorenhilfe, die Krankenwache, die soziale hauswirtschaftliche Hilfe, die Tagesbetreuung, der Kurzaufenthalt und das betreute Wohnen gelten für eine Übergangsdauer von 4 Jahren als genehmigt bzw. anerkannt;
2. die Tagespflege und das Wohn- und Pflegezentrum für Senioren gelten für eine Übergangsdauer von 10 Jahren als genehmigt.

Sie erhalten während dieser Übergangszeit eine Bezuschussung und einen finanziellen Beitrag gemäß den Bestimmungen vorliegenden Dekrets und seiner Ausführungsbestimmungen, ohne alle aus diesem Dekret hervorgehenden Verpflichtungen hinsichtlich der Genehmigung erfüllen zu müssen. Die Finanzierung ist während des in Absatz 1 erwähnten Zeitraums an die Einhaltung der in den vorerwähnten Dekreten vom 4. Juni 2007 bzw. vom 16. Februar 2009 festgelegten Genehmigungs- und Anerkennungsbedingungen sowie an die Einhaltung der aufgrund vorliegenden Dekrets abgeschlossenen Verträge gebunden.

Art. 87 – Übergangsbestimmung

Die gemäß dem Dekret vom 20. Oktober 1997 zur Schaffung eines Krankenhausbeirats und eines Beirates für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie die häusliche Hilfe bestellten Mitglieder des Beirates für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie die häusliche Hilfe bleiben ab Inkrafttreten des vorliegenden Dekretes bis zum 1. Juni 2019 bestellt.

Art. 88 – Übergangsbestimmung

Für die in Artikel 2 §2 des Dekret vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime erwähnten psychiatrischen Pflegewohnheime bleibt dasselbe Dekret vom 4. Juni 2007 in seiner Fassung vom 31. Dezember 2018 weiterhin in Kraft.

Art. 89 – Inkrafttreten

Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of stylized, overlapping loops and strokes, located in the bottom left corner of the page.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

**VOORONTWERP VAN DECREET BETREFFENDE HET AANBOD AAN DIENSTEN VOOR
OUDEREN EN PERSONEN MET
ONDERSTEUNINGSBEHOEFTE, ALSOOK BETREFFENDE DE PALLIATIEVE ZORG**

63903/3

INHOUD

Dit decreet heeft tot doel het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook de palliatieve zorg te structureren en de programmatie, vergunning, erkenning en financiering van de aangeboden diensten te regelen.

Eenzijds is het de bedoeling de tot dusver bestaande wetgevingen betreffende de thuis-hulp en de oprichting van een adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp, alsook de wetgeving van de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en seniorenresidenties zoveel mogelijk over te nemen. Anderzijds bepaalt dit ontwerp van decreet de rechtsgrondslagen voor de bevoegdheden die in het kader van de zesde staatshervorming overgeheveld werden: de financiering van de rust- en verzorgingstehuizen, de prijscontrole voor de sector van de instellingen voor bejaardenopvang, de normen voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren, en de palliatieve zorg.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting.....	4
Verenigbaarheid met de dienstenrichtlijn	6
Bespreking van de artikelen	12
Voorontwerp	37

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

In het kader van de zesde staatshervorming werd de Duitstalige Gemeenschap onder meer bevoegd voor de financiering en de normen van de rust- en verzorgingstehuizen, de prijscontrole voor de sector van de instellingen voor bejaardenopvang en de palliatieve zorg.

Door die bevoegdheidsoverdracht kan de Duitstalige Gemeenschap de ouderenzorg zelf organiseren, van de thuishulp tot de transmurale en de residentiële hulp. Hieruit vloeit voort dat een coherente regelgeving in de Duitstalige Gemeenschap moet worden uitgewerkt. Zo'n regelgeving waarborgt ouderen met ondersteuningsbehoefte een kwalitatief hoogstaande begeleiding en zorg die is afgestemd op hun noden. Het is nu het ideale tijdstip om het ouderenbeleid af te stemmen op de uitdagingen van de demografische ontwikkelingen. Voorts wordt bijzondere aandacht besteed aan het levenseinde en het sterven in waardigheid.

Het centrale punt van het ontwerpdecreet is de mensenrechtengerichte benadering die door de dienstverleningsprincipes van het hele aanbod onderstreept wordt. De principes zijn gebaseerd op het Europese charter voor de rechten en verantwoordelijkheden van ouderen met een langdurige zorg- of hulpbehoefte. Het charter licht de algemene mensenrechten toe. Het wil een discussie over kwaliteitsontwikkeling in de zorgsector op gang brengen en een maatstaf voor hoogstaande zorg aanreiken. In de oorspronkelijke versie van het charter hebben de principes betrekking op zorgbehoevende ouderen die in die levenssituatie bijzonder kwetsbaar zijn. De principes kunnen uitgebreid worden tot alle leeftijdsgroepen in soortgelijke levenssituaties. Het charter heeft tot doel de zelfbeschikking, de keuzevrijheid en de waardigheid van de mens te ondersteunen en te stimuleren.

Het in dit ontwerp gedefinieerde aanbod aan diensten voor ouderen omvat het bestaande residentiële aanbod, transmurale aanbod en thuisaanbod, aangevuld met nieuwe diensten die worden aangeboden op het gebied van alternatieve woonvormen, thuisondersteuning en ondersteuning van de mantelzorgers. Personen met ondersteuningsbehoefte die de pensioenleeftijd nog niet bereikt hebben, maar extra zorg behoeven, kunnen ook gebruik maken van het aanbod voor ouderen.

Het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg biedt diensten aan in het kader van de federale wet van 14 juni 2002 betreffende de palliatieve zorg. Elke burger (ongeacht zijn leeftijd) heeft recht op palliatieve zorg. Dat blijft een geldige hogere wetgeving.

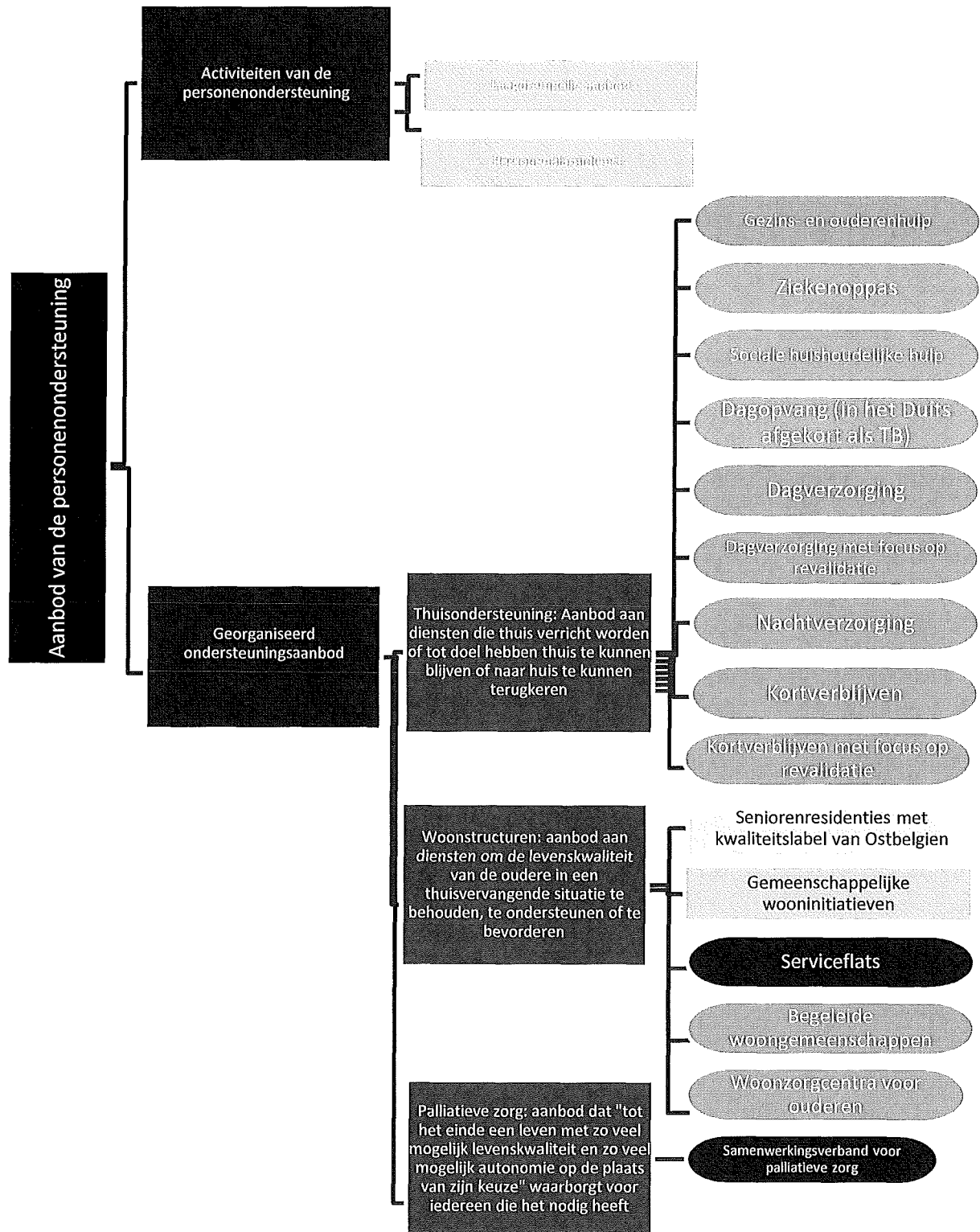
Het aanbod van de gezins- en ouderenhulp, van de ziekenoppas en van de sociale huishoudelijke hulp staat open voor alle personen met ondersteuningsbehoefte uit alle leeftijdsgroepen, ook al doen vooral ouderen een beroep op die diensten.

In dit voorontwerp van decreet wordt een nieuw begrip beschreven: 'activiteiten van de personenondersteuning'. Het gaat om een laagdrempelig aanbod aan diensten. Door het laagdrempelige aanbod aan diensten in het decreet op te nemen, wordt de meerwaarde van die diensten in het kader van de sociale cohesie onderstreept.

De volgende tabel biedt een gedetailleerd overzicht van de manier waarop het aanbod voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte gestructureerd is, alsook van de palliatieve zorg.

In de tabel worden twee deelgebieden van het georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten extra belicht: enerzijds de thuisondersteuning die in de thuisomgeving wordt verricht en tot doel heeft ervoor te zorgen dat men thuis kan blijven of naar huis kan terugkeren en anderzijds de woonstructuren die de oudere zo veel mogelijk levenskwaliteit bieden in een thuisvervangende omgeving.

In het licht van het recht op palliatieve zorg wordt dit aanbod in een afzonderlijk hoofdstuk beschreven. De palliatieve zorg in het Duitse taalgebied wil iedereen die het nodig heeft de mogelijkheid bieden tot het einde van zijn leven zo veel mogelijk levenskwaliteit en zo veel mogelijk autonomie op de plaats van zijn keuze te ervaren.



Blauwe ovale vormen: vrijwillige erkenning, als men gesubsidieerd wil worden.

Roze ovale vormen: alleen met programmatie en vergunning = uitzondering dienstenrichtlijn wegens verpleegkundige activiteiten

Donkerroze ovale vorm: bijzondere vorm van de roze ovale vormen, samenwerkingsverband voor palliatieve zorg niet geprogrammeerd, serviceflats niet gesubsidieerd.

Groene rechthoekige vormen: vrije mededinging, subsidiëring via overeenkomst

Lichtgroene rechthoek: vrije mededinging, geen subsidie mogelijk

Het decreet vertrekt niet meer vanuit het oogpunt van de verantwoordelijke instanties die de zorg aanbieden, maar legt een rechtstreeks verband met de behoeften van de ouderen en van andere personen met ondersteuningsbehoefte. Daarom staat centraal welke diensten de aanbieders uit de thuissector én uit de residentiële sector op voet van gelijkheid kunnen verlenen. Dit zal in de komende jaren tot een grondige wijziging van het aanbod leiden. De aanbieders worden ertoe aangemoedigd te netwerken om diensten te kunnen aanbieden die qua vorm het best aan de behoeften van de ouderen en van personen met ondersteuningsbehoefte voldoen. De mogelijkheid om woonzorgzones te creëren, is een stimulans voor de ondersteuning dicht bij huis. De woonzorgzones zullen niet alleen ertoe bijdragen dat ouderen zo lang mogelijk thuis kunnen leven, maar ook dat er in een bepaalde omtrek dicht bij huis voldoende diensten ter beschikking staan, gaande van thuisverzorging tot verplegende, transmurale of residentiële woonstructuren.

Bestaande voorschriften van de programmatie, van de verplichte vergunning en van de vrijwillige erkenning werden op hun verenigbaarheid met de dienstenrichtlijn getoetst en werden tegen elkaar afgewogen, enerzijds om de oudere als mondige burger en consument zo veel mogelijk keuzevrijheid en zelfbeschikking te waarborgen en anderzijds om de vrije mededinging onder de aanbieders te waarborgen.

In het nieuwe financieringsmodel van de woonzorgcentra voor ouderen - die tot hertoe rust- en verzorgingstehuizen werden genoemd - wordt de financiering gekoppeld aan de naleving van minimumkwaliteitsnormen. Alle kleine normen uit de vorige wetgeving worden tot een minimum beperkt en de aanbieders krijgen meer verantwoordelijkheid bij de uitwerking van het aanbod in hun instelling. Er wordt vertrouwen gesteld in de aanbieder. De aanbieder wordt als een competente partner beschouwd. De financieringsgrondslagen voor het aanbod aan diensten voor thuisondersteuning blijven onveranderd.

Het voorontwerp van decreet voert nieuwe terminologie in. Uitgaande van het feit dat woorden ook beelden oproepen, worden nu begrippen gedefinieerd die waardering, zelfbeschikking en een positief beeld van ouderdom uitdrukken, zonder daarbij de illusie te willen wekken dat alles altijd positief is. Zo wordt niet meer van 'ontlasten' maar van 'ondersteunen' gesproken, niet meer van 'rust- en verzorgingstehuis' maar van 'woonzorgcentrum voor ouderen', niet meer van 'hulp aan bejaarden' maar van 'ouderenondersteuning' enz. Daarvoor moeten wij ons kritisch bezighouden met de huidige beelden van ouderdom of van mensen met ondersteuningsbehoefte. Voorts moet de houding ten aanzien van die mensen gekenmerkt worden door 'actief luisteren' en 'empathische begeleiding'.

VERENIGBAARHEID MET DE DIENSTENRICHTLIJN

Bij de Richtlijn 2006/123/EG van het Europees Parlement en de Raad van 12 december 2006 betreffende diensten op de interne markt (hierna: dienstenrichtlijn) worden algemene bepalingen vastgesteld die tot doel hebben de beperkingen op de vestigingsvrijheid van dienstverrichters in de lidstaten van de Europese Unie en de beperkingen op de grensoverschrijdende verrichting van diensten op te heffen om zo bij te dragen tot een vrije en concurrerende interne markt.¹ Door de toepassing van de richtlijn wordt het voor de lidstaten moeilijker om de uitoefening van dienstenactiviteiten aan een vergunning te onderwerpen. In de artikelen 9 en 10 van de dienstenrichtlijn staan immers een resem voorwaarden die vervuld moeten zijn om een dienstenaanbod vergunningsplichtig te maken. Zo moet het opleggen van een voorafgaande vergunning in het bijzonder gerechtvaardigd zijn om een dwingende reden van algemeen belang. De dienstenrichtlijn geldt voor elke zelfstandige economische activiteit die gewoonlijk tegen vergoeding wordt verricht door

¹ Artikel 1 en considerans 2 en 5 van de richtlijn.

een in een lidstaat gevestigde dienstverrichter, ongeacht of deze al dan niet duurzaam in de lidstaat van bestemming is gevestigd, met uitzondering van uitdrukkelijk uitgesloten activiteiten, waaronder onder meer de 'diensten van de gezondheidszorg' vermeld in artikel 2, lid 2, f), van de richtlijn.²

Naar aanleiding daarvan moet worden getoetst of de diensten die bij dit ontwerp van decreet worden bepaald binnen het toepassingsgebied van de richtlijn vallen en, zo ja, of ze onder een uitzonderingsregeling vallen.

Voor de duidelijkheid bevat de volgende tabel een schematische voorstelling van alle bij dit decreet betrokken dienstverrichters, ingedeeld in verschillende categorieën naargelang van de vraag of een verplichte vergunning, een vrijwillige erkenning of geen bijzondere formaliteiten verlangd worden en naargelang van de vraag of een financiering gebonden is aan het behoud van een vergunning of, naargelang van het geval, aan het behoud van een erkenning:

² (HvJ-EU), Arrest Fermabel tegen COCOM, 11 juli 2013, C-57/12, EU:C:2013:517, punt 32.

**DV 1: programmatie en
verplichte vergunning**

elk aanbod dat
gezondheidszorg
omvat, valt buiten de
dienstenrichtlijn

moeten vergunning
aanvragen

Woonzorgcentra voor
ouderen
Kortverblijven
Kortverblijven met focus op
revalidatie
Dagverzorging
Dagverzorging met focus op
revalidatie
Nachtverzorging
Gezins- en ouderenhulp
Begeleide
woongemeenschappen

DV 1BIS
Serviceflats (geen
subsidiering)
DV 1TER
Palliatieve zorg
(geen
programmatie)

**DV 2:
programmatie en
vrijwillige
erkenning**

elk aanbod dat
ook via vrije
mededinging
mogelijk is, valt
onder de
dienstenrichtlijn

vrijwillig
indien
subsidiering
gewenst wordt

Ziekenoppas
Dagopvang
Sociale
huishoudelijke
hulp

**DV 3: geen
programmatie +
geen vergunning**

vallen onder
de diensten-
richtlijn - dus
vrije
mededinging

worden
gesubsidieerd
via overeen-
komsten

Activiteiten van
de personen-
ondersteuning
Gemeen-
schappelijke
woon-
initiatieven

**DV 4: vrije
mededinging, geen
subsidiering**

vrije
mededinging,
valt onder
dienstenrichtlijn

maar geen
subsidiering

Senioren-
residentie

Legende: DV = dienstverrichters

Hierna wordt bovendien per dienstenaanbod onderzocht of een voorafgaande vergunning kan worden opgelegd.

1° Laagdrempelig ondersteuningsaanbod

Het laagdrempelige ondersteuningsaanbod werd in het decreet opgenomen om er een uitdrukkelijk juridisch kader aan te kunnen geven. Dat biedt de mogelijkheid het te controleren en te subsidiëren. Dit aanbod valt binnen het toepassingsgebied van de dienstenrichtlijn, maar is niet onderworpen aan een programmatie- of vergunningsplicht. Bijgevolg is het verenigbaar met de beginselen van die richtlijn.

2° Personenalarmdienst

De hierboven gemaakte opmerkingen over het laagdrempelige ondersteuningsaanbod gelden eveneens voor de personenalarmdienst.

3° Gezins- en ouderenhulp

Dienstverrichters die gezins- en ouderenhulp willen verrichten, hebben een voorafgaande vergunning nodig. Voor het behoud van de vergunning moeten die dienstverrichters bovendien nog andere voorwaarden vervullen. Die dienstverrichting valt op het eerste gezicht binnen het toepassingsgebied van de dienstenrichtlijn. Voor zover zou een vergunningsplicht slechts onder bepaalde voorwaarden gerechtvaardigd zijn.

Krachtens artikel 2 van de richtlijn vallen verschillende activiteiten echter buiten het toepassingsgebied van de richtlijn. Daartoe behoren in het bijzonder de 'diensten van de gezondheidszorg'. In de voormelde rechtszaak C-57/12 zegt het Europees Hof het volgende over de uitlegging van dat begrip:

"35. Wat allereerst de bewoordingen van voornoemd artikel 2, lid 2, sub f, betreft, dient te worden opgemerkt dat het door de Uniewetgever vastgestelde begrip „diensten van de gezondheidszorg” redelijk ruim blijkt te zijn, in die zin dat het de diensten inzake de menselijke gezondheid omvat, al dan niet verstrekt door gezondheidszorgfaciliteiten en ongeacht de wijze waarop zij op nationaal niveau zijn georganiseerd en worden gefinancierd en ongeacht de vraag of de diensten openbaar of particulier van aard zijn.

36. Wat vervolgens het doel en de opzet van artikel 2, lid 2, sub f, van richtlijn 2006/123 betreft, moet worden vastgesteld dat, zoals in punt 22 van de considerans van de richtlijn staat te lezen, de uitsluiting van de gezondheidszorg van de werkingssfeer van deze richtlijn alle medische en farmaceutische diensten beoogt te omvatten die mensen werkzaam in de gezondheidszorg aan patiënten verlenen „om hun gezondheid te beoordelen, te bewaren of te verbeteren”, voor zover deze activiteiten „in de lidstaat waar de diensten worden verstrekt, zijn voorbehouden aan een gereguleerd beroep binnen de gezondheidszorg”.

In zijn arrest nr. 6/2014 van 23 januari 2014 vat het Grondwettelijk Hof de te toetsen elementen als volgt samen:

"B.12. Uit het arrest van het Hof van Justitie vloeit voort dat de gezondheidszorg bedoeld in artikel 2, lid 2, onder f), van de richtlijn alle diensten van de gezondheidszorg en farmaceutische diensten dekt die mensen werkzaam in de gezondheidszorg aan patiënten verlenen om hun gezondheid te beoordelen, te bewaren of te verbeteren, waarbij die activiteiten worden voorbehouden aan een beroep in de gezondheidszorg dat is gereguleerd door de lidstaat waarin de diensten worden verleend. De activiteiten inzake zorgverstrekking moeten tevens een hoofdbestanddeel van alle aangeboden diensten vormen."

Overeenkomstig artikel 10 wordt in het kader van de gezins- en ouderenhulp in bepaalde mate zorg verstrekt. Voorts wordt in het Protocolakkoord van 19 december 2017 tussen de Federale Overheid en de overheden bedoeld in artikel 128, 130, 135 en 138 van de Grondwet inzake de samenwerking tussen personen uit de omgeving van de patiënt/cliënt en gezondheidszorgbeoefenaars buiten een zorgvoorziening ook uiteengezet dat verpleegkundige verstrekkingen een belangrijk bestanddeel van de 'familiehulp/hulp aan bejaarden' zijn. De zorg en de andere diensten die door de 'familiehulp/hulp aan bejaarden' verricht worden, hebben op zijn minst tot doel de gezondheid van de oudere te behouden. De uitoefening van de gezondheidszorgberoepen wordt gereguleerd bij de wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen en de uitvoeringsbesluiten ervan. In België kan gezondheidszorg vooralsnog alleen door erkend zorgpersoneel verstrekt worden, maar door de omzetting van het voormelde protocolakkoord zullen ook 'personen uit de omgeving van de patiënt' dat in bepaalde mate kunnen doen. Daarmee zijn de eerste twee voorwaarden van het Europees Hof en van het Grondwettelijk Hof vervuld.

Tot slot moet nog worden nagegaan of 'het hoofdbestanddeel' van de diensten die in het kader van de gezins- en ouderenhulp worden verricht zorgactiviteiten zijn. Uit de bespreking van het artikel blijkt dat - naast zorg - nog andere diensten verricht worden, zoals ondersteuning bij de activiteiten van het dagelijks leven die de zelfredzaamheid van de oudere ten goede moet komen. Er wordt een regelmatige psycho-sociale begeleiding verleend. De gezinshulp is vaak verscheidene uren aanwezig. Dat stelt de personeelsleden in staat veranderingen in de gezondheidstoestand vroegtijdig op te merken.

Bovendien moet bij die dienstverlening aan de hoogste kwaliteitseisen worden voldaan. Er wordt immers in hoge mate in het leven van een kwetsbare (en dus bescherming behoevende) persoon ingegrepen. Weliswaar beschikt de oudere, afhankelijk van zijn situatie, in bepaalde mate over zelfbeschikkingsrecht, maar de dienstverrichter is ertoe verplicht in het belang van de kwetsbare persoon te handelen en bepaalde voorschriften na te leven. Dat uitgangspunt wordt onderstreept door het feit dat de dienstverrichter zijn vergunning alleen kan behouden als de hoogste kwaliteitseisen worden vervuld. Dat zal ertoe leiden dat een hoge mate aan kwaliteit in de dienstverlening bereikt wordt en dat de oudere als kwetsbare persoon voldoende beschermd wordt.

Denkt men tot slot aan de gevolgen van de demografische ontwikkelingen en aan het feit dat mensen langer thuis willen en zullen blijven wonen, dan mag ervan uitgegaan worden dat de zorgbehoefendheid in de thuisomgeving zal toenemen. Uit statistieken blijkt dat ook het aantal mensen die dementie hebben en langer in hun thuisomgeving begeleid worden, in de komende jaren zal toenemen. Dit vereist duidelijk een hoge mate aan professionalisme én aan kwaliteitscontrole in de thuisondersteuning.

4° Ziekenoppas

Zoals in de artikelsgewijze bespreking wordt verduidelijkt, gaat het bij deze dienst om een laagdrempelig aanbod. In het kader van dat aanbod kunnen weliswaar verpleegkundige activiteiten verricht worden, maar ze vormen niet het hoofdbestanddeel van het aanbod. Gelet op de andere taken van de ziekenoppas is het ook niet absoluut noodzakelijk de ziekenoppas aan kwalitatieve minimum- of maximumeisen te onderwerpen. Daarom geldt voor dit aanbod de vrije mededinging. Indien de dienstverrichter echter zou besluiten dat hij gebruik wil maken van een financiering in het kader van dit decreet, dan kan hij die financiering krijgen als hij een erkenningsaanvraag indient. In dat geval moet aan de hoogste kwaliteitseisen worden voldaan. Aangezien de uitoefening van het aanbod niet afhankelijk wordt gesteld van de naleving van die voorwaarden, is die maatregel verenigbaar met de dienstenrichtlijn.

5° Sociale huishoudelijke hulp

De opmerkingen over de ziekenoppas gelden ook voor de sociale huishoudelijke hulp. De erkenning wordt op vrijwillige basis aangevraagd. De dienstverrichter die een bijzonder hoogwaardige dienst verleent, kan een vrijwillige erkenning en de daarbij horende financiering aanvragen. Voor het overige geldt voor dit aanbod de vrije mededinging.

6° Dagopvang

Ook voor de dagopvang gelden dezelfde principes als voor de ziekenoppas. Verstrekkingen van gezondheidszorg zijn uitdrukkelijk uitgesloten. Bovendien rechtvaardigt het verdere activiteitenterrein geen afwijking van de dienstenrichtlijn. Daarom wordt bepaald dat de betrokken dienstverrichters onder de vrije mededinging vallen, maar een vrijwillige erkenning kunnen aanvragen als ze een kwalitatief hoogstaande dienst verlenen en een financiering willen krijgen.

7° Dagverzorging

Bij de dagverzorging is het aanbod vooral gericht op verschillende verstrekkingen van gezondheidszorg. Dat blijkt zowel uit het artikel, als uit de toelichting bij dat artikel. Tot het doelpubliek behoren immers personen met extra zorgbehoefte. Naar analogie van de toelichting bij de gezins- en ouderenhulp schijnt het gerechtvaardigd dat dit aanbod van de toepassing van de dienstenrichtlijn uitgesloten wordt. Bijgevolg wordt voor dit aanbod het krijgen van een vergunning voorzien, waarbij voor het behoud van de vergunning ook kwalitatieve maximumeisen moeten worden vervuld die deze kwetsbare categorie van gebruikers een geschikte bescherming moeten bieden.

8° Dagverzorging met focus op revalidatie

Aangezien bij dit aanbod *a fortiori* 'diensten van de gezondheidszorg' op de voorgrond staan, doordat naast de diensten die in de dagverzorging worden aangeboden, ook noch door een arts voorgeschreven en door gekwalificeerd personeel uit te voeren revalidatiemaatregelen moeten worden verricht, valt dit aanbod onder de uitzonderingsregeling voor diensten van de gezondheidszorg vermeld in artikel 2, lid 2, f), van de dienstenrichtlijn en wordt dit aanbod uitgesloten van het toepassingsgebied van de dienstenrichtlijn. Een vergunningsplicht is bijgevolg gerechtvaardigd.

9° Nachtverzorging

Zowel uit artikel 16, als uit de toelichting bij dat artikel blijkt dat de principes van de dagverzorging van toepassing zijn. In het kader van deze analyse wordt daarom verwezen naar de opmerkingen over de dagverzorging.

10° Kortverblijf

Ook bij dat aanbod worden verscheidene verstrekkingen van gezondheidszorg aangeboden, zodat mag worden aangenomen dat de verstrekkingen van gezondheidszorg het hoofdbestanddeel van dat aanbod vormen en bijgevolg buiten het toepassingsgebied van de dienstenrichtlijn vallen. Daarom wordt een vergunningsplicht opgelegd.

11° Kortverblijf met focus op revalidatie

Voor dit aanbod wordt verwezen naar de toelichting bij de bepalingen onder 8 en 10.

12° Seniorenresidenties

Voor dit aanbod is de uitoefening van gezondheidszorg verboden. Aangezien de gebruiker van dat aanbod veel vrijheid heeft en aangezien niet in hoge mate in zijn leven ingegrepen wordt, hoeft voor die dienst geen vergunning te worden aangevraagd. Dit aanbod valt bijgevolg onder de dienstenrichtlijn en de vrije mededinging. Hierbij valt op te merken dat seniorenresidenties een kwaliteitslabel kunnen krijgen als ze aan bepaalde voorwaarden voldoen. Dat heeft evenwel geen invloed op de eigenlijke dienstverrichting, maar alleen op de financiering van het aanbod, zodat het niet om een overtreding van de richtlijn gaat.

13° Gemeenschappelijk wooninitiatief

Net zoals seniorenresidenties is het gemeenschappelijk wooninitiatief een aanbod dat de oudere een zeer hoge mate aan zelfbeschikking biedt. Het verrichten van verstrekkingen van gezondheidszorg is geen bestanddeel van dat aanbod. Gelet op de structuur en de inhoud van die dienst hoeft geen vergunningsplicht aan die dienstverrichters te worden opgelegd. Voor dit aanbod geldt de vrije mededinging.

14° Serviceflats

Serviceflats omvatten slechts in beperkte mate verpleegkundige activiteiten. Dat blijkt uit verschillende elementen van het artikel en uit de toelichtingen erbij. Toch is dit aanbod bedoeld voor een langer verblijf van de oudere en voorziet via een personenalarmsysteem in een verbinding met het woonzorgcentrum. Bij de ouderen gaat het bovendien om personen met vastgestelde ondersteuningsbehoefte, zodat - in tegenstelling tot de seniorenresidentie en het gemeenschappelijk wooninitiatief - een zeer hoge mate aan kwaliteitsnormen moeten worden nageleefd. Het is absoluut noodzakelijk dat deze kwetsbare personengroep voldoende beschermd wordt. Daarom geldt voor dit aanbod een vergunningsplicht. Het Grondwettelijk Hof heeft in zijn voormelde arrest 6/2014 van 23 januari 2014 vastgesteld dat dit niet onverenigbaar is met de dienstenrichtlijn.³

15° Begeleide woongemeenschap voor ouderen

Net als serviceflats en in tegenstelling tot het gemeenschappelijke wooninitiatief, dat een soortgelijk aanbod verricht, richt de begeleide woongemeenschap zich tot ouderen met vastgestelde ondersteuningsbehoefte. Daarom moet het verrichten van die dienst afhankelijk gesteld worden van een vergunning, zodat een zo hoog mogelijke kwaliteit in de dienstverlening gewaarborgd wordt. Het doelpubliek bestaat immers uit bijzonder kwetsbare personen die bijzondere bescherming nodig hebben. De vergunningsplicht en de verplichting om de voorwaarden voor het behoud van de vergunning na te leven, zijn het meest geschikte middel om de gewenste kwaliteit in de dienstverlening te bereiken.

16° Woonzorgcentrum voor ouderen

Het staat buiten kijf dat voor die dienst talrijke verstrekkingen van gezondheidszorg verricht worden. Aangezien de overgrote meerderheid van de bewoners van een woonzorgcentrum voor ouderen bestaat uit ouderen met geringe zorgbehoefte en ouderen met extra zorgbehoefte en bijgevolg permanente zorg en begeleiding moet worden gewaarborgd, kan men aannemen dat die activiteiten het hoofdbestanddeel van de dienst vormen. Het woonzorgcentrum voor ouderen valt dus buiten het toepassingsgebied van

³ Punten B.31.2 tot 32.3 van het voormelde arrest.

de dienstenrichtlijn. Om de kwaliteit van die dienst te bewaken, mag die dienst alleen verricht worden als men daartoe een vergunning heeft gekregen en als men verdere voorwaarden vervult om die vergunning te mogen behouden.

17° Palliatieve zorg

Aangezien de palliatieve zorg in wezen uit verstrekkingen van gezondheidszorg bestaat, valt ook de palliatieve zorg - via de uitzonderingsregeling - buiten het toepassingsgebied van de dienstenrichtlijn. Ook voor dat aanbod is bijgevolg een vergunning vereist.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE COMMISSIE VOOR DE BESCHERMING VAN DE PERSOONLIJKE LEVENSSFEER

De Commissie voor de bescherming van de persoonlijke levenssfeer (hierna: Commissie) heeft op 11 april 2018 een positief advies over het ontwerp van decreet gegeven (advies nr. 32/2018).

Nadat de Commissie vastgesteld heeft dat de doeleinden voor gegevensverwerking welbepaald, uitdrukkelijk omschreven en gerechtvaardigd zijn, heeft ze op de volgende moeilijkheden bij de geplande gegevensverwerking gewezen:

1° Rechtsgrondslag

In verband met artikel 80 van het voorontwerp van decreet wijst de Commissie erop dat de persoon die de gezondheidsgegevens verwerkt, gebonden is aan het beroepsgeheim overeenkomstig artikel 458 van het Strafwetboek. Het artikel werd dienovereenkomstig aangepast.

Volgens de Commissie is geen rechtvaardiging voor de verwerking van bijzonder gevoelige gegevens voorhanden. Aangezien die gegevens niet noodzakelijk zijn voor de uitoefening van de taken van de dienstverrichters, werd die gegevenscategorie uit artikel 79 van het voorontwerp van decreet weggelaten.

De Commissie maakte een soortgelijke opmerking omtrent de gerechtelijke gegevens, maar staat de verwerking van gegevens wel toe omtrent de handelingsbekwaamheid van de betrokken persoon. Zo zou er geen toereikende rechtvaardiging bestaan voor gegevens over strafrechtelijke veroordelingen. De stellers van het ontwerp zijn echter van oordeel dat het absoluut noodzakelijk is ouderen en andere kwetsbare personen te beschermen tegen geweld door personeelsleden van de dienstverrichters. Het meest geschikte middel daartoe is een proactieve controle. Bijgevolg zullen zowel de dienstverrichters in hun hoedanigheid van werkgever, als de Regering in haar hoedanigheid van toezichthoudende en subsidiërende overheid de mogelijkheid krijgen om over strafrechtelijke vervolgingen van de personeelsleden geïnformeerd te worden, zowel voor als na de indiensttreding van de personeelsleden, om zo de nodige maatregelen ter bescherming van de ouderen te kunnen nemen. Niet alle strafrechtelijke vervolgingen zijn echter relevant voor de begeleiding van de ouderen en kwetsbare personen. Bijgevolg zullen de dienstverrichters en de Regering alleen gegevens kunnen verwerken over veroordelingen die een rechtstreeks gevaar voor de oudere en de kwetsbare persoon vormen (bijvoorbeeld: slagen en verwondingen, seksueel geweld, vrijheidsberoving, enz.)

2° Proportionaliteit

De Commissie is tevreden over de decretale verankering van de gegevenscategorieën, maar wil dat het uitvoeringsbesluit aan de toekomstige Gegevensbeschermingsautoriteit

wordt voorgelegd. Door de verplichting vervat in artikel 79, § 3, wordt aan die opmerking voldaan.

3° Bewaartermijn

De Commissie neemt ter kennis dat de persoonsgegevens tot 10 jaar na de stopzetting van de dienstverlening worden bewaard.

4° Verantwoordelijkheid

De Commissie neemt ter kennis dat de dienstverrichters de verwerkingsverantwoordelijken zijn. Hierbij valt evenwel op te merken dat - voor de gegevens die de Regering nodig heeft om haar taken te kunnen uitoefenen - ook de Regering een verwerkingsverantwoordelijke is en aan dezelfde verplichtingen zal moeten voldoen als de dienstverrichters. Concreet zal die taak aan het Ministerie toevertrouwd worden.

5° Beveiligingsmaatregelen

De Commissie verwijst naar referentiemaatregelen die in ruime mate overeenstemmen met het beveiligingsbeleid van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap (informatiebeveiligingsbeleid, veiligheidsconsulent, duidelijkheid omtrent de bevoegdheden, fysieke beveiliging van de omgeving, netwerkbeveiliging, toegangscontroles, logfiles (beveiliging van de toegang), nazicht van de technische of organisatorische beheersmaatregelen, beheer van beveiligingsincidenten, naleving van regels en wetten, documentatie over al die aspecten). De Commissie beveelt aan om die beveiligingsmaatregelen bij uitvoeringsbesluit beter te omkaderen. Dat besluit zal aan de Gegevensbeschermingsautoriteit worden voorgelegd.

6° Bijkomende opmerkingen

De Commissie beveelt aan de terminologie van het voorontwerp van decreet aan te passen aan de terminologie van de AVG en van de wet van 3 december 2017 tot oprichting van de Gegevensbeschermingsautoriteit. De nodige wijzigingen zijn aangebracht.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE ADVIESCOMMISSIE VOOR DE WOON-, BEGELEIDINGS- EN VERZORGINGSSTRUCTUREN VOOR BEJAARDEN EN VOOR DE THUISHULP

De Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp (hierna: Adviescommissie) heeft op 11 april 2018 een positief advies verstrekt over het voorontwerp van decreet.

Naast opmerkingen van technische/terminologische aard, die gedeeltelijk overgenomen werden, maakte de Adviescommissie de volgende opmerkingen bij de volgende artikelen:

1. Artikel 4

- In verband met 14°: De Adviescommissie vraagt om het begrip 'vertegenwoordiger' juridisch te toetsen, aangezien er zowel bewindvoerders over de persoon als bewindvoerders over de goederen bestaan, waarbij enerzijds de persoon vertegenwoordigd wordt en anderzijds het vermogen van een persoon beheerd wordt.

Hierbij valt op te merken dat het begrip 'vertegenwoordiger' in de eerste plaats verwijst naar de 'bewindvoerder over de persoon' in de zin van artikel 499/1 van het Burgerlijk Wetboek. Aangezien de rechter de aard en de reikwijdte van de bevoegdheden van de bewindvoerder op maat van de beschermde persoon kan bepalen, moet de dienstverrichter per geval onderzoeken of de bewindvoerder die zich als vertegenwoordiger voordoet, ook werkelijk de nodige bevoegdheden heeft om te handelen. Dat kan worden onderzocht op grond van artikel 1249 van het Gerechtelijk Wetboek.

2. Artikel 8

- in verband met 4° beveelt de Adviescommissie aan om de woorden 'gezelschap houden' te vervangen door de woorden 'aanbod aan diensten om sociale contacten te onderhouden'. Die bewoordingen stemmen echter niet helemaal overeen met 'gezelschap houden'.

Het begrip 'gezelschap houden' wordt behouden, omdat het ook een 'passieve' begeleiding van personen met zeer hoge ondersteuningsbehoefte kan omvatten.

- De Adviescommissie raadt aan om onder 9° de volgende bepaling in te voegen: "aanbieden van een bezoekdienst".

Dit voorstel werd overgenomen.

3. Artikel 10 en 11

De Adviescommissie vraagt zich af of een afzonderlijke beschrijving van de gezins- en ouderenhulp en de ziekenoppas zinvol is. Het enige verschil tussen 'ziekenoppas' en 'gezins- en ouderenhulp' is dat bij de 'ziekenoppas' geen huishoudelijke hulp wordt aangeboden.

Beide moeten afzonderlijk beschreven worden, omdat de ziekenoppas onder de dienstenrichtlijn valt en op vrijwillige basis erkend kan worden, terwijl voor de gezins- en ouderenhulp een vergunning noodzakelijk is. Het aanbod van de gezins- en ouderenhulp wordt echter zo gewijzigd dat ook ziekenoppas kan worden aangeboden.

4. Artikel 13

- In verband met 5° vraagt de Adviescommissie zich af of doucheruimten noodzakelijk zijn.

Aangezien ouderen met ondersteuningsbehoefte in de dagopvang begeleid worden, lijkt het de Regering gerechtvaardigd in doucheruimten te voorzien om de referentiepersonen zo nodig bij de dagelijkse verzorging te ontlasten of om in noodgevallen te kunnen helpen. Dit voorschrift wordt bijgevolg behouden.

5. Artikel 17

- In verband met de duur van de kortverblijven stelt de Adviescommissie voor die te verhogen tot 92 dagen, omdat een maand ook 31 dagen kan tellen.

Om praktische redenen wordt de duur vastgesteld op drie opeenvolgende maanden.

De Adviescommissie wijst erop dat de driemaandenregeling op het einde van het jaar zou kunnen worden misbruikt: personen die drie maanden in het kortverblijf waren, gaan

één dag naar huis om dan weer drie maanden terug te komen. Controle zou hier wenselijk/zinvol zijn. Ook gelet op het feit dat mensen soms van de ene voorziening naar de andere gaan.

Dat probleem kan zich alleen op het einde van het jaar voordoen, aangezien de kortverblijven beperkt zijn tot drie maanden per jaar en tot drie opeenvolgende maanden. De Regering vertrouwt erop dat de aanbieders de regel niet zullen misbruiken. De tekst wordt niet gewijzigd.

- In verband met de bepaling onder 3° stelt de Adviescommissie voor om het begrip 'geriatrische revalidatiemaatregelen' te vervangen door het woord "mobiliteitsmaatregelen" om het verschil met artikel 18 duidelijker tot uiting te brengen.

Geriatrische revalidatiemaatregelen zijn prestaties die hoofdzakelijk door kinesisten uitgevoerd worden en onder de bepalingen van artikel 43 van de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen vallen; het begrip 'mobilisatiemaatregelen' wordt overgenomen, omdat die maatregelen ook door andere beroepsgroepen uitgevoerd kunnen worden.

Beide begrippen worden overgenomen in de artikelen 14, 17 en 24.

6. Artikel 24

De Adviescommissie merkt op dat hier ook de nachtverzorging zou moeten worden vermeld.

Die aanbeveling wordt gevolgd.

De Adviescommissie vraagt ook om een wijziging van de benaming van de rust- en verzorgingstehuizen (RVT).

Aangezien dit decreet de RVT de mogelijkheid biedt om hun aanbod voor ouderen met ondersteuningsbehoefte uit te breiden, wordt het voorgestelde begrip 'woonzorgcentrum voor ouderen' in de tekst overgenomen.

7. Artikel 25

De Adviescommissie is van oordeel dat de 82%-drempel een minimum en de 13%-drempel een maximum zou moeten zijn.

De 5% kortverblijven zouden niet bepaald mogen worden per aanbod, maar binnen een woonzorgzone. Zo zouden hele woonafdelingen voor kortverblijven kunnen worden geschapen.

Aangezien in de nieuwe financieringsgrondslag enerzijds rekening wordt gehouden met de afwezigheidsdagen van de bewoners (verblijf in het ziekenhuis) en een bezettingsgraad van 97% overeenstemt met een volledige bezettingsgraad en die bezettingsgraad anderzijds op jaarbasis wordt vastgelegd, is die opsplitsing van de capaciteiten voldoende flexibel. Als een ondersteuningscapaciteit in een bepaald kwartaal iets hoger ligt, kan die in het volgende kwartaal weer gecompenseerd worden, aangezien de bezetting op jaarbasis gecontroleerd wordt. Als de ondersteuningscapaciteit voor ouderen met de categorie 'extra ondersteuning' opgebruikt is, betekent dit niet dat er geen enkele oudere met extra ondersteuningsbehoefte meer kan worden opgenomen, maar de financiering blijft, zoals ze in de overeenkomst werd vastgelegd, onveranderd. De bijkomende bewoners met de ca-

tegorie 'extra ondersteuning' worden, zoals in de overeenkomst werd vastgelegd, gesubsidieerd op basis van het dagforfait voor plaatsen voor ouderen met de categorie 'geringe ondersteuning'. Als de ondersteuningscapaciteit voor ouderen met de categorie 'geringe ondersteuning' echter opgebruikt is, kan er geen enkele persoon met de categorie 'geringe ondersteuning' meer bijkomen.

De kortverblijven blijven aan de vestigingsplaats gebonden om het hele Duitse taalgebied te kunnen bedienen en de oudere gelijktijdig een kortverblijf dicht bij huis ter beschikking te kunnen stellen.

Het voorontwerp van decreet werd niet gewijzigd.

8. Artikel 33 § 2

De Adviescommissie vraagt om de paragraaf zo te wijzigen dat de capaciteit van de nieuwe locatie kan worden opgetrokken tot de verbouwingen achter de rug zijn.

Het voorontwerp van decreet werd dienovereenkomstig gewijzigd. Na beëindiging van de verbouwingen krijgen de betrokken instellingen hun oorspronkelijke aantal plaatsen terug.

9. Artikel 37

De Adviescommissie vraagt zich af of het realistisch is in de sluiting van een instelling te voorzien.

De Regering moet in ernstige gevallen de sluiting van een instelling kunnen opleggen. Hierbij valt op te merken dat een sluiting altijd, behalve in bepaalde dringende gevallen, voorafgegaan wordt door een schorsing en de intrekking van de vergunning. De schorsing biedt de aanbieder de mogelijkheid om zich binnen een bepaalde termijn aan de voorschriften van de vergunning aan te passen. Noch tijdens de schorsing, noch tijdens de intrekking kunnen er nieuwe bewoners bijkomen. Daardoor neemt het aantal bewoners voortdurend af tot alle voorschriften nageleefd worden. Een sluiting gebeurt dus niet plots of op korte termijn. Bovendien bepaalt artikel 38 van het ontwerp van decreet dat de Regering bepaalt binnen welke termijn een nieuwe oplossing voor de overblijvende ouderen moet worden gevonden. Tijdens die termijn blijft het woonzorgcentrum voor ouderen open.

10. Artikel 49, § 1, derde lid, 3°

De Adviescommissie vraagt om niet alleen in een verhoging, maar ook in een verlaging te voorzien.

Een verlaging van de financiële bijdrage van de oudere en van de persoon met ondersteuningsbehoefte is in het voordeel van die personen en hoeft niet door de Regering gecontroleerd te worden. De prestaties en de kwaliteit moeten echter gewaarborgd zijn. Daarom wordt de tekst niet gewijzigd.

11. Artikel 53 § 1

Voor de duidelijkheid zou het begrip 'aanwezigheidsdagen' beter vervangen worden door het begrip "huurdagen".

Het begrip 'aanwezigheidsdagen' stemt overeen met de gebruikelijke bewoordingen van de vroegere RIZIV-financiering. Dat begrip wordt gewoon overgenomen en wordt ook gebruikt voor de financiering van het begeleidingsforfait. De tekst wordt bijgevolg niet gewijzigd.

12. Artikel 61

De Adviescommissie is sceptisch over de terugvordering van 10% bij niet-naleving van de bepalingen. De instellingen worden bestraft, omdat de ouderen een bepaling niet naleven. De facto zijn ze niet verantwoordelijk voor de adviesverlening en de opmaak van een ondersteuningsplan, maar bij niet-naleving worden ze bestraft.

In dit artikel wordt de regeling overgenomen die werd ingevoerd in het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven. Voor de coherentie blijft de tekst zoals hij is.

13. Artikel 65, § 1, eerste lid, 4°

De Adviescommissie wil het woord 'gevestigd' nuanceren: Wie is lid: alleen de dienstverrichters die hun zetel in de gemeente hebben? Zijn dienstverrichters die in alle gemeenten werkzaam zijn, in staat om zo veel tijd te investeren als ze overal vertegenwoordigd zouden moeten zijn?

Hierbij valt op te merken dat de werkende leden bestaan uit de dienstverrichters die in de gemeente gevestigd zijn. Dienstverrichters die hun zetel in een andere gemeente hebben, kunnen met raadgevende stem bij de overlegvergaderingen betrokken worden. Niemand is verplicht deel te nemen. Bijgevolg kan de dienstverrichter zelf inschatten of dit te veel tijd in beslag zou nemen.

De tekst wordt niet gewijzigd.

14. Artikel 80, § 1, tweede lid, 7°

De Adviescommissie wil dat de inspectie begeleid wordt. Dat betekent dat de inspectie (kort tevoren) aangekondigd moet worden.

De inspecteurs willen bij afwezigheid van een leidinggevend personeelslid zelf afwegen wat ze alleen kunnen controleren en wat later in begeleiding van dat personeelslid moet worden gecontroleerd. Een rondgang of een gesprek met de ouderen, de personen met ondersteuningsbehoefte en de referentiepersonen kunnen bijvoorbeeld zonder begeleiding plaatsvinden.

Binnen de beperkingen die het decreet voor bepaalde persoonlijke ruimten stelt, moet de inspectie onaangekondigd kunnen plaatsvinden.

De tekst wordt bijgevolg niet gewijzigd.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE DIENST VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP VOOR ZELFBESCHIKKEND LEVEN

De raad van bestuur van de Dienst voor zelfbeschikkend leven (hierna: Dienst) heeft op zijn vergadering van 6 april 2018 zijn advies goedgekeurd. In een algemene opmerking stelt de Dienst dat hij de krijtlijnen van het voorontwerp van decreet goed vindt en ondersteunt.

Naast die algemene opmerking en opmerkingen van technische/terminologische aard, die gedeeltelijk overgenomen werden, maakte de Dienst de volgende opmerkingen bij de volgende artikelen:

1. Artikel 4

- in verband met 5° wijst de Dienst erop dat hier niet alleen rekening zou moeten worden gehouden met de levenskwaliteit van de ouderen, maar ook met die van de andere personen die daar wonen.

Natuurlijk moet rekening worden gehouden met de levenskwaliteit van alle personen die in een woonstructuur leven. Het doelpubliek van het aanbod aan diensten die in dit ontwerp van decreet worden gedefinieerd, bestaat echter vooral uit ouderen. Voor personen met ondersteuningsbehoefte is er nog een ander aanbod aan diensten die beter afgestemd zijn op de noden van een jongere doelgroep. Bijvoorbeeld: 'woongemeenschappen' of 'woonressources' voor personen met een handicap. Die personen met ondersteuningsbehoefte kunnen onder bepaalde voorwaarden ook gebruik maken van het aanbod dat in het voorliggende decreet wordt beschreven, maar daarvoor moet dan wel een uitzondering worden toegestaan.

- In verband met 6° merkt de Dienst op dat de definitie van het begrip 'palliatieve zorg' niet overeenstemt met de federale definitie.

De definitie van het begrip 'palliatieve zorg' wordt aangepast.

- In verband met 9° merkt de Dienst op dat de definitie niet overeenstemt met de definitie van het begrip 'gebruiker' in het decreet van 13 december 2016.

In dit ontwerp van decreet werd bewust een onderscheid gemaakt tussen ouderen, ouderen met ondersteuningsbehoefte en personen met ondersteuningsbehoefte. Inclusie laat verschillen toe en zorgt ervoor dat verschillen waargenomen worden, niet genegeerd worden, maar ook niet tot uitsluiting leiden. Verschillen moeten als een verrijking voor de maatschappij beschouwd worden. Ouderen zijn personen die de pensioenleeftijd overschreden hebben. In de komende jaren groeien ze uit tot een grote bevolkingsgroep. Gelijktijdig blijven ouderen ook langer gezond. De doelgroep wordt niet gedifferentieerd om te stigmatiseren, maar om een specifiek aanbod aan diensten te kunnen ontwikkelen dat afgestemd is op de behoeften. Bedoeling is dat die diensten dicht bij huis worden aangeboden. 'Oudere met ondersteuningsbehoefte' is een overkoepelend begrip. Het omvat alle ouderen met geringe en met extra ondersteuningsbehoefte. De Regering zal in het uitvoeringsbesluit bepalen met welk instrument de ondersteuningsbehoefte zal worden vastgesteld. Dat instrument kan door alle dienstverrichters van de personenondersteuning toegepast worden. Zoals bepaald in het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, zal de Dienst de ondersteuningscategorie voor de financiering van de woonzorgcentra voor ouderen bepalen.

- In verband met 9°, c), wijst de Dienst erop dat de 'referentiepersonen' inhoudelijk overeenstemmen met de 'mantelzorgers' gedefinieerd in het decreet van 13 december 2016.

De voorliggende tekst leunt aan bij het Franse begrip 'aidant proche'. Dat begrip wordt verkozen, omdat in werkelijkheid niet alleen 'Angehörige' (familieleden) een wezenlijke bijdrage leveren in de begeleiding, ondersteuning of zorg van personen met ondersteu-

ningsbehoefte of senioren met ondersteuningsbehoefte. Met dat feit wordt hier rekening gehouden. Ook vrienden, buren of andere personen die een nauwe band hebben, worden in aanmerking genomen.

- Ook in verband met 13° merkt de Dienst op dat het begrip 'dienstverrichter' niet overeenstemt met het decreet van 13 december 2016.

De aanbieders van het aanbod aan diensten dat in het ontwerp van decreet wordt gedefinieerd, kunnen zeer uiteenlopend zijn. Dit ontwerp van decreet omvat uitdrukkelijk ook laagdrempelige diensten die de sociale cohesie bevorderen. Daarom wijkt het begrip 'dienstverrichter' hier af van het begrip 'dienstverrichter' in het decreet van 13 december 2016. De paradigmaverschuiving die voor het onderhavige ontwerp heeft plaatsgevonden - van een visie waarbij het aanbod uitsluitend vanuit het oogpunt van de aanbieder wordt bekeken, naar een visie waarbij het aanbod vanuit het oogpunt van de gebruiker wordt bekeken - heeft immers niet op dezelfde wijze plaatsgevonden voor het decreet van 13 december 2016.

- In verband met 27° raadt de Dienst aan om het minimaal aantal aangeboden diensten in de bespreking te verduidelijken.

Niet de bespreking, maar het uitvoeringsbesluit zal verduidelijking geven.

2. Artikel 5

- De Dienst vraagt om het verschil tussen 'de participatieve organisatie van het dagelijks leven' en 'het mee vormen geven van de vrijetijdsbesteding van de oudere' (artikel 24 van het ontwerp) te verduidelijken.

Er is inderdaad een verschil tussen 'de participatieve organisatie van het dagelijks leven' en 'het mee vorm geven van de vrijetijdsbesteding van de oudere'. Het aanbod aan diensten moet zo goed mogelijk afgestemd zijn op de behoeften van de ouderen met ondersteuningsbehoefte en op de behoeften van de personen met ondersteuningsbehoefte. Daarom is er een gradatie in de intensiteit van de begeleiding. Hoe hoger de ondersteuningsbehoefte, hoe intenser de begeleiding. Dit op voorwaarde dat alle dienstverrichters aan de dienstverleningsprincipes voldoen. Een wezenlijk kenmerk van het decreet is dat de dienstverleningsprincipes, met betrekking tot de mensenrechten, in één van de eerste artikelen worden gedefinieerd. Die principes zijn dus overkoepelend en gelden voor elk aanbod aan diensten en voor alle dienstverrichters.

- In verband met het tweede lid, 4°, merkt de Dienst op dat netwerkvorming eigenlijk de taak van de Dienst is.

Ook hier is er belangrijk verschil tussen het netwerken van de Dienst in het licht van het casemanagement en het netwerken dat hier in het ontwerp wordt bedoeld. In dit ontwerp van decreet wordt het netwerken beschouwd als een manier om de kwaliteit te verbeteren. Het controleren van de kwaliteit is de taak van de Regering en het Ministerie. De open coördinatiemethode (OCM) van de EU dient als inspiratiebron voor het financieringsconcept van de dienstverrichters en vindt zijn neerslag in dit artikel. Die methode voorziet onder meer in een regelmatige uitwisseling van goede praktijken. Voorts wordt de uitvoering van de vastgelegde afspraken begeleid in een individueel proces dat de dienstverrichter de mogelijkheid biedt zijn eigen profiel te definiëren. Tot slot betekent 'netwerken' hier een uitvoering van de doelstelling van het EU-charter (zie bespreking), namelijk een regelmatige uitwisseling om kwaliteitsverbetering te stimuleren.

3. Artikel 10, 11 en 12

- De Dienst wil dat de begrippen 'beperkte en aanvullende huishoudelijke hulp' (artikelen 10 en 11) en 'beperkte sociale begeleiding' (artikel 12) zo snel mogelijk gedefinieerd worden.

Die begrippen zijn bekend en komen uit de tot dusver geldende regelgevingen. 'Beperkte en aanvullende huishoudelijke hulp' betekent, in de context van de gezins- en ouderenhulp en de ziekenoppas, dat die personeelsleden niet louter huishoudelijk werk verrichten. Het aanbod van de gezins- en ouderenhulp en van de ziekenoppas zou het aanbod van de sociale huishoudelijke hulp (artikel 12) in bepaalde gevallen vervangen, als de huishoudelijke hulp niet beperkt of aanvullend zou zijn. Dat is niet gewenst. Bij de 'sociale huishoudelijke hulp' is het poetsen van het huis daarentegen de hoofdtak en het is niet de bedoeling dat de gezins- en ouderenhulp, die aan bepaalde kwaliteitscriteria gebonden is, door de 'sociale huishoudelijke hulp' vervangen wordt.

- Bovendien merkt de Dienst op dat veel betrokken personen, vooral op het platteland, aangewezen zijn op hulp bij het onderhouden van de groenvoorzieningen rond hun huis. Daarmee zou hier rekening moeten worden gehouden, afhankelijk van de vraag voor welke dienstverrichters dit artikel de subsidiëringsgrondslag zal vormen.

Dit decreet slaat niet op dit soort van diensten. Voor die diensten bestaan andere subsidiëringsgrondslagen, zoals bijvoorbeeld de dienstencheques (artikel 2, § 1, 8°, van het decreet tot oprichting van een Dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, alsook de artikelen 79 en 79bis van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering).

4. Artikel 13

- De Dienst bekritiseert dat principieel, op continue wijze en zonder uitzonderingen geen verstrekkingen van gezondheidszorg mogen worden verricht. Een soortgelijke opmerking geldt voor de artikelen 22 en 23.

Het begrip 'gezondheidszorg' wordt gedefinieerd in de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen. Een delegatie van de verpleegkundige activiteiten in de zin van artikel 46 van de gecoördineerde wet van 15 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen wordt voorzien in het Protocolakkoord van 19 december 2017 tussen de Federale Overheid en de overheden bedoeld in artikel 128, 130, 135 en 138 van de Grondwet inzake de samenwerking tussen personen uit de omgeving van de patiënt/cliënt en gezondheidszorgbeoefenaars buiten een zorgvoorziening. Dit ontwerp van decreet moet in het licht van die basisteksten worden gelezen. Via de ontworpen bepalingen wil men voorkomen dat bijvoorbeeld pseudo-woonzorgcentra voor ouderen ontstaan. Als zorgcontinuïteit mogelijk zou zijn, zouden senioren met ondersteuningsbehoefte gewoon verzorgd kunnen worden, zonder dat de hier vastgelegde kwaliteitsnormen voor woonzorgcentra worden nageleefd. Dat moet uitdrukkelijk voorkomen worden. Daarom heeft de wetgever gezondheidszorg als uitzondering op de Dienstenrichtlijn van de EU gedefinieerd (zie hierboven 'Verenigbaarheid met de Dienstenrichtlijn'). Als zorgcontinuïteit wordt aangeboden, moet de kwaliteit - via normen - gewaarborgd worden en gecontroleerd kunnen worden.

- De Dienst zou het toejuichen als voor elk aanbod aan diensten vermeld in hoofdstuk 2 de mogelijkheid zou bestaan dat ook personen die de pensioenleeftijd nog niet hebben bereikt, maar ondersteuning behoeven, het voorhanden zijnde aanbod, bij wijze van uitzondering, verder zouden mogen gebruiken.

De dagopvang, het gemeenschappelijk wooninitiatief en de serviceflats zijn alleen bestemd voor senioren met ondersteuningsbehoefte, aangezien er een aanbod aan soortgelijke of andere diensten voor personen met ondersteuningsbehoefte bestaat. Dit aanbod aan diensten is beter afgestemd op de behoeften van die jongere doelgroep. Voor de dagverzorging, de nachtverzorging en de kortverblijven zijn er al overeenkomstige uitzonderingen. De dagverzorging met focus op revalidatie en de kortverblijven met focus op revalidatie staan ter beschikking van beide doelgroepen.

5. Artikel 19 en 22

De Dienst vraagt zich af of de vrijheid om een beroep te doen op de verstrekte diensten impliceert dat die diensten gratis zijn en/of dat ze op vrijblijvende basis worden aangeboden.

De financiële bijdrage van de ouderen met ondersteuningsbehoefte en van de personen met ondersteuningsbehoefte wordt bepaald door artikel 49.

Dienstverrichters van een aanbod aan diensten dat onder de dienstenrichtlijn valt en geen vrijwillige erkenning hebben gekregen, kunnen zelf bepalen welke financiële bijdrage ze vragen, waaronder ook de huurprijs.

Wat het woord 'aanbieden' in plaats van 'verrichten' betreft, wordt hier herinnert aan de zelfbeschikking van de oudere die een dienst kan kiezen, maar niet gedwongen kan worden om die dienst aan te nemen.

6. Artikel 23

De Dienst wenst dat de begeleide woongemeenschappen voor ouderen, in coherentie met een gemeenschapskeuken, ook nog andere huishoudelijke diensten aanbieden.

Dit valt onder 'participatieve organisatie van het dagelijks leven'.

7. Artikel 25

De Dienst waarschuwt voor de neveneffecten van de drempelwaarden die in dit artikel worden vastgelegd.

Voor de toelichting bij die percentages en de flexibiliteit waarin het systeem voorziet, wordt verwezen naar de uitleg bij de opmerkingen van de Adviescommissie.

8. Artikel 27

- De Dienst vraagt zich af of een programmatie van het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg haalbaar en noodzakelijk is.

Artikel 27, § 1, tweede lid, voorziet in een uitzondering op het programmatieprincipe. Bijgevolg is er geen programmatie voor het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg.

Bovendien zijn de dienstverrichters ertoe verplicht de filosofie van de palliatieve zorg in hun aanbod te respecteren. Dat staat in artikel 6. Dat geldt ook wanneer het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg niet om advies wordt gevraagd. Die artikelen spreken elkaar dus niet tegen.

- De Dienst wijst op een ongewenste wisselwerking tussen artikel 27, § 2, en artikel 28. De programmatie bepaalt het aanbod, het aanbod bepaalt de programmatie.

Die link tussen de twee artikelen is gewild en zorgt voor coherentie. Er wordt alleen een vergunning toegekend voor een aanbod dat onder de programmatie valt; daarom moet er een verband zijn tussen de programmatie en de woonzorgzones.

9. Artikel 30 en 32

De Dienst stelt vast dat de termijn vermeld in artikel 30, § 3, tweede lid, waarbinnen een exploitatievergunning kan worden aangevraagd, dezelfde is als de termijn vermeld in artikel 32, § 1, vierde lid, waarbinnen de Regering de aanvraag moet behandelen.

Hierbij valt op te merken dat de dienstverrichter ofwel een verlenging van de planningsvergunning aanvraagt, ofwel een exploitatievergunning moet aanvragen.

De Dienst kan inlichtingen geven over een aanbod, zodra er een exploitatievergunning toegekend is.

10. Artikel 31

De Dienst betreurt dat een planningsvergunning alleen kan worden afgegeven binnen de perken van de bestaande programmatie.

Een aanbod kan alleen vergund of gefinancierd worden als het onder de programmatie valt. Bijgevolg is de programmatie een planningsinstrument voor de Regering en, op voorwaarde dat alle normen worden nageleefd, ook een garantie dat, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, bij ingebruikneming een financiering mogelijk zal zijn. Proefprojecten kunnen buiten de programmatie worden opgezet.

11. Artikel 36, 37 en 46

De Dienst vindt het noodzakelijk dat de kennisgeving aan de Dienst rechtstreeks door de Regering geschiedt, zodat de Dienst zich - los van de dienstverrichter - zo snel mogelijk kan voorbereiden op de consequenties die dat alles voor zijn eigen activiteit heeft. De Dienst stelt vast dat, als een woonzorgcentrum voor ouderen overeenkomstig artikel 38 wordt gesloten, dat woonzorgcentrum - en niet de Dienst - voor de verdere onderbrenging van de betrokken personen zorgt. Een vrijwillige beëindiging van het aanbod (artikel 39) stelt ook de Dienst voor een uitdaging. De Dienst stelt voor dat het aanbod in geval van vrijwillige stopzetting minstens 3 maanden wordt voortgezet.

Hier wordt nogmaals op de verplichtingen van de EU-dienstenrichtlijn gewezen. Niet de Regering, maar de dienstverrichter is bevoegd voor de kennisgeving.

De Regering bepaalt wel de vorm, de inhoud en de procedure voor de kennisgeving van de informatie aan de Dienst.

Wat de sluiting of beëindiging van het aanbod betreft, wordt verwezen naar de opmerkingen bij het advies van de Adviescommissie.

12. Artikel 57

De Dienst vreest dat het nieuwe artikel 57, tweede lid, van het ontwerp van decreet rechtstreekse uitwerkingen zal hebben op de interpretatie van het besluit van de Regering van 20 juni 2017 betreffende mobiliteitshulpmiddelen.

De Dienst maakt zich ten onrechte zorgen daaromtrent. Het voormelde besluit van 20 juni 2017 kan worden uitgevoerd zoals tot hertoe het geval was. Het enige verschil is dat enkele bepalingen van dat besluit een nieuwe rechtsgrondslag krijgen.

13. Artikel 62

De Dienst vraag zich af of het bij de proefprojecten moet gaan om een aanbod dat in principe ook na afloop van de proefprojectfase in het kader van het voorliggende decreet in aanmerking zou moeten komen voor ondersteuning.

Bij proefprojecten kan het gaan om nieuwe vormen van ondersteuning die, als ze na de proefprojectfase gesubsidieerd blijven worden, in het decreet zullen moeten worden ingevoegd als uitbreiding van het aanbod.

14. Artikel 85

De Dienst maakt zich zorgen dat, door de volledige opheffing van het decreet van 4 juni 2007, ook de rechtsgrondslag voor de erkenning en subsidiëring van de psychiatrische verzorgingstehuizen wordt opgeheven, zonder dat daarvoor in een andere rechtsgrondslag wordt voorzien.

Er wordt voor gezorgd dat het psychiatrische verzorgingstehuis verder kan functioneren. Voor het ogenblik wordt een specifieke regeling voor het psychiatrische verzorgingstehuis uitgewerkt.

BESPREKING VAN DE ARTIKELN

Artikel 1

Dit artikel bevat de Europese clausule met verwijzing naar de dienstenrichtlijn.

Artikel 2

Dit artikel bepaalt het toepassingsgebied van het ontwerp van decreet.

Artikel 3

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Artikel 4

In dit artikel worden begrippen gedefinieerd die in het ontwerp van decreet op verscheidene plaatsen voorkomen; dit zorgt ervoor dat die begrippen telkens op dezelfde manier begrepen worden.

Artikel 5

Uitgaande van de behoeften van de personen wordt in het ontwerp van decreet een aanbod aan diensten gedefinieerd die een begeleiding in verschillende levenssituaties mogelijk maken en kunnen bijdragen tot de ondersteuning van de levenskwaliteit van de per-

sonen. Dit aanbod aan diensten kan zowel in de eigen woning als in daartoe bestemde ruimten of voorzieningen aangeboden worden.

Deze diensten worden al verscheidene jaren door de aanbieders van de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en door de thuishulpdiensten aangeboden en via die aanbieders bepaald. Uitgaande van het gezichtspunt van de persoon en van zijn behoeften worden de voorschriften voor de afzonderlijke diensten nu nieuw gestructureerd, geherformuleerd en geactualiseerd. Er wordt ook een nieuw aanbod aan diensten bepaald om rekening te houden met de veranderingen die wij naar aanleiding van de demografische ontwikkelingen mogen verwachten. In dit ontwerp van decreet wordt bijvoorbeeld een aanbod aan diensten beschreven die, enerzijds, de thuisondersteuning aanvullen met een aanbod aan diensten voor groepen en daardoor ook de referentiepersonen ondersteunen en die, anderzijds, andere woonvormen mogelijk maken als alternatief voor de woonzorgcentra voor ouderen.

De vergunnings- en erkenningsvoorwaarden waarborgen dat enerzijds vastgestelde normen vervuld worden en tot een exploitatievergunning leiden en dat anderzijds de dienstverrichters bij het naleven van kwaliteitsnormen en principes een financiële ondersteuning kunnen krijgen, met inachtneming van de voorschriften van de Europese dienstenrichtlijn.

Wie de levenskwaliteit wil bevorderen, moet altijd eerst de zelfredzaamheid en de zelfbeschikking van de persoon sterken. Wie de levenskwaliteit wil bevorderen, moet ook de referentiepersonen sterken en ondersteunen. Naast het aanbieden van verscheidene en gedifferentieerde diensten worden het bevorderen van de gezondheid en het vermijden van ziekten als doelstelling vooropgesteld.

Het laatste prioritair aandachtspunt van het ontwerp van decreet is de netwerkvorming in de woonzorgzones die een zo goed mogelijke begeleiding van de persoon waarborgt en de overstap binnen het aanbod afhankelijk van de levenssituatie vereenvoudigt. Het 'Europees charter voor de rechten en verantwoordelijkheden van ouderen met een langdurige zorg- of hulpbehoefte' die in de dienstverleningsprincipes van dit decreet werd opgenomen, is de basis van een breed opgevatte uitwisseling van praktische ervaringen op het gebied van het organiseren van begeleiding en zorg met waardigheid. Het charter geeft alle onderdelen van de personenondersteuning impulsen. Bedoeling is dat de uitwisseling in de woonzorgzones met alle partners van de personenondersteuning geschiedt en zo een element van de kwaliteitsbewaking vormt.

Artikel 6

Dit artikel bepaalt welke principes voor alle dienstverrichters van de personenondersteuning gelden. In de filosofie van het ontwerp van decreet staan de behoeften en de rechten van de personen centraal. De basisvoorwaarden om personen en ouderen met ondersteuningsbehoefte zo goed mogelijk te begeleiden en te verzorgen terwijl ze een beroep doen op het aanbod worden veiliggesteld.

De rechten en principes van het ontwerp van decreet zijn ontleend aan het Europese charter voor de rechten en verantwoordelijkheden van ouderen met een langdurige zorg- of hulpbehoefte. Deze werden ontwikkeld in het kader van het Daphne III Programma dat gericht is op het voorkomen en bestrijden van geweld tegen ouderen en werden voorgelegd door de EUSTACEA-partners. Bedoeling is dat het charter een discussie in de EU-lidstaten op gang brengt over de manier waarop de rechten van de meest kwetsbare ouderen het best erkend en beschermd kunnen worden. Het charter heeft geen rechtskracht

in België. In de wetgeving wordt er echter wel soms naar verwezen, onder andere in verscheidene deelstaten van de Bondsrepubliek Duitsland.

De waardigheid van de mens is onaantastbaar. Hulp- en zorgbehoevende mensen hebben vanzelfsprekend dezelfde rechten als alle andere mensen. Met de beschrijving van de rechten van ouderen met een zorg- of hulpbehoefte, die daardoor kwetsbaarder zijn, wordt een rechtstreeks verband gelegd met de bijzondere levenssituaties als men ouder wordt. De rechten zijn echter van toepassing op alle personen met ondersteuningsbehoefte. Het charter reikt niet alleen de personen en de referentiepersonen, maar ook de dienstverrichters een maatstaf voor de beoordeling van de zorg en de zorgkwaliteit aan.

Het recht op waardigheid, fysiek en mentaal welzijn, vrijheid en veiligheid omvat onder meer ook de bescherming tegen fysiek en mentaal geweld, mishandelingen en verwaarlozing, bescherming tegen beperkingen van het zelfbeschikkingsrecht, bescherming tegen medisch en farmaceutisch misbruik, schuldig verzuim, bescherming tegen gebrek aan toewijding bij het verlenen van hulp, zorg en behandeling, bescherming tegen geweld en hulp tegen geweld.

Het recht op zelfbeschikking en zelfredzaamheid omvat onder meer de vrijheid om een eigen wil te hebben en zelf beslissingen te nemen, voorspraak en voorzorg, de vrijheid om te kiezen welke leefplek, zorg en behandeling men wil, de vrijheid om het verloop van de dag te bepalen, respect voor instructies en beslissingen die men van tevoren heeft vastgelegd, de grenzen van de zelfbeschikking wanneer de rechten en ontplooiingsmogelijkheden van anderen in het spel zijn of wanneer de keuzevrijheid door omstandigheden mogelijk wordt beperkt, het rekening houden met instructies en beslissingen die men van tevoren heeft vastgelegd, preventieve en gezondheidsbevorderende maatregelen, het stimuleren van de zelfredzaamheid om zo weinig mogelijk afhankelijk te zijn van de hulp van anderen, het recht om een leefplek te kiezen die is aangepast aan uw behoeften.

Het recht op privacy omvat onder meer ook een achtzame omgang met schaamtegevoelens, het briefgeheim, de bescherming van de persoonlijke gegevens, het respect voor seksualiteit, het recht om bezoek te ontvangen, de mogelijkheid om zich terug te trekken.

Het recht op zorg en begeleiding op maat die aan de geldende kwaliteitsnormen voldoet, omvat onder meer een competente en toegewijde zorg, begeleiding en behandeling, de samenwerking met alle partners die bij de zorg of begeleiding betrokken zijn, de samenwerking met de familie en vrijwillige helpers, zorg op maat, bevoegdheden, respect voor levensloop en gewoonten, ondersteuning van de bewegingsbehoeften, deskundige behandeling en verzachting van belastende symptomen, naleving van hygiënische normen, aan de behoeften aangepaste maaltijden en dranken, omgang met klachten, het recht te verwachten dat zorgprofessionals getraind zijn op het herkennen van signalen van misbruik en hier adequaat op reageren om u te beschermen tegen verder misbruik, het recht te weten waar en hoe men misbruik en klachten kan melden.

Het recht op gepersonaliseerde informatie en gepersonaliseerd advies om een beslissing zorgvuldig te kunnen afwegen omvat onder meer dat de referentiepersonen bij de begeleiding en de zorg betrokken worden, ondersteund worden en daarin geschoold worden, alsook informatie over de inhoud van overeenkomsten, kosten en verstrekkingen, medische voorlichting, verpleegkundige voorlichting, inzage in documenten. Met deze bepaling wordt er ook op gewezen dat de Dienst voor zelfbeschikkend leven een belangrijke rol voor de ouderen uitoefent en wordt vooropgesteld dat de dienstverrichters met die adviesdienst samenwerken.

Het recht op communicatie, participatie in de maatschappij en het recht om deel te nemen aan culturele activiteiten omvat onder meer respect voor de behoeften en vereisten om met andere mensen te kunnen communiceren en van gedachten te kunnen wisselen, waardering, mogelijkheden om in woonstructuren een en ander mee te bepalen en inspraak te hebben, uitoefening van de burgerlijke plichten.

Het recht op vrijheid van meningsuiting, gedachtevrijheid en gewetensvrijheid: overtuiging, cultuur en godsdienst omvat onder meer het rekening houden met culturele en religieuze waarden, de uitoefening van religieuze handelingen, hulp bij fundamentele levensvragen, respect voor de eigen overtuigingen.

Het recht op palliatieve zorg en op waardig sterven omvat onder meer ook individuele stervensbegeleiding, informatie over euthanasie, het erbij betrekken van de referentiepersonen en het afscheid nemen.

Het ontwerp van decreet bevat nog twee andere principes die al bestanddeel van de bestaande decreten over de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren en de thuis-hulp waren, waaronder, enerzijds, de contactverzorging. Voor personen met ondersteuningsbehoefte is het essentieel dat de zorg door een zo klein mogelijk aantal medewerkers wordt verstrekt, zodat het nodige vertrouwen, de continuïteit van de zorgkwaliteit en de continuïteit van de begeleiding gewaarborgd wordt.

Naast het principe dat de mens in zijn geheel wordt gezien, wil dit ontwerp van decreet de systeembenadering in de begeleiding van de personen onderstrepen door bijzondere aandacht te schenken aan de inschakeling en ondersteuning van de referentiepersonen.

In het besluit preciseert de Regering de rechten en bepaalt ze de nadere regels die de dienstverrichters bij het uitvoeren van hun overeenkomst moeten naleven; de Regering doet dit door de bestaande normen en erkenningsvoorschriften van de bestaande decreten en besluiten over te nemen en aan te vullen, maar uit het oogpunt van de hier vermelde rechten van de personen nieuw in te delen.

Die dienstverleningsprincipes worden in de vergunningsvoorwaarden opgenomen om ervoor te zorgen dat ze sneller in de praktijk worden gebracht en om de dienstverrichters ertoe te verplichten zich kritisch bezig te houden met die thema's.

De gestructureerde dialoog en de netwerkvorming in de woonzorgzones dragen ertoe bij dat de dienstverrichters zich prioritair en intensief met de afzonderlijke basisvoorwaarden bezighouden, van elkaars ervaringen leren en hun organisatieconcepten overdenken.

Artikel 7

Dit artikel biedt de mogelijkheid een vertegenwoordiger aan te stellen voor het geval dat de persoon juridisch handelingsonbekwaam is. De draagwijdte van "beperkte handelingsbekwaamheid" wordt door federale wetten vastgelegd (zie definitie en opmerkingen bij het advies van de Adviescommissie) en wordt hier toepasselijk verklaard. Dit geschiedt met inachtneming van het voormelde recht op zelfbeschikking en het voormelde recht op gepersonaliseerde informatie en gepersonaliseerd advies als voorwaarde om beslissingen zorgvuldig te kunnen afwegen, ook voor personen met beperkte handelingsbekwaamheid.

Artikel 8

In dit artikel wordt een aanbod aan diensten beschreven die maatschappelijke cohesie en buurthulp bevorderen. Die diensten zijn in de regel laagdrempelig. Ze worden voor het

ogenblik aangeboden door vrijwilligersorganisaties, verenigingen zonder rechtspersoonlijkheid of andere rechtspersonen.

Artikel 9

In dit artikel wordt een aanbod aan diensten beschreven die voor het ogenblik door de ocmw's en, in bepaalde situaties, door de ziekenfondsen worden aangeboden. Het gaat om een zeer laagdrempelig aanbod dat grote invloed heeft op het veiligheidsgevoel. Dat aanbod betekent een aanzienlijke verlichting voor de referentiepersonen. Het aanbod bestaat op het hele grondgebied.

Artikel 10

De beschrijving van dit aanbod is ontleend aan het bestaande decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten. In het kader van de gezins- en ouderenhulp ('familiehulp/hulp aan bejaarden') worden verstrekkingen van gezondheidszorg verricht die geregeld worden door de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen en door het protocolakkoord van 22 februari 2014 betreffende de relatie tussen zorg- en bijstandsverleners van de erkende diensten voor thuishulp en beoefenaars van gezondheidszorgberoepen die werkzaam zijn in de thuiszorg. Dat protocolakkoord voorziet in een delegatie van verpleegkundige activiteiten aan de gezins- en bejaardenhulpers. In de toekomst zal het overeenkomstig het Protocolakkoord van 19 december 2017 tussen de Federale Overheid en de overheden bedoeld in artikel 128, 130, 135 en 138 van de Grondwet inzake de samenwerking tussen personen uit de omgeving van de patiënt/cliënt en gezondheidszorgbeoefenaars mogelijk zijn dat een gezondheidszorgbeoefenaar gezondheidszorgverstrekkingen delegeert in het kader van een overeenkomst met de patiënt en een persoon die hem na staat. Dit decreet moet de gezins- en bejaardenhulpers overeenkomstig hoofdstuk 2 van het voormelde protocolakkoord een rechtskader daarvoor bieden.

Daarnaast omvat het aanbod onder meer ondersteunen bij het doen van boodschappen, het bereiden van maaltijden, het vervullen van administratieve taken, ondersteuning bij activiteiten van het dagelijks leven, ondersteuning bij vrijetijdsactiviteiten enz. Als de persoon daartoe in staat is, neemt ze deel aan de uitvoering van die taken. Dat aanbod vindt in de woning en in de directe omgeving van de persoon plaats.

Met dit aanbod worden twee doelen nagestreefd: enerzijds de persoon de mogelijkheid bieden zo lang mogelijk thuis te blijven wonen, zo lang hij dat zelf wil en zo lang dat in het kader van het beschikbare aanbod haalbaar is en anderzijds de referentiepersonen ondersteunen.

Het aanbod richt zich vooral tot ouderen met ondersteuningsbehoefte, maar mag ook gebruikt worden door personen met ondersteuningsbehoefte.

Artikel 11

De ziekenoppas behoort tot het laagdrempelige aanbod van de thuishulp. In het decreet van 16 februari 2009 werd 'het waken bij een zieke' als een onderdeel van de 'gezins- en bejaardenhulp' beschreven. Ook de referentiepersonen kunnen de doelgroep vormen. De ziekenoppas oefent specifieke taken uit, bijvoorbeeld de begeleiding van zieke kinderen, zodat in dit ontwerp van decreet een specifieke erkenning voor de aangeboden dienst wordt gewaarborgd via een beschrijving van de taken.

De ziekenoppas kan af en toe een nachtopvang in de thuisomgeving van de persoon omvatten.

Artikel 12

De sociale huishoudelijke hulp onderscheidt zich van andere commerciële huishoudelijke hulp doordat ze ook begeleiding van de persoon omvat. Bijvoorbeeld: erop letten dat de persoon genoeg drinkt en het vochtgehalte in zijn lichaam op peil houdt. De sociale huishoudelijke hulp voert gesprekken met de persoon, licht de referentiepersonen of andere diensten in over veranderingen van de oudere met ondersteuningsbehoefte enz. Die activiteiten worden in het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten onder het begrip 'schoonmaakhulp' beschreven. Met de nieuwe benaming wil men rekening houden met de aanvullende begeleiding van de persoon, die in het verleden ook al werd gegeven, en die begeleiding aldus ook erkennen.

Het aanbod richt zich vooral tot ouderen met ondersteuningsbehoefte, aangezien er voor andere doelgroepen die geen aanvullende sociale ondersteuning nodig hebben, commerciële aanbieders ter beschikking staan. Het kan echter ook gebruikt worden door personen met ondersteuningsbehoefte.

Artikel 13

In het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden werden de dagopvangcentra gedefinieerd en maken ze deel uit van het transmurale aanbod. In dit ontwerp van decreet worden de taken beschreven vanuit de behoeften van de persoon. Daarom wordt het aanbod nu als een thuisondersteuningsaanbod gedefinieerd. Daarmee wordt onderstreept dat dit aanbod bedoeld is om ervoor te zorgen dat de betrokkene thuis kan blijven wonen of naar huis kan terugkeren. Alleen in uitzonderlijke gevallen is de dagopvang een instap in een woonstructuur. De dagopvang is tegelijk ook een ondersteuningsaanbod voor de referentiepersonen.

Het aanbod richt zich in de eerste plaats tot ouderen, aangezien er voor andere doelgroepen met andere behoeften specifieke diensten met specifieke doelstellingen bestaan, zoals bijvoorbeeld de dagopvangcentra voor mensen met een beperking.

De gemeenschappelijke ruimten kunnen ook een keuken omvatten.

Artikel 14

Net zoals de dagopvangcentra werden de dagverzorgingscentra in het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden gedefinieerd en net zoals de dagopvangcentra maken de dagverzorgingscentra deel uit van het transmurale aanbod. Ook hier is het de bedoeling ervoor te zorgen dat de persoon thuis kan blijven wonen of naar huis kan terugkeren en dat de referentiepersonen ondersteuning krijgen. Daarom wordt het aanbod in dit ontwerp van decreet als een thuisondersteuningsaanbod gedefinieerd.

De ouderen die gebruik willen maken van dat aanbod, zijn zeer zorgbehoevend. Aan die ouderen wordt een zorgcategorie toegewezen door de Dienst voor zelfbeschikkend leven, net zoals al vóór de zesde staatshervorming noodzakelijk was voor de financiering van de dagverzorgingsplaatsen. Andere personen die de pensioenleeftijd nog niet bereikt hebben, kunnen gebruik maken van dat aanbod als ze daartoe een goedkeuring hebben gekregen en als hen een hoge zorgcategorie werd toegewezen. Bij gebrek aan verpleegkundigen en zorgkundigen is het nu soms zo dat de diensten voor personen die de pensioenleeftijd nog

niet bereikt hebben in sommige gevallen niet de nodige zorgprofessionals hebben om in de zorgbehoeften te voorzien zoals de wetgeving op de verpleegkundige activiteiten eigenlijk vereist.

Artikel 15

Dit artikel beschrijft een nieuw aanbod. In de praktijk werd vastgesteld dat het verblijf in het ziekenhuis alsmaar korter wordt, maar vaak gevolgd wordt door een 'overgangsperiode' met intensieve revalidatiemaatregelen vooraleer de persoon goed en wel in staat is om weer naar huis terug te keren. Dit nieuwe aanbod moet die leemte aanvullen.

Naast de taken van de 'klassieke dagverzorging' omvat dit aanbod intensieve revalidatiemaatregelen als bedoeld in artikel 43 van de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen en andere verstrekkingen van gezondheidszorg om vaardigheden en mentale en fysieke mogelijkheden terug te winnen. Die revalidatiemaatregelen moeten worden voorgeschreven door een arts. Het aanbod moet een regelmatige samenwerking met de artsen-specialisten waarborgen.

Artikel 16

Voor de nachtverzorging gelden dezelfde opmerkingen als die welke in artikel 14 over de dagverzorging werden gemaakt. Nachtverzorging wordt echter alleen 's nachts aangeboden. Overdag leeft de oudere in zijn thuisomgeving.

Dit aanbod bestaat nog niet. Bedoeling is dat dit aanbod een passend juridisch kader krijgt door dit decreet.

Artikel 17

Dit artikel beschrijft het aanbod van de kortverblijven, zoals het al in het decreet van 4 juni 2007 werd gedefinieerd. Nieuw is de bepaling over de drie opeenvolgende maanden. Die bepaling werd ingevoerd om te voorkomen dat op het einde van het jaar gebruik wordt gemaakt van twee onmiddellijk op elkaar volgende kortverblijven. De taakomschrijving stemt overeen met de beschrijving van de taken die in een woonzorgcentrum voor ouderen worden uitgevoerd. Dit aanbod is in de eerste plaats een aanbod voor ouderen met ondersteuningsbehoefte en een ondersteuningsaanbod voor referentiepersonen. Een zorgbehoevende persoon die de wettelijke pensioenleeftijd nog niet heeft bereikt, kan ook gebruik maken van dit aanbod, maar daarvoor moet dan wel een uitzondering worden toegestaan.

Artikel 18

Dit artikel beschrijft een nieuw aanbod. De taken van het hier gedefinieerde aanbod omvatten - naast de dienstverrichtingen van de kortverblijven - de dienstverrichtingen van de dagverzorging met focus op revalidatie.

Alleen de verblijfsduur is anders dan bij het klassieke kortverblijf. Een kortverblijf met focus op revalidatie duurt hoogstens drie opeenvolgende maanden, maar is wel meermaals per jaar mogelijk als het door een arts wordt voorgeschreven.

Artikel 19

Dit artikel beschrijft een aanbod dat al in het decreet van 4 juni 2007 werd beschreven. Dit aanbod heeft tot doel bouwheren of eigenaars van onroerende goederen aan te moedigen om één of meer barrièrevrije woningen voor ouderen te bouwen/in te richten.

Artikel 20

Naast het feit dat de woningen barrièrevrij moeten zijn, moet ook in een gemeenschappelijke ruimte worden voorzien. Met dit organisatieconcept wil men buurthulp en contact met de sociale levensruimte of met de woonzorgzone stimuleren.

Met het kwaliteitslabel kan de seniorenresidentie aangeprezen worden.

Artikel 21

Dit artikel beschrijft een nieuw alternatief woonproject. Dit groepsaanbod dat door de ouderen zelf georganiseerd wordt kan bijvoorbeeld een coöperatieve vereniging zijn. Ook intergenerationeel samenwonen is mogelijk. Die verschillende projecten hebben het volgende met elkaar gemeen: buurthulp, het vermijden van eenzaamheid en recht op zelforganisatie.

Artikel 22

Dit artikel beschrijft een woonstructuur die al in het decreet van 4 juni 2007 werd beschreven. Ouderen met geringe ondersteuningsbehoefte kunnen - in een woning die aan een woonzorgcentrum voor ouderen aangesloten is - een beroep doen op een aantal diensten van dat woonzorgcentrum. Een van de belangrijkste kenmerken van een serviceflat is het veiligheidsgevoel dat ontstaat doordat - zo nodig - een directe noodoproep in het woonzorgcentrum mogelijk is.

Artikel 23

De begeleide woongemeenschappen die in dit artikel worden beschreven, zijn ook een alternatieve woonvorm. De belangrijkste kenmerken van die woongemeenschappen zijn de gemeenschappelijke ruimten en het feit dat de bewoners samen voor de organisatie van het dagelijks leven zorgen. Er zijn verschillende modellen voor woongemeenschappen. In het bijzonder het project Andromeda in Brussel kan als voorbeeld worden geciteerd, maar ook in Duitsland worden woongemeenschappen met verschillende doelgroepen aangeboden.

Het samenleven en de gemeenschapsprojecten worden door gekwalificeerd personeel ondersteund.

Het aanbod richt zich in de eerste plaats tot ouderen met ondersteuningsbehoefte.

Artikel 24

De in dit artikel beschreven woonzorgcentra voor ouderen stemmen overeen met de rustoorden voor bejaarden of rust- en verzorgingstehuizen beschreven in het decreet van 4 juni 2007. De nieuwe benaming onderstreept een ontwikkeling in de begeleiding van de ouderen. De keuze van het woord 'wooncentrum' creëert nieuwe beelden rond ouderdom. In een wooncentrum is de levenskwaliteit en de zelfbeschikking zo groot mogelijk. Het woord 'zorg' onderstreept de bijzondere levenssituatie die ertoe kan leiden dat men zijn intrek moet nemen in een woonzorgcentrum.

In het tweede lid wordt een nieuwe manier van denken, een ontwikkeling in de woonzorgcentra onderstreept. Het nieuwe woonzorgcentrum heeft drie taken:

- de privacy en de participatie bevorderen;
- het samenleven in de gemeenschap bevorderen;
- het leven van de bewoners in en voor de woonzorgzone, het gericht-zijn op het dorp of de stad waar het woonzorgcentrum voor ouderen gevestigd is, de contacten binnen het woonzorgcentrum en de contacten met de woonzorgzone, het deel uitmaken van een sociaal netwerk.

Die drie taken moeten ertoe leiden dat de woonzorgcentra voor ouderen verschillende middelen ontwikkelen om hun doel te bereiken, waarbij ze ook alternatieve woonvormen aanbieden. De woonzorgcentra voor ouderen zijn centrale diensten in de woonzorgzones.

Artikel 25

Het eerste lid van dit artikel heft het vorige verschil tussen de rustoorden voor bejaarden en de rust- en verzorgingstehuizen op.

Overeenkomstig dit artikel zullen alle woonzorgcentra voor ouderen in de toekomst dezelfde evenredige verdeling aan ouderen met geringe zorgbehoefte (13%) en ouderen met extra ondersteuningsbehoefte (82%) hebben. Het is belangrijk dat het gemengde karakter van de bewoners van de woonzorgcentra blijft bestaan:

- enerzijds om ervoor te zorgen dat die voorzieningen een weerspiegeling van de maatschappij in al haar diversiteit vormen en om een bepaalde dynamiek en een bepaald leven te bevorderen;
- anderzijds om ouderen met geringe zorgbehoefte, maar met een hoge behoefte aan veiligheid, een aangepast aanbod ter beschikking te stellen.

Het aantal plaatsen dat aan de hand van het percentage per ondersteuningscategorie in een voorziening vastgesteld wordt, wordt wettelijk afgerond.

Met deze indeling van de ondersteuningscapaciteit, waarbij gefocust wordt op zorgbehoevende ouderen, wordt rekening gehouden met de gevolgen van de demografische ontwikkeling en de stijging van het aantal zorgbehoevende ouderen. Om die evenredige verdeling te bereiken, worden overgangsperiodes in de overgangsbepalingen van dit ontwerp van decreet bepaald.

Alle woonzorgcentra voor ouderen worden ertoe verplicht 5% van hun capaciteit te benutten voor kortverblijven. Daardoor wordt het aantal kortverblijven op het tijdstip van de opmaak van dit ontwerp van decreet verdubbeld. Die 5% stemt overeen met de programmatie van 45 plaatsen vervat in artikel 1, 5°, van het besluit van 7 juni 2012 houdende de programmatie van de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden. De referentiepersonen krijgen daardoor meer ondersteuningsmogelijkheden.

Voor nadere toelichting bij de vaststelling van de maximale percentages wordt verwezen naar de opmerkingen bij het advies van de Adviescommissie.

Artikel 26

Met de zesde staatshervorming werden de gemeenschappen bevoegd voor het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg en de zogenaamde externe teams. De federale overheid blijft dus bevoegd voor de definitie en de ethiek van de palliatieve zorg. Die definitie en de ethische principes waarop die definitie gebaseerd zijn, zijn vastgelegd in de wet

van 14 juni 2002 betreffende de palliatieve zorg. Bij de wet van 21 juli 2016 werd de definitie van het begrip 'palliatieve zorg' verruimd. Die Belgische wet en de Belgische filosofie en cultuur inzake palliatieve zorg hebben een voorbeeldkarakter en worden internationaal gewaardeerd.

In dit artikel worden de principes van de palliatieve zorg in het Duitse taalgebied gedefinieerd. De bewoordingen van dit artikel respecteren en onderstrepen het specifieke karakter van de Belgische palliatieve zorg.

De opdrachten van de vroegere externe teams en de opdrachten die door het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg werden vervuld, worden door dit artikel in één enkel aanbod samengebracht, aangezien de vastgelegde dienstverrichtingen elkaar aanvullen. Een interdisciplinair en gespecialiseerd team voert de diensten uit.

Artikel 27

Dit artikel bepaalt welk aanbod aan diensten geprogrammeerd moet worden en welk aanbod niet geprogrammeerd kan worden. Bij de eerste categorie gaat het om een aanbod aan diensten waarvoor een verplichte vergunning moet worden verkregen; bij de tweede categorie gaat het om een aanbod aan diensten waarvoor op vrijwillige basis een erkenning kan worden aangevraagd of die onder de vrije mededinging vallen. Hiervoor wordt verwezen naar de bespreking van de artikelen en naar de uitleg over de verenigbaarheid met de dienstenrichtlijn.

Voorts bepaalt dit artikel welke criteria aan de programmatie ten gronde liggen. Die criteria zijn ingegeven door de demografie, maar ook door de verschillen tussen het noorden en het zuiden van het Duitse taalgebied. Er wordt een link gelegd met het beleidsniveau dat het dichtst bij de burgers staat - namelijk de gemeenten - om te kunnen tegemoetkomen aan de wens van de mensen om een ondersteuningsaanbod dicht bij huis te hebben.

De programmatie legt in dit ontwerp van decreet de maximale ondersteuningscapaciteit en de maximale urencontingenten vast die in het Duitse taalgebied vergund en bijgevolg ook gesubsidieerd kunnen worden.

Tot slot kan er op het Duitse taalgebied slechts één samenwerkingsverband voor palliatieve zorg zijn. Het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg wordt niet geprogrammeerd, aangezien elke burger recht op palliatieve zorg heeft.

Artikel 28

Dit artikel bepaalt de woonzorgzones. Woonzorgzones zijn door de Regering afgebakende sociale ruimtes waarmee de burgers zich identificeren, zodat ook zorgbehoeftige ouderen en mensen met ondersteuningsbehoefte in hun vertrouwde omgeving kunnen blijven. Die zones berusten op drie grondslagen: 1) wonen, 2) zorg en ondersteuning, 3) sociale contacten, participatie respectievelijk leven in en voor de woonzorgzone.

De woonzorgzones stemmen overeen met één van de stappen uit het REK-project "zelfbeschikkend ouder worden mogelijk maken": het vastleggen van een kader voor de gebiedscoherente ouderenplanning.

De woonzorgzones kunnen bouwstenen voor de masterplannen van de planning van de gezondheidszorg worden.

Artikel 29

Dit artikel bepaalt het toepassingsgebied van de vergunning. De vergunning is van toepassing op het aanbod aan georganiseerde ondersteuningsdiensten die gezondheidszorg verstrekken of waarbij, gelet op het dienstenprofiel en het doelpubliek, een kwalitatief hoogstaande dienstverlening verwacht wordt. Om die reden valt dat aanbod niet onder de dienstenrichtlijn. Het aanbod mag alleen verricht worden als het over een vergunning beschikt.

Aan voorzieningen die verpleegkundige activiteiten verstrekken wordt een vergunningsplicht opgelegd. Het naleven van die voorwaarden is immers noodzakelijk om de personenondersteuning in zo goed mogelijke omstandigheden te laten verlopen, aangezien die voorwaarden rechtstreeks invloed hebben op de veiligheid, de begeleiding en de verzorging van de personen. Zo wordt de oudere, in zijn hoedanigheid van kwetsbare persoon, voldoende beschermd.

Artikel 30

Dit artikel bepaalt waarvoor een vergunning moet worden aangevraagd. Principe: een vergunningsplichtig aanbod kan pas verricht worden als een vergunning voor dat aanbod werd toegekend. De gevolgen van de vergunning voor de aanbieder van het betrokken aanbod en de overeenstemming met de dienstenrichtlijn werden in de algemene bespreking beschreven.

Overeenkomstig paragraaf 1 van het artikel moet de dienstverrichter bij het creëren of uitbreiden van de capaciteit een vergunningsaanvraag indienen.

De planningsvergunning beschreven in paragraaf 2 werd al in het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen bepaald. De vergunning dient om het aanbod te plannen. De planningsvergunning bepaalt de ondersteuningscapaciteit of de urencontingenten van het aanbod met inachtneming van de programmatiecriteria.

In paragraaf 3 wordt het doel van de exploitatievergunning beschreven. De vergunning geeft de dienstverrichter het recht om een aanbod aan te bieden.

De aanvragen voor de planningsvergunningen en voor de exploitatievergunning kunnen tegelijk worden ingediend. Zo niet bepaalt het ontwerp van decreet dat de exploitatievergunning drie maanden voor het verstrijken van de planningsvergunning moet worden aangevraagd.

Artikel 31

Dit artikel bepaalt aan welke voorwaarden moet worden voldaan om de vergunning te kunnen krijgen.

De planningsvergunning moet voldoen aan de programmatiecriteria en het residentiële en het transmurale aanbod moet voldoen aan de bouwnormen en specifieke veiligheidsmaatregelen.

Voor de exploitatievergunning moeten nog andere voorwaarden vervuld worden die door de Regering bepaald worden. De daar opgesomde voorwaarden stemmen overeen met de voorwaarden die al werden vastgelegd in het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties

en de psychiatrische verzorgingstehuizen en in het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten.

Artikel 32

Dit artikel bepaalt de vergunningsprocedure.

Luidens paragraaf 1 dient de dienstverrichter, samen met de aanvraag, de nodige documenten en bewijsstukken in. De dienstverrichter kan tegelijk de planningsvergunning en de exploitatievergunning aanvragen.

De planningsvergunning is in de tijd beperkt om te voorkomen dat planningscapaciteiten langer dan drie jaar onnodig worden geblokkeerd. De planningsvergunning kan met hoogstens één jaar worden verlengd, op voorwaarde dat daartoe een met redenen omklede aanvraag wordt ingediend.

De exploitatievergunning wordt toegekend voordat het aanbod in exploitatie wordt genomen. In de regel wordt ze toegekend voor onbepaalde duur. Ze moet voorafgegaan worden door een planningsvergunning.

Paragraaf 2 bepaalt dat de dienstverrichter een nieuwe aanvraag moet indienen, als de eventueel tijdelijke vergunning verstreken is en als vastgesteld wordt dat de vergunningsgegevens veranderd zijn en aangepast moeten worden. Als een dienstverrichter al een vergunning heeft, ontslaat hem dat niet van de verplichting om een aanvullende vergunning aan te vragen, als hij een aanvullend aanbod wil verrichten.

Tot slot bevat paragraaf 3 een aantal machtigingen aan de Regering met het oog op de uitvoering van het artikel.

Artikel 33

In dit artikel staat dat de urencontingenten en de ondersteuningscapaciteit voor een bepaalde dienstverrichter en voor een bepaalde vestigingsplaats toegekend worden en in de regel niet overgedragen of verkocht mogen worden. Dat is nodig, enerzijds om aan de programmatievoorschriften en de geografische spreiding van het aanbod te voldoen en anderzijds om, in geval van een overname op dezelfde vestigingsplaats, het behoud van de vergunningsvoorwaarden onder de nieuwe aanbieder te kunnen controleren.

Als de oorspronkelijke voorziening verbouwd wordt, kunnen capaciteiten tijdelijk op een andere vestigingsplaats overgenomen worden. In dat geval hoeft geen nieuwe vergunningsaanvraag te worden ingediend, voor zover de ondersteuningscapaciteit van de nieuwe vestigingsplaats niet gewijzigd wordt. Het moet ook mogelijk zijn om een hogere ondersteuningscapaciteit over te nemen dan die waarvoor een vergunning werd afgegeven, maar dan alleen voor de duur van de werkzaamheden. Na de verbouwing keert de oorspronkelijk overgedragen ondersteuningscapaciteit terug naar de oorspronkelijke voorziening.

Artikel 34

De exploitatievergunning wordt toegekend voordat het aanbod in exploitatie wordt genomen. Om de exploitatievergunning te behouden, moeten alle vergunningsplichtige dienstverrichters aan de volgende criteria voldoen:

- de ondersteuningscapaciteit en de urencontingenten naleven;

- de personeelsnormen vervullen;
- hygiënenormen en verpleegkundige normen naleven;
- normen inzake maaltijden en evenwichtige voeding;
- de zorgcontinuïteit;
- de kwaliteitsnormen inzake de dienstverleningsprincipes vermeld in artikel 5 naleven;
- de opdrachten bepaald overeenkomstig hoofdstuk 2 daadwerkelijk vervullen.

De Regering kan de verplichtingen nog nader preciseren en kan nog andere verplichtingen voor het behoud van de vergunning opleggen.

Ook die voorwaarden stemmen overeen met de voorwaarden die al werden vastgelegd in het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen en in het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten. Nieuw is echter de verwijzing naar de dienstverleningsprincipes en het werkelijk vervullen van de vastgelegde opdrachten. Zo wordt rekening gehouden met de nieuwe oriëntering van dit decreet, namelijk het zich richten naar de behoeften en de rechten van de ouderen en van de personen met ondersteuningsbehoefte. De normen die in de vorige decreten en besluiten geformuleerd werden, worden op basis van de dienstverleningsprincipes nieuw ingedeeld. De dienstverrichters zullen hun werk moeten overdenken.

Artikel 35

Dienstverrichters die een vergunning voor een aanbod hebben gekregen, krijgen een desbetreffende subsidiëring overeenkomstig hoofdstuk 4.

Serviceflats worden niet gesubsidieerd. Dat is niets nieuws ten opzichte van de bestaande wetgeving.

Artikel 36

Dit artikel beschrijft de procedure voor de schorsing en intrekking van de vergunning wanneer één of meer voorwaarden die aan de vergunning ten grondslag liggen, niet vervuld worden.

Luidens paragraaf 1 maant de Regering de dienstverrichter aan om zijn verplichtingen na te komen. Indien de dienstverrichter die aanmaning naast zich neerlegt, heeft de Regering drie mogelijkheden:

1. ze schorst de vergunning en/of ze trekt de vergunning in;
2. ze schorst de vergunning van de dienstverrichter gedeeltelijk en/of trekt die vergunning gedeeltelijk in;
3. ze trekt de financiering van de dienstverrichter geheel of gedeeltelijk in.

Het verminderen van de financiering kan met de twee andere maatregelen gecombineerd worden.

Paragraaf 1, vierde lid, bepaalt dat de schorsing of intrekking van de vergunning, in geval van niet-naleving van de bouwnormen en de veiligheidsmaatregelen, ook alleen voor delen van de ondersteuningscapaciteit van de woonzorgcentra kan worden uitgesproken. Dat zou tot gevolg hebben dat de bewoners van die kamers zouden moeten verhuizen naar andere kamers en dat er in die kamers geen nieuwe bewoners kunnen worden ondergebracht.

Luidens paragraaf 2 leidt de gedeeltelijke schorsing, de schorsing of de intrekkingprocedure tot een opnamestop. Die maatregel heeft tot doel andere ouderen met ondersteuningsbehoefte of andere personen met ondersteuningsbehoefte te beschermen tegen de gevolgen van de niet-naleving van de vergunningsverplichtingen. Bij een gedeeltelijke schorsing, respectievelijk bij een gedeeltelijke intrekking, zijn alleen de betrokken ondersteuningscapaciteiten, respectievelijk de betrokken kamers betroffen. In dat geval kan de dienstverrichter zijn aanbod blijven verstrekken, maar alleen nog in het kader van zijn teruggeschroefde vergunning.

De dienstverrichter moet de Dienst voor zelfbeschikkend leven en de bewoners meedelen waarom de vergunning geschorst of ingetrokken werd. De informatie van de bewoners is deel van het dienstverleningsprincipe dat het recht op informatie bepaalt. Zo wordt de zelfbeschikking van de bewoners gesterkt. De oudere kan met kennis van zaken een beslissing nemen en eventueel meteen andere oplossingen zoeken, in voorkomend geval met ondersteuning van de Dienst voor zelfbeschikkend leven. De Regering bepaalt de vorm, de inhoud en de procedure voor de kennisgeving van de informatie aan de bewoners.

Indien de vergunde capaciteit van een aanbod gedurende de vorige drie jaar niet bereikt werd, bepaalt paragraaf 3 dat de vergunde ondersteuningscapaciteit of de vergunde urencontingenten teruggeschroefd kunnen worden. Dit heeft tot doel die niet-benutte ondersteuningscapaciteit of de urencontingenten weer in de programmatie op te nemen en eventueel ter beschikking te stellen van een andere dienstverrichter.

De Regering bepaalt de procedure en de nadere regels voor de procentuele intrekking van de ondersteuningscapaciteit.

Artikel 37

Dit artikel bepaalt dat de intrekking van de vergunning tot gevolg heeft dat het aanbod gesloten wordt. De Regering bepaalt de daarmee samenhangende procedure.

Artikel 38

In dit artikel wordt erop gewezen dat de dienstverrichter, als een woonzorgcentrum voor ouderen gesloten wordt, een nieuw verblijf voor de bewoners moet vinden binnen een door de Regering bepaalde termijn. De dienstverrichter moet vanaf de kennisgeving gevolg geven aan de verplichting.

Bij wijze van overgangsregeling kan de dringende sluiting om redenen van volksgezondheid uitgesproken worden tot de gebreken of gevaren verholpen zijn.

De Regering bepaalt de procedure voor de sluiting of de beëindiging van het aanbod.

Artikel 39

In dit artikel staat dat een vrijwillige stopzetting van het aanbod een sluiting tot gevolg heeft.

Indien een vergunningsplichtig aanbod zonder de daartoe noodzakelijke vergunning aangeboden wordt, sluit de Regering dat aanbod.

De Regering bepaalt de daarmee samenhangende procedure.

Artikel 40

In dit artikel wordt op het toepassingsgebied van de procedure voor vrijwillige erkenning gewezen. Die procedure kan worden toegepast voor diensten die ook via de vrije mededinging kunnen worden aangeboden. Indien de dienstverrichter gesubsidieerd wil worden, kan hij een erkenningsprocedure starten.

Artikel 41

In dit artikel staat dat bepaalde dienstverrichters een erkenning op vrijwillige basis kunnen aanvragen en dat ze een financiering overeenkomstig hoofdstuk 4 krijgen, nadat de erkenning is toegekend.

Artikel 42

Dit artikel bevat de erkenningsvoorwaarden. Ze stemmen overeen met de vergunningsvoorwaarden van de verplichte procedure. Het enige verschil met de verplichte vergunning is dat de dienstverrichters geen afzonderlijke planningsvergunning en exploitatievergunning ontvangen, aangezien die vergunningen de eigenlijke uitoefening van de diensten beogen. De vrijwillige erkenning heeft daarentegen alleen tot doel veilig te stellen dat dezelfde kwaliteit als in het kader van de verplichte vergunning wordt geboden en dat als tegenprestatie een financiering kan worden toegekend.

Artikel 43

Dit artikel bepaalt de procedure. Het gaat daarbij *mutatis mutandis* om dezelfde procedure als bij de verplichte vergunning.

Artikel 44

Volgens dit artikel is de erkenning niet overdraagbaar, tenzij de Regering dit op verzoek en in bijzonder gerechtvaardigde uitzonderingsgevallen uitdrukkelijk toestaat.

Artikel 45

Dit artikel beschrijft de verplichtingen die moeten worden nagekomen om de erkenning te mogen behouden. Ze hebben betrekking op de erkenningsbepalingen van artikel 42 en op de bepalingen van artikel 34, met uitzondering van de bepaling vervat in het eerste lid, 5°.

Artikel 46

Dit artikel bepaalt dat de Regering de erkenning schorst of intrekt als de erkenningsbepalingen niet worden nageleefd. De Regering legt de desbetreffende procedure vast.

Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure krijgt de dienstverrichter geen of geen volledige financiering overeenkomstig hoofdstuk 4.

Artikel 47

Dit artikel bepaalt de rechtsgrondslag voor de subsidiëring van de dienstverrichters die activiteiten van de personenondersteuning en gemeenschappelijke wooninitiatieven aanbieden. De subsidiëring wordt geregeld via een overeenkomst. Er is geen vergunning vereist. Wel moeten de in de overeenkomst bepaalde taken, kwaliteitsnormen en criteria

worden vervuld. De financiering geschiedt binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen.

Artikel 48

In dit artikel wordt erop gewezen dat een vergunning of erkenning noodzakelijk is om een financiering te krijgen. Bij het vastleggen van het bedrag van de subsidie wordt rekening gehouden met de geschatte inkomsten van de dienstverrichter. De subsidiëring is slechts een bestanddeel van de financiering van het aanbod aan diensten. Een ander bestanddeel van de financiering zijn de financiële bijdragen die de personen met ondersteuningsbehoefte en de ouderen met ondersteuningsbehoefte betalen onder de voorwaarden gesteld in onderafdeling 2.

Aanbieders van serviceflats kunnen een financiële bijdrage - in dit geval huurgeld - krijgen, maar geen subsidie. Die bepaling stond al in het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen.

Artikel 49

Dit artikel bepaalt de verschillende vormen van de financiële bijdragen van de persoon met ondersteuningsbehoefte of van de oudere met ondersteuningsbehoefte. Voor het hier bepaalde aanbod aan diensten die zonder erkenning kunnen worden aangeboden (vrijwillige erkenning), kunnen de dienstverrichters - los van die raamvoorwaarden - bijdragen eisen, voor zover ze geen erkenning gekregen hebben. Als ze wel een vergunning of erkenning gekregen hebben, moeten ze daarentegen de voorschriften van dit artikel naleven.

Voor de gezins- en ouderenhulp en de sociale huishoudelijke hulp wordt de financiële bijdrage, met inachtneming van het gezinsinkomen, vastgelegd in de vorm van uurtarieven. De Regering heeft die uurtarieven in het verleden per omzendbrief vastgelegd. Met dit artikel blijft de Regering zowel de berekeningsregels, de bijdragetarieven en de voorwaarden, alsook de nadere regels voor de verhoging van die bijdragetarieven bepalen. Ter bescherming van de persoon bepaalt de Regering de bijdragen en de voorwaarden ter verhoging van die bijdragen.

Voor de ziekenoppas worden, los van het gezinsinkomen, financiële bijdragen in de vorm van uurtarieven vastgesteld.

Een tweede vorm van financiële bijdragen zijn de zogenaamde bewonersprijzen of dagprijzen die berekend worden als men een beroep doet op het residentiële en transmurale aanbod.

De Regering bepaalt voor het residentiële aanbod de regeling en nadere regels voor het vaststellen van de instapprijs en de voorwaarden en nadere regels voor het verhogen van de financiële bijdragen.

Die bepalingen zijn vastgelegd in het ministerieel besluit van 12 augustus 2005 houdende bijzondere bepalingen inzake prijzen voor de sector van de instellingen voor bejaardenopvang. Die bevoegdheid werd in het kader van de zesde staatshervorming op 1 januari 2016 overgenomen. In het besluit van de Regering van 26 februari 1997 over de erkenningsvoorwaarden voor woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, bijlage D, worden de minimumprestaties vastgesteld die met die financiële bijdrage gedekt moeten worden.

De Regering legt ook de dagprijs van het transmurale aanbod vast.

Het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg kan geen financiële bijdrage vragen.

Artikel 50

Dit artikel beschrijft de grondslagen voor de financiering van het aanbod van de gezins- en ouderenhulp, de ziekenoppas, de sociale huishoudelijke hulp en de begeleide woongemeenschappen door middel van uurforfaits en/of forfaitaire bedragen. De grondslagen zijn ontleend aan het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten. Daarbij komt nog het aanbod van de begeleide woongemeenschap. Voor dat aanbod wordt een gerechtvaardigd aantal uren voor de begeleiding vastgesteld, afhankelijk van de doelgroep en de ondersteuningsbehoefte. De financiering geschiedt binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen.

Artikel 51

Dit artikel beschrijft de subsidiëring van het aanbod vermeld in artikel 50.

De subsidie wordt berekend door de jaarlijks toegestane urencontingenten te vermenigvuldigen met het urenforfait.

Het forfaitaire bedrag kan betrekking hebben op alle kosten van de dienstverrichter of op bepaalde personeels- en/of werkingskosten van de dienstverrichter. De vastgelegde uren voor de begeleiding in de woongemeenschappen worden *forfaitair* gesubsidieerd.

De subsidie, die in de vorm van urencontingenten wordt toegekend, kan alleen betaald worden, als de diensten in het Duitse taalgebied verricht werden. Die regeling geldt niet voor het residentiële en transmurale aanbod, aangezien deze hun diensten per definitie in het Duitse taalgebied verrichten. De betrokken dienstverrichters van de thuisondersteuning staat het bijgevolg vrij diensten te verrichten buiten het Duitse taalgebied, maar in dat geval vallen ze onder eventuele erkenningsvoorwaarden of andere uitoefeningsvoorwaarden van de Staat of deelstaat waar de diensten verricht worden en ontvangen ze geen subsidie van de Duitstalige Gemeenschap in het kader van de urencontingenten.

Als de verrichte uren de toegestane urencontingenten niet dekken of als de dienstverrichters de forfaitaire bedragen niet kunnen bewijzen, wordt de subsidie in het daaropvolgende jaar overeenkomstig de niet-bewezen bedragen of overeenkomstig de vermenigvuldiging van de urenforfaits verrekend met de niet-verrichte uren.

De Regering wordt gemachtigd om de nadere toepassingsregels te preciseren.

Artikel 52

Dit artikel beschrijft de financiering van het transmurale aanbod door middel van een begeleidingsforfait, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen.

Artikel 53

Dit artikel bepaalt de subsidiëring van het transmurale aanbod. Daartoe bepaalt de Regering de aanwezigheidsdagen. Die aanwezigheidsdagen stemmen overeen met de capaciteit, vermenigvuldigd met de jaarlijkse openingsdagen van het aanbod. Er worden verschil-

lende ondersteuningscapaciteiten vastgelegd, naargelang van de ondersteuningscategorie.

De Regering bepaalt het bedrag van het begeleidingsforfait; dat bedrag is afhankelijk van de verstrekte dienst en de zorgcategorie.

De subsidiëring geschiedt door de jaarlijkse aanwezigheidsdagen te vermenigvuldigen met de begeleidingsforfaits.

Indien een dienstverrichter de overeengekomen aanwezigheidsdagen niet bereikt, wordt de subsidie van het daaropvolgende kalenderjaar verrekend overeenkomstig het bedrag dat berekend wordt door de ontbrekende aanwezigheidsdagen te vermenigvuldigen met het begeleidingsforfait.

Artikel 54

In dit artikel staat dat de dienstverrichters van de kortverblijven, van de kortverblijven met focus op revalidatie en van de woonzorgcentra voor ouderen in aanmerking komen voor subsidiëring, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen. Die subsidiëring bestaat uit de volgende elementen:

- een bewonersgerichte subsidiëring;
- een personeelsgerichte subsidiëring;
- een vaste subsidiëring voor mobiliteitshulpmiddelen.

De totale subsidie wordt berekend aan de hand van de volgende formule:

$$((TP * P) + (TG * G) + (TKA * KA)) + Z + M$$

TP = dagsubsidie voor de plaatsen die ter beschikking staan van ouderen met extra zorgbehoefte;

P = jaarlijkse aanwezigheidsdagen, berekend door het aantal plaatsen voor ouderen met extra zorgbehoefte te vermenigvuldigen met de jaarlijkse openingsdagen van de voorziening (aantal plaatsen = 82% van de ondersteuningscapaciteit van een woonzorgcentrum voor ouderen, mathematisch afgerond);

TG = dagsubsidie voor de plaatsen die ter beschikking staan van ouderen met geringe zorgbehoefte;

G = jaarlijkse aanwezigheidsdagen, berekend door het aantal plaatsen voor ouderen met geringe zorgbehoefte te vermenigvuldigen met de jaarlijkse openingsdagen van de voorziening (aantal plaatsen = 13 % van de ondersteuningscapaciteit van een woonzorgcentrum voor ouderen, mathematisch afgerond);

TKA = dagsubsidie voor de kortverblijven, onafhankelijk van de zorgcategorie van de oudere;

KA = jaarlijkse aanwezigheidsdagen, berekend door het aantal plaatsen voor kortverblijven te vermenigvuldigen met de jaarlijkse openingsdagen van de voorziening (aantal plaatsen = 5% van de ondersteuningscapaciteit van een woonzorgcentrum voor ouderen, mathematisch afgerond);

Z = personeelsgerichte subsidies;

M= forfaitaire subsidie voor de mobiliteitshulpmiddelen, berekend per plaats.

$((TP * P) + (TG * G) + (TKA * KA)) + Z$ = stemt overeen met de subsidie die op het tijdstip van de uitwerking van dit ontwerp van decreet door het RIZIV werd uitbetaald en die tot de zesde staatshervorming op basis van de financieringsbasis van het RIZIV berekend werd.

De subsidie voor standaardhulpmiddelen, gedefinieerd in het besluit van de Regering van 20 juni 2017 betreffende mobiliteitshulpmiddelen, zal uitbetaald worden bovenop de

RIZIV-subsidiëring voor de woonzorgcentra voor ouderen die van toepassing is op het tijdstip van de opmaak van dit ontwerp van decreet.

Artikel 55

Dit artikel bepaalt de bestanddelen van de bewonersgerichte subsidiëring. Het gaat hierbij om:

- 1° een basissubsidie; afhankelijk van de naleving van kwaliteitsnormen;
- 2° een subsidie voor gespecialiseerd en bijzonder aanbod; afhankelijk van goedgekeurde en in de praktijk gebrachte concepten;
- 3° een forfait voor de werkingskosten dat voorschriften betreffende het administratief personeel en forfaits voor materiaal omvat.

De bewonersgerichte subsidiëring wordt berekend aan de hand van de volgende formule:

$$(TP * P) + (TG * G) + (TKA * KA)$$

TP = dagsubsidie voor de plaatsen die ter beschikking staan van ouderen aan wie de categorie 'extra ondersteuning' werd toegewezen;

P = jaarlijkse aanwezigheidsdagen, berekend door het aantal plaatsen voor ouderen met extra zorgbehoefte te vermenigvuldigen met de jaarlijkse openingsdagen van de voorziening (aantal plaatsen = 82% van de ondersteuningscapaciteit van een woonzorgcentrum voor ouderen, mathematisch afgerond);

TG = dagsubsidie voor de plaatsen die ter beschikking staan van ouderen aan wie de categorie 'geringe ondersteuning' werd toegewezen;

G = jaarlijkse aanwezigheidsdagen, berekend door het aantal plaatsen voor ouderen met geringe zorgbehoefte te vermenigvuldigen met de jaarlijkse openingsdagen van de voorziening (aantal plaatsen = 13 % van de ondersteuningscapaciteit van een woonzorgcentrum voor ouderen, mathematisch afgerond);

TKA = dagsubsidie voor de kortverblijven, onafhankelijk van de ondersteuningscategorie van de oudere;

KA = jaarlijkse aanwezigheidsdagen, berekend door het aantal plaatsen voor kortverblijven te vermenigvuldigen met de jaarlijkse openingsdagen van de voorziening (aantal plaatsen = 5% van de ondersteuningscapaciteit van een woonzorgcentrum voor ouderen, mathematisch afgerond).

Een bezettingsgraad van 97% stemt overeen met een volledige bezettingsgraad.

Indien een dienstverrichter geen volledige bezettingsgraad bereikt, wordt de subsidie in het daaropvolgende jaar verrekend overeenkomstig het bedrag dat berekend wordt door de ontbrekende aanwezigheidsdagen (per ondersteuningscategorie) te vermenigvuldigen met het desbetreffende dagforfait.

Voor de toepassing van dit artikel bepaalt de Regering:

- 1° het bedrag van het dagforfait per ondersteuningscategorie en dagforfait voor de kortverblijven;
- 2° de vorm en de inhoud van de concepten vermeld in § 2, derde lid, om de kwaliteit van het aanbod te verbeteren en een bijzonder aanbod aan diensten op te richten;
- 3° de voorschriften voor het administratief personeel vermeld in § 2, vierde lid;
- 4° de procedure voor de aanvraag en de uitbetaling van de subsidie;
- 5° in voorkomend geval nog andere berekeningscriteria;
- 6° in voorkomend geval nog andere subsidiecategorieën.

Artikel 56

Dit artikel bepaalt de bestanddelen van de personeelsgerichte subsidiëring. Ze omvat de volgende elementen:

1° de voorschriften betreffende de bijzondere beroepsbekwaamheden vervat in het koninklijk besluit van 28 december 2011 betreffende uitvoering van het attractiviteitsplan voor het verpleegkundig beroep, in bepaalde federale gezondheidssectoren, wat betreft de premies voor de titels en bijzondere beroepsbekwaamheden en ongemakkelijke prestaties;

2° de eindeloopbaanmaatregelen, bepaald in het koninklijk besluit van 15 september 2006 op het tijdstip van de opmaak van het ontwerp van decreet.

3° de maatregelen bepaald in het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid".

De voorwaarden voor de financiering van de bijzondere beroepsbekwaamheid en de eindeloopbaan worden zonder wijzigingen overgenomen, zowel als verworven rechten voor het bestaande personeel alsook voor personeelsleden die in de toekomst in aanmerking komen voor die aanvullende financiering of voor die werktijdvermindering in het kader van de personeelsnormen van de woonzorgcentra voor ouderen.

Artikel 57

In dit artikel staat dat de in artikel 24 vermelde woonzorgcentra voor ouderen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, per vergunde plaats een jaarlijkse forfaitaire subsidie voor standaardhulpmiddelen krijgen. Die subsidie wordt uitbetaald binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen.

De Regering heeft de nadere regels en het bedrag van de subsidie bepaald in het besluit van 20 juni 2017 betreffende de mobiliteitshulpmiddelen.

Artikel 58

Dit artikel bepaalt de subsidiëring van het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg. Ze wordt uitbetaald in de vorm van een forfaitair bedrag.

Artikel 59

Het forfaitaire bedrag dat jaarlijks door de Regering wordt bepaald, kan betrekking hebben op alle kosten van de dienstverrichter of op bepaalde personeelskosten en/of werkingskosten van de dienstverrichter. Het is afhankelijk van het vervullen van de gemeenschappelijk vastgelegde taken en diensten.

Indien de dienstverrichter de kosten niet kan bewijzen, wordt het niet-bewezen bedrag in het daaropvolgende jaar verrekend met de forfaitaire subsidie.

Artikel 60

Dit artikel biedt de mogelijkheid om een subsidiëring te regelen via een beheerscontract tussen de Regering en een dienstverrichter overeenkomstig artikel 205 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap. Het beheerscontract bevat ook een taakomschrijving.

Voordat het beheerscontract wordt ondertekend, moet het ter goedkeuring worden voorgelegd aan het Parlement.

Artikel 61

Dit artikel legt een link met het adviesattest bepaald in artikel 15 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven. In dat artikel 15 staat dat de oudere met ondersteuningsbehoefte en de persoon met ondersteuningsbehoefte een adviesattest moeten voorleggen als hij zijn intrek wil nemen in een woonzorgcentrum voor ouderen of een beroep wil doen op een kortverblijf of op gezinshulp. Er worden in dat verband ook uitzonderingen vastgelegd. De wijzigingsbepaling die met de invoering van het adviesattest in het decreet tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven werd opgenomen in het decreet betreffende de huishulpdienst en in het decreet betreffende de woonstructuren, wordt overgenomen in dit ontwerp van decreet. Dit artikel voorziet in een terugvordering van de subsidiëring als het adviesattest ontbreekt.

Artikel 62

Dit artikel biedt de Regering de mogelijkheid om een proefproject te ondersteunen voor een periode die beperkt is tot hoogstens drie jaar.

De voorwaarden van het project met innovatief en experimenteel karakter worden in een overeenkomst vastgelegd. Aan de hand van een evaluatie die is ingediend door de projectaanbieder en aan de hand van een verslag van het bevoegde departement beslist de Regering over de voortzetting van het aanbod, over de voorwaarden waaronder het aanbod voortgezet wordt en over een mogelijke recurrente financiering en de grondslagen ervan. Voor nadere toelichting over die vorm van ondersteuning wordt verwezen naar de opmerkingen bij het advies van de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

Artikel 63

Dit artikel beschrijft de doelen van de netwerkvorming in de woonzorgzones. De netwerkvorming heeft voornamelijk tot doel de samenwerking tussen de dienstverrichters te optimaliseren, de overgang tussen de dienstverstrekkingsvlot te laten verlopen, relevante informatie te delen en/of het gebruik van het Bel Rai-instrument te optimaliseren. Een ander doel is de uitwerking van gemeenschappelijke proefprojecten. Het welzijn van de oudere met ondersteuningsbehoefte en van de persoon met ondersteuningsbehoefte staat daarbij altijd centraal. Niet alleen de in dit decreet vermelde dienstverrichters nemen aan die netwerkvorming deel: ook andere actoren die actief zijn in de personenondersteuning kunnen meewerken.

Artikel 64

Dit artikel bepaalt dat elke gemeente een gemeentelijke adviescommissie ter behartiging van de belangen van ouderen instelt en het huishoudelijk reglement van die adviescommissie vastlegt. Deze bepaling is ontleend aan het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen. Alleen de naam werd aangepast om de adviescommissie nauwkeuriger te omschrijven. Het woord "lokaal" werd vervangen door "gemeentelijk" en zo heet de adviescommissie nu "Gemeentelijke adviescommissie ter behartiging van de belangen van ouderen (KBSI)" in plaats van "lokale commissie ter behartiging van de belangen van bejaarden (LGSi)".

Artikel 65

Dit artikel neemt de samenstelling van de LBSI over die werd vastgelegd in het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen. Alleen de formulering werd aan de definities van dit ontwerp van decreet aangepast.

Artikel 66

Dit artikel bepaalt dat het voorzitterschap uitgeoefend wordt door een vertegenwoordiger van de gemeente. Het secretariaat wordt verzorgd door een personeelslid van de gemeentediensten. De Regering kan nog andere werkwijzen nader bepalen. Ook die bepaling is ontleend aan het decreet van 4 juni 2007.

Artikel 67

In dit artikel worden de taken van de KBSI gepreciseerd. Op basis van de taken vervat in dit ontwerp van decreet kan de KBSI advies geven over de demografische ontwikkelingen én over de uitbreiding van het aanbod.

Artikel 68

De adviescommissie voor de personenondersteuning stemt overeen met de adviescommissie opgericht bij het decreet van 20 oktober 1997 houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en van een Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp.

De adviescommissie is een adviesorgaan van de Regering.

Artikel 69

Dit artikel stemt overeen met de taken van de vorige adviescommissie. Nieuw is dat het Parlement een advies kan aanvragen.

Artikel 70

In paragraaf 1 wordt de samenstelling van de adviescommissie voor de personenondersteuning bepaald. De bepalingen nemen de samenstelling uit de vorige wetgeving over. De adviescommissie telt wel één lid meer. De uitbreiding stemt overeen met de toename en de in dit decreet beschreven diversiteit van het ondersteuningsaanbod.

De adviescommissie telt ook twee ouderen. Zo krijgen de betrokken ouderen een grotere en meer rechtstreekse inspraak.

De paragrafen 2 tot 4 stemmen overeen met de vorige voorschriften van het decreet van 20 oktober 1997 houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en van een Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp.

Artikel 71

Dit artikel stemt overeen met de vorige voorschriften van het decreet van 20 oktober 1997 houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en van een Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp. De paragrafen zijn anders ingedeeld.

Artikel 74

Dit artikel betreft alle dienstverrichters en hun medewerkers, alsook alle andere personen die bij de uitvoering van dit decreet betrokken zijn. Dit zijn zowel de afzonderlijke leden van de KBSI, van de adviescommissie en van de netwerken, alsook de inspecteurs, de externe deskundigen en de personen die belast zijn met de controle van de bepalingen van de overeenkomsten met de afzonderlijke dienstverrichters.

Door de algemene vertrouwelijkheidsbepaling wordt geen beroepsgeheim in juridische zin opgelegd. Het ontwerp van decreet voorziet immers niet in strafrechtelijke sancties bij eventuele overtredingen van het onderhavige artikel.

"Onverminderd bijzondere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen" betekent dat die vertrouwensclausule de doorgifte van de gegevens niet in de weg mag staan in gevallen waarin die doorgifte wettelijk bepaald is of noodzakelijk is om het onderhavige ontwerp van decreet uit te voeren. Zoals ook in artikel 80 wordt vermeld, blijven eventueel toepasselijke bepalingen betreffende het beroepsgeheim onverlet.

Die algemene verplichting wordt door artikel 79 versterkt.

Artikel 75

Onverminderd artikel 76 zijn de dienstverrichters die een vergunning of een erkenning hebben, in het kader van hun opdrachten verantwoordelijk voor de verwerking van persoonsgegevens.

Ook de gegevens over de personeelsleden van de dienstverrichters, bijvoorbeeld voor de uitbetaling van de personeelsgerichte subsidiëring of voor de naleving van de personeelsnormen, vallen onder de voorschriften van dit artikel. De Regering zal die gegevens verwerken en wordt in het kader daarvan als verantwoordelijke in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming beschouwd.

Het tweede lid biedt de dienstverrichters en de Regering de mogelijkheid om persoonsgegevens te verwerken met het oog op de uitvoering van hun wettelijke en decretale opdrachten, in het bijzonder voor de uitvoering van de in hoofdstuk 2 bepaalde diensten van elk aanbod afzonderlijk, de subsidiëring bepaald in hoofdstuk 4 en de controle bepaald in hoofdstuk 11. Ze mogen deze gegevens niet voor andere doeleinden verwerken.

Luidens het derde lid geschiedt de verwerking van persoonsgegevens vanzelfsprekend met inachtneming van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Artikel 76

In het bijzonder voor de gezondheidsgegevens geldt dat het medisch geheim en de wet betreffende de rechten van de patiënt van toepassing zijn. In principe is de verwerking van medische gegevens krachtens artikel 7, § 1, van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens verboden. Artikel 7, § 2, van die wet voorziet echter in een aantal uitzonderingen op die regel. In het kader van dit ontwerp van decreet lijkt het belangrijk om medische gegevens te kunnen verwerken, aangezien de dienstverrichters hun opdrachten anders niet kunnen uitvoeren. Bijgevolg is dit artikel van het ontwerp van decreet in overeenstemming met de uitzondering bepaald in artikel 7, § 2, c), van de wet van 8 december 1992.

Artikel 77

Het is weliswaar niet de taak van de decreetgever de te verzamelen en te verwerken gegevens uitvoerig te beschrijven, maar het is toch op zijn minst zijn taak te vermelden welke categorieën van gegevens de dienstverrichters en de Regering voortaan zullen verwerken. Bedoeling is een transparante en voorzienbare basis voor die gegevenscategorieën te maken. De precieze indeling moet door de Regering worden opgemaakt.

Artikel 78

Dit artikel regelt de duur van de verwerkbaarheid van de verzamelde gegevens.

Artikel 79

Krachtens dit artikel kan de Regering een klachtendienst bepalen voor het geval dat de klacht niet tussen de dienstverrichter zelf en de persoon of diens vertegenwoordiger kon worden opgelost.

De Regering heeft de mogelijkheid om de nadere regels te bepalen.

Artikel 80

Dit artikel bevat de bepalingen betreffende de controle van de dienstverrichters die werkzaam zijn in de personenondersteuning. Aangezien zorgbehoevende ouderen (zie Europees charter) immers bijzonder kwetsbaar zijn en dus bijzondere bescherming nodig hebben, is het noodzakelijk de dienstverrichters enerzijds a priori te controleren (via de voorafgaande vergunning) en anderzijds ook a posteriori te controleren, met de daarbij horende handelingsmogelijkheden.

Bijgevolg bepaalt dit artikel, zoals reeds het geval was in de decreten van 4 juni 2007 en 16 februari 2009, dat de Regering inspecteurs aanwijst en hen handelingsmogelijkheden geeft om de aan hen toevertrouwde taken zo efficiënt mogelijk te kunnen uitvoeren. Zo nodig kunnen ze ook een beroep doen op de steun van vertegenwoordigers van het openbaar gezag. De inspecteurs mogen alle onderzoeken, controles en opsporingen uitvoeren en alle inlichtingen verzamelen die zij noodzakelijk achten om zich ervan te vergewissen dat de personenondersteuning in de beste omstandigheden plaatsvindt en dat de bepalingen van dit decreet en van de uitvoeringsbesluiten ervan nageleefd worden.

Aan twee situaties wordt bijzondere aandacht besteed: enerzijds het inzien van de woning, met inbegrip van de persoonlijke ruimten (in tegenstelling tot de gemeenschappelijke ruimten) die de ouderen in de woonstructuren ter beschikking gesteld worden en anderzijds het onaangekondigd onderzoeken van de ruimten, zonder dat daarbij een vertegenwoordiger van de dienstverrichter aanwezig is. In het eerste geval - dat problematisch zou kunnen zijn, omdat sprake zou kunnen zijn van een inbreuk op de privacy - is de instemming van de meerderjarige bewoner vereist; in het tweede geval moet de dienstverrichter onmiddellijk na het onderzoek feedback krijgen.

Tegelijk kan een link gelegd worden met 'hoofdstuk 9 - Vertrouwelijkheid en bescherming van persoonsgegevens'. De inspecteurs zijn onderworpen aan de voorschriften van de artikelen 74 tot 78.

Externe deskundigen in begeleiding van de inspecteurs kunnen, zo nodig, dezelfde bevoegdheden van de Regering krijgen.

Tot slot wordt in paragraaf 3 gepreciseerd onder welke wettelijke voorwaarden de aanwending van de subsidies wordt gecontroleerd.

Door een financiering te krijgen, stemmen de dienstverrichters ermee in dat de aanwending van de subsidies gecontroleerd wordt. De gemeenschappen hebben een toezichtsplicht.

Artikel 81

Krachtens dit artikel zijn de dienstverrichters ertoe verplicht uiterlijk op 30 april een jaarlijks activiteitenverslag in te dienen, waarvan de structuur en de inhoud door de Regering worden bepaald. Die vorm van controle stemt overeen met een administratieve controle en in de regel krijgt de dienstverrichter in het kader van de bij de overeenkomsten opgerichte opvolgingscomités de mogelijkheid om dat verslag voor te stellen of toe te lichten of in een gesprek op vragen te antwoorden.

Paragraaf 2 bepaalt dat de dienstverrichter alle relevante informatie en statistische gegevens verzendt. Hier kan verwezen worden naar hoofdstuk 9, waarin uitdrukkelijk op de bescherming en de verwerking van persoonsgegevens wordt gewezen.

Artikel 82

In dit artikel wordt een strafbepaling voor de woonzorgcentra voor ouderen beschreven. De commissaris-afgevaardigde wordt door de Regering aangewezen als ernstige tekortkomingen worden vastgesteld. Hij heeft tot taak de leiding van het aanbod over te nemen, alle nodige stappen te ondernemen om de vastgestelde ernstige tekortkomingen binnen de gestelde termijn te verhelpen en bij de Regering verslag uit te brengen over de vooruitgang en de hindernissen. De commissaris-afgevaardigde is ten laste van de instelling. De Regering bepaalt de nadere regels en voorwaarden terzake, alsook de bevoegdheden en plichten van de commissaris-afgevaardigde.

Artikel 83

In dit artikel staat dat de niet-naleving van de bepaling van het decreet betreffende de vergunning, de intrekking van de vergunning en de belemmering van de inspecteurs strafrechtelijk vervolgd wordt.

Voor de niet-naleving van de aanwending van de subsidies zijn met toepassing van artikel 80, § 1, andere straffen bepaald in de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Artikel 84

Door de opheffing van het decreet van 4 juni 2007 en het decreet van 16 februari 2009 is een formele wijziging nodig in het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven. Via dit artikel wordt daarmee rekening gehouden.

Artikel 85

Bij dit artikel worden de bepalingen opgeheven die voor het ogenblik de grondslagen voor de personenondersteuning en de palliatieve zorg vormen.

Artikel 86

Dit artikel voorziet in een overgangsperiode. Ze moet ervoor zorgen dat de overstap naar de nieuwe regeling zo vlot mogelijk verloopt. Zonder overgangsbepalingen zouden alle erkenningen resp. vergunningen vervallen en zouden daarvoor nieuwe aanvragen moeten worden ingediend. Die situatie zou voor de ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte onhoudbaar en gevaarlijk zijn en zou het bestaan van de dienstverrichters en hun personeelsleden op losse schroeven zetten. Dit zou een onnodige administratieve rompslomp voor alle betrokkenen betekenen en zou met de beschikbare middelen niet beheersbaar zijn.

Artikel 87

Dit artikel bevat een overgangsbepaling voor de leden van de Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp.

Artikel 88

Dit artikel heeft tot gevolg dat het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen van toepassing blijft, maar dan alleen voor de psychiatrische verzorgingstehuizen.

Artikel 89

Dit ontwerp van decreet zou uiterlijk op 1 januari 2019 moeten treden. Op die datum eindigt de overgangsperiode voor de financiering en de normen van de woonzorgcentra voor ouderen die in het kader van de zesde staatshervorming werd vastgelegd.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Ontwerp van decreet betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Europese clause

Dit decreet voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de richtlijn 2006/123/EG van het Europees Parlement en de Raad van 12 december 2006 betreffende diensten op de interne markt.

Art. 2 – Toepassingsgebied

Dit decreet is van toepassing op alle dienstverrichters die werkzaam zijn op het gebied van personenondersteuning en die de in hoofdstuk 2 vermelde activiteiten van de personenondersteuning en van het georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten in de Duitstalige Gemeenschap aanbieden.

Art. 3 – Hoedanigheden

De verwijzingen naar personen in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 4 – Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° personenondersteuning: activiteiten van de personenondersteuning en georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten;

2° activiteiten van de personenondersteuning: laagdrempelig aanbod aan diensten die tot doel hebben het welzijn van de ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte in hun thuisomgeving te verhogen en bij te dragen tot sociale cohesie;

3° georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten: aanbod aan diensten van de thuisondersteuning, de woonstructuren en de palliatieve zorg die verricht worden door dienstverrichters;

4° thuisondersteuning: georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten die hoofdzakelijk thuis of, in geval van een aanbod aan diensten voor groepen, in een instelling aangeboden worden aan de oudere met ondersteuningsbehoefte of aan de persoon met ondersteuningsbehoefte. Die aangeboden diensten hebben tot doel ervoor te zorgen dat de oudere met ondersteuningsbehoefte en de persoon met ondersteuningsbehoefte zo lang mogelijk thuis kunnen blijven of zo snel mogelijk naar huis kunnen terugkeren;

5° woonstructuren: georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten die voornamelijk aan ouderen met ondersteuningsbehoefte een verblijfsmogelijkheid op lange termijn bieden en die erop gericht zijn de levenskwaliteit van de oudere met ondersteuningsbehoefte te behouden en/of te herstellen in een thuisvervangende omgeving;

6° palliatieve zorg: georganiseerd ondersteuningsaanbod dat alle zorg omvat die wordt verstrekt aan de patiënt die zich, ongeacht zijn levensverwachting, bevindt in een gevorderd of terminaal stadium van een ernstige evolutieve en levensbedreigende ziekte. Voor de begeleiding van deze patiënten wordt multidisciplinaire totaalzorg gewaarborgd op fysiek, psychisch, sociaal, moreel, existentieel en desgevallend spiritueel vlak. Palliatieve zorg biedt de zieke en zijn naasten een zo groot mogelijke levenskwaliteit en een maximale

autonomie. Palliatieve zorg is erop gericht de kwaliteit van het leven van de patiënt en zijn naasten en mantelzorgers voor een zo lang mogelijke periode te waarborgen en te optimaliseren.

7° aanbod aan diensten: diensten van de personenondersteuning die verricht worden door een dienstverrichter;

8° aanbod aan diensten voor groepen: aanbod aan diensten die op een welbepaalde vestigingsplaats ter beschikking staan van verscheidene personen tegelijk;

9° persoon met ondersteuningsbehoefte: de volgende natuurlijke personen die volgens de door de Regering vastgestelde criteria een ondersteuningsbehoefte hebben:

- a) kinderen en jongeren tussen 0 en 18 jaar;
- b) volwassenen tussen 18 jaar en de wettelijke pensioenleeftijd;
- c) referentiepersonen;

10° oudere: persoon die de wettelijke pensioenleeftijd overschreden heeft;

11° oudere met ondersteuningsbehoefte: oudere die volgens de door de Regering vastgestelde criteria een ondersteuningsbehoefte heeft;

12° bewoner: oudere aan wie een ondersteuningscategorie is toegewezen en die een beroep doet op de woonzorgcentra voor ouderen vermeld in artikel 24 en de kortverblijven vermeld in artikel 17;

13° dienstverrichter: natuurlijke persoon of rechtspersoon resp. vereniging zonder rechtspersoonlijkheid die in hoofdberoep, bijberoep of als vrijwilliger een aanbod van de personenondersteuning verricht;

14° vertegenwoordiger: één van de hierna volgende natuurlijke personen:

a) de wettelijke of door de rechter aangewezen vertegenwoordiger van de oudere of van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

b) de door de oudere of de persoon met ondersteuningsbehoefte notarieel aangewezen gevolmachtigde, met uitzondering van de personen die werken voor een dienstverrichter op wie de oudere of de persoon met ondersteuningsbehoefte een beroep doet;

15° referentiepersoon: persoon die niet-beroepshalve zorgt voor een oudere of een persoon met ondersteuningsbehoefte met wie hij een nauwe band heeft, los van de vraag of hij daarvoor vergoed wordt of niet. Als referentiepersonen gelden ook de mantelzorgers vermeld in de wet van 12 mei 2014 betreffende de erkenning van de mantelzorger die een persoon met een grote zorgbehoefte bijstaat;

16° transmuraal aanbod: het volgende aanbod aan diensten in één of meer gebouwen op één vestigingsplaats waarop slechts gedurende een aantal uren een beroep wordt gedaan:

- a) de dagopvang vermeld in artikel 13;
- b) de dagverzorging vermeld in artikel 14;
- c) de dagverzorging met focus op revalidatie vermeld in artikel 15;
- d) de nachtverzorging vermeld in artikel 16;

17° residentieel aanbod: volgend aanbod aan diensten in één of meer gebouwen op één vestigingsplaats waar men langere tijd kan verblijven:

- a) de kortverblijven vermeld in artikel 17;
- b) de kortverblijven met focus op revalidatie vermeld in artikel 18;
- c) de serviceflats vermeld in artikel 22;
- d) de begeleide woongemeenschappen voor ouderen vermeld in artikel 23;
- e) de woonzorgcentra voor ouderen vermeld in artikel 24;

18° contactverzorging: de begeleiding, hulp en verzorging die op betrouwbare wijze en zoveel mogelijk door dezelfde persoon worden verstrekt en vanuit een holistische mensvisie georganiseerd worden;

19° ondersteuningscapaciteit: het aantal vergunde plaatsen van een transmurale en/of residentiële voorziening;

20° urencontingenten: de diensturen die moeten worden verricht door de personeelsleden van de dienstverrichter. Ze kunnen betrekking hebben zowel op de diensturen die

verricht moeten worden bij de persoon met ondersteuningsbehoefte of oudere met ondersteuningsbehoefte, als op de niet-productieve te verrichten uren;

21° proefproject: bijzonder initiatief voor personenondersteuning dat gekenmerkt wordt door een tijdelijk, innovatief en experimenteel karakter;

22° ondersteuningscategorie: de zorgcategorie die werd toegewezen overeenkomstig artikel 16 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

23° dagforfait: de door de Regering bepaalde vaste subsidie per dag, per plaats van een residentiële voorziening;

24° begeleidingsforfait: de door de Regering bepaalde vaste subsidie per dag, per plaats van de transmurale voorzieningen;

25° uurforfait: het door de Regering bepaalde vaste uurtarief voor de subsidiëring van de urencontingenten;

26° programmatie: maximale ondersteuningscapaciteit en urencontingenten voor aanbod aan diensten in het Duitse taalgebied waarvoor een vergunning gegeven kan worden;

27° woonzorgzone: het door de Regering bepaalde gebied waarin een minimaal aantal aangeboden diensten van de personenondersteuning ter beschikking staat van de burgers, met inachtneming van de plaatselijke omstandigheden;

28° vestigingsplaats: alle gebouwen van een dienstverrichter waarin een aanbod wordt verstrekt en die in een omtrek van één kilometer liggen;

29° departement: het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dat bevoegd is voor Gezondheid en Ouderen;

30° KBSI: de gemeentelijke adviescommissies ter behartiging van de belangen van ouderen;

31° Dienst: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

32° verstrekkingen van gezondheidszorg: de diensten gedefinieerd in artikel 2 van de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen;

33° verpleegkundige activiteiten: de activiteiten gedefinieerd in artikel 46 van de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen; die activiteiten worden door verpleegkundigen verricht;

34° geriatrische revalidatie: de activiteiten gedefinieerd in artikel 43 van de gecoördineerde wet van 10 mei 2015 betreffende de uitoefening van de gezondheidszorgberoepen.

Art 5 – Voorwerp en doelstelling

Dit decreet:

1° beschrijft het aanbod aan diensten voor personenondersteuning;

2° bepaalt de voorwaarden voor de vergunning en erkenning van de dienstverrichters;

3° bepaalt de financiering van de dienstverrichters.

Het heeft tot doel de levenskwaliteit van de ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte te behouden en/of te verbeteren door:

1° de zelfhulpcompetentie en de referentiepersonen te sterken;

2° een aanbod aan verschillende en bijzondere ondersteuning te creëren;

3° de gezondheid te bevorderen en ziekten te voorkomen;

4° de netwerkvorming te bevorderen en de afspraken tussen de verschillende actoren binnen de woonzorgzone te ondersteunen, met als doel een zo goed mogelijke ondersteuning te bieden en de overgang van het ene naar het andere aanbod vlot te laten verlopen.

Art. 6 – Dienstverleningsprincipes

Bij de uitoefening van hun opdracht nemen de dienstverrichters de volgende rechten van de personen met ondersteuningsbehoefte en van de ouderen met ondersteuningsbehoefte in acht en leven ze, in het belang van de personen met ondersteuningsbehoefte en van de ouderen met ondersteuningsbehoefte, de volgende principes na:

- 1° het recht op waardigheid, fysiek en mentaal welzijn, vrijheid en veiligheid;
- 2° het recht op zelfbeschikking;
- 3° het recht op privacy;
- 4° het recht op zorg en begeleiding op maat die aan de geldende kwaliteitsnormen voldoet;
- 5° het recht op gepersonaliseerde informatie en gepersonaliseerd advies om een afgewogen beslissing te kunnen nemen;
- 6° het recht op communicatie en het recht om deel te nemen aan het maatschappelijk leven en aan culturele activiteiten;
- 7° het recht op vrijheid van meningsuiting, gedachtevrijheid en gewetensvrijheid, vrijheid van levensbeschouwing, cultuur en religie;
- 8° het recht op palliatieve zorg en het recht om waardig te sterven.

De dienstverrichters waarborgen in de uitoefening van hun opdracht dat het personeel:

- 1° de contactverzorging toepast;
- 2° de referentiepersonen bij de begeleiding van de ouderen ondersteunt en hen bij de begeleiding betreft;

De Regering bepaalt de verdere inhoud van de rechten en principes vermeld in het eerste en het tweede lid en bepaalt de nadere regels die de dienstverrichters in de uitoefening van hun opdracht moeten naleven.

Art. 7 – Vertegenwoordiger

Binnen de perken van de wettelijke bepalingen kan de vertegenwoordiger van de oudere en van de persoon met ondersteuningsbehoefte alle rechten en plichten van de oudere en van de persoon met ondersteuningsbehoefte die in dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan vermeld worden in diens naam en voor diens rekening waarnemen. Daarbij handelt hij uitsluitend in het belang van de oudere en van de persoon met ondersteuningsbehoefte.

HOOFDSTUK 2 – AANBOD AAN DIENSTEN VOOR PERSONENONDERSTEUNING

Afdeling 1 – Activiteiten van de personenondersteuning

Art. 8 – Laagdrempelig ondersteuningsaanbod

Het laagdrempelige ondersteuningsaanbod is een aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte dat minstens één van de volgende diensten omvat:

- 1° vervoersdiensten en eventueel aanvullende begeleiding aanbieden;
- 2° gezelschap houden;
- 3° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 4° mensen met dementie en de referentiepersonen begeleiden;
- 5° informatie- en bewustmakingsactiviteiten aanbieden;
- 6° voortgezette opleidingen aanbieden;
- 7° rouwbegeleidingsaanbod;
- 8° een bezoekdienst aanbieden.

Het laagdrempelige aanbod kan de vorm van een aanbod aan diensten voor groepen hebben.

De Regering kan nog andere diensten bepalen die in het kader van het laagdrempelige ondersteuningsaanbod verricht worden.

Art. 9 – Personenalarmdienst

De personenalarmdienst is een aanbod voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte in hun thuisomgeving en omvat volgende diensten:

1° een personenalarmsysteem aanbieden en onderhouden dat op zijn minst bestaat uit een alarmtoestel dat via een telefoonlijn, een mobiel netwerk of een internetlijn verbonden is met een mobiel zendertje;

2° verbinden met een telefonische alarmcentrale die 24 uur op 24 en 7 dagen op 7 met gespecialiseerd personeel bezet is;

3° in geval van een alarm: ofwel contact opnemen met vooraf bepaalde contactpersonen, ofwel - bij een medisch spoedgeval en/of afwezigheid van de contactpersonen - contact opnemen met de noodhulpdiensten.

Afdeling 2 – Georganiseerde personenondersteuning

Onderafdeling 1 – Aanbod aan diensten voor thuisondersteuning

Art. 10 – Gezins- en ouderenhulp

De gezins- en ouderenhulp is een aanbod van de thuisondersteuning voor ouderen met ondersteuningsbehoefte en personen met ondersteuningsbehoefte in hun thuisomgeving en omvat volgende diensten:

1° directe, persoonsgebonden hulp, begeleiding en verzorging;

2° aanvullende psychosociale ondersteuning;

3° beperkte en aanvullende huishoudelijke hulp in het kader van de activiteiten vermeld in 1°.

In het kader van de gezins- en ouderenhulp kan ziekenoppas aangeboden worden.

De Regering kan:

1° nog andere diensten bepalen die in het kader van de gezins- en ouderenhulp verricht worden;

2° interventiecriteria bepalen om de aard en intensiteit van de benodigde hulp te kunnen afbakenen.

Art. 11 – Ziekenoppas

De ziekenoppas is een aanbod van de thuisondersteuning voor ouderen met ondersteuningsbehoefte en personen met ondersteuningsbehoefte in hun thuisomgeving en omvat volgende diensten:

1° gezelschap houden;

2° de vrijetijdsbesteding vorm geven;

3° de referentiepersonen ondersteunen;

4° aanvullende psychosociale ondersteuning bieden;

5° beperkte en aanvullende huishoudelijke hulp bieden in het kader van de activiteiten vermeld in de bepalingen onder 1° tot 3°.

De ziekenoppas kan een nachtopvang in de thuisomgeving van de persoon omvatten. De ziekenoppas kan verricht worden door dienstverrichters die op vrijwillige basis werken.

De Regering kan:

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van de ziekenoppas verricht worden;
- 2° interventiecriteria bepalen om de aard en intensiteit van de benodigde hulp te kunnen afbakenen.

Art. 12 – Sociale huishoudelijke hulp

De sociale huishoudelijke hulp is een aanbod van de thuisondersteuning voor ouderen met ondersteuningsbehoefte en personen met ondersteuningsbehoefte en omvat volgende diensten:

- 1° activiteiten aanbieden die vooral bestaan in het poetsen van de woning van betrokkene en het bevorderen van de hygiëne in die woning;
- 2° beperkte sociale begeleiding;
- 3° onderhoud van het wasgoed.

De Regering kan:

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van de sociale huishoudelijke hulp verricht worden;
- 2° interventiecriteria bepalen om de aard en intensiteit van de benodigde hulp te kunnen afbakenen.

Art. 13 – Dagopvang

De dagopvang is een groepsaanbod van de thuisondersteuning, waarbij ouderen met ondersteuningsbehoefte overdag worden opgevangen. Hij omvat de volgende diensten:

- 1° psychosociale ondersteuning;
- 2° activering en ondersteuning;
- 3° het verrichten van diensten ter bevordering van de gezondheid en ter voorkoming van ziekten;
- 4° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 5° het aanbieden van gemeenschapsruimten, rustruimten, sanitaire ruimten en douche-ruimten;
- 6° het aanbieden van huishoudelijke diensten.

De dagopvang omvat geen verstrekkingen van gezondheidszorg die verricht worden door het personeel van de dagopvang.

Met inachtneming van het tweede lid kan de Regering nog andere diensten bepalen die in het kader van de dagopvang verricht worden.

Art. 14 – Dagverzorging

De dagverzorging is een groepsaanbod van de thuisondersteuning die overdag plaatsvindt voor ouderen aan wie de categorie 'extra ondersteuning' is toegekend. Ze omvat de volgende diensten:

- 1° het verrichten van verstrekkingen van gezondheidszorg;
- 2° psychosociale ondersteuning;
- 3° activering, alsook ondersteuning en mobilisatiemaatregelen;
- 4° geriatrische revalidatiemaatregelen;
- 5° het verrichten van diensten ter bevordering van de gezondheid en ter voorkoming van ziekten;

- 6° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 7° het aanbieden van gemeenschapsruimten, rustruimten, sanitaire ruimten en douche-ruimten;
- 8° het aanbieden van huishoudelijke diensten.

De Regering kan:

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van de dagverzorging verricht worden;
- 2° personen met ondersteuningsbehoefte aan wie de categorie 'extra ondersteuningsbehoefte' is toegekend, in gemotiveerde uitzonderlijke gevallen toestemming geven om een beroep te doen op dat aanbod. De Regering bepaalt de nadere regels voor aanvragen in die zin.

Art 15 – Dagverzorging met focus op revalidatie

De dagverzorging met focus op revalidatie is een groepsaanbod van de thuisondersteuning waarvan ouderen met ondersteuningsbehoefte en personen met ondersteuningsbehoefte op voorschrift van een arts overdag gebruik kunnen maken. Ze omvat de volgende diensten:

- 1° de diensten vermeld in artikel 14, eerste lid;
- 2° het uitvoeren van intensieve revalidatiemaatregelen die door de arts zijn voorgeschreven om vaardigheden en mogelijkheden opnieuw te verwerven;
- 3° de samenwerking met artsen-specialisten.

De Regering kan nog andere diensten bepalen die in het kader van de dagverzorging met focus op revalidatie verricht worden.

Art. 16 – Nachtverzorging

De nachtverzorging is een groepsaanbod van de thuisondersteuning die 's nachts plaatsvindt voor ouderen met ondersteuningsbehoefte aan wie de categorie 'extra ondersteuning' is toegekend. Ze omvat de volgende diensten:

- 1° het aanbieden van een slaapruimte en andere woonruimten;
- 2° het verrichten van verstrekkingen van gezondheidszorg;
- 3° psychosociale ondersteuning;
- 4° activering, alsook ondersteuning en mobilisatiemaatregelen;
- 5° het verrichten van diensten ter bevordering van de gezondheid en ter voorkoming van ziekten;
- 6° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 7° het aanbieden van huishoudelijke diensten.

De Regering kan:

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van de nachtverzorging verricht worden;
- 2° personen met ondersteuningsbehoefte aan wie de categorie 'extra ondersteuningsbehoefte' is toegekend, in gemotiveerde uitzonderlijke gevallen toestemming geven om een beroep te doen op dat aanbod. De Regering bepaalt de nadere regels voor aanvragen in die zin.

Art. 17 – Kortverblijven

Het kortverblijf is een groepsaanbod van de thuisondersteuning, waarvan ouderen met ondersteuningsbehoefte aan wie een ondersteuningscategorie is toegekend, gebruik kunnen maken gedurende een periode van hoogstens drie maanden per kalenderjaar en ge-

durende hoogstens drie opeenvolgende maanden. Het kortverblijf omvat de volgende diensten:

- 1° het verrichten van verstrekkingen van gezondheidszorg;
- 2° het waarborgen van medische begeleiding;
- 3° psychosociale ondersteuning;
- 4° activering, alsook ondersteuning en mobilisatiemaatregelen;
- 5° geriatrische revalidatiemaatregelen;
- 6° het verrichten van diensten ter bevordering van de gezondheid en ter voorkoming van ziekten;
- 7° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 8° het aanbieden van huishoudelijke diensten;
- 9° het aanbieden van een woonruimte.

De Regering kan:

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van het kortverblijf verricht worden;
- 2° personen met ondersteuningsbehoefte aan wie de categorie 'extra ondersteuningsbehoefte' is toegekend, in gemotiveerde uitzonderlijke gevallen toestemming geven om een beroep te doen op dat aanbod. De Regering bepaalt de nadere regels voor aanvragen in die zin.

Art. 18 – Kortverblijven met focus op revalidatie

Het kortverblijf met focus op revalidatie is een groepsaanbod van de thuisondersteuning, waarvan ouderen met ondersteuningsbehoefte en personen met ondersteuningsbehoefte op voorschrift van een arts gebruik kunnen maken gedurende een periode van hoogstens drie opeenvolgende maanden. Het kortverblijf met focus op revalidatie omvat de volgende diensten:

- 1° de diensten vermeld in artikel 17, eerste lid;
- 2° het uitvoeren van intensieve revalidatiemaatregelen die door de arts zijn voorgeschreven om vaardigheden en mogelijkheden opnieuw te verwerven;
- 3° de samenwerking met artsen-specialisten.

De Regering kan nog andere diensten bepalen die in het kader van het kortverblijf met focus op revalidatie verricht worden.

Onderafdeling 2 - Woonstructuren

Art. 19 – Seniorenresidenties

Seniorenresidenties zijn woonstructuren voor ouderen die in één of meer gebouwen volgende diensten omvatten:

- 1° het aanbieden van barrièrevrije woningen;
- 2° het aanbieden van huishoudelijke diensten die door de ouderen georganiseerd worden of waarop de ouderen vrijblijvend een beroep kunnen doen.

Seniorenresidenties mogen geen verstrekkingen van gezondheidszorg verrichten.

Met inachtneming van het tweede lid kan de Regering nog andere diensten bepalen die in een seniorenresidentie verricht worden.

Art. 20 – Seniorenresidenties met kwaliteitslabel van Ostbelgien

§ 1 – Seniorenresidenties die voldoen aan de voorwaarden die de Regering heeft bepaald, kunnen de benaming "Seniorenresidenz mit Ostbelgischem Qualitätslabel" (seniorenresidentie met kwaliteitslabel van Ostbelgien) voeren. Die voorwaarden betreffen minstens:

- 1° de inrichting van de ruimten;
- 2° het concept voor de organisatie van de seniorenresidentie.

Het kwaliteitslabel kan worden toegekend voor afzonderlijke woningen van de seniorenresidentie.

§ 2 – Wie die benaming wil voeren, moet daartoe toestemming vragen aan de Regering.

De Regering bepaalt:

- 1° de aanvraagprocedure;
- 2° de criteria voor de manier waarop over de aanvraag wordt beslist;
- 3° de verplichtingen die moeten worden nagekomen om het kwaliteitslabel te mogen blijven gebruiken en de procedure in geval van niet-naleving van die verplichtingen.

Art. 21 – Gemeenschappelijke wooninitiatieven

Gemeenschappelijke wooninitiatieven zijn woonstructuren voor en/of door ouderen die in één of meer gebouwen de volgende kenmerken hebben:

- 1° aanbieden van verscheidene barrièrevrije woningen;
- 2° participatief bestuur van de woonstructuur;
- 3° wederzijdse ondersteuning bij dagdagelijkse taken;
- 4° organisatie van gemeenschappelijke activiteiten.

Gemeenschappelijke wooninitiatieven kunnen ook intergenerationele woonstructuren zijn die woningen aanbieden aan verschillende leeftijdsgroepen.

De Regering kan nog andere diensten bepalen die in gemeenschappelijke wooninitiatieven verricht worden.

Art. 22 – Serviceflats

Serviceflats zijn woonstructuren voor ouderen met ondersteuningsbehoefte die verbonden zijn aan een woonzorgcentrum voor ouderen en in één of meer gebouwen volgende diensten omvatten:

- 1° aanbieden van barrièrevrije woonruimte;
- 2° aanbieden van huishoudelijke diensten waarop vrijblijvend een beroep kan worden gedaan;
- 3° aanbieden van een vrijblijvend vrijetijdsaanbod in het woonzorgcentrum voor ouderen;
- 4° in geval van een noodoproep: aanbieden van een interventiedienst door het verzorgingspersoneel van het woonzorgcentrum voor ouderen.

Serviceflats omvatten geen verstrekkingen van gezondheidszorg die verricht worden door het personeel van het woonzorgcentrum voor ouderen.

Met inachtneming van het tweede lid kan de Regering nog andere diensten bepalen die in serviceflats verricht worden.

Art. 23 – Begeleide woongemeenschappen voor ouderen

Begeleide woongemeenschappen voor ouderen zijn woonstructuren voor ouderen met ondersteuningsbehoefte die volgende diensten omvatten:

- 1° aanbieden van barrièrevrije woonruimte;
- 2° aanbieden van een gemeenschappelijke keuken en een gemeenschappelijke woonkamer;
- 3° participatieve organisatie van het dagelijks leven;
- 4° ondersteuning, aangepast aan de mentale en fysieke mogelijkheden, verricht door gekwalificeerd personeel.

De begeleide woongemeenschappen omvatten geen verstrekkingen van gezondheidszorg die verricht worden door het personeel van de begeleide woongemeenschap. In gemotiveerde uitzonderlijke gevallen kan de Regering uitzonderingen toestaan voor bepaalde doelgroepen en in geval van gekwalificeerd verzorgingspersoneel. De Regering legt de desbetreffende criteria vast.

Met inachtneming van het tweede lid kan de Regering nog andere diensten bepalen die in begeleide woongemeenschappen verricht worden.

Art. 24 – Woonzorgcentra voor ouderen

Woonzorgcentra voor ouderen zijn woonstructuren die bestemd zijn voor ouderen met ondersteuningsbehoefte aan wie een ondersteuningscategorie is toegewezen en die in één of meer gebouwen volgende diensten omvatten:

- 1° aanbieden van een woonruimte;
- 2° het verrichten van verstrekkingen van gezondheidszorg;
- 3° waarborgen van medische begeleiding;
- 4° psychosociale ondersteuning;
- 5° activering, alsook ondersteuningsmaatregelen en mobilisatiemaatregelen;
- 6° geriatrische revalidatiemaatregelen;
- 7° het verrichten van diensten ter bevordering van de gezondheid en ter voorkoming van ziekten;
- 8° de vrijetijdsbesteding mee vorm geven;
- 9° het aanbieden van huishoudelijke diensten;
- 10° aanbieden van kortverblijven.

In een woonzorgcentrum voor ouderen kunnen ook volgende diensten worden aangeboden:

- 1° dagopvang;
- 2° dagverzorging;
- 3° dagverzorging met focus op revalidatie;
- 4° nachtverzorging;
- 5° kortverblijven met focus op revalidatie;
- 6° serviceflats.

De Regering kan:

- 1° nog andere diensten bepalen die in het kader van de woonzorgcentra voor ouderen verricht worden;
- 2° personen met ondersteuningsbehoefte aan wie een ondersteuningscategorie is toegewezen, in gemotiveerde uitzonderlijke gevallen toestemming geven om een beroep te doen op dat aanbod. De Regering bepaalt de nadere regels voor aanvragen in die zin.

Art. 25 – Indeling van de ondersteuningscapaciteit in woonzorgcentra voor ouderen

De ondersteuningscapaciteit van elk woonzorgcentrum voor ouderen wordt als volgt bepaald:

1° 82% van de ondersteuningscapaciteit is voorbehouden aan ouderen aan wie de categorie 'extra ondersteuning' is toegekend;

2° 13% van de ondersteuningscapaciteit is voorbehouden aan ouderen aan wie de categorie 'geringe ondersteuning' is toegekend;

3° 5% van de ondersteuningscapaciteit is voorbehouden aan ouderen met ondersteuningsbehoefte aan wie een ondersteuningscategorie is toegekend en die in het kader van een kortverblijf in een woonzorgcentrum voor ouderen verblijven.

De totale ondersteuningscapaciteit van een woonzorgcentrum voor ouderen is beperkt tot 150 plaatsen.

Afdeling 3 – Palliatieve zorg

Art. 26 – Samenwerkingsverband voor palliatieve zorg

In afwijking van artikel 27 kan de Regering in het Duitse taalgebied slechts aan één samenwerkingsverband voor palliatieve zorg een vergunning toekennen.

Het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg verricht in de thuisomgeving of in de woonstructuren een aanbod 'palliatieve zorg' dat de volgende diensten omvat:

1° voor de bevolking:

a) netwerkvorming;

b) public relations en bevordering van de bewustwording voor palliatieve zorg;

2° voor de ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte op het einde van hun leven en voor hun omgeving:

a) de palliatieve zorgbegeleiding in de thuisomgeving;

b) de adviesverlening door en het overleg met de eerstelijnszorgverleners die ter plaatse actief zijn;

c) het verlenen van directe ondersteuning.

De diensten bepaald in het tweede lid, 2°, worden door een multidisciplinair team verricht. De Regering legt de samenwerking van het team vast.

HOOFDSTUK 3 – PROGRAMMATIE EN VERGUNNING

Afdeling 1 – Programmatie

Art. 27 – Beginsel van de programmatie

§ 1 – Het aanbod aan diensten voor personenondersteuning vermeld in hoofdstuk 2, afdeling 2 en 3, valt onder een programmatie door de Regering.

In afwijking van het eerste lid:

1° valt het volgende aanbod aan diensten niet onder een programmatie:

a) de seniorenresidenties;

b) de gemeenschappelijke wooninitiatieven;

c) het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg;

2° valt het volgende aanbod aan diensten alleen onder een programmatie, als de dienstverrichter een erkenning aanvraagt op grond van artikel 41:

a) de ziekenoppas;

- b) de sociale huishoudelijke hulp;
- c) de dagopvang.

§ 2 – De programmatie geschiedt met inachtneming van de volgende criteria:

- 1° de demografische situatie en de demografische prognoses, in het bijzonder het percentage ouderen ten opzichte van de totale bevolking en het percentage personen dat 80 of ouder dan 80 is ten opzichte van de bevolkingsgroep van de ouderen;
- 2° de structuur van de woonzorgzones;
- 3° de volgende elementen per gemeente van het Duitse taalgebied:
 - a) het aantal ouderen;
 - b) het bestaande en geplande ondersteuningsaanbod voor ouderen.

Ter vaststelling van de programmatie kan de Regering een externe deskundige belasten met het maken van een behoefteanalyse, zowel over het bestaande als over het geplande ondersteuningsaanbod.

Art. 28 – Woonzorgzones

De Regering bepaalt voor het Duitse taalgebied verscheidene woonzorgzones waarin dienstverrichters door het aanbieden van een waaier aan diensten ertoe bijdragen dat ouderen in hun vertrouwde omgeving kunnen blijven en een beroep kunnen doen op diensten die aan hun noden en hun ondersteuningsbehoefte voldoen. Hiertoe wordt een sociale ruimte bepaald die de volgende kenmerken omvat:

- 1° voldoende verschillende woonstructuren;
- 2° voldoende aanbod aan diensten voor thuisondersteuning en thuisverzorging;
- 3° sociale netwerken, buurthulp en activiteiten van de personenondersteuning ter bevordering van de participatie in de samenleving.

Afdeling 2 – Vergunning en erkenning

Onderafdeling 1 – Vergunningsprocedure

Art. 29 – Toepassingsgebied

Deze onderafdeling is van toepassing op het volgende georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten:

- 1° de gezins- en ouderenhulp;
- 2° de dagverzorging;
- 3° de dagverzorging met focus op revalidatie;
- 4° de nachtverzorging;
- 5° de kortverblijven;
- 6° de kortverblijven met focus op revalidatie;
- 7° de serviceflats;
- 8° de begeleide woongemeenschappen voor ouderen;
- 9° de woonzorgcentra voor ouderen;
- 10° de palliatieve zorg.

Art. 30 – Beginsel van de vergunning

§ 1 – Voor het ondersteuningsaanbod vermeld in artikel 29 dienen de dienstverrichters in de volgende gevallen een vergunningsaanvraag in bij de Regering:

- 1° om een ondersteuningsaanbod te scheppen of aan te bieden;
- 2° om de ondersteuningscapaciteit te wijzigen;

3° om de urencontingenten te wijzigen.

Bij het toekennen van de vergunning bestaat de vergunning uit een planningsvergunning, gevolgd door een exploitatievergunning bij het verrichten van het aanbod.

§ 2 – De planningsvergunning vermeld in § 1, tweede lid, verleent de dienstverrichter het recht om de nodige plannings- en uitvoeringswerkzaamheden uit te voeren en zo de geplande projecten vermeld in § 1, eerste lid, in de praktijk te brengen.

§ 3 – De exploitatievergunning vermeld in § 1, tweede lid, verleent de dienstverrichter het recht om zijn aanbod aan diensten te verrichten. Ze wordt voor onbepaalde duur toegekend. Ze moet voorafgegaan worden door een planningsvergunning.

De dienstverrichters vragen de exploitatievergunning drie maanden vóór het verrichten van de dienst en uiterlijk bij het verstrijken van de planningsvergunning aan.

Art. 31 – Vergunningsvoorwaarden

§ 1 – De Regering verleent de planningsvergunning als:

1° het aanbod of de wijziging van de ondersteuningscapaciteit of van de urencontingenten op het tijdstip van de aanvraag voldoet aan de programmatiecriteria overeenkomstig artikel 27;

2° de door de Regering vastgelegde bouwnormen en specifieke veiligheidsmaatregelen in acht genomen worden.

De voorwaarde vermeld in het eerste lid, 2°, geldt alleen voor het residentiële en transmurale aanbod.

§ 2 – De Regering kent de exploitatievergunning toe als er een planningsvergunning werd toegekend.

De Regering bepaalt de verdere voorwaarden voor het verkrijgen van de exploitatievergunning. Die hebben in het bijzonder betrekking op:

1° de juridische vorm van de dienstverrichter;

2° de boekhouding;

3° het concept m.b.t. de organisatie van het ondersteuningsaanbod;

4° het inspraakrecht van de ouderen met ondersteuningsbehoefte, van de personen met ondersteuningsbehoefte en van de referentiepersonen, in het bijzonder participatie bij het bepalen van de levensomstandigheden in het transmurale en residentiële aanbod;

5° de rechten en plichten van de vertegenwoordiger, onverminderd andersluidende bepalingen;

6° het bestaan van een overeenkomst tussen de dienstverrichter en de oudere met ondersteuningsbehoefte of persoon met ondersteuningsbehoefte in de vorm van een dienstverleningsovereenkomst;

7° de openingstijden, de wachtdiensten, de toegankelijkheid en de manier waarop de dienstverleningsovereenkomst kan worden opgezegd;

8° het kwaliteitsmanagement, met inbegrip van het klachtenbeheer;

9° de geplande samenstelling van het personeel.

In met bijzondere redenen omklede gevallen kan de Regering uitzonderingen op de verplichting om aan de voorwaarden vermeld in het tweede lid te voldoen, bepalen.

Art. 32 – Vergunningsprocedure

§ 1 – Dienstverrichters die een planningsvergunning en een exploitatievergunning willen krijgen, dienen daartoe een aanvraag in bij de Regering.

Bij de aanvraag worden documenten gevoegd waaruit blijkt dat de voorwaarden vermeld in artikel 31 vervuld zijn.

De planningsvergunning is drie jaar geldig.

Tot uiterlijk drie maanden vóór het verstrijken van de planningsvergunning kunnen de dienstverrichters een gemotiveerd verzoek indienen om de vergunning voor een periode van ten hoogste één jaar te verlengen. De Regering beslist over deze aanvraag tot verlening binnen drie maanden na ontvangst van de volledige aanvraag.

De exploitatievergunning wordt principieel voor onbepaalde duur verleend. De Regering bepaalt in welke uitzonderlijke gevallen eventueel een exploitatievergunning voor bepaalde duur wordt verleend. Eventueel kan ze samen met de planningsvergunning worden verleend.

§ 2 – De dienstverrichters die een vergunning hebben, dienen een nieuwe of een gedeeltelijk nieuwe vergunningsaanvraag in:

1° indien de eventueel voor bepaalde duur verleende vergunning verstreken is;

2° indien vastgesteld wordt dat de gegevens die in de vergunning vermeld staan niet meer overeenstemmen met de werkelijkheid of om andere redenen gewijzigd moeten worden;

3° indien de dienstverrichter een aanvullend ondersteuningsaanbod wil aanbieden, voor zover het gaat om een aanbod vermeld in artikel 29.

§ 3 – De Regering bepaalt:

1° de vorm en de inhoud van de vergunningsaanvraag of van de aanvraag om verlenging van de planningsvergunning;

2° de procedure en de verdere nadere regels en voorwaarden om de exploitatievergunning en planningsvergunning te behouden;

3° de procedure om de planningsvergunning te verlengen;

4° de procedure om in voorkomend geval een exploitatievergunning voor bepaalde of onbepaalde duur te verlenen;

5° de procedure om de vergunning te wijzigen;

6° de beroepsmogelijkheden indien een aanvraag wordt afgewezen.

Art. 33 – Overdracht van de vergunning

§ 1 – De vergunning voor een aanbod wordt voor een bepaalde dienstverrichter en voor het transmurale en het residentiële aanbod voor een bepaalde vestigingsplaats verleend.

Het verkopen of kopen van ondersteuningscapaciteiten of urencontingenten is verboden, tenzij de Regering dit op verzoek en in bijzonder gerechtvaardigde uitzonderingsgevallen uitdrukkelijk toestaat. Het overdragen van ondersteuningscapaciteiten aan een andere dienstverrichter zonder wijziging van de vestigingsplaats is wel toegelaten. In dit geval dient de nieuwe dienstverrichter een nieuwe vergunningsaanvraag in.

§ 2 – Onverminderd de toepassing van § 1 is de overdracht van ondersteuningscapaciteiten aan een andere dienstverrichter of aan dezelfde dienstverrichter met wijziging van de vestigingsplaats, voor bepaalde tijd toegelaten, als het vergunde ondersteuningsaanbod op de oorspronkelijke vestigingsplaats verbouwd wordt. De dienstverrichter aan wie

de ondersteuningscapaciteit tijdens de verbouwingsfase wordt overgedragen, heeft geen afzonderlijke vergunning nodig. Na beëindiging van de verbouwingsfase wordt de oorspronkelijk overgedragen ondersteuningscapaciteit teruggegeven aan de oorspronkelijke vestigingsplaats.

Voor de toepassing van het eerste lid bepaalt de Regering de tijdstippen waarop een verbouwing als begonnen en als beëindigd wordt beschouwd.

Art. 34 – Verplichtingen die moeten worden nagekomen om de exploitatievergunning te mogen behouden

Voor het behoud van de exploitatievergunning komen de dienstverrichters de volgende verplichtingen na:

- 1° de verplichtingen naleven die overeenkomstig artikel 31 ten grondslag liggen aan de planningsvergunning en de exploitatievergunning;
- 2° de personeelsnormen inzake aantal en/of kwalificatie van het personeel naleven;
- 3° het betrokken aanbod verrichten met inachtneming van de actuele hygiënenormen en verplegingsnormen;
- 4° de normen inzake maaltijden naleven;
- 5° de zorgcontinuïteit;
- 6° de kwaliteitsnormen inzake de dienstverleningsprincipes vermeld in artikel 6 naleven;
- 7° de overeenkomstig hoofdstuk 2 bepaalde opdrachten werkelijk vervullen.

De verplichting vermeld in het eerste lid, 5°, geldt niet voor:

- 1° de gezins- en ouderenhulp;
- 2° de serviceflats;
- 3° de begeleide woongemeenschappen voor ouderen.

De Regering kan:

- 1° de verplichtingen vermeld in het eerste lid nader preciseren;
- 2° nog andere verplichtingen voor het behoud van de vergunning vastleggen.

Art. 35 – Vergunning als financieringsvoorwaarde

Dienstverrichters van wie het ondersteuningsaanbod vóór het verrichten ervan met toepassing van deze onderafdeling door de Regering vergund werd, krijgen een financiering overeenkomstig hoofdstuk 4.

In afwijking van het eerste lid worden serviceflats niet gefinancierd.

Art. 36 – Niet-naleving van de vergunningsvoorwaarden

§ 1 – Indien de dienstverrichter één of meer voorwaarden die ten grondslag liggen aan de vergunning of die voor het behoud van de vergunning dienen, niet naleeft, maant de Regering hem overeenkomstig de door haar bepaalde regels aan om die vergunningsvoorwaarden na te komen.

Indien de dienstverrichter, na de aanmaning vermeld in het eerste lid, de vergunningsvoorwaarden nog altijd niet naleeft:

- 1° schorst de Regering de vergunning van de dienstverrichter en/of trekt ze die in;
- 2° schorst de Regering de vergunning van de dienstverrichter gedeeltelijk en/of trekt ze die gedeeltelijk in;
- 3° trekt de Regering de financiering van de dienstverrichter geheel of gedeeltelijk in.

De sanctie bepaald in het tweede lid, 3°, kan gecombineerd worden met de sancties bepaald in het tweede lid, 1° en 2°.

De gedeeltelijke schorsing of de gedeeltelijke intrekking van de vergunning heeft betrekking op de urencontingenten, de ondersteuningscapaciteit of, in geval van een overtreding van artikel 31, § 1, eerste lid, 2°, op afzonderlijke kamers.

De Regering:

1° bepaalt de procedure voor de schorsing en de intrekking van de vergunning;

2° preciseert de nadere regels voor de gedeeltelijke schorsing en de gedeeltelijke intrekking van de vergunning, respectievelijk van de financiering.

§ 2 – Tijdens de gedeeltelijke schorsing, de schorsing of de intrekkingprocedure kan de dienstverrichter zijn aanbod alleen verrichten voor personen die al een beroep deden op zijn aanbod voordat de beslissing tot schorsing of tot instelling van een intrekkingprocedure ter kennis werd gebracht. Het aanbod kan niet worden uitgebreid tot andere personen. De dienstverrichter is ertoe verplicht de Dienst en de personen die een beroep doen op het aanbod in te lichten over de beperking van de uitbreiding en over de redenen waarom.

De Regering bepaalt de vorm, de inhoud en de procedure voor de kennisgeving van de informatie vermeld in het eerste lid.

§ 3 – Indien een dienstverrichter geen bezettingsgraad heeft van minstens 93% van de vergunde ondersteuningscapaciteit of van de vergunde urencontingenten, gebaseerd op de hoogste jaarlijkse bezettingsgraad in de afgelopen drie jaar, kan de Regering de ondersteuningscapaciteit of de urencontingenten naar rato procentueel verminderen, nadat de dienstverrichter vooraf zijn standpunt heeft meegedeeld.

De Regering bepaalt de procedure en de nadere regels voor de procentuele intrekking van de ondersteuningscapaciteit.

Art. 37 – Sluiting

De intrekking van de vergunning heeft de sluiting of de beëindiging van het aanbod tot gevolg.

De Regering bepaalt de procedure voor de sluiting of de beëindiging van het aanbod.

Art. 38 – Sluiting van een woonzorgcentrum voor ouderen

Vanaf de kennisgeving van de intrekking van de vergunning zijn dienstverrichters van woonzorgcentra voor ouderen ertoe verplicht, binnen een door de Regering bepaalde termijn, ervoor te zorgen dat de betrokken personen in een andere voorziening kunnen worden opgevangen. Na afloop van die termijn wordt het woonzorgcentrum voor ouderen gesloten.

Onverminderd het eerste lid kan de Regering bij wijze van overgangsregeling de onmiddellijke sluiting bevelen, indien uiterst dringende redenen voor de volksgezondheid of de veiligheid dit rechtvaardigen.

De Regering bepaalt de procedure voor de sluiting of de beëindiging van het aanbod.

Art. 39 – Beëindiging van het ondersteuningsaanbod

De vrijwillige stopzetting van het aanbod heeft de beëindiging van het aanbod tot gevolg.

De Regering bepaalt de procedure voor de beëindiging van een ondersteuningsaanbod.

Onderafdeling 2 – Erkenningsprocedure

Art. 40 – Toepassingsgebied

Deze onderafdeling is van toepassing op het volgende aanbod aan georganiseerde ondersteuningsdiensten:

- 1° de ziekenoppas;
- 2° de sociale huishoudelijke hulp;
- 3° de dagopvang.

Art. 41 – Principe en erkenning als financieringsvoorwaarde

Dienstverrichters van het ondersteuningsaanbod vermeld in artikel 40 kunnen bij de Regering een erkenning aanvragen overeenkomstig de bepalingen van deze onderafdeling.

Dienstverrichters van wie het ondersteuningsaanbod vóór het verrichten ervan met toepassing van deze onderafdeling door de Regering erkend werd, krijgen een financiering overeenkomstig hoofdstuk 4.

Art. 42 – Erkenningsvoorwaarden

De Regering kent de erkenning toe als:

- 1° het aanbod of de wijziging van de ondersteuningscapaciteit of van de urencontingenten op het tijdstip van de aanvraag voldoet aan de programmatiecriteria overeenkomstig artikel 27;
- 2° de door de Regering vastgelegde bouwnormen en specifieke veiligheidsmaatregelen in acht genomen worden;
- 3° de voorwaarden bepaald in artikel 31, § 2, tweede lid, vervuld zijn.

De voorwaarde vermeld in het eerste lid, 2°, geldt alleen voor de dagopvang.

Art. 43 – Erkenningsprocedure

Dienstverrichters die een erkenning willen krijgen, dienen daartoe een aanvraag in bij de Regering.

Bij de aanvraag worden documenten gevoegd waaruit blijkt dat de voorwaarden vermeld in artikel 42 vervuld zijn.

De erkenning wordt principieel voor onbepaalde duur toegekend. De Regering bepaalt in welke uitzonderlijke gevallen eventueel een vergunning voor bepaalde duur wordt verleend.

Artikel 32, §§ 2 en 3, is mutatis mutandis van toepassing op de verdere erkenningsprocedure.

Art. 44 – Overdracht van de erkenning

De erkenning voor een aanbod wordt toegekend voor een bepaalde dienstverrichter.

Het verkopen of kopen van ondersteuningscapaciteiten of urencontingenten is verboden, tenzij de Regering dit op verzoek en in bijzonder gerechtvaardigde uitzonderingsgevallen uitdrukkelijk toestaat.

Art. 45 – Verplichtingen die moeten worden nagekomen om de erkenning te mogen behouden

Voor het behoud van de erkenning komen de dienstverrichters de volgende verplichtingen na:

1° de verplichtingen naleven die overeenkomstig artikel 42 aan de erkenning ten grondslag liggen;

2° de verplichtingen vermeld in artikel 34, eerste lid, 2° tot 4°, 6° en 7°, naleven.

De Regering kan:

1° de verplichtingen vermeld in het eerste lid nader preciseren;

2° nog andere verplichtingen voor het behoud van de erkenning vastleggen.

Art. 46 – Niet-naleving van de erkenningsvoorwaarden

§ 1 – Indien de dienstverrichter die een erkenning heeft één of meer verplichtingen niet nakomt, maant de Regering hem overeenkomstig de door haar bepaalde regels aan om die verplichtingen na te komen.

Indien de dienstverrichter, na de aanmaning vermeld in het eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Regering de erkenning van de dienstverrichter en/of trekt ze die in.

De Regering bepaalt de procedure voor de schorsing en de intrekking van de erkenning.

§ 2 – Tijdens de schorsing of de intrekkingprocedure krijgt de dienstverrichter geen of geen volledige financiering overeenkomstig hoofdstuk 4.

HOOFDSTUK 4 – FINANCIERING

Afdeling 1 – Activiteiten van de personenondersteuning en gemeenschappelijke wooninitiatieven

Art. 47 – Financiering door een overeenkomst

Onverminderd de afdelingen 2 en 3 kan de subsidiëring van het volgende aanbod aan diensten binnen de perken van de beschikbare begrotingskredieten geschieden via een overeenkomst tussen de Regering en de dienstverrichter:

1° het ondersteuningsaanbod vermeld in hoofdstuk 2, afdeling 1;

2° de gemeenschappelijke wooninitiatieven.

De Regering bepaalt de daarmee samenhangende raamvoorwaarden.

De dienstverrichters van het ondersteuningsaanbod vermeld in hoofdstuk 2, afdeling 1, en de dienstverrichters van de gemeenschappelijke wooninitiatieven kunnen een financi-

ele bijdrage voor het gebruik van hun ondersteuningsaanbod vragen aan de ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte.

Afdeling 2 – Georganiseerd aanbod aan ondersteuningsdiensten

Onderafdeling 1 – Gemeenschappelijke bepaling

Art. 48 – Voorwaarde voor de vergunning, resp. erkenning

Alleen dienstverrichters die een vergunning resp. erkenning hebben, kunnen een subsidie ontvangen en een financiële bijdrage vragen.

Bij het vastleggen van het bedrag van de subsidie wordt rekening gehouden met de geschatte inkomsten van de dienstverrichter.

In afwijking van het eerste lid kunnen dienstverrichters die serviceflats aanbieden, uitsluitend een financiële bijdrage vragen.

Onderafdeling 2 – Financiering door middel van een financiële bijdrage

Art. 49 – Financiële bijdrage van de oudere met ondersteuningsbehoefte en van de persoon met ondersteuningsbehoefte

§ 1 – Dienstverrichters die de volgende diensten aanbieden, kunnen van de oudere met ondersteuningsbehoefte en van de persoon met ondersteuningsbehoefte een financiële bijdrage vragen voor het gebruik van hun ondersteuningsaanbod:

- 1° de gezins- en ouderenhulp;
- 2° de ziekenoppas;
- 3° de sociale huishoudelijke hulp.

Voor het aanbod aan diensten vermeld in het eerste lid, 1° en 3°, wordt de te betalen bijdrage bepaald in verhouding tot het gezinsinkomen van de oudere met ondersteuningsbehoefte en van de persoon met ondersteuningsbehoefte.

De Regering bepaalt voor het aanbod aan diensten vermeld in het eerste lid:

- 1° de berekeningsregels om de te betalen bijdrage te bepalen;
- 2° de bijdragetarieven om gebruik te maken van het ondersteuningsaanbod;
- 3° de voorwaarden en de nadere regels om de bijdragetarieven te verhogen.

§ 2 – Dienstverrichters die de volgende diensten aanbieden, kunnen van de oudere met ondersteuningsbehoefte en van de persoon met ondersteuningsbehoefte een financiële bijdrage vragen voor het gebruik van hun aanbod:

- 1° het transmurale aanbod;
- 2° de kortverblijven;
- 3° de kortverblijven met focus op revalidatie;
- 4° de serviceflats;
- 5° de begeleide woongemeenschappen voor ouderen;
- 9° de woonzorgcentra voor ouderen.

De Regering bepaalt:

1° voor het aanbod vermeld in het eerste lid, 1°: de financiële bijdrage voor het gebruik ervan;

2° voor het aanbod vermeld in het eerste lid, 2° tot 6°: de voorwaarden en nadere regels voor het bepalen van de instapprijs;

3° voor elk aanbod vermeld in het eerste lid: de voorwaarden en de nadere regels om de financiële bijdrage te verhogen;

4° voor elk aanbod vermeld in het eerste lid: de minimumdiensten die door de financiële bijdrage gedekt worden.

Onderafdeling 3 – Financiering door middel van uurforfaits en forfaitaire bedragen

Art. 50 – Financieringswijze

Dienstverrichters die de volgende diensten aanbieden, kunnen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een subsidie ontvangen in de vorm van jaarlijkse urencontingenten of jaarlijkse forfaitaire bedragen overeenkomstig artikel 51:

1° de gezins- en ouderenhulp;

2° de ziekenoppas;

3° de sociale huishoudelijke hulp;

4° de begeleide woongemeenschappen voor ouderen.

Art. 51 – Subsidiëring

§ 1 – De vastlegging van de subsidie heeft betrekking op de jaarlijkse urencontingenten waarvoor een vergunning is afgegeven en/of op door de Regering bepaalde jaarlijkse forfaitaire bedragen.

Het forfaitaire bedrag kan betrekking hebben op alle kosten van de dienstverrichter of op bepaalde personeels- en/of werkingskosten van de dienstverrichter.

In geval van urencontingenten wordt de subsidie voor het betrokken ondersteuningsaanbod berekend door de urencontingenten waarvoor een vergunning is gegeven te vermenigvuldigen met het uurforfait dat door de Regering is vastgesteld.

Met uitzondering van het residentiële en het transmurale aanbod wordt de subsidie alleen toegekend voor diensten die de dienstverrichter in het Duitse taalgebied verricht heeft.

§ 2 – Indien de gesubsidieerde dienstverrichter in een kalenderjaar het urencontingent waarvoor een vergunning is gegeven niet bereikt of de kosten voor het vastgelegde forfaitaire bedrag niet kan bewijzen, vordert de Regering het bedrag van elk niet-gepresteerd uur of van alle niet-bewezen kosten in het daaropvolgende jaar terug of verrekent ze dat bedrag met de subsidie voor het daaropvolgende kalenderjaar.

§ 3 – De Regering bepaalt:

1° de subsidiëeringsvoorwaarden;

2° het bedrag van de subsidie;

3° de procedure voor de aanvraag en de uitbetaling van de subsidie;

4° de urencontingenten;

5° het uurforfait en de forfaitaire bedragen.

Onderafdeling 4 – Financiering door middel van een begeleidingsforfait

Art. 52 – Financieringswijze

Dienstverrichters die transmurale diensten aanbieden, kunnen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een subsidie ontvangen in de vorm van een begeleidingsforfait overeenkomstig artikel 53.

Art. 53 – Subsidiëring

§ 1 – De Regering bepaalt de jaarlijkse aanwezigheidsdagen om de subsidiëring vast te leggen.

De subsidiëring geschiedt door de vergunde ondersteuningscapaciteit te vermenigvuldigen met het door de Regering vastgestelde begeleidingsforfait en de aanwezigheidsdagen.

Het begeleidingsforfait kan betrekking hebben op:

- 1° de totale kosten van de dienstverrichter of;
- 2° bepaalde personeels- en/of werkingskosten van de dienstverrichter en/of;
- 3° de ondersteuningscategorie van de ouderen en van de personen met ondersteuningsbehoefte.

§ 2 – Indien een dienstverrichter de afgesproken aanwezigheidsdagen niet bereikt, vordert de Regering het begeleidingsforfait voor elke ontbrekende aanwezigheidsdag in het daaropvolgende jaar terug of verrekent ze dat bedrag met de subsidie voor het daaropvolgende kalenderjaar.

§ 3 – De Regering bepaalt:

- 1° de subsidiëeringsvoorwaarden. Die hebben in het bijzonder betrekking op:
 - a) de ondersteuningscapaciteit;
 - b) de ondersteuningscategorie;
 - c) de aanwezigheidsdagen en de bezettingsgraad van het ondersteuningsaanbod;
- 2° het bedrag van de subsidie;
- 3° de procedure voor de aanvraag en de uitbetaling van de subsidie;
- 4° de begeleidingssubsidies;
- 5° de jaarlijkse aanwezigheidsdagen.

Onderafdeling 5 – Financiering door middel van dagforfaits

Art. 54 – Financieringswijze

Dienstverrichters die de volgende diensten aanbieden, kunnen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een bewonersgerichte subsidie ontvangen overeenkomstig artikel 55, een personeelsgerichte subsidie overeenkomstig artikel 56 en een vaste subsidie voor mobiliteitshulpmiddelen overeenkomstig artikel 57:

- 1° de kortverblijven;
- 2° de kortverblijven met focus op revalidatie;
- 3° de woonzorgcentra voor ouderen.

Art. 55 – Bewonersgerichte subsidiëring

§ 1 – De Regering bepaalt de jaarlijkse aanwezigheidsdagen om de bewonersgerichte subsidiëring vast te leggen.

De Regering bepaalt de voorwaarden voor de bewonersgerichte subsidiëring van de dienstverrichters die woonstructuren aanbieden. Die subsidiëring bestaat uit de volgende elementen:

- 1° een basissubsidie;
- 2° een subsidie voor een bijzonder aanbod aan diensten;
- 3° een forfait voor de werkingskosten.

De toekenning van de basissubsidie vermeld in het tweede lid, 1°, is gebonden aan het naleven van de vergunningsvoorwaarden.

De toekenning van de subsidie voor het bijzonder aanbod vermeld in het tweede lid, 2°, is gebonden aan het indienen van concepten om de kwaliteit van de woonstructuur te verbeteren en een bijzonder aanbod aan diensten op te richten die door de Regering moeten worden goedgekeurd.

De toekenning van het forfait voor de werkingskosten vermeld in het tweede lid, 3°, is gebonden aan het naleven van de voorschriften betreffende het administratief personeel en kan forfaits voor materiaal omvatten.

§ 2 – Met inachtneming van de elementen vermeld in § 1 wordt de bewonersgerichte subsidiëring berekend door de indeling van de ondersteuningscapaciteit te vermenigvuldigen met het door de Regering bepaalde dagforfait dat afhankelijk is van de ondersteuningscategorie van de bewoners, met het door de Regering bepaalde dagforfait voor de kortverblijven en met de aanwezigheidsdagen.

§ 3 – Een 97%-bezettingsgraad van de vastgelegde aanwezigheidsdagen stemt overeen met een volledige bezettingsgraad.

§ 4 – Indien een dienstverrichter geen volledige bezettingsgraad bereikt, vordert de Regering het dagforfait voor elke ontbrekende aanwezigheidsdag op basis van de indeling van de ondersteuningscapaciteit in het daaropvolgende jaar terug of verrekent ze dat bedrag met de subsidie voor het daaropvolgende kalenderjaar.

§ 5 – De Regering bepaalt:

- 1° het bedrag van het dagforfait per ondersteuningscategorie, het dagforfait van de kortverblijven en de bestanddelen ervan;
- 2° de vorm en de inhoud van de concepten vermeld in § 1, vierde lid, om de kwaliteit van het aanbod te verbeteren en een bijzonder aanbod aan diensten op te richten;
- 3° de voorschriften voor het administratief personeel vermeld in § 1, vijfde lid;
- 4° de procedure voor de aanvraag en de uitbetaling van de subsidie;
- 5° in voorkomend geval nog andere berekeningscriteria;
- 6° in voorkomend geval nog andere subsidie categorieën.

Art. 56 – Personeelsgerichte subsidiëring

De personeelsgerichte subsidiëring vloeit voort uit:

- 1° de beroepskwalificatie van het personeel;
- 2° de benutting van de toepasselijke eindeloopbaanmaatregelen;
- 3° de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid".

De Regering:

- 1° bepaalt de nadere voorwaarden en regels, alsook het bedrag van de subsidie vermeld in het eerste lid;

2° kan nog andere grondslagen voor de subsidiëring bepalen.

Art. 57 – Vaste subsidiëring voor mobiliteitshulpmiddelen

Voor de woonzorgcentra voor ouderen omvat de vaste subsidiëring van de mobiliteitshulpmiddelen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een jaarlijkse vaste subsidie voor de aankoop, de uitlening en het onderhoud van standaardhulpmiddelen.

De Regering bepaalt het bedrag en de nadere regels voor de subsidiëring.

Onderafdeling 6 – Financiering door middel van een forfaitair bedrag

Art. 58 – Financieringswijze

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg een subsidie ontvangen in de vorm van een forfaitair bedrag overeenkomstig artikel 59.

Art. 59 – Subsidiëring

§ 1 – De Regering kan de jaarlijkse forfaitaire bedragen bepalen om de subsidie vast te leggen.

Het forfaitaire bedrag kan betrekking hebben op alle kosten van de dienstverrichter of op bepaalde personeels- en/of werkingskosten van de dienstverrichter.

§ 2 – Indien de dienstverrichter de kosten voor het vastgelegde forfaitaire bedrag niet kan bewijzen, vordert de Regering het bedrag van alle niet-bewezen kosten in het daaropvolgende jaar terug of verrekent ze dat bedrag met de subsidie voor het daaropvolgende kalenderjaar.

§ 3 – De Regering bepaalt:

1° de subsidiëeringsvoorwaarden;

2° het bedrag van de subsidie;

3° de procedure voor de aanvraag en de uitbetaling van de subsidie;

4° de forfaitaire bedragen.

Afdeling 3 – Beheerscontracten

Art. 60 – Beheerscontracten

De Regering en de dienstverrichter die een vergunning heeft gekregen, kunnen de subsidiëring en de nadere taakomschrijving vastleggen in een beheerscontract als bedoeld in artikel 105 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap.

HOOFDSTUK 5 – ONDERSTEUNINGSPLAN

Art. 61 – Ondersteuningsplan

Indien voor de oudere met ondersteuningsbehoefte of voor de personen met ondersteuningsbehoefte die gebruik willen maken van een woonzorgcentrum voor senioren, een kortverblijf, een dagverzorging, een nachtverzorging of een gezins- en ouderenhulp geen ondersteuningsplan bestaat dat is opgemaakt overeenkomstig artikel 7 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven, dan laten de dienstverrichters die bovenvermeld aanbod aan diensten verrichten, dat ondersteuningsplan door de Dienst opmaken voordat ze hun aanbod toekennen.

Bij niet-naleving van de bepaling vervat in het eerste lid en nadat de Regering de betrokken dienst aangemaand heeft zijn standpunt daaromtrent te geven, kan de Regering volgende bedragen terugvorderen:

1° in geval van dienstverrichters die de gezins- en ouderenhulp, de dagverzorging of de nachtverzorging verlenen: 10% van het voor die oudere overeenkomstig artikel 51 uitbetaalde uurforfait of 10% van het overeenkomstig artikel 53 uitbetaalde begeleidingsforfait terugvorderen of in het daaropvolgende jaar verrekenen;

2° in geval van dienstverrichters die een kortverblijf of een woonzorgcentrum voor ouderen aanbieden: 10% van het dagforfait dat voor die oudere met ondersteuningsbehoefte overeenkomstig artikel 55, § 2, werd toegekend, terugvorderen of in het daaropvolgende jaar verrekenen.

HOOFDSTUK 6 – PROJECTEN EN NETWERKVORMING

Art. 62 – Ondersteuning van proefprojecten

§ 1 – Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de voorwaarden bepaald in het kader van een overeenkomst met een projectaanbieder kan de Regering proefprojecten ondersteunen voor een periode die beperkt is tot hoogstens drie jaar.

Drie maanden voor het verstrijken van de overeenkomst dient de projectaanbieder bij de Regering een evaluatie in. De Regering beslist over de verdere ondersteuning van het project op basis van de evaluatie en van het advies van het departement en na een hoorzitting met de aanbieder.

Indien een project voor een periode van minder dan drie jaar goedgekeurd werd, kan de Regering, op verzoek van de projectaanbieder en op basis van de evaluatie en van een advies van het bevoegde departement, beslissen of het project verder ondersteund wordt voor een periode van in totaal drie jaar.

§ 2 – De Regering bepaalt:

- 1° de voorwaarden die vervuld moeten zijn om een proefproject te ondersteunen;
- 2° de vorm en de inhoud van de aanvraag betreffende een proefproject;
- 3° de procedure die gevolgd moet worden om een proefproject te ondersteunen;
- 4° de nadere regels omtrent de evaluatie van het proefproject.

Na afsluiting en positieve evaluatie van het proefproject bepaalt de Regering:

- 1° de voorwaarden voor de voortzetting van het aanbod;
- 2° de verdere ondersteuning en financiering van het aanbod.

Art. 63 – Netwerkvorming voor de personenondersteuning

In elke woonzorgzone werken alle dienstverrichters van de personenondersteuning en de palliatieve zorg samen in een netwerk.

Dat netwerk heeft tot doel:

1° de ondersteuning van ouderen door samenwerking en afstemming tussen de leden van het netwerk te optimaliseren;

2° de efficiëntie, werkzaamheid en continuïteit van de ondersteuning in de zin van de oudere te bevorderen;

3° de ondersteuningsplannen en/of verzorgingsplannen van de afzonderlijke dienstverrichters voor een vlotte overgang tussen de verschillende aangeboden diensten te delen en relevante informatie uit te wisselen om de oudere zo goed mogelijk te ondersteunen;

4° het gebruik te optimaliseren van het BelRai-instrument vermeld in het protocolakkoord van 27 juni 2016 gesloten tussen de federale regering en de overheden bedoeld in de artikelen 128, 130, 135 en 138 van de Grondwet, over de ontwikkeling en de implementatie van het BelRai-instrument in 2016;

5° gemeenschappelijke proefprojecten op te zetten.

HOOFDSTUK 7 – GEMEENTELIJKE ADVIESCOMMISSIE TER BEHARTIGING VAN DE BELANGEN VAN OUDEREN (KBSI)

Art. 64 – Installatie van de KBSI

De gemeenteraad van elke gemeente van het Duitse taalgebied installeert een KBSI en legt het huishoudelijk reglement van die commissie vast.

Art. 65 – Samenstelling

§ 1 – De KBSI bestaat uit:

1° een vertegenwoordiger van het gemeentecollege;

2° een vertegenwoordiger van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn van de gemeente;

3° een vertegenwoordiger van de gemeentelijke ouderenraad, voor zover die bestaat;

4° telkens een vertegenwoordiger per dienstverrichter van de personenondersteuning die op het grondgebied van de gemeente is gevestigd.

Voor elk in het eerste lid vermeld werkend lid wordt een plaatsvervangend lid aangewezen.

§ 2 – Tot de KBSI behoren ook met raadgevende stem:

1° een vertegenwoordiger van het departement;

2° een vertegenwoordiger van de Dienst voor zelfbeschikkend leven;

3° andere plaatselijke partners die belangrijk zijn voor de ondersteuning van ouderen en die door de KBSI bij de beraadslagingen betrokken worden.

De Regering kan nog andere dienstverrichters aanwijzen die een raadgevende stem in de KBSI hebben.

Art. 66 – Voorzitterschap en werkwijze

De vertegenwoordiger van het gemeentecollege zit de vergaderingen van de KBSI voor. De voorzitter organiseert die vergaderingen op eigen initiatief of op schriftelijk verzoek van een belangstellende en/of op schriftelijk verzoek van een potentiële dienstverrichter.

Een personeelslid van de gemeentediensten woont de vergaderingen van de KBSI bij en maakt onder de verantwoordelijkheid van de voorzitter de notulen op.

De Regering kan de verdere werkwijze nader bepalen.

Art. 67 – Opdracht

§ 1 – Op verzoek van de Regering en binnen de door haar gestelde termijn of op eigen initiatief verstrekt de KBSI advies over de volgende punten:

1° de demografische ontwikkeling op het grondgebied van de gemeente en de behoeften aan ondersteuningsaanbod die daaruit voortvloeien op korte en middellange termijn;

2° het ondersteuningsaanbod dat bijdraagt tot een verbetering van het aanbod voor ouderen dicht bij huis, rekening houdend met de plaatselijke omstandigheden en het vaststellen van de kwantitatieve en kwalitatieve voorwaarden die daarvoor vervuld moeten zijn.

§ 2 – De KBSI geeft advies over het hele aanbod aan nieuwe ondersteuningsmogelijkheden of proefprojecten op het grondgebied van de gemeente en bezorgt haar advies aan de Regering. Daartoe bezorgt de potentiële dienstverrichter alle daartoe nodige stukken vooraf aan de KBSI.

In het advies worden ten minste de volgende punten behandeld:

1° de behoefte aan het nieuwe initiatief voor de ondersteuning van ouderen, met inachtneming van de geografische, demografische en socio-economische omstandigheden;

2° het ondersteuningsconcept;

3° het aantal personen dat met het project aangesproken wordt;

4° de mogelijke kostenbijdrage van de ouderen;

5° het vormen van een netwerk voor het ondersteuningsaanbod;

6° indien het advies niet unaniem is: een uiteenzetting van de verschillende standpunten.

De KBSI bezorgt haar advies aan de Regering binnen negentig dagen na ontvangst van de stukken van de potentiële dienstverrichter.

In afwijking van het eerste lid kan de Regering uitzonderingen bepalen waarin, op grond van de beperkte draagwijdte van de betrokken initiatieven, geen advies van de KBSI vereist is.

§ 3 – De Regering kan de KBSI nog andere taken opdragen.

HOOFDSTUK 8 – ADVIESCOMMISSIE VOOR DE ONDERSTEUNING VAN OUDEREN

Art. 68 – Installatie van de adviescommissie

Er wordt een adviescommissie voor de ondersteuning van ouderen opgericht.

Art. 69 – Taken

De adviescommissie heeft tot taak:

1° op eigen initiatief of op verzoek van de Regering adviezen op te stellen over aangelegenheden die bij dit decreet en de desbetreffende uitvoeringsbepalingen geregeld worden;

2° op eigen initiatief of op verzoek van de Regering adviezen of aanbevelingen op te stellen over de toekomstige organisatie van het ouderenbeleid en van het zelfbeschikkend leven.

De Regering vraagt het advies van de adviescommissie over elk voorontwerp van decreet of besluit dat betrekking heeft op een van de volgende bevoegdheden:

- 1° het beleid voor de diensten inzake ouderenondersteuning;
- 2° het beleid voor de diensten inzake thuisondersteuning;
- 3° het beleid voor de diensten inzake woonstructuren;
- 4° het beleid voor de diensten inzake palliatieve zorg;
- 5° het beleid voor de diensten in afzonderlijke, gespecialiseerde revalidatie- en behandelingsdiensten;
- 6° het ouderenbeleid in het algemeen.

De adviescommissie verstrekt het advies binnen een termijn van zestig dagen na ontvangst van de aanvraag. Die termijn wordt van rechtswege verlengd met vijftien dagen indien hij tussen 1 juli en 31 augustus begint te lopen of verstrijkt. Na het verstrijken van die termijn kan de Regering het ontwerp zonder advies goedkeuren. Indien de adviescommissie zijn advies over een voorontwerp van decreet binnen de gestelde termijn verstrekt, dient de Regering het samen met het ontwerp van decreet in bij het Parlement.

De termijn vermeld in het derde lid kan wegens dringende noodzakelijkheid tot acht dagen worden beperkt.

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap kan door bemiddeling van zijn voorzitter een advies aanvragen bij de adviescommissie. De adviescommissie bezorgt dat advies aan de aanvrager binnen een door het Parlement gestelde termijn.

Art. 70 – Samenstelling

§ 1 – De volgende leden van de adviescommissie zijn stemgerechtigd:

1° een in het Duitse taalgebied werkende huisarts die bij voorkeur belast is met de coördinatie van de medische begeleiding in een woonzorgcentrum voor ouderen en die aangewezen wordt op basis van de voordrachten ingediend door de huisartsenverenigingen;

2° twee leden van het leidinggevend administratief personeel van het woonstructuraanbod die worden aangewezen op basis van de voordrachten ingediend door de betrokken raden van bestuur en waarbij één van die twee leden de woonzorgcentra voor ouderen vertegenwoordigt;

3° twee leden van het leidinggevend administratief personeel van een dienstverrichter van de thuisondersteuning die worden aangewezen op basis van de voordrachten ingediend door de raden van bestuur en waarbij één van die twee leden het aanbod aan diensten voor gezins- en ouderenhulp vertegenwoordigt;

4° één lid dat in een woonzorgcentrum voor ouderen werkzaam is als verpleegkundige en dat aangewezen wordt op basis van de voordrachten ingediend door de beroepsvereniging;

5° een verpleegkundige die werkzaam is in de thuiszorg en die wordt aangewezen op basis van de voordrachten ingediend door de beroepsvereniging;

6° een medewerker van een dienstverrichter van de gezins- en ouderenhulp of ziekenoppas die belast is met de begeleiding van ouderen met ondersteuningsbehoefte in de thuisondersteuning en die aangewezen wordt op basis van de voordrachten ingediend door de raden van bestuur;

7° een paramedicus die werkzaam is in de ondersteuning van ouderen;

8° een lid van het leidend bestuurspersoneel van het samenwerkingsverband voor palliatieve zorg;

9° twee ouderen die woonachtig zijn in het Duitse taalgebied en die aangewezen worden op basis van de voordrachten ingediend door de gemeentelijke ouderenraden.

De Regering zorgt voor de opmaak van de notulen van de vergaderingen en voor het secretariaat van de adviescommissie.

§ 2 – De adviescommissie kiest onder haar stemgerechtigde leden een voorzitter voor een verlengbare periode van twee jaar.

§ 3 – De Regering wijst de leden van de adviescommissie aan en wijst voor elk lid een plaatsvervangend lid aan.

Het mandaat van de leden duurt vier jaar en kan worden verlengd.

§ 4 – De Regering en de adviescommissie kunnen gemachtigden naar de beraadslagingen afvaardigen. Die gemachtigden zijn niet stemgerechtigd.

Art. 71 – Werkwijze

§ 1 – De eerste vergadering van de adviescommissie vindt ten laatste twee maanden na inwerkingtreding van dit decreet plaats.

Binnen twee maanden na deze eerste vergadering neemt de adviescommissie een huishoudelijk reglement aan dat door de Regering moet worden goedgekeurd. Dat huishoudelijk reglement regelt de details van de werkwijze van de Raad.

De voorzitter van de adviescommissie deelt de vergaderdata mee aan de Regering.

§ 2 – De beslissingen van de adviescommissie worden genomen bij meerderheid van stemmen, uitgebracht door de aanwezige leden. De adviescommissie kan rechtsgeldig beraadslagen en besluiten, indien ten minste de helft van haar leden aanwezig is.

Indien de adviescommissie niet rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, roept de voorzitter een tweede vergadering bijeen waarop de adviescommissie rechtsgeldig kan beraadslagen en besluiten, ongeacht de voorwaarden vermeld in het eerste lid.

§ 3 – Met het oog op de uitoefening van haar taken kan de adviescommissie op haar vergaderingen deskundigen uitnodigen; deze wonen de vergaderingen met raadgevende stem bij. Bovendien kan de adviescommissie werkgroepen oprichten.

Art. 72 – Rapportering

Op het einde van het kalenderjaar kan de adviescommissie een verslag over de activiteiten van het afgelopen jaar opmaken en kan dat verslag gelijktijdig toezenden aan het Parlement en aan de Regering.

Art. 73 – Vergoedingen

De stemgerechtigde leden van de adviescommissie en de deskundigen die met toepassing van artikel 71, § 3, de vergaderingen bijwonen, hebben recht op presentiegelden en reiskostenvergoedingen onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

HOOFDSTUK 9 – VERTROUWELIJKHEID EN BESCHERMING VAN PERSOONSGEGEVENS

Art. 74 – Vertrouwelijkheid

Onverminderd andersluidende wettelijke of decretale bepalingen moeten de dienstverrichters, de Regering en andere personen die bij de uitvoering van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan betrokken zijn, de gegevens die hun in de uitoefening van hun opdracht toevertrouwd worden, vertrouwelijk behandelen.

Art. 75 – Verwerking van persoonsgegevens

Onverminderd artikel 76 zijn de dienstverrichters die een vergunning of een erkenning hebben gekregen, verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 77, § 1, in de zin van de Algemene Verordening Gegevensbescherming. De Regering is verantwoordelijk voor de verwerking van de persoonsgegevens vermeld in artikel 77, § 2. De dienstverrichters en de Regering worden voor hun verwerking beschouwd als de verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, 7°, van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

De dienstverrichters die een vergunning of een erkenning hebben gekregen, verwerken persoonsgegevens om hun wettelijke of decretale opdrachten uit te voeren, in het bijzonder voor de opdrachten vervat in hoofdstuk 2, respectievelijk hoofdstuk 4 en 11. Ze mogen de verzamelde gegevens niet voor andere doeleinden dan voor de uitvoering van hun wettelijke of decretale opdrachten gebruiken.

De verwerking van persoonsgegevens geschiedt met inachtneming van de Algemene Verordening Gegevensbescherming.

Art. 76 – Verwerking van gezondheidsgegevens

De verwerking van gegevens over de gezondheid van de betrokken personen geschiedt onder de verantwoordelijkheid van een beroepsbeoefenaar uit de gezondheidszorg die werkzaam is bij de dienstverrichter en die overeenkomstig artikel 458 van het Strafwetboek gebonden is aan het beroepsgeheim.

Het verwerken van gegevens over de gezondheid geschiedt met inachtneming van het medisch geheim en met inachtneming van de wet van 22 augustus 2002 betreffende de rechten van de patiënt.

Art. 77 – Gegevenscategorieën

§ 1 – De dienstverrichters die een vergunning hebben gekregen en de inspecteurs die overeenkomstig artikel 80 zijn aangewezen, kunnen alle overeenkomstig artikel 75 toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verwerken:

- 1° identiteitsgegevens en contactgegevens van de persoon;
- 2° identiteitsgegevens en contactgegevens van de vertegenwoordiger van de persoon;
- 3° gegevens over de gezinssituatie van de persoon;
- 4° gegevens over de sociale en financiële situatie van de persoon;
- 5° gegevens over de vrijetijdsbesteding en interesses van de persoon;
- 6° gegevens over de gezondheid en de ontwikkeling van de persoon:
 - a) gegevens over de lichamelijke gezondheid;
 - b) gegevens over inenting;
 - c) gegevens over de geestelijke gezondheid;
 - d) gegevens over het gedrag;
 - e) gegevens over risico's en risicofactoren;
 - f) gegevens over de bekwaamheden en vaardigheden;

7° gerechtelijke gegevens over de persoon, voor zover ze betrekking hebben op de handelingsbekwaamheid, en gerechtelijke gegevens over de personeelsleden, voor zover het gaat om strafrechtelijke veroordelingen.

§ 2 – De Regering en de inspecteurs die overeenkomstig artikel 80 zijn aangewezen, kunnen alle overeenkomstig artikel 77 toereikende, ter zake dienende en niet overmatige persoonsgegevens uit de volgende gegevenscategorieën verwerken:

- 1° de gegevens vermeld in § 1, 1° tot 6°;
- 2° identiteitsgegevens van de personeelsleden van de betrokken dienstverrichter;
- 3° gegevens over de beroepssituatie en beroepskwalificatie van de personeelsleden van de betrokken dienstverrichter;
- 4° gerechtelijke gegevens over de personeelsleden van de betrokken dienstverrichter.

§3 – De Regering preciseert de gegevenscategorieën vermeld in de paragrafen 1 tot 2 na een voorafgaand advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit.

Art. 78 – Duur van de gegevensverwerking

De gegevens mogen tot hoogstens tien jaar nadat de oudere met ondersteuningsbehoefte en de persoon met ondersteuningsbehoefte het ondersteuningsaanbod van een dienstverrichter voor het laatst gebruikt hebben, in een vorm bewaard worden die de mogelijkheid biedt de betrokken personen te identificeren. Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

HOOFDSTUK 10 – KLACHTEN

Art. 79 – Klachtendienst

De Regering wijst een natuurlijke persoon of rechtspersoon aan die belast is met de behandeling van klachten over dienstverrichters, voor het geval dat de klacht niet kon worden opgelost tussen de dienstverrichter zelf en de persoon of diens vertegenwoordiger.

De Regering bepaalt de nadere regels.

HOOFDSTUK 11 – CONTROLE- EN STRAFBEPALINGEN

Art. 80 – Inspectie en controle

§ 1 – Onverminderd artikel 17 van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven vallen de dienstverrichters vermeld in dit decreet onder het toezicht van de inspecteurs die door de Regering worden aangewezen. Met het oog op de uitoefening van hun opdracht kunnen de inspecteurs een beroep doen op de steun van vertegenwoordigers van het openbaar gezag.

De met het toezicht belaste inspecteurs mogen alle onderzoeken, controles en opsporingen uitvoeren en alle inlichtingen verzamelen die zij noodzakelijk achten om zich ervan te vergewissen dat de bepalingen van dit decreet en van de uitvoeringsbesluiten ervan nageleefd worden. Ze kunnen:

- 1° iedere persoon ondervragen over feiten waarvan de bekendheid nuttig is voor de uitoefening van het toezicht;

2° ter plaatse kennis nemen van alle boeken en bescheiden voorgeschreven door dit decreet en zijn uitvoeringsbepalingen en afschriften of uittreksels ervan vervaardigen;

3° alle boeken en bescheiden inzien die noodzakelijk zijn om hun opdracht te vervullen;

4° op om het even welk ogenblik alle ruimten van de dienstverrichters bezoeken die geen woning zijn;

5° de woningen met toestemming van alle meerderjarige bewoners bezoeken;

6° in de uitoefening van hun ambt een beroep doen op de hulp van de lokale of federale politie;

7° met inachtneming van de voorwaarden vermeld in 4° en 5° de onderzoeken en controles uitvoeren zonder voorafgaande aanmelding en zonder door een vertegenwoordiger van de dienstverrichter begeleid te worden. In dat geval krijgt de vertegenwoordiger van de dienstverrichter onmiddellijk feedback.

§ 2 – De Regering kan bovendien externe deskundigen, onder toezicht van de inspecteurs, belasten met het onderzoek en de beoordeling van een dienstverrichter. In dat geval ondersteunen de met die taken belaste deskundigen de inspecteurs bij de uitoefening van hun bevoegdheden vermeld in § 1.

§ 3 – De aanwending van de toegekende subsidies wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Art. 81 – Verplichting om een activiteitenverslag in te dienen

§ 1 – De dienstverrichters met een vergunning dienen jaarlijks uiterlijk op 30 april een activiteitenverslag over hun in het vorige jaar verrichte diensten in bij de Regering.

De Regering bepaalt de structuur en de precieze inhoud van het in te dienen activiteitenverslag.

§ 2 – Alle dienstverrichters bezorgen de Regering, als ze daarom verzoekt, alle relevante informatie en statistische gegevens.

De Regering bepaalt de vorm en de termijnen.

Art. 82 – Commissaris-afgevaardigde

Indien in het kader van de uitoefening van de inspectie in een woonzorgcentrum voor ouderen ernstige tekortkomingen in de uitoefening van de opdracht worden vastgesteld en indien deze niet binnen de gestelde termijn door de dienstverrichter worden verholpen, dan kan de Regering - los van de mogelijkheid om de vergunning in te trekken - ten laste van de dienstverrichter een commissaris-afgevaardigde aanwijzen om de directie van het zorgaanbod waar te nemen.

De Regering bepaalt de nadere regels en voorwaarden terzake, alsook de rechten en plichten van de commissaris-afgevaardigde.

Art. 83 – Strafrechtelijke bepaling

Wordt gestraft met een gevangenisstraf van acht dagen tot zes maanden en/of met een geldboete van 1.000 tot 10.000 euro wie:

1° een overeenkomstig hoofdstuk 3, afdeling 2, onderafdeling 1 vergunningsplichtig ondersteuningsaanbod zonder de nodige vergunning verricht, resp. na de intrekking van die vergunning, aanbiedt of exploiteert;

2° op onwettige wijze schriftelijk of mondeling beweert te beschikken over een in dit decreet bepaalde vergunning of erkenning of over een kwaliteitslabel overeenkomstig artikel 20;

3° de uitoefening van de in artikel 80 bepaalde inspectie weigert of belemmert.

HOOFDSTUK 12 – SLOTBEPALINGEN

Art. 84 – Wijzigingsbepaling

In artikel 17, § 1, eerste lid, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven worden de woorden "Onverminderd artikel 13 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen en artikel 19 van het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten" vervangen door de woorden "Onverminderd artikel 80 van het decreet van *** betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg".

Art. 85 – Opheffingsbepaling

Opgeheven worden:

1° artikel 22, 6°ter, van de wet betreffende de verplichte verzekering voor geneeskundige verzorging en uitkeringen gecoördineerd op 14 juli 1994, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 11 augustus 2017;

2° artikel 23, § 3bis, van dezelfde gecoördineerde wet, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 11 augustus 2017;

3° artikel 37, § 12, van dezelfde gecoördineerde wet, laatstelijk gewijzigd bij de wet van 19 december 2008;

4° hoofdstuk III van het decreet van 20 oktober 1997 houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en van een Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp, gewijzigd bij de decreten van 15 maart 2010 en 7 november 2016;

5° het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2017;

6° het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2017.

Art. 86 – Overgangsbepaling

Ondersteuningsaanbod dat al vóór de inwerkingtreding van dit decreet toegelaten of erkend was met toepassing van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen en het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten, wordt met toepassing van dit decreet als volgt als voorlopig vergund resp. erkend beschouwd en kan binnen de volgende termijnen een vergunningsaanvraag resp. erkenningsaanvraag overeenkomstig dit decreet indienen:

1° de gezins- en ouderenhulp, de ziekenoppas, de sociale huishoudelijke hulp, de dagopvang, het kortverblijf en de serviceflats worden voor een overgangsperiode van vier jaar als vergund resp. erkend beschouwd;

2° de dagverzorging en het woonzorgcentrum voor ouderen worden voor een overgangperiode van tien jaar als vergund beschouwd.

Tijdens die overgangperiode ontvangen ze een subsidie en een financiële bijdrage overeenkomstig de bepalingen van dit decreet en de uitvoeringsbepalingen ervan, zonder dat ze alle, uit dit decreet voortvloeiende vergunningsverplichtingen hoeven te vervullen. De financiering is tijdens de periode vermeld in het eerste lid gebonden aan de naleving van de toelatings- en erkenningsvoorwaarden vervat in de voormelde decreten van 4 juni 2007 resp. 16 februari 2009, alsook aan de naleving van de overeenkomsten die op grond van dit decreet werden gesloten.

Art. 87 – Overgangsbepaling

De leden van de Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp die aangewezen zijn overeenkomstig het decreet van 20 oktober 1997 houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en van een Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp blijven vanaf de inwerkingtreding van dit decreet aangewezen tot 1 juni 2019.

Art. 88 – Overgangsbepaling

Voor de psychiatrische verzorgingstehuizen vermeld in artikel 2, § 2, van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen blijft hetzelfde decreet van 4 juni 2007, zoals van kracht op 31 december 2018, van kracht.

Art. 89 – Inwerkingtreding

Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2019.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS